

Vorwort der Herausgeber

Die vorliegende Festschrift ist unserem akademischen Lehrer, Mentor, Freund, Kollegen und Weggefährten Professor Dr. Schapour Ravasani zu seinem 65. Geburtstag gewidmet.

Der breiten Ausstrahlung seines wissenschaftlichen, politischen und persönlichen Engagements, seiner Lehre und Forschung in einem solchem Band gerecht zu werden, ist eine nicht zu bewältigende Aufgabe. Der Anspruch ist deshalb bescheidener: Vorgestellt werden einige Forschungsarbeiten, die in - teilweise sehr engem - Zusammenhang mit dem umfangreichen wissenschaftlichen Schaffen Schapour Ravasanis an den Universitäten Osnabrück und Oldenburg, seinen zahlreichen Veröffentlichungen in verschiedenen Sprachen und seiner internationalen Vortragstätigkeit stehen.

Orientierungspunkte der Herausgeber waren die wesentlichen Felder des Werkes von Schapour Ravasani:

- Die Offenlegung der bis heute andauernden verheerenden Wirkung der kolonialen und imperialistischen Expansion Europas und Nordamerikas in den unterentwickelt gehaltenen Ländern.
- Die Kritik eurozentristischer und systemstabilisierender Gebiete der vorherrschenden Wissenschaft.
- Die Entlarvung und Bekämpfung der den Imperialismus unterstützenden Kompradorenklassen in den Ländern der sogenannten Dritten Welt.
- Die Widerlegung der Hoffnung auf einen "besseren Imperialismus" in den unterentwickelt gehaltenen Ländern, ausgehend von angeblichen antagonistischen Widersprüchen der imperialistischen Mächte.
- Das Eintreten für die Formulierung eines neuen Menschenrechtsbegriffs, der neben politischen Rechten auch ein soziales, ökonomisches und ökologisches Existenzrecht garantiert.
- Das Bestreben nationale und religiöse Spaltungen zu überwinden und ein weltweites Bündnis gegen Kapitalismus, Imperialismus und Neokolonialismus zu schaffen.

Diesen von Schapour Ravasani formulierten und sein Leben und Werk prägenden Aufgaben fühlen sich die Herausgeber dieser Festschrift verbunden.

Es ist kein Zufall, daß die Mehrzahl der Beiträge dieses Bandes von Autorinnen und Autoren stammen, die bei Schapour Ravasani promovieren oder promoviert haben. Vielmehr spiegelt sich darin seine Fähigkeit, als akademischer Lehrer Studierende zu begeistern und zu faszinieren (oft auch zu polarisieren), sie zur Entdeckung und Entwicklung individueller Arbeitsgebiete zu ermutigen und sie auf ihrem Weg zu wissenschaftlicher Selbständigkeit zu begleiten.

Ebensowenig ist es ein Zufall, daß sich unter den Autorinnen und Autoren Emigranten und Emigrantinnen aus verschiedenen Teilen der Welt und Deutsche in etwa die Waage halten. Man mag dies auch als Reflektion des widersprüchlichen Verhältnisses, das Schapour Ravasani zur deutschen Gesellschaft entwickelt hat, deuten. Das ihm auferzwungene politische Exil prägt seine Biographie und Identität und auch wenn Deutschland das Exilland seiner Wahl war, er hier eine wissenschaftliche Laufbahn verwirklichte und ein beachtliches und beachtetes akademisches und politisches Wirken entfaltete, so waren die Schwierigkeiten, die dabei zu überwinden waren, das Maß an Rassismus, Diskriminierung und Entfremdung so hoch, daß ihm auch nach Jahrzehnten dieses Land nicht zur Heimat geworden ist. Unter seinen Kolleginnen und Kollegen stehen ihm diejenigen besonders nahe, die mit ihm die Erfahrung der Emigration teilen.

Das wissenschaftliche Werk Schapour Ravasanis liegt quer zu den Disziplinen und fordert Widerspruch, ja Konfrontation heraus. Auch dies spiegelt der vorliegende Band: die einzelnen Beiträge stellen die Position der jeweiligen Autorin, des jeweiligen Autors dar. Sie unterscheiden sich im Wissenschaftsbegriff, im Anspruch, in der Methode, im Stil. Als Herausgeber sind wir uns bewußt, daß wir damit von den üblichen editorischen Prinzipien abweichen, glauben aber, auf diese Weise der Persönlichkeit des mit dieser Festschrift zu Ehrenden am ehesten gerecht zu werden.

Wir danken allen AutorInnen für ihr Mitwirken sowie Frau Ulrike Knutz, Frau Rotraud Poehl, Frau Sussan Ghahari (Ravasani), Herrn Werner Pollety und den Übersetzern, ohne deren tatkräftige Unterstützung dieser Sammelband nicht zustande gekommen wäre.

I

Historische Analysen

Salim Ali

Assam Tee für die englische Gesellschaft

Tee für die englische Gesellschaft

Die erste Information über den Tee in Europa gab es 1559 in dem Buch 'Navigatione et Viaggi' des venezianischen Autors Giambattista Ramusio. Ramusio traf als Sekretär der Handelsgesellschaft 'Der Rat der Zehn' von Venedig viele berühmte Reisende und sammelte seltene Handelsinformationen. Einer dieser Reisenden war Hajji Mahommed aus Persien. Nach seiner Rückkehr aus Indien besuchte er Venedig und traf dort Ramusio. Er erzählte ihm von einem Getränk in China, daß als 'Chai Catai' bzw. 'chinesischer Tee' bekannt war, ein sehr gutes heißes Getränk. Es war ein Heilmittel gegen viele Krankheiten und Völlerei, ein Beruhigungsgetränk für Magen und Darm und ein Getränk für das harmonische Leben. Der Perser Hajji Mahommed machte so als erster den Tee in Europa bekannt. Danach waren es die Jesuiten-Missionare, die in China Tee tranken und 1560 über dieses Getränk in Portugal berichteten. 1589 schrieb der venezianische Autor Giovanni Botero in seinem Werk 'On the causes of Greatnes in Cities':

"Die Chinesen haben ein Kraut, aus dem sie einen delikaten Saft herauspressen und ihn anstelle des Weins benutzen. Dieser Saft behütet die Gesundheit und befreit von allem Bösen, das durch übermäßigen Weingenuß in uns aufwächst."

1609 hatten Schiffe der holländischen Ostindischen-Kompanie die Insel Hirado an der japanischen Küste erreicht und 1610 hatten die Holländer das erste Mal Tee nach Europa eingeführt. 1637 fuhren die Engländer mit vier Schiffen zum ersten Mal nach Kanton (China), um dort Handelstätigkeiten mit den chinesischen Händlern aufzunehmen. Seit 1644 hatten sich die englischen Händler in der chinesischen Hafenstadt Amoy niedergelassen. In Amoy hatten die Engländer durch den chinesischen Fukien-Dialekt das Wort 'Tay' statt 'Chai' für Tee kennengelernt. Dieses Wort 'Tay' hatten die Engländer im englischen als

Tea wiedergegeben und somit wurde das fernöstliche Wort 'Chai' oder 'Tay' in Europa in Tea oder Tee umbenannt.¹

Der öffentliche Verkauf von Tee wurde in England erst 1657 bekannt. Im Jahre 1666 betrug der gesamte Tee-Export aus China nach Europa 17 Millionen Pfund. Das wichtigste Importland war Holland und von dort aus gelangte der Tee auf den britischen Markt. Im Jahre 1669 wurde der Import von Tee von Holland nach England verboten und somit gewann die englische Ostindien-Kompanie dieses Handelsmonopol. Bis zum Ende des 17. Jahrhunderts war Tee in vielen Lebensmittelgeschäften in London erhältlich. Aber für die Masse der Bevölkerung war der Tee immer noch ein Luxusartikel. Die Teesteuer war zu diesem Zeitpunkt in England schon eingeführt. Seit 1715, als der preisgünstige Grüntee importiert wurde, wurde Tee langsam ein Getränk für die Bevölkerung.²

Die englische Ostindien-Kompanie, die 1599 in London gegründet worden war, wurde 1600 von Königin Elisabeth genehmigt. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts gab es insgesamt 16 Ostindien-Kompanien in Europa. Aber keine andere wurde so mächtig und groß, wie die englische Ostindien-Kompanie. Mit Pfeffer hatte die englische Ostindien-Kompanie ihren Handelserfolg begonnen und mit dem Tee wurde sie so groß und mächtig, daß sie schließlich zur Kolonialmacht wurde. Außer dem Handelsmonopol erwarb die Kompanie Kolonien, kommandierte Festungen und bildete Bündnisse mit anderen Ländern, hatte die legislative Macht inne, führte Kriege und schloß Friedensverträge mit anderen Ländern ab, durfte Geldscheine drucken, Münzen prägen und vertrat schließlich die englische Regierung in ganz Asien.

Die Kompanie hatte eine Doppelverwaltung mit einem Ausschuß von Kompanie-Direktoren und einem Aufsichtsrat der englischen Regierung. Als ihr offensiver Zustand sichergestellt war, attackierte die Kompanie am 23. Juni 1757 das Fürstentum in Bengalen. Diese Attacke, die als die Schlacht von Plassey bekannt wurde und in der die Engländer als Sieger hervorgingen, endete am gleichen Tag. Der Fürst von Bengalen, Nawab Siraj-ud daulah, wurde von den Engländern enthauptet und somit erlangte die englische Ostindien-Kompanie die politische Macht über die Provinzen Bengalen, Bihar und Orissa in Ostindien. Allmählich erweiterte

1 Forrest, D.: Tea for the British, S. 18, London 1973.

2 Ukers, W.H.: All About Tea, vol. I, New York 1935, S. 42-46.

die Kompanie das englische Reich in Indien und hundert Jahre später, 1858, als die englische Krone die Souveränität übernommen hatte, hatte Indien als Grenzen den Himalaya im Norden, den Indischen Ozean im Süden, Siam bzw. Thailand im Osten und Persien im Westen; ein Gebiet von über vier Millionen Quadratkilometern. Während des Kolonialisierungsprozesses in Indien, marschierte die englische Armee am 28. März 1824 in Assam ein, dem angrenzenden Land von Bengalen. Durch die Übernahme Assams von der Ostindien-Kompanie war die 600 Jahre alte Ahom-Monarchie zu Ende gegangen und Assam wurde als Provinz Britisch-Indien eingegliedert.

Der Teekonsum in England stieg ständig an und bis Mitte des 18. Jahrhunderts wurde der Tee ein unverzichtbares Nahrungsmittel der englischen Bevölkerung. Die Ostindien-Kompanie erwarb zu dieser Zeit das Teehandelsmonopol für den Einkauf in China und den Verkauf in England, einschließlich Export aus England. Mitte des 18. Jahrhunderts betrug die Ausgabe für Tee, für eine durchschnittliche Arbeiterfamilie in London, 5% des Einkommens. Der gesamte Teeverbrauch in England belief sich im Jahre 1750 auf 2,6 Millionen Pfund.³

Die Einfuhr von Tee und Kaffee nach Europa hatte den Europäern geholfen den hohen Alkoholverbrauch zu verringern. "Tee und Kaffee haben dem Laster der Trunkenheit stärkere Schranken gesetzt als die Lehren der Moralisten, die Wissenschaften und die Aufklärung."⁴

Bis Mitte des 17. Jahrhunderts betrug der Bierverbrauch pro Tag und Kopf in England durchschnittlich drei Liter, einschließlich Kinder. Das Bier wurde später durch den Konsum von Kaffee und Tee ersetzt und so wurden die Engländer die größte Teetrinker-Nation der Welt. Zuerst wurde der Tee in England für die reichen und oberen Schichten ein sehr wohlhabendes, ideales und aristokratisches Getränk. Seit Mitte der 60er Jahre des 17. Jahrhunderts, wurde am englischen Königshof Tee eingeführt und statt Bier, Wein und Spirituosen wurde Tee angeboten, wo "die alkoholischen Getränke die Köpfe der englischen Ladies und Gentlemen erhitzt und verdummt haben und zwar morgens, mittags und in der Nacht".⁵ Der englische Sozial-Historiker Trevelyan schrieb:

3 Feistmantel, O.: Die Theekultur in Britisch-Ost-Indien, Prag 1888, S. 75-76.

4 Schiedlausky, G.: Tee, Kaffee, Schokolade, München 1961, S. 11.

5 Agnes, S.: Lives of the Queens of England, vol.V, London 1882, S. 521.

"Seit Anfang des Regimes von George dem III. haben alle Schichten in Städten und Dörfern in ihren Häusern Tee getrunken..... Teetrinken wurde eine nationale Gewohnheit, ein Rivale zum Verbrauch von Spirituosen und Bier. Die Tasse voller Tee bringt die Freude, aber man wird nicht betrunken und damit wurde der Tee sehr beliebt, hoch bewertet in den Arbeiterhäusern und auch im Wohnzimmer von Dichter Cowper."

Traveleyan schrieb über das Teetrinken:

"Die Armen versüßten das bittere Kraut mit großen Mengen Zucker. Zucker aus den britischen karibischen Inseln ist jetzt auf jedem Tisch, wohingegen er zu Shakespears Zeit sehr knapp war und ein Luxus und die Lieferung aus den Mittelmeerhäfen kam."⁶

J.Ovington schrieb 1699, daß der Tee keinen brennenden Geist hat, der das Blut entzündet, die Phantasie in Unordnung bringt; und ein sehr guter Ersatz für Wein ist; allerdings ist er schneller und aktiver als der Alkohol, aber glücklicherweise frei von allen berauschenden Eigenschaften.⁷

Seit Mitte des 18. Jahrhunderts wurde in allen Schichten Englands der Tee statt des Weins Frühstücksgetränk.⁸ Das Trinkwasser in den nördlichen Ländern in Europa war häufig ungesund und verursachte Krankheiten, wie Malaria, Tuberkulose, Typhus, Magendarmkrankungen etc. Als Vorsichtsmaßnahme wurde abgekochtes Wasser getrunken oder nur alkoholische Getränke. Das geschmacklose abgekochte Wasser hatte ein neues Leben bekommen, als Tee und Kaffee in Europa auftauchten und die Krankheiten, die durch das Wasser übertragen wurden, gingen schlagartig zurück.

Die englische Ostindische-Kompanie bestand aus reinen Teehändlern, die mit dem Anbau und der Herstellung von Tee überhaupt nichts zu tun hatten. Bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts, machte der Teehandel Englands fünf Prozent des gesamten Bruttosozialproduktes aus, aber niemand aus der Bevölkerung wußte, wie man Tee anbauen oder herstellen konnte. Im Jahre 1815 erzielte die Ostindien-Kompanie ihre Hauptgewinne durch den Teehandel mit China. Die

6 Trevelyan, G.M.: English Social History, London 1946, S. 387.

7 Ovington, J.: An Essay upon the Nature and Qualities of Tea, London 1699, S. 28.

8 Schiedlausky, G.: aa.o., S. 18.

agrarwissenschaftlichen Angestellten der Ostindien-Kompanie in Kalkutta überlegten immer noch, ob der Tee auf einem Baum oder an einem Busch wachse und ob der Grüntee und der Schwarztee von derselben Pflanze stamme.⁹

Die chinesischen Händler kauften in entfernten Dörfern Tee und verkauften diesen in den Häfen von China, besonders in Kanton, an die Ostindische-Kompanie. Die Chinesen brauchten sehr wenig Importwaren, deswegen mußte die Ostindische-Kompanie den Tee und die Seide aus China mit Gold- und Silbermünzen bezahlen. Die Situation änderte sich langsam, als Ende des 18. Jahrhunderts der Handel mit indischer Baumwolle und indischem Opium nach China begonnen hatte. Am Anfang war dieser Handel unbedeutend. Aber der Opiumhandel entwickelte sich sehr schnell. Bis zum Jahre 1830, war Opium der größte einzelne Handelsartikel im ganzen Welthandel geworden.¹⁰ Die Chinesen protestierten stark gegen die englische Opium-Einfuhr. Daraufhin brach der Opiumkrieg (1839-1842) aus.

Der englische Teehandel mit China wurde ein wichtiger Wirtschaftsfaktor der englischen Regierung. 1834 war die größte Ware des englischen Handels mit 32 Millionen Pfund der Tee aus China. Bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts machte die Teesteuer in Großbritannien ein Zehntel der Jahreseinkünfte der Regierung aus. London wurde die größte Teemetropole der Welt und Tee wurde das wichtigste Getränk der Engländer. Der pro Kopf Teeverbrauch betrug im Jahre 1711 in England nur 14 Gramm und stieg bis auf 567 Gramm im Jahre 1840. Bis zu diesem Zeitpunkt stammte der gesamte Tee in England aus China. In Großbritannien gab es allein im Jahre 1832 insgesamt 101.687 registrierte Teehändler.¹¹

Diese Entwicklung zeigt die kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung des Tees in England. Der Konsum und Handel des Tees nahm immer mehr zu; überall gab es die Teestuben - ein interessanter Treffpunkt für die unterschiedlichen Klasse der Bevölkerung. Tea time, Tea party, Tea break etc. wurden in der englischen Sprache zu täglichen Begriffen. Zusammen mit dem Tee, kam das Porzellangeschirr aus China nach Europa, und

9 Buchanan, D.H.: *Capitalistic Enterprise in India*, New York 1934, S. 54.

10 Chambers Encyclopaedia, vol. VII, London/Edinburg 1889, S. 612-613.

11 Ukers, W.H.: a.a.o., S. 504.

wurde so eine Bereicherung der Kunst und Kultur in der abendländischen Gesellschaft.

Der historische Hintergrund des Tees in der englischen Gesellschaft ist eindeutig. Tee wurde in England nicht nur ein reines Genußmittel, sondern ein bedeutendes Produkt für die Kultur und Wirtschaft. Aber die Importprodukte in England, die nicht aus einer englischen Kolonie stammten, wurden als Luxus bezeichnet und mit harten Devisen bezahlt. Aus diesem Anlaß bekräftigten und unterstützten viele Engländer Pläne, in denen Konsumgüter in den eigenen Kolonien angebaut werden sollten, statt sie aus einem Drittland zu importieren; und wenn importierte Agrarprodukte in den eigenen Kolonien produziert würden, würden diese Produkte eine bessere Qualität im Vergleich zu den importierten Produkten aus einem Drittland haben und diese Produkte würden kein Luxus mehr sein und könnten so von allen Bürgern verbraucht werden. Außerdem wurden die Produkte aus einer Kolonie in England als eigenes Produkt bezeichnet, wodurch der Kauf und Verkauf von Kolonialware ein interner Handel der Engländer wurde. In Wirklichkeit kamen in England die meisten Konsumgüter, wie Zucker, Indigo, Tabak, Baumwolle etc. im 19. Jahrhundert direkt aus den Kolonien. Nur das chinesische Teemonopol beunruhigte die Kolonialisten in England, da sie auch dieses Produkt in irgendeiner Kolonie unter eigener Kontrolle produzieren wollten.

Teeanbau außerhalb von China

Die Ostindische-Kompanie spekulierte darüber, wie China es geschafft hatte, das Weltmonopol im Teeanbau und in der Herstellung inne zu haben. Um sich von dieser Monopolabhängigkeit zu befreien, versuchte die Ostindische-Kompanie seit 1788 mehrmals, mit Teesamen aus China, in Indien Tee zu produzieren.¹² Damit versuchten sie die Teeproduktion in ihren Kolonien unter eigene Kontrolle zu bringen. Alle diese Versuche waren nicht erfolgreich, um Tee in Indien zu produzieren.

1815 informierte ein englischer Colonel die englische Regierung, daß einige einheimische Völker von Assam Tee tranken. Das Teetrinken und der Teeanbau in Assam hatten eine lange Tradition. Die berühmte Teesorte Thea-assamica ist in Assam beheimatet und wächst in der freien

12 Awasthi, R.C.: Economics of Tea Industry in India, Jorhat 1975, S. 33.

Natur. Von 1823-1833 hatten die englischen Offiziere in Assam ständig die englische Regierung über die Existenz von Teepflanzen informiert. Gleichzeitig interessierte die Fachleute in London, Tee in Indien anzubauen. 1825 bot die 'English Society of Arts' eine Goldmedaille bzw. 50 Goldmünzen (Guineas) denjenigen an, der mindestens 20 Pfund guten Tee in einer englischen Kolonie anbauen und produzieren konnte.¹³ Nicht nur die Teehändler, sondern auch die intellektuelle Oberschicht spekulierte darüber, wie sie sich von der Abhängigkeit Chinas befreien konnte. Informationen über die Existenz der Teepflanze in Indien waren vorhanden, aber es gab wenig Initiative, um dieses genauer zu untersuchen. Die Goldmedaille war der Köder, um die englischen Soldaten in Indien für diese Untersuchung zu motivieren. Viele haben sich sicherlich beeilt, um diese Medaille zu erwerben und vielleicht war dieses der Grund, warum sich englische Militäroffiziere in Assam auf die Suche nach dem Teeanbau und seiner Herstellung gemacht hatten.

Die Lage hatte sich plötzlich geändert, als die 'Charter Bill' 1833 für eine weitere Verlängerung in das britische Parlament gebracht wurde. Mit der 'Charter Bill' hatte die Ostindische-Kompanie die Handelskontrolle, Verwaltung und Landsteuer in ihren Kolonien inne und besaß u.a. das Teehandelsmonopol mit China. Aber in der 'Charter Bill' von 1833 wurden alle Handelsmonopole der Ostindischen-Kompanie abgeschafft und somit wurde die Ostindische-Kompanie als ein politisches Institut dargestellt.

Beeinflußt von der Laissez-faire Doktrin, liberalisierte die englische Regierung langsam ihre Macht in der Wirtschaft, im Handel und in der Industrie. Durch die Reform der 'Charter Bill', wurde es ab 1833 englischen Staatsbürgern erlaubt, sich in Indien niederzulassen. Nur die Ostindische-Kompanie hatte die Macht, die Umsiedlung der Engländer bzw. Europäer in Indien zu kontrollieren. Somit wurde eine mögliche Rivalität der Europäer, in Zusammenarbeit mit den indischen Fürsten, verhindert. Nach einer Quelle lief der Handelsvertrag der Ostindien-Kompanie mit der chinesischen Regierung im Jahre 1833 aus und die chinesische Regierung verweigerte die Verlängerung.¹⁴ Daraufhin beeilte sich der englische General-Gouverneur Bentinck neue Teeanbaugebiete zu suchen.

13 Ukers, W.H.: a.a.o., S. 135.

14 Ukers, W.H.: a.a.o., S. 137.

Am 24. Januar 1834 informierte der General-Gouverneur William Bentinck in Kalkutta den Rat der Ostindischen-Kompanie, über die Gründung eines Teekomitees zur Untersuchung der Teeanpflanzung in Assam. Dieses Teekomitee setzte sich mit den leitenden englischen Offizieren in Assam in Verbindung und informierte sich über die einheimische Tee-pflanze, sowie die einheimische Teeherstellungsmethode. In ihrem Bericht vom 24. Dezember 1834 schrieb das Teekomitee an die englische Regierung u.a.:

"Wir zögern nicht diese Entwicklung (die Entdeckung der Tee-pflanze) bekannt zu machen, die weit bedeutendste und wertvollste im landwirtschaftlichen- oder im Handelsbereich, die das Empire je zuvor entdeckt hat."¹⁵

Die Oberhäupter der Teegebiete von Assam waren gegen die Idee der englischen Teewirtschaft. Deshalb wandten die Engländer dort andere Methoden an. So reiste der Superintendent der englischen Teeplantagen in diese Gebiete und durch Bestechungen und Versprechungen beeinflusste er die einheimischen Oberhäupter, um die Teewälder und Teestrecken zu finden. Das Teekomitee schrieb am 6. August 1837 an den Sekretär des englischen General-Gouverneurs in Kalkutta über diese Versuche. Hier einige Ausschnitte aus diesem Schreiben:

"...Mr. Bruce hat gehört, daß es mehrere Tee produzierende Gebiete in der Gegend gab und nach seiner Ankunft suchte er nach dem Gaum (Oberhaupt) und befragte ihn über den Tee. Der Gaum verweigerte es, zuerst Auskünfte über den Tee zu geben. Mit einem Geschenk von ein wenig Opium und ein paar netten Worten, erreichte Mr. Bruce sein Ziel, daß das Oberhaupt sich um Auskünfte kümmern würde. Am nächsten Morgen wurde Mr. Bruce darüber informiert, daß es in unmittelbarer Nähe ein großes Gebiet von Teewäldern gab und die Einheimischen schon begonnen hätten, die Teebäume von den Wäldern zu befreien.....Mr. Bruce ging nach Nigrew, am Ufer des Dehing Flusses. Dort war der Gaum sehr freundlich und zivilisiert, aber er verweigerte zuerst Auskünfte über den Tee zu geben. Mr. Bruce machte ein kleines Geschenk von Opium und sagte, daß der englische Commissioner von Assam sehr an ihn denke. Er saß mit gekreuzten Beinen zwischen ihnen, rauchte eine Singpho-Pfeife,

15 Antrobus, H.A.: A History of the Assam Company, Edinburg 1957, S. 20.

*redete das Singpho-Oberhaupt als großen Bruder an und benahm sich, als sei er von dem Oberhaupt sehr beeinflusst worden.... Ein bißchen mehr Opium und süße Worte beeinflussten das Oberhaupt und enthüllten das Teegebiet von Phakial...*¹⁶

Als dieser Mr. Bruce mit Hilfe des Opiums die Teewälder für die englische Regierung enteignet hatte, verbreitete, im gleichen Gebiet, seine Frau das Evangelium und eröffnete eine Schule für die einheimischen Kinder, mit den finanziellen Mitteln der englischen Regierung.¹⁷ Im Namen der Religion und Bildung versuchte die englische Herrschaft ihr Ziel zu erreichen. Diese Doppelmoral war typisch für die Kolonialregierung. Als die englische Kolonial- und Wirtschaftsmacht Anfang des 19. Jahrhunderts in Indien immer stärker wurde, nutzten die englischen Kolonialisten das Evangelium als weitere taktische Methode, um ihre Ziele durchzusetzen. Der freie Handel war als erstes Ziel ihre feste Grundlage. Das Evangelium besorgte die Programme für eine soziale Reform in den Kolonien, dem zweiten Ziel. Das dritte Ziel, der philosophische Radikalismus, sorgte für wirtschaftspolitische Theorien und für die Gesetze der Regierung. Diese drei Merkmale waren die Grundelemente des englischen Kolonialisierungsprozesses seit dem 19. Jahrhundert in Indien.¹⁸

Die erste Teelieferung aus Assam zum Weltmarkt

Anfang 1836 warb das Teekomitee drei chinesische Teemacher aus Kanton an und schickte sie weiter nach Sadiya in Ober-Assam, wo sich das Hauptquartier der Regierungsversuchsplantagen befand. Die drei Chinesen waren die einzigen Arbeitskräfte, die den Tee nach chinesischem Muster herstellen konnten. Tee in Singpho und Muttackland wurde nach einheimischen Rezept für den einheimischen Verbrauch produziert. Mit Einsatz der einheimischen Arbeitskräfte wurden die Teeblätter in den Wäldern gepflückt und mit Einsatz der importierten chinesischen Teemacher wurde ab 1837 in Assam Tee hergestellt. Im Mai 1838 wurden die ersten zwölf ausgewählten Teekisten (je 38 Pfund) aus Assam, über den Hafen von Kalkutta, nach London

16 Griffiths, P.: The History of the Indian Tea Industry, London 1967, S. 45-46.

17 Misra, T.: Literature and Society of Assam, Guwahati 1987, S. 66.

18 Stokes, E.: The English Utilitarians and India, Oxford 1959, S. XIV.

verschifft. Diese erste Teeprobe aus Assam wurde am 10. Januar 1839 auf dem Londoner Auktionsmarkt versteigert. Erstaunlicherweise wurde der Assam Tee für 21 Shilling bis 34 Shilling pro Pfund verkauft, obwohl der normale Teepreis bei 1 bis 3 Shilling pro Pfund lag. Außerdem wurden 500 bis 1.000 Kisten dieser Qualität vorbestellt.¹⁹ Das Ziel dieses höheren Verkaufspreises war erstens, das Kundeninteresse zu gewinnen und zweitens, die erste Unternehmung der englischen Teeherstellung und des Anbaus von Tee außerhalb von China zu ermutigen und zu unterstützen.

Die zweite Teesendung aus Assam folgte mit 95 Kisten und die dritte und letzte Teesendung aus Assam, hergestellt durch die Ostindische-Kompanie, bestand aus 70 Kisten Grüntee und 120 Kisten normalem Tee. Damit wurde bewiesen, daß die Versuchsunternehmung der englischen Regierung in Assam Tee herzustellen, erfolgreich war. Das Ziel der englischen Regierung, außerhalb von China Tee herzustellen, wurde erreicht und somit war die Regierung bereit, ihre Versuchsplantagen an Privatunternehmer zu übergeben, weil die Kompanie ihre Handelstätigkeiten nach der 'Charter Act' von 1833 aufgeben sollte.

Am 12. Februar 1839 trafen sich 13 Unternehmer und drei Privatpersonen zu einer Versammlung in London, um eine Gesellschaft zu gründen, die in Assam Teeplantagen anlegen sollte. Nach dem dreitägigen Treffen hatten die Teilnehmer vereinbart, eine Gesellschaft mit einem Grundkapital von 500.000 Pfund Sterling zu gründen. Der Name der Gesellschaft war 'The Assam Company'. Im Frühjahr 1840 wurden zweidrittel des Teelandes, der Teestrecken, sowie Häuser etc. der Ostindischen-Kompanie an die 'Assam Company' übergeben. Die englische Regierung hatte ein kleines Gebiet mit Versuchsplantagen für Schulungszwecke behalten, um weitere Interessierte für den Teeanbau ausbilden zu können. Eine Zusammenfassung des Berichtes von dem Superintendenten der Regierungsversuchsplantagen lautete folgendermaßen:

"Einige Teestrecken sind sehr groß und laufen mehrere Meilen in den Dschungel hinein. Das gesamte Singpholand kann zu einem Teegarten umgewandelt werden, weil das Land sehr fruchtbar und für den Teeanbau sehr geeignet ist.... Das Muttackland mit seinem Überfluß von Teebäumen kann ein sehr schöner Teegarten werden.... England allein konsumiert 31.829.620 Pfund Tee im

¹⁹ Antrobus, H.A.: a.a.o., S. 265.

*Jahr. Um es mit dieser großen Menge Tee zu versorgen, müssen wir die gesamten Täler und Berge von Assam mit Tee bepflanzen.*²⁰

Diese Phantasie wurde zur Tatsache und zwar wurde Assam bis zum Ende des 19. Jahrhunderts das größte Teeanbaugebiet der Welt. Die Engländer waren sehr genau darin, ihre Pläne und Ziele durchzusetzen. Nichts war wichtiger in Assam, als der Anbau von Tee.

Organisierter Landraub

Der wichtigste Faktor für eine landwirtschaftliche Unternehmung ist das geeignete Land. Da die englischen Kolonialisten in Assam keine Landbesitzer waren, verwendeten sie ihre Kolonialideologien und wurden damit die Besitzer der gesamten Ländereien Assams. Die Ländereien wurden unter das sog. 'West Land Rules' oder 'Freies-Land-Gesetz' gebracht, welches am 6. März 1838 in Kraft trat. Zwischen den Jahren 1838 und 1861 hatte die Kolonialregierung eine Reihe von Pachtgesetzen immer mit vorteilhaften Pacht- und Verkaufsmöglichkeiten veröffentlicht. Die Ländereien wurden an englische Pflanzer 5 bis 20 Jahre steuerfrei zum Pachten oder sehr günstig zum Verkauf angeboten.

Nach der Ankündigung dieser 'Freien-Land-Gesetze' reiste eine Welle von europäischen bzw. englischen Pflanzern nach Assam. In den großen Jahren der sog. "Tee-Manie", von 1860-1866, gab es einen großen Wettbewerb im Teeanbau in Assam. Ein zeitgenössischer Teepflanzer schrieb darüber folgendes:

*"Privatleute beeilten sich, grosse Landstrecken zu erwerben und fanden bald ihre angelegten Capitalien verdoppelt und verdreifacht. Zahlreiche Compagnien und Actien-Gesellschaften wurden in Indien und England gegründet zur Anlegung von Plantagen in Assam, und da sie sich fast alle im Anfang bei nur irgend zweckmässiger Bewirtschaftung bezahlt machten, wuchs die Spekulation mit Riesenschritten. Jeder Fussbreit Landes wurde aufgekauft, und alles strömte nach Assam, um Pflanzer zu werden."*²¹

20 Bruce, C.A.: Report on the Manufacture of Tea, Calcutta 1839.

21 Flex, O.: Pflanzlerleben in Indien, Berlin 1873, S. 7.

So verkaufte die englische Regierung Ländereien Assams, die ihr nicht gehörten, an englische Kolonialisten. Die englischen Pflanzer in Assam erwarben dabei viel mehr Ländereien als sie brauchten, oder verarbeiten konnten. Bis zum Ende der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts wurden insgesamt 1.678.485 Acre Land in Assam verkauft und verpachtet, aber nur auf 439.059 Acre (26%) Tee angepflanzt.²² Der Rest blieb als Land für Straßen, Kanäle, Teiche, Wohnsiedlungen, Gebäude, Teefabriken übrig. Es gab außerdem unbenutztes Land, Waldgebiete für Holz und Holzkohle und Land, das ungeeignet für den Teeanbau war.

Zahlreiche Literatur über die landwirtschaftlichen Möglichkeiten in Indien wurden durch das ganze 19. Jahrhundert hindurch in England veröffentlicht. Diese privaten und staatlichen Veröffentlichungen propagierten immer wieder die Gewinne, die vorteilhaften Rahmenbedingungen und die bessere Zukunft für die Plantagenwirtschaft in Indien. Eine dieser Literaturen war das Buch des englischen Ökonomen N.W. Lees, 'The Land and Labour of India'. Das Buch war in England einer der Bestseller in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts. Lees behandelte in seinem Buch das über Millionen Acre fruchtbare Ackerland und die Millionen von billigen Arbeitskräften als Schwerpunkte. Dabei bezeichnete er das fehlende Kapital, die Führung, das technische 'Know how', wie künstliche Bewässerung etc. als Nachteile für Indien und forderte englische Pflanzer bzw. Investoren auf, plantagenmäßig landwirtschaftliche Tätigkeiten in Indien aufzunehmen. Lees beschrieb das Zamindari-System bzw. Großgrundbesitzersystem in Indien und erklärte so die Besitzverhältnisse der Ländereien. Er versuchte zu beweisen, daß die Masse der Bevölkerung überhaupt kein Besitzumsrecht über die Ländereien hatte. Damit wurde auch auf moralischer Seite gerechtfertigt, sich Land zu eigen zu machen, da die Masse der Bevölkerung nicht darunter zu leiden habe.

Es gab in dem Sinne kein sog. freies Land, das für den Anbau von Tee an die englischen Pflanzer verteilt wurde. Das sog. freie Land war das normale Ackerland der Bevölkerung in Assam. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts wurden Ländereien an die englischen Pflanzer vergeben, ohne genaue Landvermessung, egal, ob das vergebene Land von den Einheimischen bewohnt war, oder nicht. In vielen Fällen fand die

22 Report on the Tea Culture in Assam, Government of Assam 1940.

Landverteilung an Pflanzer nur auf dem Papier statt, nur mit Fantasie, ohne praktisches Wissen über das vergebene Land.²³

Die gemeinsame Nutzung der Wälder in Assam beruhte seit dem Altertum, wie auch in anderen Erdteilen, auf einer langen Tradition. Brennmaterial, wie Feuerholz und pflanzlichen Baumaterialien wurde in Assam nicht an- oder verkauft, sondern in den umliegenden Wäldern gesammelt. Da der Waldbestand enorm groß war, hatte dieses Produkt keinen Handelswert. Die neue Regelung vertrieb die Menschen von diesen Naturrechten. Also keinen Zugang für die Einheimischen zu den Wäldern, ohne die Erlaubnis der Kolonialregierung.

Die Landsteuer

Die Landsteuerpolitik war der Kernpunkt der englischen Kolonialverwaltung in Indien. Dieses war die wichtigste und auch die einzige Maßnahme, bei der die Kolonialregierung direkt mit den Bauern in Verbindung kommen konnte. Weil über 80% der Bevölkerung von der Landwirtschaft abhängig waren, die unabhängig vom Staat oder von staatlicher Unterstützung funktionierte, gab es für die Kolonialregierung keine andere Möglichkeit, über das indische Landvolk die englische Herrschaftsgewalt auszuüben. Mit der Landsteuerpolitik hatte nun die Kolonialregierung ihre Machtposition über das einheimische Volk in Indien deutlich gemacht.

Die koloniale Infrastruktur wurde in Assam seit Beginn der englischen Herrschaft nur auf Inkasso von Landsteuer und Polizeiverwaltung aufgebaut. Für die Steuerverwaltung wurde jeder Bezirk in Assam in mehrere Sub-Bezirke und jeder Sub-Bezirk in mehrere Mauza bzw. Gemeinden aufgeteilt. Die Mauzas bestanden aus mehreren Dörfern und waren die kleinste und wichtigste Steuerverwaltungseinheit. Deshalb wurde der Leiter eines Bezirkes, anstatt Bezirksleiter auch als Bezirkssteuereinsammler (Collector) bezeichnet. Die Steuerverwalter der Bezirke und Sub-Bezirke waren Engländer. Nur für die Mauzas wurden ehemalige Adelige für die Steuerinkasso nominiert. Dieser Gemeindegeldkassierer, genannt Mauzadar, wurde jedes Jahr neu nominiert. Damit mußte er seine Tapferkeit in der Steuerinkasso beweisen. Ansonsten wurde die Aufgabe an seinen Konkurrenten vergeben. Die Bauern hatten die Möglichkeit die Landsteuer

23 Edgar, J.W.: Paper Regarding Tea Industry in Bengal, Calcutta, 1873, S. XI.

beim Bezirksleiter direkt zu bezahlen oder beim Mauzadar abzugeben. Aber sie hatten keine Möglichkeit der Landsteuer zu entkommen.

Der englische Ökonom, E.G. Wakefield, argumentierte über ein neues Kolonialisierungssystem. Wenn die Ländereien kostenlos und in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen würden, würden die Arbeiter versuchen, selbst Landbesitzer zu werden und sich weigern, für ihre Kolonialherren zu arbeiten. Der Mangel an Arbeitern verhindere das Wachstum der kapitalistischen Unternehmungen. Um zu verhindern, daß die Arbeiter Landbesitzer werden, plädierte Wakefield für ein neues System, in dem die Werte und Preise der Ländereien festgesetzt werden sollten. Motiviert von den Wakefield-Prinzipien, erhöhte die englische Regierung die Landsteuer für die einheimischen Bauern in Assam ständig. So wurde versucht, daß die Bauern ihre Landwirtschaft aufgaben und sich als Arbeiter in den englischen Teeplantagen zur Verfügung stellten.

Die Landsteuer wurde nicht nur für das Ackerland, sondern auch für das Pflückgebiet der Maulbeerblätter verlangt. In dem Bezirk Sibsagar wurde die Landsteuer des Maulbeerbaumgebietes mit der Landsteuer des Hochlandes gleichgestellt.²⁴ Die Maulbeerblätter als Futtermittel für die Seidenraupen, wurden von den Einheimischen schon immer gesammelt oder durch eigenen Anbau gewonnen. Eine neue Steuer, für diese in der Natur im Überfluß verfügbaren Blätter, belastete die Bauern und deren Tradition, die Herstellung von Seide. Die Seide war nicht nur für den Eigenbedarf gedacht, sondern ein Teil der gewonnenen Seide wurde auch verkauft oder getauscht. Die Landsteuer für das Sammeln der Maulbeerblätter war ebenso eine Maßnahme, den Bauern den Weg zum baren Geld, durch den Verkauf von Seide, zu unterbinden.

Dieser ständige Versuch von Steuerauflagen an Bauern war nicht nur kolonialistische Plünderung und Ausbeutung, sondern gleichzeitig wurde versucht, die ökonomische und demographische Entwicklung des einheimischen Volkes unter Kontrolle zu halten, bzw. diese Entwicklung zu verhindern. David Ricardo argumentierte zur landwirtschaftlichen Entwicklung, im Verhältnis zum vorhandenen Land und zu den Arbeitskräften, daß mit dem Wachstum von Kapital und der Bevölkerungsrate die vorhandenen Ländereien weniger werden, die

24 Mills, A.J.M.: Report on the Province of Assam, Calcutta 1854, S. 16.

Nahrungsmittelproduktion knapper und der Gewinn so weit reduziert wird, daß die Kapitalakkumulation beendet wird. Aus dieser gnadenlosen Umsetzung von Theorien in die Praxis, resultierten die Qualen und das Leiden der Bevölkerung einerseits und der despotische Sieg der Kolonialherren andererseits.

Keir Hardie, der Führer der Independent Labour Party schrieb am Ende des 19. Jahrhunderts in England in seinem Buch 'India', daß die indischen Bauern an die englische Regierung in Indien eine Steuer von 50 oder 65 Prozent ihrer Jahresernte bezahlten. Zusammen mit anderen Steuern bezahlten sie insgesamt 75 Prozent Steuer. Andererseits wurde in Großbritannien eine Gewinnsteuer von fünf Prozent für sehr hoch gehalten. Das gesamte koloniale Wirtschaftssystem in Indien war auf die unbarmherzige Ausbeutung der Bauern und Arbeiter aufgebaut und die periodischen Hungersnöte seit der englischen Kolonialisierung, waren die Ergebnisse dieser Ausbeutung. Nach englischen Angaben starben in Indien in den ersten 75 Jahren des 19. Jahrhunderts 6,2 Millionen Menschen und in den letzten 25 Jahren 26 Millionen Menschen an Hungersnot. Die steigende Landsteuer hatte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts einen extrem hohen Punkt erreicht und die Bauern waren überhaupt nicht mehr in der Lage, bares Geld zu besitzen noch in der Hungerperiode Lebensmittel zu kaufen. Während der Hungersnotzeiten gab es genügend Nahrungsmittel in Indien, um die Bevölkerung zu ernähren, aber es fehlte die Kaufkraft. Sogar der berühmte englische Staats-Statistiker W.W.Hunter äußerte sich zur Hungersnot von 1878. Er bezeichnete als Hauptursache der Hungersnöte in Indien die hohe Steuer, die den Bauern aufgelegt wurde.²⁵ Das Mitglied der englischen Legislative Council von Bombay Donald Smeaton, definierte die Hungersnöte in Indien:

"Hungersnot in Indien ist keine Nahrungsmittelnot, sondern Geldnot, weil es unmöglich für die Einheimischen ist, Nahrungsmittel zu kaufen".²⁶

Das Kolonialsystem änderte nicht nur die traditionelle Lebensart, sondern vernichtete diese systematisch und die Überlebenden wurden gezwungen, unter der extremen Armutsgrenze zu existieren.

25 Chernyak, Y.: Advocates of Colonialism, Moscow 1968, S. 106-107.

26 Smeaton, D., zitiert in: Chernyak, Y.: a.a.o., S. 106.

Der Opiumhandel

Außer der Landsteuerpolitik gab es weitere Maßnahmen der Kolonialregierung, um die landwirtschaftliche Entwicklung der Einheimischen zu verhindern. Dieses waren der Handel und die Verbreitung von Opium durch die Kolonialregierung in Assam. Durch ihre langjährigen Erfahrungen mit Opium, benutzten die Engländer dieses Produkt in Asien als alternative Waffe, um gegen die Masse der Bevölkerung zu kämpfen und um ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele zu erreichen. So erweiterte die Kolonialregierung ihren Opiumhandel unter der Bevölkerung in Assam.

Für die englische Regierung war Opium eines der ersten, wichtigen Welt-handelsprodukte im 18. und 19. Jahrhundert. Die englische Regierung hatte das Opium-Handelsmonopol inne. Opium wurde hauptsächlich in Indien angebaut. Die Hauptanbauprovinzen waren Bihar und Bengalen. Entlang des Ganges wurde auf einem 600 Meilen langen und 200 Meilen breiten Gebiet Opium angebaut. Zusätzliche Anbaugelände waren die Zentralprovinzen Rajputana und Boroda. Im Jahre 1880 exportierte die englische Regierung allein aus Indien 7.347.899 kg Opium und hatte ein Einkommen von 10.500.000 Pfund Sterling.²⁷

Die Hauptsteuerquellen der Kolonialregierung in Assam waren die Landsteuer und die Opiumsteuer. Allein im Jahre 1870/71 machten die Landsteuer und die Opiumsteuer zusammen 84% der Gesamtsteuer aus; davon waren 52% Landsteuer und 32% Opiumsteuer.²⁸ Die Steuer war nicht die einzige Einnahme durch das Opium. Der Hauptgewinn des Opiumgeschäfts floß zudem auch in die englische Regierungskasse, da sie das Handelsmonopol des Opiums besaß. Das Regierungsoptium wurde an zahlreiche, lizenzierte, einheimische Händler verkauft und diese verkauften es an die Verbraucher weiter. Die einheimischen Opiumhändler bezahlten monatlich die Opiumsteuer an die englische Regierung.

Einige der englischen Pflanzler in Assam wußten sicherlich sehr wenig von dem englischen Opium-Monopol und appellierten deswegen an die englische Regierung, diese Droge in Assam zu verbieten und somit eine gesunde Arbeiterklasse zu schaffen. So appellierte der Superintendent

²⁷ Chambers Encyclopaedia: a.a.o., S. 612-613.

²⁸ Hunter, W.W.: A Statistical Account of Assam, London 1879, S. 66.

englischer Versuchsplantagen in Assam an die englische Kolonialregierung:

".....die tödliche Plage, welche dieses schöne Land entvölkert hatte, wandelte das Land zu einem Land von wilden Tieren um.....und entartete die Assamesen von einer feinen Rasse von Menschen zu einer sehr verworfenen, unterwürfigen, gerissenen und demoralisierten Rasse in Indien. Diese gemeine Droge hatte und hat immer noch das Wachstum der Bevölkerung unterdrückt; im Vergleich zu anderen Ländern haben die Frauen hier sehr wenig Kinder und die Kinder leben sehr selten solange, daß sie ältere Menschen werden und sterben im Frühalter; im Vergleich zu anderen Ländern sind hier sehr wenig ältere Menschen zu sehen. Sehr wenige, aber diejenigen die längere Zeit in diesem unglücklichen Land leben, wissen welche tödliche und unmoralische Wirkung das Opium an den Einheimischen verursacht.....wäre es nicht der höchste Segen, wenn unsere humane und erleuchtene Regierung dieses Böse mit einem einzigen Federstrich stoppen und Assam und alle, die hier emigrieren wollen, um Teebauer zu werden vor der Nutzung dieses tödlichen Opiums retten würde?"²⁹

Allein von diesem Bericht ist zu erfahren, wie schädlich Opium für die Menschen in Assam gewesen ist. Die Kolonialregierung wußte genau über die Wirkung dieser Droge Bescheid und es war ihre Absicht, auf diese Art und Weise Völker in Asien zu unterdrücken. Die schlimmen Auswirkungen des Konsums von Opium wurden seit Mitte des 19. Jahrhunderts von assamesischen Intellektuellen beobachtet und so appellierten sie von Zeit zu Zeit an die englische Regierung, den Verkauf und Verbrauch von Opium in Assam zu verbieten. Alle Versuche waren erfolglos, bis die indische Nationale Kongress Partei in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts zum Opiumboykott aufrief. Dieser Aufruf erreichte eine drastische Reduzierung des Opiumkonsums und der Verbrauch von Opium wurde schließlich im März 1941 in Assam verboten.³⁰

29 Bruce, C.A.: Report on the Manufacture of Tea, Calcutta 1837.

30 Misra, T.: a.a.o., S. 32.

Die Plantagenarbeiter

Fruchtbares Land und billigere Arbeitskräfte waren die wichtigsten Faktoren der Plantagenwirtschaft. Aber diese beiden Faktoren traten sehr selten gemeinsam auf. Mit verschiedenen Maßnahmen, wie Landenteignung, Erhöhung der Landsteuer und Verkauf von Opium, versuchte die englische Regierung vergeblich, die fehlenden Arbeitskräfte für die Teeplantagen zu besorgen. Nur ein kleiner Teil der Einheimischen nahm die Arbeit in den Plantagen auf. Das Problem des Arbeitermangels für die Teeplantagen blieb im Vordergrund und wurde das Haupthindernis bei der Entwicklung der Teeindustrie. Das Land in Assam war sehr fruchtbar und die Bauern arbeiteten nur während der Monsunzeit zwischen März und Juli und dann nochmals zur Erntezeit im November/Dezember. Ansonsten verbrachte der Bauer in Assam ein ruhiges Leben. Dagegen war die Arbeit auf den Teeplantagen sehr hart, wie z.B. das neue Land vom Dschungel zu befreien, Teepflanzen anzulegen etc. und die Arbeit ging das ganze Jahr hindurch. Von den Einheimischen wurden die Engländer als Eindringlinge angesehen und eine körperliche Arbeit bei den Engländern wurde als minderwertige Arbeit bezeichnet.

Die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts wurden als Jahre der "Tee-Manie" bezeichnet, weil sich, aufgrund der Erleichterung der Landverteilungspolitik der englischen Regierung, viele europäische bzw. englische Pflanzer im ganzen Assam ansiedelten und somit die Nachfrage an Arbeitern sehr hoch war. Viele englische Agenturen hatten in Kalkutta ihre Tätigkeiten aufgenommen, um indische Arbeiter für die Teeplantagen zu rekrutieren. Die Agenturen beschäftigten einheimische Agenten, die als Arkatis bezeichnet wurden. Sie gingen zu den Arbeitern, versprachen ihnen ein besseres Leben und boten ihnen Arbeit auf den Teeplantagen an. Diese Agenten bzw. Arkatis gingen von Dorf zu Dorf, motivierten Männer, Frauen, Kinder und ganze Familien ihre Dörfer und Häuser zu verlassen. Wenn die Arkatis eine Gruppe von Menschen zusammenbekommen hatten, brachten sie diese zu den jeweiligen Agenturen und erhielten zwei bis fünf Rupien pro Kopf. In Kalkutta mußten die rekrutierten Menschen bei den Agenturen einen Vertrag unterschreiben; als Unterschrift galt hauptsächlich ein Fingerabdruck. Mit dieser Unterschrift hatten die armen Menschen keine Möglichkeit mehr, die Arbeit oder die weite Reise nach Assam zu verweigern. Das einzige Gesetz, daß die Pflanzer und Agenturen in diesem Fall verwendet haben, war Paragraph 492 des britisch-indischen Strafgesetzbuches und Beschluß

XIII von 1859 'The Workmen's Breach of Contract Act' (Vertragsverletzung der Arbeiter), welches zu Gunsten der englischen Handelsfirmen in Kalkutta gedacht war. Dieses Gesetz erlaubte den Menschenhändlern und Pflanzern die Arbeiter zu bestrafen, falls diese ihre Weiterreise verweigerten und zwar mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat. Dieses Gesetz bzw. dieser Beschluß XIII von 1859 bot keine Möglichkeit für die Arbeiter sich gegen die Arbeitgeber zu verteidigen.³¹

Die Agenturen in Kalkutta lieferten für eine enorme Summe die Vertragsarbeiter an die Pflanzern in Assam. Es gab einen regulären, etablierten Handel mit dem Kauf und Verkauf der Arbeiter. In der ganzen zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es starke Arbeiterimporte aus Indien in die englischen Kolonien. Deswegen gab es einen starken Wettbewerb in der Arbeiterrekrutierung zwischen den Händlern. In den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts kostete dem Pflanzern in Assam ein importierter Arbeiter ab 30 Rupien aufwärts. In vielen Fällen wurden sogar 60 bis 70 Rupien pro importierten Arbeiter ausgegeben.³²

Der Weg aus Kalkutta nach Assam war abenteuerlich. Die Arbeiter wurden mit einheimischen Booten, per Dampfer und teilweise auch zu Fuß nach Assam geschickt. Unterwegs starben viele an Krankheiten und viele verließen die Gruppe und verschwanden spurlos. In den Jahren der "Tee-Manie" (1861-1866) konnten die Agenturen auch für die unterwegs gestorbenen Arbeiter Kommissionen verlangen. Dieser Vorteil wurde von vielen Agenturen in Kalkutta ausgenutzt. Nach einem englischen Regierungsbericht hieß es:

"Die Agenturen hatten sich von jedem Kranken den Vertrag unterschreiben lassen, der noch ein bißchen Kraft zum Laufen oder Kriechen hatte, um den Dampfer zu besteigen, der sie nach Assam bringen sollte. Menschen mit hoffnungslosen Krankheiten, Blinde, Geisteskranke, der Abfall der Basare (gemeint sind arbeitsunfähige arme Menschen) wurde, wie alle anderen Arbeiter, für eine bestimmte Summe pro Kopf nach Assam geschickt, was einen großen Gewinn für die Rekrutierer und Händler brachte."³³

31 Bose, S.K.: Capital and Labour in the Indian Tea Industry, Bombay 1954, S. 70.

32 Money, E.: The Cultivation and Manufacture of Tea, Calcutta/London 1883, S. 10.

33 Edgar, J.W.: a.a.o., S. 126.

Männer, Frauen, Kinder, sowie ganze Familien wurden als Arbeitskraft bezeichnet und die Agenturen in Kalkutta versuchten so viele Menschen wie möglich, auf einen Dampfer zu laden. Die Fahrt dauerte drei bis sechs Wochen, je nach Lage des Dampfers, des Wetters, der Dauer an den Aufenthaltsorten etc. Während der Fahrt gab es eine erschreckend hohe Mortalitätsrate, verursacht durch Cholera und andere Krankheiten. Nach den Angaben der englischen Untersuchungskommission von 1906 sind zwischen dem 1. Mai 1863 und dem 1. Mai 1866 insgesamt 84.915 Menschen zu den Teeplantagen in Assam geschickt worden. Davon starben bis zum 30. Januar 1866 30.000 Menschen.³⁴

Das Arbeiterleben in der Plantage

Von der langen Reise wurden viele der Arbeiter bei der Ankunft auf den Plantagen krank. Sie waren arbeitsunfähig, aber ihre gesundheitliche Lage wurde von den Pflanzern nicht wahrgenommen und kranke Arbeiter als untätig und faul bezeichnet. Um den Lebensunterhalt zu verdienen, mußten sie arbeiten und viele dieser Arbeiter starben so in den Anfangszeiten.

Bei der Ankunft wurden die Arbeiter in den sog. 'Coolie lines' bzw. Kuli-Siedlungen untergebracht. Die Lage der medizinischen Versorgung, Ernährung und des Trinkwassers waren unzureichend, was zur höheren Todesrate beigetragen hat. Reis war das einzige Hauptnahrungsmittel für die Plantagenarbeiter, d.h. gekochter Reis mit Salz war die tägliche Ernährung für einen ganzen Tag harter Arbeit. Die Arbeit wurde mit Peitschen und Prügeln begleitet. 1873, als die englische Regierung in Indien einen Bericht über die Lage des Teeanbaus gefordert hatte, erachteten englische Pflanzler das Peitschen als den besten Weg mit den Arbeitern umzugehen.³⁵

1865 genehmigte die englische Regierung ein einheitliches Monatsgehalt für die Arbeiter von Rs. 5, Rs. 4 und Rs. 3 für Männer, Frauen und Kinder. Die Pflanzler hatten ihre Zahlungen mit bestimmten Arbeiten verbunden. Die Arbeiter waren nie in der Lage die Aufgaben in den vorgegebenen Zeiten zu beenden und daher wurde immer etwas vom Monatsgehalt abgezogen. In diesem Fall ist zu erwähnen, daß das

34 Edgar, J.W.: Report on the Tea Cultivation, Calcutta 1873, S. 17-18.

35 Edgar, J.W.: Report on the Tea Cultivation, Calcutta 1873, S. 9.

Monatsgehalt eines englischen Angestellten in den Teeplantagen in Assam zwischen 400 und 1.200 Rupien betrug.³⁶

Die Teeindustrie befand sich in dieser Zeit in einer primitiven Phase. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts machte die Teeindustrie bedeutende Fortschritte und bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges war die Teeindustrie in Indien in der Lage den gesamten englischen Teebedarf zu decken. Trotz dieser bedeutenden Entwicklung und den Fortschritten in der Teeindustrie blieben die Gehälter der Arbeiter konstant und veränderten sich seit 1865 nicht. Fünf Rupien waren im Jahre 1916 immer noch das Monatsgehalt eines Teeplantagenarbeiters, wobei die Teeproduktion Indiens von 3 Millionen Pfund im Jahre 1864/65 bis auf 350 Millionen Pfund im Jahre 1916/17 gestiegen war. Erst nach dem Ersten Weltkrieg und den danach folgenden politischen Bewegungen stiegen die Gehälter langsam an. Trotzdem blieben sie zum größten Teil bis zum Zweiten Weltkrieg noch unter zehn Rupien für einen erwachsenen Arbeiter.

Alle Arbeiter und deren Angehörige, die in den Plantagen lebten, waren verpflichtet zu arbeiten. Männer, Frauen, sowie kleinere Kinder mußten bestimmte Aufgaben täglich leisten. Land hacken, Tee anpflanzen, Holz hacken und Wald roden, Pflanzen pflegen, Teeblätter pflücken, -trocknen, -rollen, -rösten, -verpacken etc. waren die unendlichen täglichen Aufgaben in einer Teeplantage. Wenn die Arbeiter krank waren, bekamen sie für diese Zeit keinen Lohn. Nach der Regierungsverordnung von 1882 wurden von der Arbeit abwesende Arbeiter bestraft und zwar wurden ihnen 4 Annas pro abwesenden Tag von ihrem Gehalt abgezogen. Aber das Monatsgehalt betrug höchstens 5 Rupien = 80 Annas, d.h. die Strafe war höher als der Tagesverdienst. Nach der Geburt eines Kindes erlaubten nur wenige Pflanzer der Mutter einen Urlaub von drei bis vier Monaten zu nehmen. Im Normalfall standen der Mutter nach der Geburt weder Urlaub noch Feiertage zu. Sie mußte sofort nach der Entbindung mit ihrem Säugling unter der starken Sonne oder im Regen arbeiten.³⁷ Dies war ein ausschlaggebender Grund für die hohe Säuglingssterblichkeitsrate unter den Teeplantagenarbeitern in Assam.

Die Teeplantagenarbeiter mußten 30 oder 31 Tage im Monat arbeiten. Sie hatten keinen Anspruch auf wöchentliche Feiertage, wie den Sonntag. Sie

36 Ukers, W.H.: a.a.o., S. 412.

37 Report of the Assam Labour Enquiry Committee, Calcutta 1906, S. 85.

mußten jeden Tag arbeiten und wenn sie einen Feiertag hatten, dann war es ein unbezahlter Tag. Nur einige Arbeiter durften unter Umständen zweimal im Monat, unter bewaffneter Bewachung, in die umliegenden Dörfer zum Reiskauf gehen. Die anderen Arbeiter, die das Hauptnahrungsmittel Reis in die Plantagen geliefert bekamen, hatten überhaupt keinen Feiertag bzw. keine Möglichkeit die Plantage zu verlassen. Der Sonntag als Feiertag wurde erst in der Spätphase des 19. Jahrhunderts eingeführt. Außer dem Sonntag, gab es für die Arbeiter bis Mitte des 20. Jahrhunderts nur zwei bis drei Feiertage im Jahr.³⁸

Die mangelhafte Ernährung, das niedrige Einkommen, die harte Arbeit, die Überarbeitung, die ungesunde Wohnsituation, die schlechte medizinische Versorgung etc. führten zu einer hohen Todesrate bei den Arbeitern. Es gab kaum einen Arzt oder Medikamente in einer Teeplantage. Die größeren Plantagenunternehmer hatten höchstens einen Arzt für mehrere Plantagen und dieser war hauptsächlich für die Europäer zuständig. Außerdem war Krankheit unerwünscht und immer öfter wurde kranken Arbeitern der Vertrag gekündigt und sie bekamen keine Bezahlung. Dies führte schließlich zu einem schnellen Tod. Um die Todesrate der Arbeiter in der Buchführung niedriger zu halten, kündigten viele Pflanzer kranken Arbeitern frühzeitig und führten in vielen Fällen gestorbene Arbeiter als geflüchtet auf.³⁹ Diese Art von Buchführung wurde vorgenommen, um der englischen Regierung zu beweisen, daß diese Plantagen gesunde Plantagen, mit einer besseren medizinischen Versorgung seien.

In allen Teeplantagen lebten die Arbeiter in den sog. 'Coolie lines' bzw. Arbeiter-Siedlungen, die mit einer hohen Mauer eingezäunt waren. Hinter diese Mauer bzw. außerhalb der Teeplantagen zu gehen, war verboten. Mit bewaffneten Aufsehern wurden die Arbeiter bewacht. Damit waren sie von der Außenwelt total abgeschnitten. Es gab für sie keine Möglichkeiten sich zu versammeln, zu organisieren oder zu protestieren. Der einzige Protest, den der Arbeiter leisten konnte, war das Weglaufen. Zwischen 1880 und 1900 wurden durchschnittlich über 4% der Arbeiter als vermißt gemeldet oder es wurde "rechtswidriges Verlassen der Plantage" verzeichnet. "Von einer Gruppe von 50.000 Arbeitern in den

38 Report on an Enquiry into Condition of Labour in Plantations, Simla 1946, S. 56.

39 Cotton, H.: Indian and Home Memories, London 1911, S. 265.

Teebezirken starben innerhalb von eineinhalb Jahren 13.905 und 4.425 liefen weg und verschwanden in den Wäldern."⁴⁰

Weglaufen war mit mehreren größeren Risiken verbunden. Zuerst mußten die Arbeiter vor der bewaffneten Wache und den trainierten Wachhunden entkommen und dann kam der Hunger, gefährliche wilde Tiere, z. B. Tiger, sowie Pestilenzen und Orientierungslosigkeit im dichten Dschungel von Assam. Sicherlich fanden nur sehr wenige der geflohenen Arbeiter den Weg von 1.000 bis 3.000 km in ihre entfernte Heimat wieder. Die größte Gefahr bei der Flucht waren andere Menschen. Es war überall in Assam bekannt, daß die Belohnung für die Festnahme eines geflüchteten Arbeiters fünf Rupien betrug. Diese fünf Rupien waren mehr als ein Monatsgehalt auf der Plantage. Für diese Belohnung fingen viele Einheimische die geflüchteten Arbeiter und brachten sie zu den Plantagen zurück. Die Belohnung von fünf Rupien wurde vom Gehalt des geflüchteten Arbeiters abgezogen. Paragraph 195 und 196 aus dem Beschluß XIII von 1859 erlaubte dem Arbeitgeber geflüchtete Arbeiter zu verhaften. Nach der Festnahme wurde der geflüchtete Arbeiter, je nach Art und Weise der Pflanze, gefesselt, gepeitscht, gefoltert oder mit kochendem Wasser übergossen.⁴¹

Viele geflüchtete Arbeiter mußten nach ihrer Festnahme in das Gefängnis, wo das Leben nicht besser war als auf der Teeplantage. Die Todesrate in den Gefängnissen lag bei 60 pro 1.000 Gefangenen und damit war bis zum Ende des 19. Jahrhunderts die Todesrate in den Gefängnissen in Assam die höchste in ganz Indien.⁴²

Seit Beginn des kommerziellen Teeanbaus in Assam, von 1840 bis zum Jahre 1940, wurden über drei Millionen Menschen als Teeplantagenarbeiter nach Assam gebracht. Durchschnittlich 25% waren Kinder und der Rest Männer und Frauen. 1940/41 waren 1.169.505 Teeplantagenarbeiter in Assam angestellt.⁴³

40 Edgar, J.W.: Report on the Tea Cultivation, Calcutta 1873, S. 21.

41 Über diese Folterungen gibt es sehr viele mündliche Überlieferungen in den Teeplantagen in Assam. Normalerweise wurden die Geflüchteten vor Publikum an einem Pfahl gefesselt und bestraft.

42 Cotton, H.: a.a.o., S. 244.

43 Report of the Assam Labour Enquiry Committee, Calcutta 1906, S. 16.

Nach der Unabhängigkeit Indiens, im Jahre 1947, beschäftigte sich eine Untersuchungskommission für längere Zeit mit dem Leben der Plantagenarbeiter. Die Kommission berichtete u.a., daß die Lebensbedingungen der Plantagenarbeiter sich von denen der normalen Industriearbeiter unterschieden und deswegen ein besonderer Gesetzesentwurf notwendig wäre. Dieser neue Gesetzesentwurf beinhaltete bessere Lebensbedingungen für die Plantagenarbeiter und das Verbot der Kinderarbeit unter zwölf Jahren in den Teeplantagen. Eine Reihe von Protesten gegen diesen neuen Gesetzesentwurf löste die englische Teeindustrie in Indien aus. Trotz vieler Proteste wurde im Oktober 1951 im indischen Parlament der neue Gesetzesentwurf für die Plantagenarbeiter ratifiziert.

Durch die Unabhängigkeit Indiens, wurden die Teeplantagenarbeiter in Assam von ihren sklavenartigen Arbeitsverhältnissen befreit. Sie wurden wieder freie Menschen, ihr Arbeitslohn wurde der gegenwärtigen Einkaufskraft angeglichen, durch schulische und andere Ausbildungen durften sie andere Berufe ausüben und auch politische Tätigkeiten als normale Bürger aufnehmen. Damit erreichte der Teeplantagenarbeiter in Assam den Status eines Bürgers in Indien.

In den letzten 40 Jahren nach der Unabhängigkeit erweiterte sich die Teeindustrie in Assam ständig. Die Besitzverhältnisse der Teeplantagen in Assam änderten sich seit Anfang der 50er Jahre und zwar durch den Teeplantagenverkauf von ausländischen Besitzern an Inder bzw. an indische Konzerne. Bis zum Ende der 60er Jahre dieses Jahrhunderts ging das englische Teeanbaumonopol in Indien offiziell zu Ende. Dieses geschah, weil nach indischer Verfassung die Höchstbeteiligung ausländischen Kapitals bei einer Unternehmung nicht mehr als 24% betragen durfte.

Pflanzerleben in Assam

Die europäischen Teeplanzer bzw. Manager und Assistenten für die Teeplantagen wurden in England, Schottland und Irland rekrutiert. Hunderte von jungen Menschen verließen jährlich Großbritannien, um in den Teeplantagen in Indien zu arbeiten. Es war sehr selten, daß diese Männer vorzeitig ihre Arbeit aufgaben und nach Großbritannien zurückkehrten.

Die jungen Männer wurden erst als Junior-Assistenten für drei bis vier Jahre angestellt. Im ersten Jahr bekam der Assistent ein Monatsgehalt von Rs. 310 bis Rs. 350. Drei bis vier Jahre später stieg der Junior-Assistent zum Senior-Assistenten auf und sein Gehalt betrug Rs. 400 bis Rs. 500

im Monat und er erhielt eine Provision von 0,5% bis 1% des Plantagengewinns im Jahr. Nach zehn oder zwölf Jahren konnte der Senior-Assistent Vize-Manager oder Manager werden. Das normale Gehalt eines Managers wechselte zwischen Rs. 800 bis Rs. 1200, zuzüglich extra Zuschüssen und einem Pony-Zuschuß von Rs. 60 bis Rs. 100 im Monat. Zusätzlich bekam der Manager 5% bis 10% als Provision vom gesamten Jahresgewinn der Teeplantage. In guten Erntejahren stieg diese Provision weit über das gesamte Jahresgehalt. Ein Superintendent bzw. Manager verdiente eine Jahresprovision von Rs. 100.000, d.h. das acht- bis zehnfache seines Jahresgehaltes. Dieser fabelhafte Lohn und das Einkommen der englischen Pflanzler wurde auf Kosten der armen Arbeiter bezahlt. In diesem Fall verdiente ein Pflanzler 1.500 bis 3.000 mal mehr als ein Arbeiter auf derselben Plantage. Dagegen lag das Einkommen eines Teeplantagenarbeiters, in der Zeit dieser Untersuchung, zwischen Rs. 3 und Rs. 7 im Monat.

Die Assistenten durften nach vier oder fünf Jahren und die Manager nach drei oder vier Jahren für sechs Monate Indien verlassen. Die Kosten für die Hin- und Rückreise nach Großbritannien, inklusive deren Familien, wurden von den Plantagengesellschaften übernommen und sie bekamen während dieses Urlaubs ihr volles Gehalt weitergezahlt.⁴⁴

Die Assistenten und Manager wohnten in palastartigen, malerischen, großräumigen Bungalows. Hunderte bis tausende Quadratmeter gepflegter Rasenflächen und Obst-, Gemüse- und Blumengärten umgaben die Bungalows. Für die Bungalows mußten keine Mieten gezahlt werden und die Gehälter des Pflegepersonals, wie Gartenarbeiter, Wäscher, Köche, Diener etc. wurden von der Plantagengesellschaft übernommen. Ein Teil der Konsumgüter, wie Alkohol, Zigaretten, Tabak, Medikamente, Bekleidung, Butter, Zucker, Mehl, Käse etc. kamen erst mit den Brahmputra-Dampfern und zu späterer Zeit per Eisenbahn aus Kalkutta. Die anderen Lebensmittel, wie Obst, Gemüse, Eier, Geflügel, Fisch, Fleisch etc. kauften die Diener in den nächsten Dörfern bzw. wurden in der Plantage angebaut und gezüchtet oder wurden durch Freizeitjagd und Fischen selbst gefangen.

Zur Tagesroutine eines Assistenten gehörte es, sehr früh aufzustehen und bei Sonnenaufgang das Frühstück einzunehmen. Eine halbe Stunde später

44 Ukers, W.H.: a.a.o., S. 412-415.

war er beim Namensaufruf der Arbeiter dabei. Seine Aufgabe war es darauf zu achten, daß die Arbeiter mit der Morgendämmerung anfangen zu arbeiten. Seine Arbeit, die Befehle zu erteilen, begann morgens in verschiedenen Bereichen, wie auf der Plantage, in der Teefabrik oder im Schreibbüro.

Der Manager begann seine Arbeit nach dem Frühstück. Zuerst beschäftigte er sich mit der Post, dann machte er einen Rundgang auf der Plantage, um einen aktuellen Überblick über die Plantage zu erhalten. Die Aufseher waren als erste an der Reihe, den Manager zu grüßen bzw. ein Salam zu geben, um dann über die jeweilige Arbeit zu berichten. Der Manager äußerte sich mit Lob, Beschimpfungen und neuen Befehlen. Er war der konkurrenzlose Oberste in der Hierarchie. Seine Entscheidungen mußten von allen mit einem Lächeln angenommen werden und seine Befehle mußten reibungslos ausgeführt werden.

Mittags kam der Manager zu seinem Bungalow zurück und nahm ein warmes Bad, das für ihn von den Hausangestellten vorbereitet worden war. Dann ging er zum Mittagstisch, wo er vom Koch und vom Diener bedient wurde. Nach dem Mittagessen ruhte er sich aus. Mit dem Aufwachen wurde ihm eine Tasse Tee von seinem Diener serviert. Nach dem Tee, die Schatten der Bäume verlängerten sich, machte er sich auf den Weg zur Teefabrik. Seine größte Aufmerksamkeit widmete er der Herstellung des Tees. Außerdem erteilte er alle möglichen Befehle, um die Produktion und die Qualität aufrecht zu erhalten. Zur Abenddämmerung empfing er die Vorarbeiter, zusammen mit seinem Assistenten, nahm deren Tagesberichte entgegen und erteilte Befehle für den nächsten Tag. Die einheimischen Angestellten mit Englischkenntnissen, waren als Schreibkräfte, Buchhalter etc. in der Personalverwaltung angestellt.

Nach Sonnenuntergang trafen sich die Pflanzer in den gemeinsamen Clubs der Nachbarplantagen. Der Abend begann mit einem 'Drink', dann kamen Bridge, Billard, Musik und Tanzen etc. In den Wintermonaten November bis März hatten die Pflanzer wenig zu tun und hatten deshalb viel Zeit für Sport und Freizeit. Fast jede Plantage hatte ihren eigenen Tennisplatz. Es gab zahlreiche Golfplätze in den Teebezirken, Polo gehörte zu den wichtigsten Spielen der englischen Pflanzer in Assam. Außerdem zählte Schießen bzw. Jagen und Fischen zu den allerwichtigsten Freizeitsportarten und dieser Sport wurde bei jedem Wetter und zu jeder Jahreszeit durchgeführt.

Die meisten europäischen Pflanzer waren Junggesellen. Vergewaltigung und sexuelle Beziehungen mit den Arbeiterfrauen durch die Pflanzer waren sehr häufig. Es gab viele sog. uneheliche Kinder in den Teeplantagen, deren Väter Europäer waren. Die europäischen Pflanzer haben ihre sog. unehelichen Kinder weder anerkannt noch wirtschaftlich unterstützt. Das Schicksal dieser hilflosen Kinder, mit europäischem Vater und einheimischer Mutter, war auch ein Diskussionsthema für einige europäische Intellektuelle.⁴⁵

Die Gesundheitsmaßnahmen für die Europäer in den Plantagen waren sehr gut. Zur Pflanzer-Routine, für die Erhaltung der Gesundheit, galt das Einnehmen von Chinin jeden Morgen, Rizinusöl zweimal die Woche und Kalomel bei Neumond. Trotz dieser medizinischen Vorsichtsmaßnahmen wurden, je nach Art und Weise der Krankheit, für europäische Angestellte nach ihrer Genesung Erholungsreisen angeboten bzw. unternommen. Die meisten der Teeplantagen lagen in Ober-Assam. So wurden die Erholungsreisen den Brahmaputra abwärts zum Westen unternommen. Die Erholungsreise für ein einfaches Fieber wurde bis nach Tezpur (ca. 200-300 km) unternommen, bei einem länger dauernden Fieber bis nach Guwahati (300-400 km) und für schwere Krankheiten wurde eine Reise nach Kalkutta angeboten. Kalkutta war zwar kein Erholungsort, aber eine Großstadt mit Abwechslung. Nach einer sehr schweren Krankheit gab es eine lange Seereise, entweder nach Mauritius im Indischen Ozean oder zum 'Kap der Guten Hoffnung' an der Atlantikküste Südafrikas.⁴⁶

Wenn die Arbeiter krank wurden, wurden sie entweder nicht bezahlt, bestraft, gekündigt, vernachlässigt oder man ließ sie einfach sterben.

Ein Pflanzer arbeitete durchschnittlich 30 Jahre. Eine große Summe Kapital wurde angehäuft für ein sicheres, ruhiges und wohlhabendes restliches Leben. Nach der Pensionierung wurden einige erfolgreiche Pflanzer Superintendenten von der Teeplantagengesellschaft in Kalkutta oder Vorstandsmitglieder der Plantagengesellschaft in London. Aber die meisten Pflanzer gingen in den Ruhestand und viele von ihnen ließen sich an der Südküste von England nieder, wo es zahlreiche Siedlungen

45 Buckingham, J.: *Tea Garden Coolies in Assam*, Calcutta 1894, S. IX.

46 Antrobus, H.A.: a.a.o., S. 447.

pensionierter Pflanze gab. Viele, die mit dem tropischen Klima vertraut waren, siedelten nach Australien oder Neuseeland um.⁴⁷

Die Pflanze in Assam führten nicht nur ein üppiges Leben; es war auch mit Abenteuern und mit Schwierigkeiten verbunden. Zu den schwierigen Voraussetzungen gehörten das feucht warme Klima, periodische Krankheiten, Transport- und Kommunikationshindernisse, Einsamkeit etc. Aber diese Unannehmlichkeiten waren im Vergleich zu ihrem luxuriösen Leben geringfügig.

Assam Tee für die englische Wirtschaft

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts stammte der gesamte Teeverbrauch Englands aus China. Im Jahre 1903 betrug der Anteil des gesamten Teeverbrauchs in England 59% indischen Tee, 31% Ceylon Tee und 10% chinesischen Tee. Bis zum Ende der 30er Jahre reduzierte sich der chinesische Anteil bis auf 2%. Damit wurde China von dem Welt-Tee monopol vertrieben und die Engländer besaßen die gesamte Macht im Teeanbau, der Herstellung, dem Handel und dem Verbrauch. Bis 1920 war der Assam Tee mit seiner Produktion von 234 Millionen Pfund in der Lage, den gesamten Teebedarf von England zu decken und den Überschuss weiter zu exportieren. Durch die oben genannte neue Landverteilungspolitik der englischen Regierung, ist eine große Welle von Engländern in den 50er und 60er Jahren des 19. Jahrhunderts nach Assam gekommen, um Tee anzubauen. Der zeitgenössische Pflanze E. Money schrieb über diese neuen Pflanze:

*"..... jeder - buchstäblich jeder wurde Teeplanze - pensionierter oder entlassener Armee- oder Marineoffizier, Mediziner, Ingenieur, Tierarzt, Dampferkapitän, Chemiker, Krämer, verbrauchter Polizist, Sekretär, und Gott weiß wer sonst noch....."*⁴⁸

Nach einer anderen Quelle hatten viele höhere englische Regierungsbeamte, wie Bezirksleiter etc. ihre Ämter niedergelegt, um den Teeanbau zu praktizieren.⁴⁹

47 Ukers, W.H.: a.a.o., S. 412-415.

48 Money, E.: a.a.o., S. 2.

49 Gait, E.: A History of Assam, Calcutta 1926, S. 356.

Die rasche Entwicklung der Teeindustrie in Assam lag an dem enormen Gewinn der Teeplantagenwirtschaft. Die Gesamtinvestition für den Anbau einer kleineren Teeindustrie mit einer Anbaufläche von 300 Acre belief sich in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts auf 90.000 Rupien. Im ersten und zweiten Jahr brauchte man insgesamt 45.000 Rupien für die Anpflanzung und Einrichtung der Infrastruktur. Ab dem dritten Jahr fing die Teeerpflanze an, eine kleinere Menge Teeblätter zu liefern und somit begann die erste Teeproduktion. Die Anpflanzung wurde weiter betrieben, bis die Plantage vollständig bepflanzt war. Bis zum vierten Jahr wurde in der Plantage für den Anbau investiert. Ab dem fünften Jahr erzielte die Plantage gute Gewinne und bis zum siebten Jahr wurde die gesamte Investition von 90.000 Rupien durch den Gewinn zurückerstattet. Bis zum zwölften Jahr stiegen die Gewinne um das 4 bis 5 fache der ursprünglichen Investition an und zusätzlich blieb die Plantage als mehrfacher Wert, im Vergleich mit den Ausgaben. Dieser Gewinn war abzüglich der Gesamtkosten.⁵⁰ Die assamesische Teeerpflanze hatte eine Lebensdauer von bis zu 150 Jahren, d.h. eine einmal angelegte Teeerpflanze brauchte für sehr lange Zeit keine großen Investitionen mehr. Es gab keine andere vergleichbare Agrarwirtschaft, die so viele Gewinne brachte.

Der plantagenmäßige Teeanbau verlangte eine schnellere und quantitative Teeherstellung und somit wurden Maschinen eingesetzt, um dieses Ziel zu erreichen. Nach der Pflückarbeit der Teeblätter gab es insgesamt fünf Arbeitsphasen bis zur Herstellung des fertigen Tees und zwar das Welken (Trocknen), Rollen, Fermentieren, Rösten und Sortieren. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts wurden verschiedene Geräte bzw. Maschinen mit verschiedenen Fabrikaten für das Welken, Rollen, Rösten und Sortieren hergestellt. Bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts hatten sich alle Teeplantagen in Indien auf die maschinelle Herstellung des Tees umgestellt. So kam ein riesiger Industriezweig für die Herstellung der verschiedenen Maschinen der Teeindustrie zustande. Alle diese Maschinen wurden in England hergestellt und nach Indien exportiert, was eine bedeutende Rolle für die englische Industrie spielte.

Düngemittel und Schädlingsbekämpfungsmittel waren auch bedeutende Faktoren der Plantagenwirtschaft. Zuerst wurde Naturdünger verwendet und seit Anfang des 20. Jahrhunderts wurde die Nutzung des

50 Money, E.: a.a.o., S. 163-172.

Kunstdüngers in den Teeplantagen intensiviert. Gleichzeitig nahm die Nutzung der Pflanzenschutzmittel immer mehr zu. Alle diese Mittel wurden in England hergestellt, was wiederum ein bedeutender Faktor für die englische Chemie-Industrie war.

Nach der Eröffnung des Suezkanals begann eine neue Ära der Schiffahrtsgeschichte. Mehrere Dampfschiffahrtslinien übernahmen konkurrenzmäßig ihren Dienst, um den Tee aus Indien nach England über den Suezkanal zu transportieren. Außerdem waren die Dampferlinien auf dem Brahmaputra und die 'Assam-Bengal-Eisenbahn' wichtige Verkehrsmittel für den Teetransport. Alle diese Transportmittel, wie Eisenbahn, Flußdampfer und Ozeandampfer waren reine englische Unternehmungen und leisteten so ihren bedeutenden Beitrag zur englischen Wirtschaft. Der Kohlebergbau und Erdölgewinnung waren die zusätzlichen Industrien in Assam seit Ende des 19. Jahrhunderts. Der bedeutendste Abnehmer dieser Kohle war die Teeindustrie, es folgten der Flußdampfer und die Eisenbahnlinie. Die Erdölindustrie war eine Tochterunternehmung der Teeindustrie.

Der gesamte Teehandel, die Teeauktion in Kalkutta, Teeauktion in London, sowie der weltweite Export von Tee gehörte zu den wichtigsten Faktoren des englischen Welthandels. Über 65% der Welt-Teeausfuhr wurde innerhalb des britischen Gebietes bzw. in Großbritannien und seiner verwalteten Gebiete verbraucht. Der Teeweltmarkt wurde seit Ende des 19. Jahrhunderts bis zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts von dem englischen Teemarkt bestimmt und somit betrug der englische Anteil auf dem Weltmarkt in diesem Zeitraum 70 %.⁵¹

Noch einige wichtige Einnahmequellen der englischen Wirtschaft durch die Teeindustrie und den Teehandel waren der Zoll und die Mehrwertsteuer, Gewinne durch die Banken, Versicherungen, Investoren etc. Aber die allerwichtigste Bedeutung der Teeindustrie war für die Engländer der eigene Teeverbrauch. In der Mitte des 19. Jahrhunderts lag der Pro-Kopf-Teeverbrauch in Großbritannien unter drei Pfund im Jahr. 100 Jahre später stieg diese Zahl bis auf über zehn Pfund Tee pro Kopf im Jahr.

51 Sprecher v. Bernegg, A: Tee und Mate, Stuttgart 1936, S. 277.

Die Bedeutung der Teeindustrie für die Einheimischen

Es wurde sogar einmal in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts für die Einheimischen verboten das begehrte Produkt Tee zu trinken. Weder die Arbeiter in den Teeplantagen noch die Einheimischen hatten die Möglichkeit, den in den Plantagen produzierten Tee zu kaufen und wer dieses mißachtete und versuchte, den Tee zu trinken, wurde bestraft.⁵² Der gefegte Abfall und Teestaub der Teeindustrie wurde an die Koffeinhersteller verkauft. Erst 1904 wurde die englische 'Indian Tea Association' von Kalkutta darauf aufmerksam, daß einheimische Händler höhere Preise für den Teeabfall bezahlten als die Koffeinhersteller und daß sie diesen Abfalltee und Teestaub für den Teekonsum an die einheimische Bevölkerung verkauften.⁵³

Als alle Teemärkte in Europa, Nordamerika, Australien und Neuseeland gesättigt waren, begann die englische 'Indian Tea Association' an die Inder selbst Tee zu verkaufen. Erst Anfang des 20. Jahrhunderts zeigten die Engländer Interesse für den einheimischen Markt. Die sog. Überproduktion war der einzige Grund dafür. Bis in die Anfangszeiten der Unabhängigkeit Indiens war der Tee immer noch kein normales bzw. übliches Getränk für das Volk. So wurde im Jahre 1948 immer noch Werbung gemacht, um das Getränk in Indien bekannt zu machen.⁵⁴

In den meisten Fällen existierte parallel zur Plantagenwirtschaft, wie bei Kaffee, Kakao, Kokosnuß etc. auch Subsistenzwirtschaft der Kleinbauern, die dasselbe Produkt anbauten und ihren Beitrag dazu leisteten, die Exportmenge dieses Produktes zu erhöhen. Aber in Assam war dies nicht der Fall, da von Anfang an die Einheimischen daran gehindert wurden, in den Teeanbau einzusteigen. Es wurde von den Engländern propagiert, daß der Tee nur im größeren Maße plantagenmäßig angebaut werden und industriemäßig hergestellt werden könne. Aber das traditionelle Teeanbauland China hatte unzählbare Kleinbauern, die in kleinen Parzellen für ihren Eigenverbrauch Tee anbauten und den Überschuß verkauften. Dieser Überschuß an Tee der chinesischen Kleinbauern hatte über 250 Jahre lang allein den Weltmarkt versorgt.

52 Flex, O.: a.a.o., S. 228-232.

53 Griffiths, P.: a.a.o., S. 153.

54 Indian Tea Association: Tea Information Service, Calcutta 1948, S. 4.

Maniram Dewan Barua, ein Assamese und höherer Steuerbeamter von Ober-Assam, nahm einen Job als leitender Angestellter bei der neu gegründeten 'Assam Company' an. Mit großem Erfolg erweiterte er die Plantagen der englischen 'Assam Company' zwischen 1841 und 1842 und verdiente sehr viel Geld und Lob bei den Engländern.

Bis zum Jahre 1842 wurde drei englischen Offizieren von der englischen 'Society of Art' und 'The Agricultural and Horticultural Society' die Goldmedaille für die Entdeckung der Teeplanze in Assam verliehen. Samuel Baildon, der englische Autor von 'Tea in Assam' schrieb allerdings, daß Maniram Dewan Barua der erste war, der die Engländer mit dem Tee und der Teeplanze bekannt gemacht hatte.⁵⁵

Später kündigte Maniram Dewan Barua den Job bei der 'Assam Company' und gründete Ende der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts zwei eigene Teeplantagen in Jorhat, Ober-Assam. Maniram Dewan Barua war der erste Assamese, der plantagenmäßig Teeanbau begonnen hatte. Diese Eigenaktivität eines Assamesen konnte die englische Regierung nicht tolerieren. Die englischen Behörden verlangten die volle Landsteuer von den zwei Teeplantagen, die normalerweise für alle anderen europäischen Teeplantagen für 5 bis 20 Jahre steuerfrei waren. Außerdem wurden Steuern von seinem Privatbesitz und vom traditionellen Familienvermögen verlangt. Maniram Dewan Barua wurde wirtschaftlich ruiniert und setzte schließlich seine Kraft für die Wiederherstellung der Ahommonarchie in Assam ein. Für dieses Bestreben als Staatsverräter beschuldigt, wurde Maniram Dewan Barua am 26. Februar 1858 von den Engländern in Jorhat gehängt.⁵⁶

Umweltschäden

Seit Beginn der Teeindustrie wurden in Assam gnadenlos die Wälder abgeholzt, um neue Plantagen anzulegen. Auf verschwenderische Art und Weise wurden traditionsreiche Mammutbäume gefällt und kostbare Holzbestände verbrannt, um die Holzkohle zu produzieren, die zum Rösten des Tees benutzt wurde und auch die Rechte der Einheimischen auf den Wald wurden ihnen weggenommen.

55 Baildon, S.: Tea in Assam, Brochüre, Calcutta 1877.

56 Barpujari, H.K.: Assam in the Days of the Company, Guwahati 1963, S. 137-177.

Der Tee wurde und wird immer noch in Holzkisten verpackt und transportiert. Diese Kisten sind Einwegkisten. Im 19. Jahrhundert hatten die Engländer hauptsächlich das kostbare Teak-Holz für diesen Zweck benutzt.⁵⁷ Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges wurde der Tee in normalen Holzkisten verpackt und erst ab 1918 benutzte die Teeindustrie Sperrholz zum Bau der Teekiste. Zwischen Kalkutta und Ober-Assam wurden zahlreiche Sperrholzfabriken gegründet, die hauptsächlich Sperrholz für die Teeindustrie in Assam und Bengalen produzierten. In über 150 Jahren Teeindustrie wurden in Assam, u.a. auch für die Teekisten, fast der gesamte Waldbestand abgeholzt.

Die üppige Natur von Assam hatte tausenden von wilden Tieren einen enormen Lebensraum geboten. Keine andere Vegetationszone im ganzen Asien bot einen so vielfältigen Lebensraum für wilde Tiere, wie in Assam. Elefanten, Nashörner, Wasserbüffel, Tiger, Leoparden, Bären, Rehe, Hirsche, Krokodile, Wildenten, Wildgänse, Wildhühner, Wildschweine etc. waren die bekanntesten Wildtiere. Das verbreitetste Hobby der Europäer in Assam war, diese Tiere zu jagen. In vielen europäischen Literaturen über Assam vom 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts wurde das Jagen erwähnt. Über 100 Jahre lang hatten die Europäer bzw. die Engländer in Assam diese wilden Tiere geschossen. Viele Arten der seltenen Tiere in diesem Gebiet sind heute ausgestorben und ein anderer Teil ist vom Aussterben bedroht. Die Engländer und die anderen Europäer hatten diese Tiere nicht nur gejagt, um deren Fleisch zu bekommen, sondern zum größten Teil als Sport und Spaß. Die getöteten Tiere wurden zum größten Teil einfach liegengelassen.⁵⁸

Im Jahre 1879 wurde in London das zweibändige Werk 'A Statistical Account of Assam' von W.W. Hunter veröffentlicht. Der Wildtierbestand in allen Bezirken Assams wurde in diesem Werk ausführlich beschrieben. Außerdem wurde in jedem Bericht über die Wildtiere, darauf aufmerksam gemacht, daß mit der Haut oder dem Fell der wilden Tiere immer noch kein Handel betrieben wurde. Damit wurden zahlreiche europäische Jäger bzw. Wilderer nach Assam eingeladen, um dort zu jagen. Pflanzler,

57 Money, E.: a.a.o., S. 147-149.

58 Flex, O.: a.a.o., S. 150-157.

Reisende, Regierungsbeamte, sowie Missionare beteiligten sich an der pausenlosen Jagd in Assam.⁵⁹

Als die Engländer die Wälder in Assam abgeholzt hatten, um Tee anzubauen, verloren die wilden Tiere ihre Lebensräume und hielten sich gezwungenermaßen immer mehr außerhalb der Wälder auf. Raubtiere, wie Tiger griffen Menschen und Haustiere an und bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts wurden tausende von Einheimischen, Teeplantagenarbeiter und unzählige Haustiere, wie Rinder und Ziegen Opfer der wilden Tiere. Der amerikanische Tee-Historiker W.H. Ukers schrieb:

"Die wilden Tiere hatten die Herrschaft und die Assamesen wurden weniger."⁶⁰

Raubtiere, wie Tiger wurden nach und nach beinahe ausgerottet. Die wilden Tiere, die in ganz Assam verbreitet waren, sind seit Mitte des 20. Jahrhunderts nur noch in vier Nationalparks zu finden, nämlich in Kaziranga, Laukhua, Nambor und Manas.⁶¹

Um die Teeproduktion zu erhöhen, verwendeten die Plantagen seit Anfang des 20. Jahrhunderts Kunstdünger, Pestizide und Insektizide als Bekämpfungsmittel gegen Pflanzenkrankheiten. Die Dosierung dieser Mittel wurde immer höher und damit stieg die Produktion mehrfach an. So betrug z.B. der Tee-Ertrag pro Acre der 'Assam Company' 1864 nur 220 Pfund und 90 Jahre später stieg diese Zahl auf 1.113 Pfund an. Da alle Teeplantagen auf dem Hochland stehen, fließen die verwendeten Chemikalien, wie DDT etc. mit dem Regenwasser in die Reisfelder, Teiche, Flüsse, Seen und Sümpfe. Damit sind die fischreichen Gewässer von Assam fischärmer geworden.

Schlußbemerkung

Anhand der wirtschaftlichen Entwicklung versuchen neokoloniale Historiker den Kolonialismus als positive Unternehmung darzustellen:

*"Man kann nicht ein Omelette machen, ohne die Eier zu schlagen.
Im Verlauf von über 400 Jahren gab es Dinge, die wir bedauern,*

59 Kaufmann, O.: Aus Indiens Dschungeln, Bonn/Leipzig 1924, S. 152.

60 Ukers, W.H.: a.a.o., S. 156.

61 Department of Tourism, Government of Assam 1975.

*Irrtümer und Dummheiten; und auf diese Weise wird diese Art von Verbindung bis zum Ende der Welt weiterlaufen Aber sie zählen gar nicht im Vergleich zu der großen Hilfe (Kolonialisierung), die durch die Europäer, besonders durch die englische Entwicklung, stattgefunden hat."*⁶²

Die kapitalistische Entwicklung viele Länder beruht auf kolonialer Plünderung, wobei die klassischen Ökonomen für die Kolonialtheorien sorgten und später die neo-kolonialistischen Historiker versuchten die Kolonialgeschichte zu verharmlosen. Die Teeindustrie in Assam ist ein Wirtschaftswunder, aber die Opfer dieses Wirtschaftswunders waren die Millionen von importierten Arbeitern und das einheimische Bauernvolk.

62 Laithwaite, G., zitiert in Chernyak, Y.: a.a.o., S. 17.

Sou-Ki Bae

Der Dong-Hag Bauernaufstand in den Jahren 1894-1895 in Korea

Der Dong-Hag Bauernaufstand ist in der koreanischen Geschichte von besonderer Bedeutung ist, denn er forderte das traditionelle alte System bzw. die herrschenden Bürokraten heraus.

Die Ursachen des Bauernaufstandes lagen in der inneren Situation Koreas bzw. den politischen, sozialen, ökonomischen und ideologischen Ungerechtigkeiten der Gesellschaft, sowie in den gesellschaftlichen Veränderungen von Außen, die von den eindringenden imperialistischen Mächte ausgingen. Infolge des Dong-Hag Bauernaufstandes wurde die gesellschaftliche Ungleichheit im Jahre 1894 durch das sogenannte "Kabo K'youngchang" abgeschafft. Kabo K'youngchang bedeutet die politische Reform im Jahre 1894.

Es ist notwendig die Ursachen, die zum Dong-Hag Bauernaufstand führten, herauszuarbeiten und die politischen, gesellschaftlichen und ideologischen Verhältnisse genauer zu untersuchen. Der Dong-Hag Bauernaufstand, der erste Versuch einer volksrevolutionären Bewegung in der neuen koreanischen Geschichte, gilt als ein hochinteressantes Thema für die Wissenschaft und als eine wichtige Herausforderung für Studien, um die Rolle den anticolonisatorischen und antiherrschenden bürokratischen Volksrevolutionsidee neu zu interpretieren. Dieser Bauernaufstand hatte das Ziel, die Änderung der moralisch verdorbenen Gesellschaft durchzusetzen. Eine wichtige Ursache des Dong-Hag Bauernaufstandes war die tiefgreifende innere Krise und die japanische Invasion nach Korea. Die gesellschaftlichen Träger waren überwiegend Bauern, die eine organisatorische Verbindung mit dem Dong-Hag Religionsverband hatten. Während des Bauernaufstandes fand der chinesisch-japanische Krieg statt.

In der Arbeit wird das gesellschaftliche Ungleichheitssystem analysiert. Diese soziale Ungleichheitsstruktur lautet auf koreanisch Shin-Bun-Cheda. Das Shin-Bun System der Cho-Sun Dynastie (1392-1920) war in sich völlig widersprüchlich. Trotz der sozialen Ungleichheit herrschte

juristische Gleichheit. Aber diese formelle Gleichheit garantierte nicht die wirkliche Gleichheit. Das Shin-Bun-System umfaßte die soziale, politische und ökonomische Stelle des Individuums in der Gesellschaft. Shin-Bun war ein eigenständiger sozialer Status, integrierte aber zugleich Teile der Klasse, dem Stand und der Kaste im herkömmlichen Sinne.

Nach meiner Interpretation vereinigte Shin-Bun in sich die Begriffe Kaste, Stand und Klasse, unterschied sich jedoch gleichzeitig von ihnen. Das Shin-Bun-System kennzeichnete ein eindeutiges Gliederungsprinzip, welches auf dem Zusammenhang von Eigentum, politischer Macht und ideologischer Überzeugung beruhte. Das bedeutete ein ökonomisches Ausbeutungs-, ein politisches Herrschafts-, und ein soziales Ungleichheitssystem, was wiederum ein starres und gesellschaftlich stark gegliedertes System zur Folge hatte. Innerhalb dieser Gliederung existierten in der Cho-Sun-Gesellschaft vier gesellschaftliche Gruppierungen:

Als erste die privilegierten Yang-Ban,
als zweite die diesen untergeordneten Chung-In,
als dritte die überwiegend bäuerlichen Yang-In
und als vierte die unwürdigen Tschun-Min Shin-Bun.

Im Yang-Ban Shin Bun, dem herrschenden Kreis gab es schon seit der Goryo-Dynastie (918-1392) vier Schichten, die:

- Große mächtige Sippe (Dagese Chok)
- lokale Yang-Ban-Sippe (Dosung Sachok)
- Beamte (Tschungbakli)
- Reste der Yang-Ban (Chan-Ban oder Kung-Ban).

Die Yang-Ban, die privilegierten Bürokraten, genossen alle Vorrechte in der Cho-Sun Zeit. Zum Beispiel nutzten sie das konfuzianische Bildungsmonopol aus, um in der Gesellschaft starken Einfluß und Macht zu gewinnen. Den zweiten Rang innerhalb des Shin-Bun-Systems nahmen die Chung-In ein, die als die untergeordneten Staatsdiener im unteren bürokratischen Exekutivbereich fungierten, d. h. sie bildeten die Schicht kleiner Funktionäre des Staats- und Herrschaftsapparates. Zu dieser Chung-In Shin-Bun gehörten technische Beamte, lokale Verwaltungsfunktionäre, Dorfoberhäupter der Grenzgebiete und außereheliche Kinder der Yang-Ban und deren Familienmitglieder. Die dritte Rangfolge des Shin-Bun-Systems in der koreanischen Gesellschaft, die Yang-In, umfaßte Bauern, Warenhändler und Handwerker. Dieser

Yang-In Shin-Bun trug auch andere Namen nämlich P'young-Min, Yang-Min und Sang-Min. Die vierte Rangfolge des Shin-Bun-Systems in der koreanischen Gesellschaft, die Tschoun-Min, bedeutet in der wörtlichen Übersetzung "die unwürdigen Menschen". Sie wurden in der Cho-Sun Gesellschaft als unwürdige Tätigkeiten ausführende Leute bezeichnet. Es gab in dieser Dynastie acht gesellschaftlich diskriminierte Menschengruppen und auch im amtlichen Bereich existierten sieben niedrigste Berufsgruppen. Tschuon-Min umfaßte Nobi (das heißt im europäischen Sinne Leibeigene), Schamanen, Schauspieler, Metzger usw.. Während der Cho-Sun-Dynastie wurden diese Tschuon-Min ständig vom Staat kontrolliert. Das Volk, das gesellschaftlich gering beurteilt wurde, wurde im Lauf der Zeit immer mehr benachteiligt.

Die zunehmende ökonomische Ausbeutung in der Landwirtschaft war für die Entstehung des Dong-Hag Bauernaufstandes von starker Bedeutung. Die Landwirtschaft war der größte und bedeutendste Produktionssektor in der koreanischen Gesellschaft. Die meisten Einwohner Koreas waren damit beschäftigt, Ackerland zu bebauen. Die Bauern waren sehr eng mit ihrem Ackerland verbunden. Das Hauptinteresse des Staates lag in der Landwirtschaft und in der Herrschaft über Grund und Boden.

Die staatlichen Finanzeinkommen in dieser Zeit waren überwiegend vom Boden abhängig. Durch die allgemeine Steuerbelastung nahm die Ausbeutung durch Beamte in dieser Zeit zu, ebenso die Abhängigkeit durch Pachtverträge und Grundstücksspekulationen und auch die Reichtumsvermehrung.

Der Reformvorschlag der Dong-Hag-Bauernarmee bezog sich überwiegend auf diese sozio-ökonomische Fragen, nämlich die Steuerreform, Bodenreform usw..

Nach jedem Dynastiewechsel gab es die Landverteilung. Die Landverteilung wurde als ein politisches Mittel zur Wiederherstellung der sozialen Ordnung zugunsten der heraufkommenden Yang-Ban-Shin-Bun genutzt. Diese Landverteilung war ein politisches Mittel, so schnell wie möglich die gesellschaftliche Ordnung wieder herzustellen. Das Land, das aus der staatlichen Kontrolle entlassen werden sollte, wurde zunächst geprüft und gleichzeitig in Rangklassen abgestuft. Dadurch sollte die materielle Basis der neuen Dynastie und ihrer Anhänger gesichert werden. Die Quelle der Steuereinnahmen sollte rational geregelt und nachvollziehbar werden. Der Boden wurde zunächst an die neuen Beamten, die Verdienstvollen und die königlichen Gefolgsleute verteilt.

Die Bodenfläche des ganzen Landes wurde in zwei Kategorien eingeteilt. Nämlich "Gong-Chuon" und "Sa-Chuon". Gong-Chuon war das staatliche oder das öffentliche Land, Sa-Chuon war das private Land. Im Steuerwesen der frühen Cho-Sun Dynastie war entscheidend, daß für das private Ackerland an den Staat Bodensteuer bezahlt werden mußte. Es wurde zwischen dem Gong-Chuon und Sa-Chuon unterschieden. Das Gong-Chuon war steuerfrei und Sa-Chuon war steuerpflichtig. Dieses Steuersystem (Gong-Chuon und Sa-Chuon) wurde in der Cho-Sun Ära endgültig festgelegt. Unter dem Gong-Chuon wurde zwischen mehreren Landarten unterschieden, z.B. das klassifizierte Land, das Land für die in der Monarchie Verdienstvollen, das Land für die königliche Familie, das Land für Militärangehörige und das Land für die konfuzianischen Schulen.

Es gab auch das Land für die besonderen Verdienste, in diesem Fall z.B. für diejenigen, die staatliche Bauarbeit gut geleistet hatten, oder die beim königlichen Staatsexamen mit einer guten Note bestanden hatten.

In der Cho-Sun Ära existierte auch das Privatland. Daher gab es privates Besitzrecht. Ein Grundstückbesitzer konnte sein Landstück verkaufen, verschenken und verpachten. Die meisten Sa-Chuon (großer Teil der Bodenfläche) gehörten nicht direkt den selbständigen Bauern, sondern den Yang-Ban. Im Lauf des 18. Jh. waren nur 10 bis 20 % der gewöhnlichen Dorfeinwohner selbständige Bauern. Der Rest (80-90 %) waren Pächter. Das Pachtsystem war die überwiegende Landwirtbewirtschaftungsmethode. Dabei mußten die Bauern über 50 % der gesamten Ernte als Bodenbenutzungsgebühr an den Besitzer bezahlen.

Im Lauf des 18. Jh. kam der Verfügungsgewalt über Wasser eine besondere Bedeutung zu. Die Arbeitskräfte wurden je nach der Größe des Wasserreservoirs eingesetzt; in der Regel auf Dorfebene oder der Ebene zweier kooperativer Dörfer.

Das komplizierte Steuerwesen existierte schon in der ersten Hälfte der Cho-Sun Dynastie und bestand aus drei verschiedenen Steuerschemata, nämlich

- a) erstens den Naturalabgaben (Cho)
- b) zweitens der Fronarbeit (Yok)
- c) und drittens des Tributabgaben (Gong).

Die Beamte und Yang-Ban waren von der Steuerpflicht befreit, weil sie für den Staat arbeiteten. Daneben aber versuchten sie, ihr Privatland auf illegalem Weg von der Steuer zu befreien.

Selbst als die Ausbeutung durch die Herrschaftsgruppe ihre schlimmste Phase erreichte, waren die bäuerlichen Aufstände meistenten vergeblich. Es wurden Bauern verhaftet, die dann wegen irgendwelcher "Vergehen" beschuldigt wurden und es wurde von ihnen verlangt, Ware, Geld oder andere Wertgegenstände abzugeben.

Die Anklagepunkte waren fadenscheinig:

z. B.

- Unhöflichkeit
- mangelhafte Erziehung der Kinder
- Unaufrichtigkeit
- und Verstoß gegen eine der gesellschaftlichen Etiketten, die etwa darin bestand, einen Yang-Ban in das Gesicht zu gucken, usw.

Schließlich wurde die Not der Bauern so groß, daß sie nicht mehr zahlungsfähig waren und das Steuersystem und damit die gesamte gesellschaftliche Ordnung vor dem Zusammenbruch stand.

Im Laufe des 19. Jh. drangen die imperialistischen Mächte Frankreich, Deutschland, USA und Japan nach Korea ein. Dadurch wurde Korea an den Weltmarkt gezwungen. Die Yang-Ban Shin-Bun, eine "Kompradoren-Shin-Bun" arbeitete mit den imperialistischen Mächten zusammen.

Unter der Bedingung der zunehmenden Verflechtung der herrschenden Yang-Ban Shin-Bun mit den imperialistischen Mächten entwickelte sich eine national-revolutionäre Bewegung mit Massenbasis, die überwiegend bei den Bauern verankert war. Diese Bewegung richtete sich gegen die herrschende Yang-Ban Shin-Bun und gegen die imperialistische Herrschaft. Sie repräsentierte so die Einheit und Identität von antiimperialistischem und gegen die Shin-Bun gerichteten Kampf. Die Yang-Ban Shin Bun hatten das gemeinsame Interesse an Ausbeutung und Unterdrückung des eigenen Volkes.

Die Eliten der Yang-Ban beanspruchten die gesellschaftlichen Ehren. Sie unterdrückten die gesamte Gesellschaft. Die nicht bevorrechtigten Shin-Bun, die vom materiellen Besitz, der gesellschaftlichen Ehre, Bildung und feiner Lebensart ausgeschlossen blieben, waren die beherrschten Shin-

Bun. Während der Sho-Sun Dynastie (1392-1910) dominierten zusätzlich die konfuzianischen gesellschaftlichen Pflichten. Es lautet auf koreanisch Oryun. Diese fünf Beziehungen spiegeln die strenge gesellschaftliche hierarchische Form wieder. Sie umfaßten Tugenden wie Wohlwollen, Gerechtigkeit, Sittlichkeit, Wissen und Treue. Der Konfuzianismus wurde als Staatsideologie und Staatslehre eingeführt, um nach Möglichkeit den blinden Gehorsam der Volksmassen zu fördern. Im Laufe der ersten Hälfte des 19. Jh. wurde der Katholizismus durch französische Missionare verbreitet. Das bedeutete nicht nur eine religiöse und ideologische, sondern auch eine substantielle Herausforderung für die koreanische Gesellschaft.

In dieser Zeit der Verwirrung und Veränderung, wo wegen des imperialistischen Eindringens und der Korruption sich das herrschende System in Auflösung befand, setzte Dong-Hag auf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit, in welcher verschiedene Ideologien in friedlicher Koexistenz Bestand haben sollten.

Der Dong-Hag Religionsbegründer Tschö Che-U formulierte es folgendermaßen:

"Gott schafft den Menschen nicht ohne Grund. Der reiche Mann wird in der Zukunft ein armer sein, ... die armen Menschen werden die reichen sein. Habt ihr gewußt, daß wir zur Gleichheit zurückgehen?"

Dong-Hag entwickelte eine revolutionäre Idee, derzufolge es auf der Welt keine ungleichen Shin-Bun gibt, und deshalb Kategorisierungen wie reich und arm, oder hoch und niedrig falsch seien, denn Gott habe keine unterschiedlichen Menschen geschaffen. Deswegen müsse die politische Gleichheit der Gesellschaft gegeben werden mit dem Ziel, die herrschende traditionelle Idee (in diesem Fall Konfuzianismus) und die Shin-Bun Hierarchie zu zerbrechen. Die Entstehung und Ausdehnung der Dong-Hag Idee war im Verlauf des 19. Jahrhunderts gegen die innenpolitische Unzufriedenheit und gegen die imperialistischen Mächte, insbesondere gegen den Katholizismus entstanden. Unter den historischen Umständen der ökonomischen Ausplünderung des politischen unterdrückten Volkes durch die herrschende Yang-Ban Shin-Bun, die bäuerlichen Aufstände, die Abweichung von der konfuzianischen Ethik und die Bedrohung durch imperialistische Mächte, entstand Dong-Hag, um diese allgemeine Krise der koreanischen Gesellschaft zu überwinden. Insbesondere die zunehmende Ausbeutung der herrschenden Yang-Ban

Shin-Bun verursachte einen weiteren Vertrauensverlust gegenüber dem Konfuzianismus. Die neuen Anschauungen der Dong-Hag Religion waren eine gesellschaftliche Anklage.

Der Dong-Hag Religionsbegründer Tschö Che-U wurde als außereheliches Kind (Suh-Ol) geboren. Die außerehelichen Kinder in der Cho-Sun Dynastie durften für das Staatsexamen nicht kandidieren. Am 5. April 1860 verkündete Tschö Che-U seine neue Religion Dong-Hag in Konfrontation zur eindringlichen christlichen Lehre Suh-Hak. Dong-Hag ist die Lehre des Ostens und Suh-Hak ist die Lehre des Westens. Tschö Che-U hat in seinem Buch erwähnt, daß es zwar Ähnlichkeiten, aber mehr Unterschiede gegenüber dem Konfuzianismus, Buddhismus und dem Taoismus gibt. Er hatte Dong-Hag als ein ideologisches Hilfssystem eingeführt, um die Krise des Volkes zu überwinden. Dong-Hag konnte gesamtgesellschaftlichen Veränderungen dienen, da sie sowohl die ideologische Basis enthielt als auch Perspektiven für die Zukunft anbot. Tschö Che-U verneinte die Notwendigkeit bürokratischer und hierarchischer Shin-Bun-Unterschiede, und verkündete, die Menschen hätten Hananim (das meint Gott) in ihrem Körper und wenn sie die Lehre verinnerlichen, würden sie zu Tugendhaften werden.

Die Lehre der Dong-Hag lautete:

"Der Mensch, das ist Gott (Hananim), wenn man den Menschen beleidigt, beleidigt man Gott (Hananim)."

Die Dong-Hag-Religion wird in dem Bereich des Widerstandes als Idee gegen die Korruption der Yang-Ban Shin-Bun betrachtet und gegen die Kolonialmächte, die den Katholizismus als geistige Grundlage erhoben. Durch den Einfluß der konfuzianischen Gelehrten wurde die Dong-Hag-Idee in der zweiten Hälfte des 19. Jh. als eine "Irrlehre" wie Suh-Hag von Yang-Ban Shin-Bun bezeichnet und verfolgt. Trotz der Unterdrückung etablierte Dong-Hag sich so stark als Religion, daß sie offiziell anerkannt wurde. Dreimal fanden Demonstrationen zur Rehabilitierung ihres Begründers statt. Die Dong-Hag Bewegung entwickelte sich zur nationalen und revolutionären Bewegung mit Massenbasis, d.h. gegen die herrschende "Kompradoren-Shin-Bun" und gegen die imperialistischen Mächte.

Der auslösende Grund des Bauernaufstandes bestand in der äußerst ungerechten Handlungsweise des Distriktvorstehers in Kobu. Die grausame Niederschlagung des Aufbruchs durch die Regierungstruppen verstärkte

den Zorn der Bauern und empörte die Dong-Hag Anhänger. Dadurch eskalierte der Bauernaufstand zum Dong-Hag Bauernaufstand.

Die Dong-Hag Bauertruppen eilten von Sieg zu Sieg mit voller Unterstützung des unterdrückten Volkes. Sie marschierten nun in Richtung der Provinzhauptstadt Chon-Chu, ohne daß sie daran von den Regierungstruppen gehindert werden konnten. Innerhalb von sechs Wochen konnte die Dong-Hag Bauernarmee die meisten Distriktstädte in der Provinz Cholle einschließlich deren Hauptstadt Chon-Chu in ihre Kontrolle bringen.

Während die Dong-Hag Bauernarmee ihre Kräfte stärkte und alle Distriktstädte der Provinz Cholla, sogar die Provinzhauptstadt Chonchu, eroberte, veränderte sich die Situation in Korea. Die Zentralregierung hatte insgeheim von der chinesischen Regierung Truppen angefordert, die helfen sollten, den Aufstand niederzuschlagen. Diesem Gesuch folgte dann das unerwünschte Eingreifen Japans. Als die beiden Großmächte China und Japan ins Land einmarschierten, hatte Bauernführer Chon Bong-Chun große Sorge, daß das koreanische Volk durch Imperialmächte beherrscht werden würde. Deswegen kam es zu einem Waffenstillstandsabkommen zwischen Chon Bung-Chun und dem Provinzgouverneur von Cholla am 10. Juni 1894. Nach der Unterzeichnung des Abkommens bauten die Dong-Hag Bauertruppen Selbstverwaltungsorgane in allen 53 Kreisen der Provinz Cholla auf. Diese Selbstverwaltungsorgane lauten auf koreanisch Chibgangso. Alle Chibgangso veröffentlichten gemeinsam ein zwölf Punkte umfassendes Reformprogramm. Dies dauert bis September des selben Jahres. Danach folgte der zweite Dong-Hag Bauernaufstand gegen die Imperialmächte.

Der Dong-Hag Bauernaufstand wurde unter einer enormen Gewaltanwendung von den Yang-Ban Shin-Bun und der japanischen Truppe Ende November 1894 niedergeschlagen.

Der Widerstand gegen den Imperialismus und die Aufstände gegen die herrschenden Yang-Ban Shin-Bun bildeten eine Einheit. Der Dong-Hag Bauernaufstand beeinflusste direkt den Widerstand in der Kolonialzeit und die Massenerhebung gegen die japanische Kolonisatoren vom 1. März 1919. Die Denkweise und die Ziele dieser Idee sind auch heute noch lebendig. Der Dong-Hag Bauernaufstand öffnete ein großes Kapitel der koreanischen Geschichte und muß als erster Schritt zur neuen Volksgeschichte und Koreas gesehen werden. Das Ende der Cho-Sun Dynastie kündigte sich an. Der Dong-Hag Bauernaufstand beeinflusste

während des gesamten nächsten Jahrhunderts die koreanischen Volksbewegungen.

Michael Rost

Die europäischen Juden und das Zeitalter der Kreuzzüge

Im Verbund mit Reconquista und Ostexpansion kennzeichnen die Kreuzzüge eine Phase europäischer und außereuropäischer Geschichte, die das Gesicht der Welt bis in unsere Tage nachhaltig geprägt hat. Nach dem Zusammenbruch des Römischen Reiches, in den Jahrhunderten, in denen sich auf dem Boden ehemals römischer Provinzen (in Gallien und Germanien, in Spanien und Italien) neue 'barbarische' Staatsgebilde etablierten, in jener Zeit also, die die klassische Geschichtsschreibung so gern als 'finsternes' Mittelalter bezeichnet, stellte Europa in jeder Hinsicht nicht mehr dar, als eine unbedeutende, dem asiatischen Festland vorgelagerte Halbinsel. Diese Zeit war aber keineswegs eine statische; im Gegenteil: tiefgreifende ökonomische, gesellschaftliche und politische Transformationsprozesse deuteten sich an, die - im Verlauf mehrerer Jahrhunderte - die Hegemonie Europas über die Welt zu Folge hatten. Die Kreuzzüge, innerhalb und außerhalb Europas ausgefochten mit erbarmungsloser Gewalt, markieren eine wichtige Phase dieser Entwicklung. Sie forcierten in entscheidendem Maße den Aufschwung der (west-)europäischen Ökonomie vor allem durch den gewaltsam erzwungenen Zugriff auf wichtige Knotenpunkte des damaligen 'Welthandels' und bedeutende Produktionszentren im Bereich des östlichen Mittelmeeres.

Der Blick auf die außerordentliche Brutalität und Grausamkeit, mit der die christlichen Kreuzfahrer besonders in Jerusalem wüteten, lenkt nur zu häufig ab von der Betrachtung der strukturellen Veränderungen, die die Kreuzzüge innerhalb Europas zur Folge hatten. Am Beispiel der jüdischen Bevölkerung, deren Gemeinden nicht nur in Palästina fast vollständig von den christlichen Heerscharen vernichtet wurden, soll dies im Folgenden exemplarisch entwickelt werden.

Der Aufruf zum Kreuzzug

Im Sommer des Jahres 1095 brach das Oberhaupt der katholischen Kirche, der später seliggesprochene Papst Urban II, zu einer mehr als ein Jahr dauernden Reise auf, die ihn durch das südliche Frankreich führte. Urban widmete sich dabei der Vorbereitung des ersten Kreuzzuges, zu dem er anlässlich des Konzils in Clermont (18. bis 28. 11. 1096) die westliche Christenheit aufrief. Für den 27. November wurde eine Ansprache des Papstes angekündigt, in der er höchwichtiges mitzuteilen habe; der Andrang an diesem Tag war so groß, daß die Zusammenkunft unter freiem Himmel stattfinden mußte. Vor der versammelten Menge zeichnete Urban ein düsteres Bild der angeblichen Bedrückungen, denen die östliche Kirche durch das Vordringen der Seldschuken ausgesetzt sei; berichtete von Übergriffen auf Jerusalem-Pilger und betonte die Notwendigkeit, die heilige Stadt aus den Händen der Heiden zu 'befreien'. Die Christenheit des Westens - Arme ebenso wie Reiche - solle aufbrechen, um den Brüdern und Schwestern im Orient zu Hilfe zu kommen.

Die Rede Urbans fand bei den Anwesenden großen Widerhall und wurde begleitet von Rufen aus der Menge: "Gott will es!". Unmittelbar nach dem Ende des Ansprache trat Bischof Adhemar von Le Puy vor den päpstlichen Thron, kniete nieder und bat um die Erlaubnis, sich in den Dienst der heiligen Sache stellen zu dürfen. Da Urban bereits im August 1095 Gast des Bischofs in Le Puy gewesen war, liegt die Vermutung nahe, daß es sich dabei um eine zuvor abgesprochene Geste handelte. Einstimmig wurde Adhemar vom Konzil zum geistlichen Führer des Kreuzzuges ernannt.

Urban ging es in erster Linie um die Zusammenstellung eines gut ausgerüsteten und organisierten Ritterheeres. Dazu bedurfte es der Unterstützung vor allem der großen Grundherren, die in Clermon aber kaum vertreten waren. Die Rekruten, die sich dort das Kreuz anhefteten waren "... allesamt bescheidenen Standes."¹ Aber auch in dieser Hinsicht hatte Urban nichts dem Zufall überlassen: bereits am 1. Dezember ließ Graf Raimund von Toulouse durch Boten mitteilen, er selbst und andere Herren seien begierig, das Kreuz zu nehmen und sich dem Zug in den Orient anzuschließen. Da eine so schnelle Nachrichtenübermittlung von

1 Runciman, Steven: Geschichte der Kreuzzüge, München. S. 106.

Clermont nach Toulouse und zurück undenkbar ist, war auch dieser Schritt offensichtlich im Voraus geplant.

Die folgenden Wochen und Monate galten der weiteren Vorbereitung des Kreuzzuges, der Ausweitung der Propaganda und der Rekrutierung hochrangiger christlicher Krieger. Neben Raimund von Toulouse schlossen sich u.a. der Bruder des französischen Königs Hugo von Vermandois, Robert II von Flandern, Herzog Robert von der Normandie und dessen Schwager, Stephan von Blois, der Sache der westlichen Christenheit an. Dazu gesellten sich hochrangige Herren, die in enger Verbindung zu Kaiser Heinrich IV. standen: der Herzog von Niederlothringen, Gottfried von Bouillon und dessen Brüder Balduin und Graf Eustachius von Boulogne. Hinzu kam eine Vielzahl von Rittern des niederen Adels und Vertreter der Kirche. Bis zum August 1096 sollte sich das stolze Heer christlicher Krieger versammeln.

Der Kreuzzug der Armen

Die Kreuzzugspropaganda Urbans entwickelte eine Eigendynamik, wie sie selbst der Papst kaum voraussehen konnte. Nicht nur die Bischöfe predigten das Kreuz, sondern auch zahlreiche ärmere Wanderprediger, von denen vor allem Peter von Amiens große Bedeutung gewann. Zunächst in Frankreich und dann in den Rheinlanden predigend versammelte er eine Schar von Anhängern um sich, die die Kreuzzugspropaganda in Gebiete trugen, in die Peter selbst nicht reisen konnte. Die Aufrufe der Franzosen Walter, Reinhold von Breis, Gottfried Burel, Walter von Breteuil sowie der Deutschen Orel und Gottschalk, fielen auf überaus fruchtbaren Boden. Die Lage der Bauern, ohnehin gekennzeichnet durch extreme Ausbeutung und Bedrückung, hatte sich seit 1094 durch Überschwemmungen, Seuchen und im folgenden Jahr durch Dürre und Hungersnot um ein weiteres verschlechtert. Viele waren deshalb bereit, dem Aufruf der Prediger zu folgen, das Land zu verlassen und sich der Sache der westlichen Christenheit zur Verfügung zu stellen; sie hatten nichts zu verlieren, nur zu gewinnen. So schwoll das Gefolge Peters bis Ostern 1096 auf ca. 15.000 Menschen an:

"Die meisten von ihnen waren Bauern, aber es war auch Stadtvolk darunter, jüngere Sprößlinge von Ritterfamilien, ehemalige Straßenräuber und regelrechte Verbrecher."²

Diesen lärmenden Rotten stellte sich vor allem ein logistisches Problem: die Beschaffung von Lebensmitteln und Geld. In Nordfrankreich, Lothringen und Flandern waren sie unter dem Einfluß Peters von Amiens zusammengeströmt und hatten dort zunächst zahlreiche jüdische Gemeinden überfallen oder zumindest Geldmittel erpreßt. Als Peter mit seinen Scharen Trier erreichte, legte er dort ein 'Empfehlungsschreiben' französischer Judengemeinden vor, in denen ihre Glaubenbrüder aufgefordert wurden, die Kreuzfahrer mit Lebensmitteln und Geld zu unterstützen. Diese Schreiben waren unzweifelhaft das Ergebnis von Angst, Erpressung und Bedrückung. Belegt ist für Frankreich zwar 'nur' ein Massaker an Juden in Rouen, aber zeitgenössische Chronisten lassen keinen Zweifel daran, daß es sich nicht um einen Einzelfall handelte:

"...ehe sie (die Kreuzfahrer) sich an jene Stätten begaben, rotteten sie in zahlreichen Massakern die Juden in fast ganz Gallien aus; eine Ausnahme wurde nur bei jenen Juden gemacht, die sich bekehren ließen. Sie sagten in der Tat, es wäre ungerecht, in ihrem Heimatlande die Feinde Christi am Leben zu lassen, während sie doch die Waffen ergriffen hätten, um die Ungläubigen zu vertreiben..."³

Der Weg dieser Kämpfer Christi war vorgezeichnet: Die Straßen und Verbindungslinien aus dem Norden und Westen in östlicher Richtung führten durch das Rheinland, wo sich die bedeutendsten jüdischen Handelszentren und Siedlungen befanden. Der weitere Weg nach Osten setzte sich von hier entlang der Donau über Sachsen bis nach Böhmen fort, so daß auch dort - vor allem in Regensburg und Prag sowie an anderen Orten - die Juden von Verfolgungen betroffen waren.⁴

2 Ebenda, S. 119.

3 Zit. n.: Poliakov, Léon: Geschichte des Antisemitismus, Bd 1, 2. Aufl., Worms 1979, S. 37.

4 In der Chronik Frutolfs von Michelsberg heißt es dazu: "Um ihnen (den Christen des Ostens, M.R.) zu Hilfe zu kommen, zogen die meisten in verschiedenen Gruppen und ebenso unter verschiedenen und unzuverlässigen Führern los. Die ersten, ungefähr 15.000, folgten einem gewissen Mönch Peter, den allerdings viele später als Heuchler bezeichneten, und zogen friedlich durch Germanien, Bayern und Ungarn; sehr viele wurden aber auch zu Schiff auf der Donau oder zu Fuß durch Alemannien, wieder andere, etwa 12.000, von

Es waren aber keineswegs nur die Armen, die 'pauperes', wie sie sich selbst nannten, die sich in einer unseligen Verbindung von sozialer Not, religiösem Fanatismus und dem Willen zur Bereicherung gewaltsam an dem vermeintlichen Reichtum der Juden gütlich taten. Auch führende Köpfe des regulären Kreuzfahrerheeres beteiligten sich an der Judenhetze, wie etwa Gottfried von Bouillon: Er hatte geschworen, das Blut Christi zu rächen und nicht einen Juden am Leben zu lassen. Jüdische Chroniken wissen von einem Grafen Dithmar zu erzählen, der seinen Zug in den Orient nicht fortsetzen wollte, ohne wenigstens einen Juden ermordet zu haben und viele Kreuzfahrer waren überzeugt, durch die Tötung von Juden ein gottgefälliges Werk zu tun und die Vergebung aller ihrer Sünden zu erlangen.

Ende Dezember 1095 trafen in den jüdischen Gemeinden am Rhein erste Meldungen ein, daß sich in Frankreich bereits große Mengen von Kreuzfahrern sammelten und den dort lebenden Juden mit Vernichtung drohten für den Fall, daß sie sich nicht bekehren ließen. Die französischen Juden richteten an ihre rheinischen Schwestergemeinden die Bitte, für sie zu fasten und für ihre Errettung aus den Händen ihrer Feinde und Bedrücker zu beten. Natürlich kam man dieser Bitte nach, teilte aber gleichzeitig mit, daß man am Rhein frei von jeder Befürchtung sei. Erst als Gottfried von Bouillon und andere öffentlich die Vernichtung des Judentums zu ihrer vornehmsten Aufgabe machten, wurde der Ernst der Lage auch dort erkannt. Sofort entsandte der Vorsteher der Mainzer Gemeinde einen Eilboten an den in Italien weilenden Kaiser Heinrich IV., um ihn an sein Schutzversprechen zu erinnern und mit der Aufforderung sich für die jüdischen Gemeinden zu verwenden. Heinrich erließ unmittelbar ein Edikt, in dem er alle weltlichen und geistlichen Fürsten aufforderte, die Juden zu schützen und ihnen nichts Böses antun zu lassen. In der Tat zeigte diese Maßnahme eine - zunächst - begrenzte Wirkung: Gottfried nahm seine wüsten Drohungen zurück und versicherte, "...nie böse Absichten gehabt zu haben, und ließ sich in Köln und Mainz durch

einem Priester Folkmar durch Sachsen und Böhmen, und einige von dem Priester Gottschalk durch Ostfranken geführt. In den Städten, die sie durchzogen, vernichteten sie die verruchten Überreste der Juden als die in Wahrheit inneren Feinde der Kirche entweder völlig oder zwangen sie, in der Taufe Zuflucht zu suchen; die meisten von ihnen kehrten jedoch später, wie die Hunde zum Erbrochenen, wieder zum früheren Glauben zurück." Zit. n.: Frutolfs und Ekkehard's Chroniken und die anonyme Kaiserchronik, übersetzt von Franz-Josef Schmale und Irene Schmale-Ott, Darmstadt 1972, S. 107/109.

Geldsummen beschwichtigen."⁵ Auch Peter von Amiens begnügte sich - versehen mit den bereit erwähnten 'Empfehlungsschreiben' französischer Judengemeinden - mit der Herausgabe von Geld und Lebensmitteln, als er mit seinem Kreuzfahrerheer am 10. April 1096 vor den Toren Triers lagerte. Natürlich war dies eine trügerische Ruhe. Peter ließ das Kreuz predigen, während andere Heerführer mit ihren Truppen, die auf ihrem Weg ins Heilige Land offensichtlich keine Eile hatten, zum Teil über Lothringen in das Rheinland vorstießen. Unter dem Kommando des Grafen Emicho von Leiningen stand eine Heerschar von etwa 12.000 Köpfen, die sich nicht mit der Herausgabe von Proviant und Barem zufriedengab.

Die Pogrome an den rheinischen Judengemeinden

Bereits am 3. Mai 1096 kam es zu gewalttätigen Übergriffen in *Speyer*. Dort hatten die Juden erst wenige Jahre zuvor durch Bischof Rüdiger zahlreiche wichtige Privilegien erhalten in der erklärten Absicht, die wirtschaftliche Bedeutung der Stadt zu fördern. Bischof Johann I. führte die Politik seines Vorgängers fort und setzte sich für die Juden der Stadt ein, die - im Unterschied zu anderen Gemeinden - unter seinem persönlichen Schutz standen.

Als die Kreuzfahrer Speyer erreichten, faßten sie, in Übereinkunft mit Teilen der Stadtbevölkerung, den Plan, die Juden während des Gottesdienstes in ihrer Synagoge zu überfallen. Dieses Vorhaben konnte zwar vereitelt werden; dennoch ergriffen die Streiter Christi einzelne Juden in den Straßen, ermordeten elf von ihnen und zwangen andere zur Taufe. Mit bewaffneten Kräften intervenierte Bischof Johann und evakuierte viele Juden in seine befestigte Burg, um sie dem Zugriff der marodierenden Banden zu entziehen. Kreuzfahrer, denen die Truppen Johanns habhaft werden konnten wurden durch Handabhauen bestraft. Später wurden die Speyerer Juden in einer befestigten Anlage außerhalb der Stadt angesiedelt; aber auch dort rotteten sich die Kreuzfahrer gegen

5 Elbogen, Ismar / Sterling, Eleonore: Die Geschichte der Juden in Deutschland, Frankfurt a.M. 1966, S. 26.

sie zusammen, ohne jedoch weiteren großen Schaden anrichten zu können.⁶

Die Vorgänge in Speyer wirkten mehr als nur beunruhigend auf die jüdische Gemeinde in *Worms*, die ebenfalls wenige Jahre zuvor durch Heinrich IV. weitreichende Privilegien erhalten hatte. Anders als in Speyer unterstanden die Wormser Juden unmittelbar dem Kaiser. Darüberhinaus war die politische Situation ungleich komplizierter. Der Bischof in Worms - ein Gegner der kaiserlichen Politik - hatte, anders als sein Amtskollege in Speyer, keinerlei Autorität gegenüber dem Rat der Stadt, die Bürgerschaft stand in Opposition gegen ihn. Für die bedrohte jüdische Gemeinde bedeutete dies zusätzliche Unsicherheit.

Während die Kreuzfahrer noch andernorts wüteten, hatten Wormser Bürger am 5. Mai 1096 die Leiche eines Christen exhumiert, sie durch die Straßen der Stadt getragen und die Juden beschuldigt, diesen Christen ermordet und gekocht zu haben, um mit dem dadurch gewonnenen Absud die Brunnen der Stadt zu vergiften. Die Stimmung war also bereits explosiv als in Worms Nachrichten über die Massaker in Speyer eintrafen. Auf wessen Unterstützung sollten die Juden hoffen? Ihr formeller Schutzherr - der Kaiser - war fern in Italien, die Position des Bischofs war schwach. Einige begaben sich dennoch in seine Hand, andere vertrauten ihren christlichen Mitbürgern, übergaben ihnen ihre Vermögen und suchten selbst Schutz bei ihnen. Die Sicherheit, die sie sich dadurch erhofften war trügerisch: Am 18. Mai 1096 setzte - unterstützt durch Teile der städtischen Bevölkerung - der Sturm der Kreuzfahrer auf das jüdische Viertel ein. Zunächst wurden die Juden, die in ihren Häusern geblieben waren oder sich zu ihren christlichen Nachbarn geflüchtet hatten, ergriffen, zwangsgetauft oder erschlagen. "Die Kreuzfahrer begnügten sich damit nicht, sondern beraubten die Leichen der Kleider und schleiften sie in den Straßen umher. Die Häuser der Juden wurden geplündert und zertört."⁷ Von den Christen der Stadt erhielten die Bedrängten keine Unterstützung. Möglich erscheint hier ein Zugeständnis an die Kräfteverhältnisse, denkbar ist aber auch eine von vornherein geplante, verräterische Strategie:

6 Siehe dazu: *Germania Judaica*, Bd 1, Tübingen 1963, S. 330f; Aronius, Julius: *Regesten zur Geschichte der Juden im fränkischen und deutschen Reiche bis zum Jahre 1273*, Hildesheim u. New York 1970 (Reprint der Ausgabe Berlin 1902), Nr. 183, S. 84.

7 *Germania Judaica*, Bd. 1, a.a.O., S. 440

*"Die Juden hatten den Bürgern ihr ganzes Vermögen zur Aufbewahrung übergeben. Aus diesem Grunde ließen die Bürger sie erst nicht entfliehen und lieferten sie dann an ihre Feinde aus."*⁸

Acht Tage lang wüteten die christlichen Streiter auf diese Weise in den Straßen von Worms, bis sie sich - unterstützt durch zahlreiche Bauern aus den umliegenden Dörfern - gegen den Bischofssitz wandten, um die nach dort geflüchteten Juden anzugreifen. Die Eingeschlossenen wehrten sich tapfer, erlagen aber der anstürmenden Übermacht. Sie wurden allesamt erschlagen oder töteten sich selbst, um nicht in die Hände ihrer Verfolger zu fallen. Um die 800 Menschen jüdischen Glaubens verloren so ihr Leben in Worms.

Nur kurze Zeit später spielten sich ähnliche Szenen rheinabwärts in *Mainz* ab, dort, wo sich die wohlhabendste und für das jüdische Geistesleben bedeutendste Gemeinde befand. Hier liefen Ende Dezember 1095 die ersten Warnungen aus Frankreich ein und es war den Bemühungen des Vorstehers der Mainzer Gemeinde zu verdanken, daß Heinrich IV. jenes bereits erwähnte Edikt erließ, das u.a. Gottfried von Bouillon zur Rücknahme seines Schwurs veranlaßt hatte. Er begnügte sich schließlich mit der Zahlung von je 500 Silberstücken, die die Juden aus Mainz und Köln ihm übergaben, und ließ sie daraufhin weitgehend unbehelligt.

*"Doch fast gleichzeitig werden aufreizende Erlasse einzelner Führer bekannt, daß jedem alle Sünden vergeben würden, der einen Juden umbringe. Von einem Grafen Dithmar oder Volkmar hört man die Äußerung, er ziehe nicht eher weiter, als bis er wenigstens e i n e n Juden getötet habe. Auf diese Kunde hin setzt die Gemeinde Mainz ein Fasten ein. Aber schon kurz darauf durchzieht ein Kreuzfahrerhaufen die Stadt und verfolgt jeden Juden, der sich auf der Straße zeigt, sodaß sich die Juden nicht mehr über die Schwellen ihrer Häuser wagen."*⁹

Bei diesen Kreuzfahrern handelte es sich zunächst um ungeordnete Gruppen, die sich im Mainzer Umland gesammelt hatten und z.T. dort rekrutiert wurden. Zutiefst beunruhigt durch das Auftreten dieser Haufe und auf das äußerste alarmiert durch die Nachricht von den Massakern in

8 Aronius, J., a.a.O., Nr. 184, S. 85; vgl.: Germania Judaica, Bd.1, a.a.O., S. 440 u. Anm. 58, S. 459 sowie: Caro, Georg: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Juden im Mittelalter und der Neuzeit, Bd. 1, Hildesheim 1964 (Reprint der 2. Aufl. Frankfurt 1924), S. 208.

9 Germania Judaica, Bd. 1, a.a.O., S. 177.

Speyer und Worms, wandten sich die Ältesten der Gemeinde um Schutz an Erzbischof Ruthard und den städtischen Burggrafen. Deren Zusage mußten sie sich allerdings gegen Zahlung von je 300 Silberstücken erkaufen. Der überwiegende Teil der Juden gab sein Vermögen zur Aufbewahrung und Sicherung in die erzbischöfliche Schatzkammer; die Menschen selbst suchten Zuflucht im Palast Ruthards und dem Sitz des Burggrafen.

Mit jedem Tag verschlechterte sich die Lage in der Stadt. Als sich aufgrund eines nichtigen Anlaßes ein Handgemenge entwickelte, in dessen Verlauf ein Kreuzfahrer zu Tode kam, "...erwächst ein Tumult, man gibt den Juden an allem Schuld und schon danach fehlte wenig und alle hätten sich gegen sie zusammengerottet."¹⁰

Am 25. Mai schließlich erreichten die Truppen Emichos, die sich einen zweifelhaften Ruf durch ihre erbarmungslose Judenschlächtereie errungen hatten, die Stadt Mainz. Die jüdischen Einwohner flohen nun endgültig in den Palast des Bischofs und die Burg des Grafen. Ähnlich wie ihren 'Schutzherren' wurde Emicho ein Geldgeschenk von 7 Pfund Gold gemacht, um das Schlimmste abzuwenden. Darüberhinaus versuchten die Mainzer Juden, ihn durch 'Empfehlungsschreiben' an andere Gemeinden zu beschwichtigen, in denen diese aufgefordert wurden, seine Truppen mit Proviant und Barem zu unterstützen. Emicho nahm alles, ohne jedoch seine Pläne zu ändern.

Erzbischof Ruthard nahm die Ankunft des um die 12.000 Mann zählenden Kreuzfahrerheeres zum Anlaß, die Stadt verlassen zu wollen,

"... aber die Juden beschworen ihn zu bleiben. Es geht daraus hervor, daß sie ihm immer noch genügend Autorität beimaßen, Schlimmeres zu verhüten. Er willigte zwar ein zu bleiben, verlangte aber für sich und den Burggrafen erneut Geldleistungen, angeblich für die durch den Schutz entstehenden Auslagen, was nicht nur ... die Rechtsunsicherheit der Juden beweist, sondern auch die Habgier ihrer Protektoren. Sie beglichen die Forderung mit 4000 Pfund Silber."¹¹

10 Ebenda, S. 178.

11 Dietrich, Ernst L.: Das Judentum im Zeitalter der Kreuzzüge. In: Saeculum 3 (1952), S. 112.

Die Zahlungen an Erzbischof, Burggraf und den Führer der Kreuzfahrer waren vergeblich. Nach zwei Tagen, in denen die Truppen vor der Stadt lagerten, wurde den christlichen Streitern am 27. Mai durch Mainzer Bürger das Stadttor geöffnet: "Die Massen der Kreuzfahrer drangen in die Stadt und wälzten sich, im Verein mit den zu ihnen stoßenden Städtern, Fahnen tragend und Hymnen singend, zum erzbischöflichen Hause."¹² Dort trafen sie auf Juden, die gepanzert und bewaffnet, ihnen erbitterten Widerstand im Kampf um das Zugangstor zum Hof des Palastes entgegensezten. Die durch langes Fasten geschwächten konnten aber auch hier nicht lange standhalten; die Truppen des Erzbischofs und Ruthard selbst flohen. Die kämpfenden Juden wurden niedergemacht und bis zum Abend dauerte das Schlachten, die Suche nach letzten Opfern im weitläufigen Anwesen des geistlichen Herrn. Das Szenario glich jenem in Worms: viele Juden töteten sich selbst; die fanatisierten Christen beraubten sie ihres Geldes und ihrer Kleidung und erschlugen die noch lebenden. Als die Kreuzzügler am Abend des 27. Mai schließlich den letzten Raum des Palastes erobern konnten, wurden die Überlebenden

"... von den Einstürmenden auch hier getötet und entkleidet. Nackt wirft man sie zum Fenster hinaus auf die Erde. Viele unter ihnen atmen noch, und bitten um Wasser, das will man ihnen nur gewähren, wenn sie sich taufen lassen. Da sie dies ablehnen - durch Gesten, denn sprechen können sie nicht mehr - schlägt man sie vollends tot."¹³

Anschließend wandten sich die Kreuzfahrer gegen das Haus des Burggrafen. Auch dort eroberten sie das Eingangstor und erschlugen alle Juden derer sie habhaft werden konnten. Ein Angreifer wurde von den Bedrängten gesteinigt, woraufhin das aufgebrachte Volk das Dach des Hauses abdeckte und die Eingeschlossenen mit Lanzen, Pfeilen und Steinen solange unter Beschuß nahm, bis niemand mehr lebte. Danach zogen die Krieger Christi durch die Straßen der Stadt, um dort noch vereinzelt Juden zu ermorden, die nicht in die befestigten Anlagen von Bischof und Burggraf geflüchtet waren und die bisherigen Massaker überlebt hatten.

Abgesehen von den Zwangsgetauften war bis in die Nacht des 27. Mai die Mainzer Judengemeinde fast vollständig vernichtet. Nur einer kleinen

12 Ebenda, S. 112.

13 Germania Judaica, Bd. 1, a.a.O., S. 179.

Gruppe von 50 bis 60 Menschen war die Flucht in das bischöfliche Dorf Rüdesheim gelungen; aber bereits am folgenden Tag bemächtigte sich die Landbevölkerung der kleinen Gruppe und stellte sie vor die Wahl zwischen Taufe oder Tod. Mehr als 1.000 Juden fielen dem Mainzer Massaker zum Opfer.

Die jüdische Gemeinde in *Köln* war bis zum Ende des Mai von Verheerungen weitgehend verschont geblieben; am 29. erreichten sie erste Meldungen über die Pogrome in den anderen rheinischen Städten. Bereits zwei Tage später fielen die Kreuzfahrer in die Stadt ein, schändeten die Synagoge, plünderten jüdische Häuser, zwangen die Juden, die sich auch hier zu ihren christlichen Nachbarn geflüchtet hatten, zur Taufe oder ermordeten sie. Nach einer Woche voller Bedrängnis entschloß sich der Kölner Erzbischof Hermann III., die Überlebenden zu evakuieren. Sie wurden auf insgesamt 7 Dörfer in der Umgebung Kölns verteilt, die zur Herrschaft des Bischofs gehörten. Aber auch dort waren die Juden nicht sicher vor den Nachstellungen der Kreuzfahrer. Eine große Zahl Bauern schloß sich ihnen an und überfiel am 23. oder 24. Juni zunächst die Flüchtlinge in *Neuß*; gegen 200 Menschen fanden dort den Tod. Den folgenden Tag richteten sich die Aktionen gegen die Juden in *Wevelinghofen*, wo sich eine große Zahl der Bedrängten in den umliegenden Seen und Sümpfen selbst das Leben nahm. In *Altenahr* wurden aus der Mitte der Gemeinde 5 Menschen dazu ausgewählt, die übrigen zu töten, um nicht in die Hände der Kreuzfahrer zu fallen; mehr als 300 Menschen starben. Nach wenigen Tagen - am 27. Juni - standen die christlichen Kämpfer vor *Xanten*, wohin ein weiterer Teil der Kölner Juden evakuiert worden war. Die Christen stürmten den Turm, in dem die Flüchtlinge untergebracht waren, erschlugen sie oder stürzten sie in die Tiefe. Nach weiteren zwei oder drei Tagen belagerten die Kreuzzügler den Ort *Mehr*, dessen Stadthauptmann zunächst versuchte, die dorthin geflüchteten Juden zur Taufe zu überreden. Als dies nicht gelang, ließ er sie einzeln in Gewahrsam nehmen und lieferte sie am folgenden Tag an die Kreuzfahrer aus. Einige wurden getötet, andere gewaltsam getauft. Schließlich wurden die letzten Zufluchtsstätten der Kölner Juden, die Dörfer *Kerpen* und *Geldern*, überfallen und die Mehrheit der Juden zwangsweise getauft. Auf diese Weise wurde die Kölner Judengemeinde außerhalb der eigentlichen Stadtmauern nahezu vollständig vernichtet.

Auch die Juden in *Trier* blieben nicht von Verfolgungen verschont, nachdem sich gegen Ostern 1096 noch Peter von Amiens mit der Herausgabe von Geld und Lebensmitteln zufrieden gegeben hatte. Bereits im Mai

standen neue Trupps von Kreuzfahrern aus Lothringen kommend vor der Stadt. Allein die Kunde ihres Herannahens, gab Juden den Anlaß ihre Kinder zu töten; Frauen beschwerten sich mit Steinen und ertränkten sich in der Mosel, während viele andere sich in den Palast des Erzbischofs Egilbert flüchteten, der ihnen Schutz versprochen hatte bis zur Rückkehr des Kaisers. Durch Geldzahlungen an die christlichen Bürger versuchten die Juden, sich der Loyalität der Menschen innerhalb der Stadtmauern zu versichern. Auch hier waren die Bemühungen umsonst. Nach wochenlanger Unsicherheit brachen die Gewalttätigkeiten am 1. Juni aus. An diesem Tage war Markt, zu dem eine große Zahl von Bauern in die Stadt gekommen war; dies nahm Egilbert zum Anlaß vor der versammelten Menge eine Predigt zu halten, in der für die Juden und deren Schutz eintrat. Provoziert durch seine Ansprache, brach die Gewalt der Kreuzfahrer, der Bauern und weiter Teile der Trierer Bürgerschaft, nun offen aus. Selbst von den Massen in seiner Residenz belagert, versuchte der Erzbischof, die dorthin geflüchteten Juden zur Taufe zu überreden; nach vier Tagen willigte die große Mehrheit ein (kehrte aber nach weniger als einem Jahr zu ihrem Glauben zurück); andere wurden in den Straßen niedergemacht.

Auf ihrem Weg nach Osten fielen die Kreuzfahrer in weitere Städte ein, so etwa nach *Bamberg* und *Regensburg*, ohne jedoch so veheerende Massaker unter den Judengemeinden anzurichten wie im Rheinland. In beiden Städten kam es zu umfangreichen Zwangstaufen: in Regensburg z.B. trieben die christlichen Streiter und das Stadtvolk die Juden in die Donau und "...machten das Zeichen des Kreuzes über das Wasser und taufte sie alle auf einmal in diesem Flusse", wie ein Chronist berichtet.¹⁴ In *Böhmen* wüteten die Kreuzfahrer gegen verschiedene kleinere, namentlich nicht mehr zu rekonstruierende, jüdische Gemeinden und vor allem in *Prag*, wo zahlreiche Juden entweder getötet oder gewaltsam getauft wurden.

Nach Schätzungen fielen den Massakern der Soldaten Christi etwa 5.000 bis 12.000 Menschen jüdischen Glaubens zum Opfer; aber es ist im Ergebnis nicht die genaue Zahl der Ermordeten, die von Bedeutung ist, sondern die Systematik der Verfolgungen. Juden waren zwar zu keinen Zeitpunkt völlig frei von Bedrückungen der christlichen Mehrheit

¹⁴ Ebenda, S. 286. Als Heinrich IV. im folgenden Jahr Regensburg besuchte, gewährte er ihnen - gegen den Widerstand des Papstes und des örtlichen Bischofs - ähnlich wie anderen Gemeinden, die straflose Rückkehr zum jüdischen Glauben..

gewesen, vereinzelt hatte es örtlich begrenzte Massaker, Zwangstaufen und Vertreibungen gegeben, aber das Vorgehen der Kreuzfahrer stellte etwas qualitativ neues dar. Mit den Kreuzzügen tritt die Geschichte der europäischen Juden in ein neues Stadium:

"Die jüdische Gemeinde in der Diaspora wird schärfer als zuvor von ihrer Umgebung isoliert, ihre Brandmarkung wird krasser, ihr Martyrium ein Dauerzustand, der Haß zwischen Juden und Nichtjuden wird unheilbar, die Kluft zwischen beiden unüberbrückbar."¹⁵

Die wirtschaftliche Tätigkeit der europäischen Juden

Diese Zäsur ist aber nicht allein zu erklären auf der Grundlage rein theologischer Betrachtungen, der religiösen Widersprüche und Konkurrenzen zwischen Christen und Juden; sie beruht vielmehr auf den gesellschaftlichen und ökonomischen Umbrüchen, die das Zeitalter der Kreuzzüge markieren: einerseits die umfassende Durchsetzung des Christentums mit dem universellen Herrschaftsanspruch des Reformpapsttums, andererseits die Krisenerscheinungen in der feudalen Ökonomie und - gewissermaßen parallel dazu - die zunehmende Bedeutung des Fernhandels, der durch die Kreuzzüge einen gewaltigen Aufschwung nahm, und - damit untrennbar verbunden - der Entwicklung des europäischen Städtewesens.

Um die wesentlichen strukturellen Veränderungen nachvollziehen zu können, ist es notwendig, zunächst die Geschichte der europäischen Juden kurz zu skizzieren. Sie reicht weit zurück bis in die Zeit der Machtentfaltung des Römischen Reiches. Als Sklaven und Söldner, als Bauern und Kaufleute folgten Juden den Spuren römischer Legionen in Europa. Sie ließen sich vorwiegend an Flußläufen und Handelsstraßen nieder: an der Rhone, der Donau, am Main, an der Elbe, am Rhein, am Neckar und der Mosel und bildeten so die ersten Keimzellen jüdischer Gemeinden auf europäischem Boden. Der erste urkundliche Nachweis der Anwesenheit von Juden am Rhein stammt aus dem Jahre 321: in einem Schreiben an die Dekurien von Köln verpflichtete Kaiser Konstantin sie zum Dienst innerhalb des städtischen Gemeinwesens.

15 Dietrich, Ernst L., a.a.O., S. 94.

In ihrer sozialen Zusammensetzung unterschieden sich die Juden dieser Zeit nicht von anderen Bevölkerungsteilen.

"Sie waren Ackerbauer in Palästina, Kaufleute in Babylonien, Handwerker in den Städten der griechischen Diaspora; aber sie haben niemals eine Beschäftigung ausschließlich oder selbst nur vorzugsweise betrieben. Für das spätere Altertum müßte eine Wirtschaftsgeschichte der Juden sich darauf beschränken, Zeugnisse zu sammeln, die schließlich nur erkennen lassen, daß die Juden den gleichen Berufsarten sich widmeten wie die anderen Bewohner des römischen und des parthisch-persischen Reichs. Es mochten dabei Unterschiede zwischen verschiedenen Landschaften obwalten, je nach der grösseren oder geringeren Dichtigkeit des jüdischen Bevölkerungselements und seiner ungleichmässigen Verteilung über Stadt und Land; aber dass das Bekenntnis zum Judentum mit der Hinneigung zu gewissen Berufsarten identisch gewesen wäre, ist für das spätere Altertum ganz undenkbar. Die Juden unterschieden sich von den Anhängern anderer Religionen durch ihre Sitten und Gebräuche, durch die Feier des Ruhetages und die Enthaltung von unreinen Speisen; aber nicht durch die Art und Weise, wie sie ihren Lebensunterhalt verdienten."¹⁶

Innerhalb des Römischen Reiches genossen sie eine weitgehend gesicherte Rechtsstellung; sie durften ihren religiösen Kultus ausüben und die jüdischen Gemeinden waren weitgehend autonom. Ihre Lage verschlechterte sich mit der Durchsetzung des Christentums als römischer Staatsreligion. Bereits in dieser Zeit verbinden sich Einschränkungen in der Religionsausübung - so etwa das Verbot Proselyten¹⁷ zu machen und Synagogen auszubauen oder neue zu errichten - mit ökonomischen Beschränkungen der Juden. Dazu zählte u.a. der Ausschluß von bürgerlichen und militärischen Ämtern und vor allem das Verbot, christliche Sklaven zu halten; gesetzliche Regelungen, die darauf abzielten, mußten

¹⁶ Caro, Georg, Bd. 1, a.a.O., S. 9.

¹⁷ Menschen, die zum Judentum übertreten.

*"... in einer Zeit durchgreifender Christianisierung auf die Verdrängung der Juden vom Landbesitz hinwirken, da die Landwirtschaft ganz weitgehend auf Sklavenarbeit beruhte."*¹⁸

Bereits in dieser Zeit deutete sich eine Entwicklung an, die für die jüdische Bevölkerung über Jahrhunderte von Bedeutung sein sollte: die Rahmenbedingungen, unter denen sie ihr soziales und wirtschaftliches Leben gestalten konnten, gründeten sich im Spannungsfeld zwischen den zunehmend universell werdenden Ansprüchen der christlichen Kirche auf der einen und den eher pragmatisch ausgerichteten ökonomischen Interessen der weltlichen Herrscher auf der anderen Seite. Dies dokumentiert schon die Judenpolitik der römischen Kaiser des 4. und 5. Jahrhunderts: im Konflikt zwischen kirchlichen Radikalforderungen und wirtschaftlichen sowie politischen Erfordernissen schlugen sie

*"...einen Mittelweg ein, der einerseits den Proselytismus unterbinden sollte, andererseits aber den jüdischen Grundbesitzern und Sklavenhaltern nicht die Existenzgrundlage entzog. Schwerer als die kirchliche Furcht vor Proselytismus wogen offenbar die gesellschaftliche Situation und die wirtschaftlichen Erfordernisse, die es nicht zuließen, die Rechtssicherheit der staatstragenden Schichten anzutasten."*¹⁹

Ganz ähnlich verhielt es sich in den germanischen Nachfolgestaaten auf dem Boden des ehemaligen Römischen Reiches. Bei allen regionalen Unterschieden fehlte es nicht an Versuchen der katholischen Kirche, den Status der jüdischen Bevölkerung zu drücken, sie gesellschaftlich auszugrenzen und ihre wirtschaftliche Tätigkeit einzuschränken, dort zumindest, wo sie in herausgehobener Position tätig waren und über eine vergleichsweise günstige Rechtsstellung verfügten.²⁰

18 Greive, Hermann: Die Juden. Grundzüge ihrer Geschichte im mittelalterlichen und neuzeitlichen Europa, 4. Aufl., Darmstadt 1992, S. 7; vgl. zu diesem Komplex: Lotter, Friedrich: Die Entwicklung des Judenrechts im christlichen Abendland bis zu den Kreuzzügen. In: Klein, Thomas u.a. (Hg.): Judentum und Antisemitismus von der Antike bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1984, S. 41-63.

19 Lotter, Friedrich, a.a.O., S. 45.

20 Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Feststellung, daß, wenn von der wirtschaftlichen Tätigkeit von Juden die Rede ist, hier vor allem die vergleichsweise geringe Zahl privilegierter Menschen gemeint ist. Die soziale Schichtung innerhalb der Juden in Europa unterschied sich nur wenig von der ihrer christlichen und heidnischen Umgebung. Bauern,

So hatten sie etwa im südlichen Gallien des 6. Jahrhunderts eine durchaus angesehene Stellung und waren in unterschiedlichen Bereichen tätig: als Kaufleute und grundbesitzende Bauern ebenso, wie als Ärzte, Richter, Zöllner oder Münzmeister.²¹ Die Zeiten wurden für Juden aber zunehmend unsicherer, die Kirche reagierte mit einem aggressiver werdenden Missionseifer,²² der in der Praxis zu gewaltsamen Taufen und Vertreibungen führte, im 6. und zu Beginn des 7. Jahrhunderts z.B. in Uzès, Bourges, Clermont und im Raum Marseille. Im Hintergrund derartiger Ausschreitungen standen die judenfeindlichen Beschlüsse zahlreicher Konzilien, auf denen die Ausgrenzung der Juden festgeschrieben wurde und die gleichzeitig die Grundlage weltlicher Gesetzgebung bildeten: so z.B. das Eheverbot zwischen Juden und Christen, beschlossen auf den Konzilien von Clermont (535) und Orléans (553) oder das Verbot der gemeinsamen Einnahme von Mahlzeiten, das auf dem Konzil zu Vannes (465) zur Richtlinie des Zusammenlebens zwischen Juden und Christen gemacht wurde. Daneben wurden immer wieder auch Fragen thematisiert, die bereits in römischer Zeit Gegenstand kirchlicher Kritik waren; dabei ging es vor allem um Versuche, Juden aus gesellschaftlichen Positionen zu entfernen, in denen sie administrative oder juristische Gewalt über Christen ausüben konnten und ihre Verfügungsgewalt über (christliche) Sklaven zu unterbinden. Soweit es die ökonomischen Rahmenbedingungen zuließen, waren die weltlichen Herren, die zur Stabilisierung ihrer Herrschaft auf die Autorität der Kirche

Kolonen und Sklaven werden wohl den überwiegend größten Teil auch der jüdischen Bevölkerung ausgemacht haben.

21 Vgl. Battenberg, Friedrich: Das europäische Zeitalter der Juden, Bd. 1: Von den Anfängen bis 1650, Darmstadt 1990, S. 47.

22 Es ging aber nicht ausschließlich um Mission, zum Teil erklärt sich die Politik der katholischen Kirche auch aus einer Position der Defensive: einschränkende Verfügungen waren "...ihrem Wesen nach in erster Linie dazu bestimmt, die Gläubigen vor der Verführung durch den Glauben und die Riten der Juden zu schützen und gegen die Gefahren von judaisierenden Irrlehren zu kämpfen..."; und da die Juden "... zu dieser Zeit in Gallien zahlreich und einflussreich waren; da sie in gutem Einvernehmen mit den Christen lebten und sich frei zu ihnen gesellten, verursachten sie den leitenden Männern der Kirche eben wegen dieses guten Einvernehmens mit den Gliedern der Gemeinden keine geringen Sorgen." Poliakov, Leon, a.a.O., S. 24 u. 25; dies umso mehr, als ihre wirtschaftliche Tätigkeit, die Effektivität ihrer Gemeindevverwaltung und der vergleichsweise hohe Bildungsgrad der Juden (vgl.: Breuer, Mordechai / Graetz, Michael: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Bd. 1: Tradition und Aufklärung, München 1996, S. 24) ihren Glauben attraktiv machte; in der Tat gab es in Gallien Übertritte zu Judentum; vgl.: Aronius, Julius, a.a.O., Nr. 64, S. 23.

angewiesen waren, durchaus bereit, die Konzilsbeschlüsse als Leitlinien zur Umsetzung praktischen Rechts anzuerkennen:

"Eine ganze Reihe von diskriminierenden Anordnungen gab der merowingische König Childebert II. (557-595) auf dem 581 stattfindenden Konzil von Macon. So wurde etwa festgelegt, daß die Juden die ihnen in den Weg kommenden Priester zu grüßen hätten, daß sie sich ohne deren Erlaubnis nicht in ihrer Gegenwart niedersetzen durften, daß sie Klöster nicht betreten und insbesondere Nonnen nicht unbeaufsichtigt sprechen sollten. Außerdem durften sie Streitigkeiten unter Christen nicht rechtlich entscheiden und sich auch nicht als Zolleinnehmer betätigen. Christliche Sklaven, die sie im Besitz hatten, durften von den Christen zwangsweise ausgelöst werden."²³

Wenn Rechtsvorschriften und Rechtswirklichkeit im praktischen Leben auch auseinanderfielen, so mußten die vielfachen Einschränkungen für die jüdische Bevölkerung gleichwohl tiefgreifende Folgen haben. Ihre Ausgrenzung machte sie einerseits zum Objekt von Verfolgung, Zwangstaufen und Vertreibung, gleichzeitig aber wurden sie aus vielen Berufszweigen verdrängt. Landbesitz war bedeutungslos ohne den Zugriff auf weitgehend unfreie Arbeitskraft, die den jüdischen Grundherren sukzessive entzogen wurde.

In der Folgezeit wichen deshalb jene Juden, die nicht selbst als Kolonen oder Sklaven an den Boden ihrer christlichen Herren gebunden waren, zunehmend auf einen wirtschaftlichen Bereich aus, der von vielen ihrer Glaubensgenossen schon seit langen betrieben wurde und in dem es nur wenig Konkurrenz von christlicher Seite gab: den Handel, vor allem den Fernhandel.

Im fränkischen Reich Karls des Großen und den sich anschließenden zwei Jahrhunderten hatten sich schließlich Juden als Fernhändler eine außerordentlich wichtige Rolle in der ökonomischen Entwicklung des Reiches gesichert. Die Herrscher waren sich ihrer Bedeutung für Sicherung und Ausbau der Handelswege bewußt: sie besaßen - im Vergleich zu der fast gänzlich auf die Landwirtschaft ausgerichtete fränkische Bevölkerung christlichen Glaubens - über hinreichende Erfahrungen im Handel und sie verfügten über die notwendigen Kenntnisse von Waren, Märkten und dem damit untrennbar verbundenen Geldverkehr. Die Diaspora, die

23 Ebenda, S. 49.

Verteilung jüdischer Gemeinden über die gesamte damals bekannte Welt, prädestinierte Juden zusätzlich für den Fernhandel. Aufzeichnungen des arabischen Reisenden Ibn Chordadbeh aus der Mitte der 9. Jahrhunderts belegen das sehr anschaulich.

"Die 'Wanderer', vieler Sprachen kundig²⁴ reisten von West nach Ost und von Ost nach West, bald zu Lande, bald zur See. Sie brachten aus dem Occident Eunuchen, Sklavinnen, junge Sklaven, Seide, Pelzwerk und Schwerter. Vom Lande der Franken fuhren sie über das Mittelmeer nach Egypten, landeten zu Farama, packten ihre Waren auf Saumtiere und zogen zu Lande nach Kolzoum (Suez); dort gingen sie wieder in See nach Djedda, dem Hafen für Mekka, und dehnten ihre Reisen bis Indien und China aus. Bei der Rückkehr beluden sie sich mit Muskat, Aloe, Kampfer, Zimmt und anderen Produkten des Ostens. Wenn sie über Kolzoum nach Farama gelangt waren, segelten die einen nach Konstantinopel, um dort ihre Waren zu verkaufen, andere begaben sich in das Land der Franken. Bisweilen nahmen die jüdischen Kaufleute den Hinweg über Antiochia, von wo sich in drei Tagereisen der Euphrat erreichen liess. In Bagdad stiegen sie zu Schiff und fuhren den Tigris abwärts nach Obollah, um hier die Seereise nach Ostasien anzutreten. Nach Indien und China führten auch Landwege. Die Kaufleute, die aus Spanien und dem Lande der Franken kamen, begaben sich nach Tanger und Marokko, zogen durch Nordafrika nach Egypten, von dort über Ramlah, Damaskus, Kufa und Bagdad nach Bassra und weiter durch das südliche Persien. Es war aber auch ein Weg über Deutschland gangbar, indem man von hier durch das Land der Slaven nach der Stadt der Chazaren (an der Wolga) gelangte, zu Schiff das Kaspische Meer passierte und dann quer durch Zentralasien bis China zog."²⁵

So erstreckte sich das Netz jüdischen Fernhandels im 9. Jahrhundert vom fränkischen Reich und Spanien im Westen bis nach China, wo sich bedeutende jüdische Gemeinden gebildet hatten, deren Geschichte bis in die ersten Jahrhunderte unserer Zeitrechnung zurückreichten.²⁶

24 Nach Chordadbeh, der die jüdischen Wanderhändler als 'Radniten' bezeichnet, beherrschten sie die fränkische, griechische, spanische, arabische, persische und slawische Sprache.

25 Caro, Georg, Bd. 1, a.a.O., S. 126f.

26 Vgl.: Poliakov, Leon, a.a.O., S. 10f.

In einem wesentlich noch auf Naturalwirtschaft beruhenden Staatswesen wie dem Frankenreich waren über den Fernhandel in erster Linie die Bedürfnisse des kaiserlichen Hofes, seines Gefolges und des Adels zu befriedigen; vor allem wurden Luxuswaren nach Europa eingeführt. Neben Spezereien handelte es sich hauptsächlich um kostbare Stoffe, Edelmetalle und Arzneien. Insofern erfreuten sich die jüdischen Händler großen Ansehens beim Kaiser und waren am Hofe ständig präsent.²⁷ Insofern lag es nahe, daß u.a. Karl der Große ihre Dienste auch in diplomatischen Angelegenheiten in Anspruch nahm: so war ein Jude namens Isaak Mitglied einer Gesandtschaft an den in Bagdad residierenden Kalifen Harun al-Raschid; als einziger kehrte er nach fünf Jahren (802) nach Aachen zurück und konnte dem Kaiser einen Elefanten als Geschenk des Kalifen überreichen.

Aber noch in anderer Hinsicht kam den jüdischen Händlern eine wesentliche Bedeutung zu. Die karolingische Gesellschaft beruhte in einem erheblichen Maße auf dem System der Sklaverei.²⁸ Vor allem die großen Domänen wurden mit einer großen Zahl von Sklaven bewirtschaftet,²⁹ die vorrangig aus den slawischen Gebieten des Ostens stammten. Zentraler Umschlagsplatz war die böhmische Hauptstadt Prag. Ibrahim ibn Jakub, ein jüdischer Sklavenhändler aus Spanien, beschrieb die böhmische Hauptstadt als einen Ort mit sehr lebendigem Handelsverkehr:

*"Es kamen dorthin aus Krakau Russen und Slaven mit Waren und aus dem Lande der Türken (Ungarn?), Mohammedaner, Juden und Türken, ebenfalls mit Waren und byzantinischen Goldstücken, und sie führten Sklaven, Zinn und verschiedene Arten Tierfelle weg."*³⁰

Eine weitere Station des Sklavenhandels, der sich bis nach Spanien ausdehnte, bildete Magdeburg. Dort verfügte Otto der Große 965, daß die

27 "Am Hoflager der Kaiser hielt sich wohl jederzeit eine ganze Anzahl von Juden auf. In Aachen, wo Karl der Grosse und Ludwig der Fromme mit Vorliebe residierten, hatten sie gleich den christlichen Gewerbetreibenden ihre eigenen Behausungen." Caro, Georg, Bd. 1, a.a.O., S. 136.

28 Vgl.: Dhondt, Jan: Das frühe Mittelalter (Fischer Weltgeschichte, Bd. 10), Frankfurt/M. 1993, S. 31f.

29 Duby, Georges: Krieger und Bauern. Die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft im frühen Mittelalter, Frankfurt/M. 1977, S. 86ff.

30 Caro, Georg, Bd. 1, a.a.O., S. 192.

Juden und die übrigen Kaufleute ("Judei vel ceteri ibi ... manentes negotiatores...") zu Magdeburg nur der Gewalt des Bischofs unterstehen sollten³¹. Im selben Jahr traf Otto dort auch mit Ibrahim ibn Jakob zusammen.

"Er war ein geradezu typischer Vertreter des ... Handelszuges von Spanien nach den sklawischen Grenzländern... Für jene Wanderhändler, mit denen Ibrahim vom Rheine her in ihren Handelszügen mitgereist sein wird, lohnte es sich jetzt, aus eigenem wirtschaftlichen Interesse und unter königlicher Förderung ihren Wohnsitz endgültig vom Rhein an die Elbe, also nach Magdeburg, zu verlegen."³²

Aus diesen Zusammenhängen und aus weiteren Dokumenten - so etwa der Zollordnung von Raffelstetten aus dem Jahre 904³³ - wird deutlich, daß als Kaufleute in erster Linie Juden in Betracht kamen. Entsprechend ihrer ökonomischen Bedeutung für das Karolingerreich und in der frühen deutschen Kaiserzeit, hatte sich das Verhältnis der weltlichen Herrscher zu den Juden weitgehend entspannt. Ausdruck dieser Situation war die Ausstellung verschiedener Schutzprivilegien, auch die Möglichkeit für Juden über Grundbesitz zu verfügen, schließlich die diplomatischen Dienste und nicht zuletzt die Anwesenheit jüdischer Gelehrter am kaiserlichen Hof.³⁴ Ein weiteres Indiz für die gefestigte Stellung der jüdischen Bevölkerung bieten die fünf großen Konzilien, die Karl der Große im Jahr 813 einberief:

"Da fällt es nun auf, daß kein Beschluß dieser Konzilien sich mit den Juden befaßt, das Verhältnis zu ihnen also weder aus der Sicht Karls noch der Bischöfe der Behandlung bedurfte. Das ist bemerkenswert, selbst wenn man annehmen würde, daß die Bestimmungen der fränkischen Konzilien in merowingischer Zeit weiterhin als verbindlich galten."³⁵

31 Aronius, Julius, a.a.O., Nr.129, S.55f.

32 Rörig, Fritz: Magdeburgs Entstehung und die ältere Handelsgeschichte. In: Ders.: Wirtschaftskräfte im Mittelalter, 2. Aufl., Wien u.a. 1971, S. 627.

33 Vgl.: Mitterauer, Michael: Wirtschaft und Verfassung in der Zollordnung von Raffelstetten. In: Mitteilungen des oberösterreichischen Landesarchivs 8 (1964), S. 344-373.

34 Vgl.: Caro, Georg, Bd. 1, a.a.O., S. 152.

35 Kottje, Raymond: Karl der Große und die Juden in seinem Reich. In: Henrix, Hans Hermann (Hg.): Unter dem Bogen des Bundes, Aachen 1981, S. 23f.

Der Protest der Kirche blieb dennoch nicht aus: Im praktischen Leben war es den Juden offensichtlich gelungen, Freiheiten zu erringen, die im Widerspruch zu kirchlichem Recht standen. Seit 822 trat Erzbischof Agobard von Lyon als schärfster Kritiker der kaiserlichen Politik hervor. Anlaß bot zunächst ein Schutzprivileg Ludwigs des Frommen für die Juden David und Joseph in Lyon. Darin enthalten war eine Bestimmung, nach der die Taufe von Sklaven ohne Zustimmung ihrer jüdischen Besitzer untersagt war.³⁶ Agobard polemisierte heftig gegen diese Bestimmung; selbst als Ludwig seinen 'Judenmeister'³⁷ nach Lyon entsandte, stieß dieser auf den entschiedenen Widerstand des Erzbischofs. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen wurde Agobard schließlich nach Nantua bei Genf verbannt. Auch die scharfen Polemiken seines Nachfolger in Lyon, Amulo, gegen die Judenpolitik im Reich blieb zunächst ohne Folgen:

*"Einstweilen geboten die ökonomischen Erfordernisse des Handels eine gewisse Begünstigung der Juden, und so mußten Äußerungen des Mißtrauens, die ganz gewiß in weiteren Teilen der christlichen Bevölkerung auf Resonanz stießen, unterdrückt werden. Sie machen aber zugleich deutlich, daß das für die Juden angeblich so 'goldene' Zeitalter der Karolinger doch nur ein Oberflächenphänomen war, das durch die augenblicklichen ökonomischen Notwendigkeiten bedingt war und nur den relativ kleinen Kreis der handeltreibenden Juden erfaßte."*³⁸

Dieses 'Oberflächenphänomen' überdauerte jedoch das Ende des Karolingerreiches und wirkte zunächst bis in die ersten zwei Jahrhunderte des deutschen Reiches. Die Begriffe 'Kaufmann' und 'Jude' wurden bis ins 11. Jahrhundert häufig synonym benutzt,³⁹ was auf die herausragende Stellung jüdischen Handelskapitals hinweist. Besonders die aufstrebenden Städte entlang des Rheins und der Donau wurden zu wichtigen Zentren, in denen die Stadtherren bemüht waren, jüdische Kaufleute anzusiedeln oder bereits bestehende Gemeinden zu privilegieren.

36 Aronius, Julius, a.a.O., Nr. 82, S. 31f.

37 Die Judenmeister (magistri iudaeorum) wurden vom Kaiser eingesetzt und hatten die Einhaltung des kaiserlichen Schutzes und der Privilegien zu überwachen.

38 Battenberg, Friedrich a.a.O., S. 56.

39 "Bis zum 11. Jahrhundert, zumindest in den alten Römerstädten am Rhein und an der Donau (Regensburg), ist in den lateinischen Quellen 'mercator' (Kaufmann) fast unbesehen mit 'Jude' gleichzusetzen." Geiss, Imanuel: Geschichte im Überblick, Reinbek 1995, S. 284.

1074 erließ Heinrich IV. z.B. den Wormser Juden sowie den übrigen Bürgern der Stadt die Zollabgaben, die sie "... bisher an allen der kaiserlichen Gewalt unterstehenden Orten, nämlich in Frankfurt, Boppard, Hammerstein, Dortmund, Goslar und Angern zahlen mußten."⁴⁰ Ein Jahrzehnt später verlieh ihnen Bischof Rüdiger von Speyer aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung besonders günstige Rechte:

"Ich, Rüdiger, auch Huozmann genannt, Bischof von Speyer. Als ich den Weiler Speyer in eine Stadt verwandelte, glaubte ich die Ehre unseres Ortes noch zu vergrößern, wenn ich die Juden vereinigte. Ich brachte sie darauf außerhalb der Gemeinschaft und des Zusammenwohnens mit den übrigen Bürgern, und damit sie durch den Übermut des Pöbels nicht beunruhigt würden, umgab ich sie mit einer Mauer..."⁴¹

Das den Juden zugewiesene Gebiet umfaßte einen Hügel sowie das angrenzende Tal, dafür hatten sie eine jährliche Abgabe in Höhe von 3½ Pfund Speyerschen Geldes an die bischöfliche Kasse abzuführen. Garantiert wurde ihnen, sowohl innerhalb und außerhalb ihres Bezirkes bis zum Hafen Geldwechselgeschäfte und Handel mit Waren aller Art ungestört treiben zu dürfen. Daneben standen verschiedene rechtliche Regelungen im Falle von Streitigkeiten, die Übergabe einer Begräbnisstätte sowie Verordnungen über den Waffendienst der Juden. Darüberhinaus wird ihnen ausdrücklich erlaubt, christliche Ammen und Mietknechte zu beschäftigen sowie nichtkoscheres Fleisch an ihre christlichen Mitbürger zu verkaufen.⁴²

1090 bestätigte und präzierte Kaiser Heinrich IV. die Rechte der Juden in Speyer und privilegierte die Wormser Juden in ähnlicher Weise.⁴³ Diese Dokumente sind in verschiedener Hinsicht von großer Bedeutung: Sie belegen die Ambivalenz des Verhaltens der christlichen Umwelt gegenüber der jüdischen Bevölkerung. Von geistlichen und weltlichen

40 Aronius, Julius, a.a.O., Nr. 162, S. 67f.; vgl.: Germania Judaica, Bd. 1, a.a.O., S. 438f. und Reuter, Fritz: Warmaisa. 1000 Jahre Juden in Worms, (2. Aufl.). Frankfurt/M. 1987, S. 22.

41 Zit. n.: Ehrlich, Ernst Ludwig: Geschichte der Juden in Deutschland. Düsseldorf 1961, S. 12.

42 Vgl.: Ebenda, S. 12; Aronius, Julius, a.a.O., Nr. 168, S. 69ff.; Germania Judaica, Bd. 1., a.a.O., S. 328f.

43 Vgl.: Aronius, Julius, a.a.O., Nr. 170, S. 71ff. und Nr. 171, S. 74ff.; Ehrlich, Ernst Ludwig, a.a.O., S. 13.

Herrschern aus ökonomischen Gründen gefördert, erscheint es gleichzeitig notwendig, sie gegenüber zumindest Teilen der städtischen Bevölkerung zu schützen. Eine sichere und ungestörte Existenz war offensichtlich nicht selbstverständlich, mit Übergriffen mußte jederzeit gerechnet werden. Aus den Privilegien des Bischofs Rüdiger von Speyer geht weiter hervor, daß die dort lebenden und neu angesiedelten Juden in vollem Umfang der Kriegsdienstpflicht unterlagen und über Waffen verfügten, die sie legal tragen durften - die Ereignisse des Jahres 1096 sahen schließlich zahlreiche Juden, die sich ihren Verfolgern im Kampf stellten.

Wenn in den Privilegien weiter von Geldwechselgeschäften die Rede ist, dann handelte es sich dabei noch nicht vorrangig um ein spezialisiertes Gewerbe, als vielmehr um Transaktionen, die notwendig im Zusammenhang mit ausgedehnten Handelsgeschäften zu sehen sind. Die Geldleihe auf Zinsen war bis 1096 ein Geschäftszweig, den Juden nur vereinzelt betrieben haben;⁴⁴ vor allem kommt dabei die Pfandleihe in Frage, wobei in der Regel Bauern und Handwerker durchweg kleinere Summen bei Juden liehen.

Das Privileg Heinrichs IV. für die Wormser Juden ist auch in anderer Hinsicht von bedeutungsvoll:

"In dieser Verlautbarung wird zum erstenmal postuliert, daß Juden Eigentum der kaiserlichen Kammer seien, ein Prinzip, das später auf die ganze Judenheit in den deutschen Ländern angewandt wurde."⁴⁵

Mit dieser Kontruktion wurde bereits der Keim gelegt für die später folgende, umfassende Entrechtung der jüdischen Bevölkerung.

Christliche Konkurrenz und Entrechtung der Juden

In diese Zeit weitgehend prosperierender jüdischer Gemeinden fielen die Massaker der Kreuzfahrerscharen in Frankreich, Deutschland und Böhmen; aber es ist weniger die nominelle Zahl der Opfer, die eine neue

44 Vgl.: Breuer, Mordechai / Graetz, Michael, a.a.O., S. 24.

45 Schuder, Rosemarie / Hirsch, Rudolf: Der gelbe Fleck. Wurzeln und Wirkungen des Judenhasses in der deutschen Geschichte., 3. Aufl., Berlin 1987, S. 56.

Ära einleitete, als vielmehr die langfristigen strukturellen Veränderungen, die mit den Kreuzzügen unmittelbar verbunden waren:

"...nachdem die Straße in den Orient einmal für die Europäer geöffnet ist, treten die italienischen Kaufleute immer mehr an die Stelle der Juden, die bisher die Funktion der Handeltreibenden ausübten, und der Aufstieg des städtischen Bürgertums - die Städte stehen in voller Blüte - hat die gleiche Wirkung."⁴⁶

In Italien und in Byzanz, deren Beziehungen historisch eng miteinander verflochten waren, wurde die Entwicklung vorweggenommen. Zum ersten Male wurde 945 in Venedig jüdischen Kaufleuten das Betreten von Schiffen verboten, die in den Orient ausliefen.⁴⁷ 992 verbot der byzantinische Kaiser den Venezianern, Juden und Lombarden sowie andere in Konstantinopel verkehrende Geschäftsleute auf ihre Schiffe zu nehmen;⁴⁸ nach Annahme des Christentums 988 wurden in der - unter orthodoxem Einfluß stehenden - Kiewer Rus Juden nicht mehr zugelassen.⁴⁹

Mit den militärischen Erfolgen des ersten Kreuzzuges setzte sich die Entwicklung der Ausgrenzung von Juden - vor allem aus dem Fernhandel - auch nördlich der Alpen fort. Nicht nur, daß ihre christlichen Mitbürger nun nach und nach in denselben Geschäften tätig wurden, in denen Juden lange unentbehrlich waren, mehr noch: sie begannen, sich in frommen Bruderschaften von Handwerkern und Händlern zu organisieren. Im ausgehenden 11. und beginnenden 12. Jahrhundert entstanden in vielen

46 Poliakov, Leon, a.a.O., S. 46; "...die Kreuzzüge hatten einen tiefgreifenden Einfluß auf die jüdischen Gemeinden. Der Überseehandel, der früher im wesentlichen in jüdischen und arabischen Händen gelegen hatte, wurde zur christlichen Seefahrt." Schuder / Hirsch, a.a.O., S. 97.

47 Vgl.: Poliakov, Leon, a.a.O., S. 72.

48 Caro, Georg, Bd. 1, a.a.O., S. 193.

49 Geiss, Imanuel, a.a.O., S. 283; etwa zur gleichen Zeit wandte sich der venezianische Doge, Pietro II., "... an Heinrich I. und die deutschen Bischöfe mit ausführlichen Aufschlüssen und der Einladung zu einer gemeinsamen Behandlung der Judenfrage mit dem Basileus. Denn sie war durch die starke Konzentration der Wirtschaftszusammenhänge am Rialto inzwischen zu einem bedeutsamen Problem geworden." Pölnitz, Götz Freiherr von: Venedig, München 1951, S. 71.

Städten die ersten Zünfte und Gilden.⁵⁰ Sie verfolgten aber nicht nur ausschließlich wirtschaftliche Zwecke, sondern hatten

"...starke religiöse Züge; im allgemeinen machten sie es sich zur Aufgabe, auch für das geistliche und nicht nur das materielle Wohl ihrer Mitglieder zu sorgen. Gewöhnlich achteten sie auf ein hohes moralisches Niveau, bestrafte ihre Mitglieder für Gotteslästerung, Glücksspiel, Wucher und Ähnliches."⁵¹

Juden waren also von vornherein von einer Mitgliedschaft in diesen christlichen Zünften und Gilden ausgeschlossen. Ein weiteres außerökonomisches Moment verschärfte sich mit dem Einsetzen der Kreuzzugsbewegung: die zunehmende Unsicherheit der Handelswege. Besonders aus der Zeit des zweiten Kreuzzuges liegen zahlreiche Berichte vor, aus denen hervorgeht, welchen Gefahren die jüdischen Kaufleute auf den Hauptstraßen ausgesetzt waren.⁵²

Im Ergebnis dieser Zwänge waren Juden häufig dazu gezwungen, ihren Besitz "... in eine im Augenblick der Gefahr leicht zu versteckende Habe, nämlich in Gold oder Geld, umzuwandeln."⁵³ Von hier ist der Schritt zum gewerblichen Geldverleih nicht mehr weit, zumal unter wirtschaftlichen Bedingungen, die von allgemeiner Geldknappheit geprägt waren. Die Verlagerung jüdischer Geschäftstätigkeit vom Waren- zum Geldhandel scheint vergleichsweise schnell vor sich gegangen zu sein, auch wenn noch bis Mitte des 14. Jahrhunderts die Handelstätigkeit von Juden nachzuweisen ist⁵⁴.

"Aber die Tendenz, die auf eine Beschränkung der Juden auf das Geldverleihen, das heißt auf den Wucher weist, wird für den Juden

50 Vgl.: Schuder / Hirsch, a.a.O., S. 46.

51 Berman, Harold J.: Recht und Revolution, Frankfurt/M. 1995, S. 608.

52 Aronius, Julius, a.a.O., Nr. 232-250; S. 107-115.

53 Poliakov, Leon, a.a.O., S. 72.

54 Sicher betrieben die Juden neben der Geldleihe noch längere Zeit auch einen mehr oder weniger umfangreichen Warenhandel und bei nicht wenigen stand dieser sogar im Vordergrund, doch scheint er abgesehen von den sich aus der Pfandleihe ergebenden Geschäften und oft auch dem Handel mit bestimmten Waren, wie Vieh, Getreide und Wein, die vielerorts nicht von zünftigen Kaufleuten gehandelt wurden, im Gefolge der Pestpogrome um die Mitte des 14. Jh. an den meisten Orten zum Erliegen gekommen zu sein." Wenninger, Markus J.: Man bedarf keiner Juden mehr. Ursachen und Hintergründe ihrer Vertreibung aus den deutschen Reichstädten im 15. Jahrhundert, Wien u.a. 1981, S. 20.

*immer dringlicher; hier kann der Geldgeber seinen Kunden zu Hause erwarten und braucht nicht das Wagnis einer weiten Reise einzugehen. Diese Tätigkeit legt sich für die Juden um so mehr nahe, als sie von jetzt ab in allen anderen Bereichen zurückgesetzt sind, hier aber dagegen über einen nur ihnen eigenen Vorteil verfügen. Sie sind kaum dem Zugriff der kirchlichen Strafgewalt ausgesetzt...*⁵⁵

So wandelte sich die Gleichsetzung von 'Jude' und 'Kaufmann' zum neuen Synonym des 'Juden' als 'Wucherer'.⁵⁶ In dem Maße, wie sich bedeutendere Geldvermögen in jüdischen Händen bildeten, geht das Bestreben der größeren und auch der kleineren weltlichen und geistlichen Herren einher, hier 'ihren' Anteil abzuschöpfen. Ein vergleichsweise plummes Vorgehen ist bereits mit dem Mainzer Bischof Ruthard während des ersten Kreuzzuges geschildert, ein Vorgang, der 1098 ein Nachspiel hatte: Heinrich IV. ließ eine Untersuchung über den Verbleib der jüdischen Vermögen anstellen, wobei Ruthard beschuldigt wurde, zumindest große Teile der in seiner Schatzkammer eingelagerten beweglichen Habe unterschlagen zu haben. Bei dieser Verhandlung ging es aber nicht um eine Rückgabe an die wenigen Überlebenden der jüdischen Gemeinde; der Kaiser selbst beanspruchte das Vermögen der Ermordeten für die eigene Kasse.⁵⁷

Der zweite Kreuzzug dokumentiert das veränderte Verhältnis der Kreuzfahrer und ihrer Protagonisten zur jüdischen Bevölkerung; vereinzelt kam es auch hier zu Verfolgungen, zu Ermordung, Plünderung und zu Zwangstaufen, sie erreichten aber bei weitem nicht das Ausmaß der systematischen Massaker, wie sie ein knappes halbes Jahrhundert zuvor stattgefunden hatten. Nun ging es in erster Linie darum, die Finanzkraft der Juden für das Kreuzzugsunternehmen heranzuziehen. In einem Brief des Abtes Peter von Cluny an den französischen König, wird dieses neue Herangehen unzweifelhaft zur Sprache gebracht:

"Was nützt es, gegen die Feinde des christlichen Glaubens in die Ferne zu ziehen, wenn die lästerlichen und lästernden Juden, die

55 Ebenda, S. 72f.

56 Vgl.: Dasberg, Lea: Untersuchungen über die Entwertung des Judenstatus im 11. Jahrhundert, Paris 1965, S. 97.

57 Aronius, Julius, a.a.O., Nr. 205, S. 94f.; vgl.: Frutolfs und Ekkehards Chroniken..., a.a.O., S. 111.

viel schlimmer als die Sarazenen sind, nicht aus der Ferne, sondern mitten unter uns hemmungslos und ungestraft Christus und die Sakramente schmähen? ... Ich weiß, daß von ihnen im Psalm (59) die Rede ist. Gott will nicht, daß sie ganz ausgerottet werden, sondern in Qual und Schmach zu einem Leben schlimmer als der Tod erhalten bleiben. ... Fordert nicht die Gerechtigkeit, sie ihres unredlich erworbenen Gutes zu enteignen? Ihnen wie Dieben, schlimmer noch: wie bisher straflos ausgegangenen notorischen Dieben die Beute wegzunehmen? Was ich hier sage, ist aller Welt bekannt. ... Der übel erworbene Reichtum der Juden muß unbedingt herangezogen werden. Das christliche Heer, das aus Liebe zu Christus die Sarazenen bekämpft und weder Geld noch Grundbesitz spart, soll die zusammengeraubten Schätze der Juden nicht schonen. Das Leben mögen sie behalten, aber ihr Geld nehme man ihnen weg. ... Dies habe ich Dir, geneigter König, aus Liebe zu Christus geschrieben. ... Es bliebe nicht ohne Gottes Unwillen, wenn neben den Gütern der Christen nicht in viel größerem Maß die Güter der Ungläubigen verwendet würden."⁵⁸

Tatsächlich begnügte sich Papst Eugen III. damit, jeden verschuldeten Kreuzfahrer von Zinszahlungen für seine Schulden zu befreien; dies mußte die Juden in besonderem Maße treffen.

Die Kreuzzugspropaganda war aber auch begleitet von weitaus radikaleren Tönen. Mit scharfer Judenhetze tat sich der aus Clairvaux entflohene Mönch Radulf hervor, der öffentlich zur Ermordung der Juden aufrief. Sein Abt - wohl wichtigster Propagandist des zweiten Kreuzzuges -, Bernhard von Clairvaux, trat diesen Auffassungen öffentlich mit der Feststellung entgegen, daß es nicht erlaubt sei, Juden zu töten, bestätigte aber die Befreiung von Zinszahlungen der Kreuzfahrer und sprach von der Berechtigung, die Juden im Lande zu zerstreuen, womit die Auflösung ihrer Gemeinden und ihrer Selbstverwaltung gemeint war.⁵⁹

Die Haltung Bernhards erwuchs aber nicht aus Sympathien für das Judentum oder die Juden. Was hier zum Ausdruck kam, war das erstarkte Selbstbewußtsein der katholischen Kirche, die sich zur führenden geistigen Macht Europas emporgeschwungen hatte und nun zur

58 Zit. n.: Krämer-Badoni, Rudolf: Judenmord, Frauenmord, Heilige Kirche, Frankfurt/M. 1992, S. 51f.

59 Vgl.: Dietrich, Ernst L., a.a.O., S. 122f.

umfassenden Vernichtung der Heiden angetreten war.⁶⁰ Einzig ausgenommen davon waren die Juden; was zunächst wie ein Widerspruch erscheint, wurzelte in einer langen Tradition christlicher Ausdeutung jüdischer Geschichte, die jetzt - in der Mitte des 12. Jahrhunderts - im Triumph der Christenheit gipfelte:

"Unter den Kirchenvätern wurde die Zerstreuung (der Juden, M.R.) schon sehr bald in einem Zusammenhang mit der angeblichen Schuld der Juden am Gottesmord gebracht. Diese wurde den Juden wie eine Erbschuld aufgebürdet, wie schon im 2. Jh. der kleinasiatische Bischof Meliton von Sardes meinte. Augustin (354-430) hat dann die Schuld der Juden an der Kreuzigung Christi und ihre Bestrafung durch ihr Diasporaschicksal theologisch ausformuliert. Ihm ging es dabei um eine Apologetik des Christentums und einen Beweis für die Wahrheit dieser Lehre. Der Wahrheitsbeweis wurde mit Hilfe der Juden angetreten. Diesen habe nämlich Gott schon im Alten Testament ihre Zerstreuung angekündigt. Wegen jener Schuld dürfe man die Juden nicht töten. Ihre Zerstreuung sei Gottes Strafe dafür. Ihr Dasein als gefährdete, ungeliebte Minderheit am Rande der Gesellschaft erscheint gottgewollt, ihr heimatloses Umherirren und Zerspreutsein wurde zur heilsgeschichtlichen Notwendigkeit, da es zugleich die Auserwähltheit des neuen Gottesvolkes in seiner universalen Präsenz verdeutliche."⁶¹

Auf dieser geistesgeschichtlichen Linie lagen die Äußerungen Bernhards von Clairvaux ebenso wie die Ausführungen Peters von Cluny: in der oft elenden und ungesicherten Existenz der Juden bestätigte sich das Christentum, das jene als Knechte betrachtete, denen man zwar das Leben ließ, sie aber bis zum letzten auspreßte. Papst Innozenz III., mit dem "...das mittelalterliche Papsttum auf der Höhe seiner geistlich-weltlichen Autorität..."⁶² stand, lud im November 1215 zum IV. Laterankonzil, auf dem eine Reihe von Beschlüssen hinsichtlich der Juden gefaßt wurden. Angeprangert wurden vor allem die übertrieben hohen Zinsen, mit denen

60 Vgl. dazu: Kahl, Hans-Dietrich: Die weltweite Bereinigung der Heidenfrage - ein übersehenes Kriegsziel des Zweiten Kreuzzugs. In: Burghartz, Susanna u.a. (Hg.): Spannungen und Widersprüche. Gedenkschrift für Frantisek Graus, Sigmaringen 1992, S. 63-89.

61 Battenberg, Friedrich, a.a.O., S. 15.

62 Jedin, Hubert: Kleine Konziliengeschichte, Freiburg i.Br. 1959, S. 49.

jüdische Geldleiher "...in kurzer Zeit die Christen aussaugen..."⁶³; das Konzil bestimmte, daß Juden bei Erhebung eines zu hohen Zinssatzes vom Verkehr mit Christen bis zur Zahlung von Entschädigung auszuschließen seien; umgekehrt sollten Christen u.U. gezwungen werden, keine Geschäfte mit Juden zu machen. Äußerst diskriminierend war der Beschluß, nach dem Juden eine Kennzeichnung an ihrer Kleidung zu tragen hatten sowie die Forderung ihres Ausschlusses von öffentlichen Ämtern. Damit hatte die katholische Kirche die Juden endgültig zu Parias gemacht.

*"1234 hat Papst Gregor IX. alle Judendekrete, auch die des dritten Innozenz, gesammelt und als liber extra veröffentlicht; dieser Band wurde dem Kirchenrecht einverleibt, und so war also die Servitus Judaeorum kanonisiert."*⁶⁴

Die überaus kompromißlose Position des Klerus verfehlte ihre Wirkung auf die Massen nicht; die Juden lebten in eigenen, abgeschlossenen Vierteln, die sich erst in dieser Zeit zu Ghettos entwickelten, sie fügten sich nicht in das nahezu alle Lebensbereiche durchdringende Reglement christlichen Lebens und traten dem Fürsten, dem Bischof ebenso wie dem Handwerker und Bauern als verhaßte 'Wucherer' entgegen. Diese 'alltäglichen' Erfahrungen verbanden sich mit der zunehmenden Agitation der Kirche, die die Juden als Gottesmörder brandmarkte und ihre ewige Knechtschaft postulierte, zu einem explosiven Gemisch. Juden wurden nicht nur aus dem gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt, sie wurden im Bewußtsein der Menschen gewissermaßen dämonisiert: Wenn die Juden verantwortlich waren für die Ermordung des leibhaftigen Gottes, welcher anderen, dunklen Machenschaften sollten sie dann nicht fähig sein? Folgerichtig ging mit dem Triumph der christlichen Kirche die Hetze gegen die Juden einher: die Anschuldigungen reichten von der Hostienschändung bis zum Ritualmord.⁶⁵

Ein solcher Vorwurf traf 1235 die Juden in Fulda. Dort verbrannten in einer Mühle - in Abwesenheit der Eltern - fünf Kinder. Von Kreuzfahrern, die sich im Ort aufhielten, wurde das Gerücht verbreitet, die Juden seien

63 Aronius, Julius, a.a.O., Nr. 395, S. 174.

64 Krämer-Badoni, Rudolf, a.a.O., S. 38.

65 Zu dem komplexen Thema der Ritualmordbeschuldigungen siehe vorallem: Schultz, Magdalena: Projektion versus Realität: Der Ritualmord. In: Birkhan, H. (Hg.): Die Juden in ihrer mittelalterlichen Umwelt, Bern u.a. 1992, S. 225-247.

für die Tötung der Kinder verantwortlich, um ihr Blut rituell zu verwenden; einige bezeugten sogar, gesehen zu haben, wie Juden das Blut der Kinder in Schläuchen mit sich genommen hatten. 32 Juden wurden daraufhin gefoltert und ermordet. Dieser erste Vorwurf des Ritualmordes im Deutschen Reich erregte allgemeines Aufsehen und gab für Friedrich II. Anlaß, den Fall durch eine 'internationale' Kommission untersuchen zu lassen. Das Ergebnis war eindeutig. Die Untersuchung schloß mit der Feststellung, "daß den Juden durch das Gesetz Mosis und den Talmud streng verboten sei, sich mit irgendwelchem Blut und natürlich erst recht mit Menschenblut zu beflecken."⁶⁶ Dieses Urteil wurde einem Privileg Friedrichs aus dem Jahr 1236 beigefügt, daß das Wormser Privileg Heinrichs IV. auf alle Juden Deutschlands ausdehnte, und in dem sich die frühere Formulierung 'zur kaiserlichen Kammer gehörig' zum Begriff der 'Kammerknechte' entwickelte. Friedrich II. nahm mit der Konstruktion der 'Kammerknechtschaft' im Prinzip die kirchliche Vorstellung von der ewigen Knechtschaft der Juden auf. Was zunächst unter der Prämisse des reichsweiten Judenschutzes unter der Ägide der weltlichen Zentralgewalt rezipiert wurde, bedeutete eine faktische Entrechtung und Ausgrenzung der Juden:

"Die Regelung des Judenschutzes und der rechtlichen Verhältnisse der Juden erfaßt die Juden nicht mehr wie früher als bloß eine von mehreren individuell privilegierten gleichberechtigten Gruppen wie Frauen, Kaufleute und Kleriker oder wie Stadtbewohner verschiedener Nationalität. Jetzt werden die Juden vielmehr offiziell als eine Sonderklasse der Bevölkerung deklariert, für die mit dem einen Worte 'servi camerae' ein umfassendes Sonderrecht festgestellt wird. Es erfaßt ausnahmslos alle Personen gleicher Art, nämlich die Juden, als eine einheitliche ständisch geschlossene Masse. Sie stellen eine Gruppe dar, bei welcher weder die Art der Ansiedlung, noch die ihrer Tätigkeit noch auch andere Kriterien überhaupt ins Gewicht fielen; sie waren Juden und nichts als Juden."⁶⁷

Die praktischen Konsequenzen waren einschneidend. Die Juden lebten nun unter den Bedingungen einer Form besonderer Abhängigkeit, die etwas qualitativ neues darstellte: Sie waren keine Leibeigenen, deren Hab

66 Krämer-Badoni, Rudolf, a.a.O., S. 35.

67 Kisch, Guido: Forschungen zur Rechts- und Sozialgeschichte der Juden in Deutschland während des Mittelalters, Sigmaringen 1978, S. 61.

und Gut der freien Verfügungsgewalt des Kaisers unterstand. Knecht (servus) sein, hieß in dieser Zeit nicht rechtlos zu sein, sondern bezeichnete eine Stellung, in der Menschen nicht frei über sich verfügen konnten und in bestimmten Beziehungen dem Willen eines anderen - hier dem Kaiser - unterworfen waren. Und Friedrich II. formulierte seinen Willen bereits sehr deutlich im folgenden Jahr (1237): er ordnete in einem Privileg für die Stadt Wien den Ausschluß der Juden von allen Ämtern an:

*"Getreu den Pflichten eines katholischen Fürsten schließen wir die Juden von öffentlichen Ämtern aus, damit sie nicht die Amtsgewalt zur Bedrückung der Christen mißbrauchen; denn die kaiserliche Machtfülle hat von alters her zur Bestrafung des jüdischen Verbrechens den Juden immerwährende Knechtschaft auferlegt."*⁶⁸

Verbunden war mit dem neuen rechtlichen Status zugleich das Verbot für Juden, Waffen zu tragen, eine Tatsache, die ihre Lage noch weiter verschlechterte. Die aber wohl weitreichendsten Konsequenzen waren fiskalischer Art. Das Institut der Kammerknechtschaft - wohl religiös hergeleitet - beruhte auf dem ökonomischen Interesse, der kaiserlichen Kammer regelmäßige Einkünfte durch Steuerzahlungen der Juden zu sichern.⁶⁹

*"So kam es zur 'Verstaatlichung der Juden', durch die sich der Staat die wirtschaftliche Leistungskraft der Juden aneignete. Nach einer Schätzung bestritten die Juden im 13. Jahrhundert etwa 13% der Einnahmen des Reichs und 20% der Reichssteuer aus den Städten."*⁷⁰

Im Interesse der kaiserlichen Kammer lagen also folgerichtig die Geldgeschäfte der Juden, denn je ausgedehnter die Zinsleihe betrieben wurde, desto größere Summen konnten abgeschöpft werden. Daneben verkauften, verliehen oder verpfändeten die Kaiser und Könige ihr Judenregal an Fürsten, Bischöfe und Städte. Dadurch fächerte sich das Steuer- und Abgabensystem weiter auf,⁷¹ wurde die Belastung der

68 Zit. n.: Aronius, Julius, a.a.O., Nr. 509.

69 Eine reguläre kaiserliche Judensteuer ist zum ersten Male 1241 belegt.

70 Breuer, Mordechai / Graetz, Michael, a.a.O., S38.

71 Zahlreiche Beispiele nennt Rosenthal, Berthold: Heimatgeschichte der badischen Juden, Bühl/Baden 1927, S. 23ff.

jüdischen Bevölkerung immer drückender. Parallel mit der wachsenden Abgabenlast wuchsen die Zinsen, nahm der 'jüdische Wucher' zu. 'Judaisieren' wurde zum Synonym für das Geldgeschäft, obwohl die Juden weit davon entfernt waren, in diesem Geschäftszweig auch nur annähernd eine monopolartige Stellung einzunehmen. Die Lombarden und Kawertschen spielten im frühen Kreditwesen eine wesentliche Rolle,

"... und unter den angesehensten Geldverleihern waren Klöster, Kirchen, Stifte und Ordenshäuser. Die von der Kirche ausgesprochenen älteren Wucherverbote waren fast ausschließlich an die Adresse der Geistlichen gerichtet, die aufgrund ihrer Verwaltung von frommen Spenden vielfach große Geldgeschäfte unternehmen konnten. Die christlichen Geldverleiher, und besonders die Lombarden, liehen zu den gleichen Zinssätzen wie die Juden, ja oft zu höheren."⁷²

Schließlich waren es nicht die Juden selbst, die wahllos astronomische Zinssätze festlegten; dies lag vielmehr in der Kompetenz der Fürsten und Städte; und hier galt die Regel: je höher der erlaubte Zinssatz, desto höher das Steuer- und Abgabenaufkommen der Juden.

"Kurz, sie waren Schwämme, die man sich vollsaugen liess, um sie hernach ganz ausdrücken zu können. Der Jude machte das Geschäft unter den Christen, er selber aber war das beste und müheloseste Geschäft für die gleichen Christen."⁷³

Diese Zusammenhänge waren von den Bauern und Handwerkern, die Kredite benötigten und sie oft von niemandem außer den Juden bekamen, nicht zu durchschauen. Sie sahen nur ihre Verschuldung und die hohen Zinsen ihrer jüdischen Geldgeber; die wirklichen Profiteure dieses

⁷² Breuer, Mordechai / Graetz, Michael, a.a.O., S. 40. Schon während des zweiten Kreuzzuges hatte Bernhard von Clairvaux die Kreuzritter aufgefordert, die Juden wegen des Wuchers nicht mehr zu verfolgen, denn die Christen trieben es noch schlimmer. Der Judenfeind und Sänger Seifried von Helbing erklärte, "... der öffentliche Wucher der Juden sei immer noch besser als der geheime und verhüllte der Christen." (Schuder / Hirsch, a.a.O., S. 52). In einem Brief stellte schließlich Papst Innozenz III. fest, daß die Zahl der christlichen Wucherer so groß sei, daß man die Kirchen schließen könne, wenn man sie exkommunizieren würde. Ein praktisches Beispiel nennt Walter Hoch: "Wie fliessend alles war, zeigt uns das merkwürdige Beispiel, dass die Stadt Ulm vom Grafen von Helfenstein für ein Darlehen 12% forderte, während der finanzmächtige Jude Jäcklin von Ulm nur 5% verlangte." (Kompass durch die Judenfrage, Zürich 1944, S. 151.)

⁷³ Hoch, Walter, a.a.O., S. 150.

Wuchers, Kaiser, Fürsten, Bischöfe, Städte, blieben ihnen verborgen. So entwickelte sich ein klares Feindbild, wurden die Juden praktisch zum Feindbild religiös fanatisierter Menschen, die sie der übelsten Verbrechen bezichtigten; dies besonders in Krisenzeiten wie z.B. während der großen Pestseuchen des 14. Jahrhunderts.

Die zunehmende Polemik der Kirche gegen die religiösen Texte der Juden, der Beginn kommunaler Bewegungen innerhalb der Städte, die Auseinandersetzungen zwischen Zünften und Patriziat sowie die Instabilität des Reiches, bildeten den Hintergrund, vor dem sich die Situation der jüdischen Bevölkerung stetig verschlechterte. Als Juden daraufhin in großer Zahl Deutschland verlassen wollten, "erließ König Rudolf I. (1273-1291) ein Ausreiseverbot und schränkte damit erstmalig ihre Freizügigkeit ein."⁷⁴

An zahlreichen Orten kam es, aufgrund des Vorwurfs der Hostien-schändung, seit April 1298 zu grausamen Massakern, denen viele kleine und größere Gemeinden in Franken und Bayern zum Opfer fielen;⁷⁵ so etwa in Würzburg, Nürnberg, Bamberg, Rothenburg und Heilbronn. Die Anschuldigung, Juden hätten sich an geweihten Hostien vergangen war jedoch "nachweisbar als nachgeschobene Rechtfertigung von Verbrechen verbreitet worden, deren wahre Triebfeder schlechthin Beutegier war oder allenfalls Vernichtung von Schuldscheinen."⁷⁶

Was sich hier auf der Ebene einzelner Gemeinden vollzog wurde schließlich auf staatlicher Ebene zum Prinzip. Aus dem Konstrukt der Kammerknechtschaft entwickelte sich konsequent die Auffassung, daß die Juden dem Kaiser mit Leib und Gut gehörten und er mit ihnen tun und lassen könne, was ihm beliebte. Kaiser Ludwig (der Bayer) formulierte diese Auffassung 1243 bezeichnenderweise im Zusammenhang einer Verfügung, durch den er den Burggrafen von Nürnberg von seinen hohen Schulden an die Juden befreite, eine Politik, die auch von folgenden

74 Breuer, Mordechai / Graetz, Michael, a.a.O., S. 49.

75 Battenberg, Friedrich, a.a.O., S. 119f.

76 Breuer, Mordechai / Graetz, Michael, a.a.O., S. 50. "Erstmals wurden 1299 im Erzstift Mainz Schuldner der Erschlagenen von der Rückzahlung des geliehenen Geldes befreit. In der Zeit des Schwarzen Todes wurde dieses Vorgehen zur Regel." Wenninger, Markus J., a.a.O., S. 39.

Herrschern verfolgt wurde,⁷⁷ so z.B. zeitgleich mit den schlimmsten Verfolgungen in der Mitte des 14. Jahrhunderts:

"Den Gipfel der Schamlosigkeit erreichte Karl IV. in seinen Vorverträgen mit Städten über eventuelle Judenmorde. Am 25. Juni 1349 trat er gegen Zahlung von 15.200 Pfund Heller seine Rechte über die Frankfurter Juden an die Stadt ab ('ihr Leib und ihr Gut, ihre Höfe, Häuser, Kirch- und Schulhof, ihr Eigen und ihr Erbe') und gewährte im Voraus Straflosigkeit für ihren etwaigen Tod,⁷⁸ 'es wäre, wovon es wäre, oder käme, wovon es käme'. Einige Wochen danach überfielen die Frankfurter ihre Juden, die in der Verzweiflung ihre Häuser in Brand steckten und in den Flammen umkamen. ... Das Vermögen konfiszierte die Stadt. Auch in Nürnberg hat Karl einen lukrativen Vorvertrag über die Ermordung und Beraubung der Juden geschlossen."⁷⁹

Das Beispiel Nürnbergs dokumentiert eine neue Qualität der Auseinandersetzungen: ähnlich wie um die Wende vom 11. zum 12. Jahrhundert die Positionen jüdischen Handelskapitals von christlichen Kaufleuten übernommen wurden, traten hier nun den jüdischen Geldleihern die christliche Konkurrenz gegenüber, die die Pogrome nicht nur dazu nutzten und lenkten, um sich jüdisches Kapital anzueignen und dessen Handlungsspielraum weitmöglichst einzuschränken.⁸⁰ Darüberhinaus waren die ersten Judenschuldentilgungen König Wenzels (1385), an denen 37 Städte beteiligt waren, Ausdruck städtischer Emanzipationsbestrebungen gegenüber den Fürsten, die mit dieser Maßnahme an empfindlicher Stelle getroffen werden sollten: sie waren in der Regel bei Juden hoch verschuldet.

So wurden die Juden schließlich herabgedrückt in eine Situation, in der sie nicht mehr darstellten als eine finanziell lukrative Verfügungsmasse

77 Vgl.: Wenninger, Markus J., a.a.O., S. 38-53; Stromer, Wolfgang von: *Oberdeutsche Hochfinanz 1350-1450* (Teil I). Wiesbaden 1970, S. 155-177.

78 Karl entband den Rat und die Nürnberger Bürger von vornherein von jeder Verantwortung für das Schicksal der Juden: "Wenn diese von Todes wegen abgingen oder verderbt oder erschlagen würden oder hinwegführen', so werde er Rat und Bürger deswegen nicht zur Rechenschaft oder vor Gericht ziehen." Kracauer, I.: *Geschichte der Juden in Frankfurt a. M.* (1150-1824), Bd. 1, Frankfurt/M. 1925, S. 35f.

79 Krämer-Badoni, Rudolf, a.a.O., S. 42f.; vgl. Ulshöfer, Kuno: Zur Situation der Juden im mittelalterlichen Nürnberg. In: Treml, Manfred / Kirmeier, Josef (Hg.): *Geschichte und Kultur der Juden in Bayern* (Aufsätze), München 1988, S. 152ff.

80 Vgl.: Stromer, Wolfgang von, a.a.O., S. 170f.

ihrer christlichen Umwelt. Je nach ökonomischer oder politischer Konstellation wurden sie in den Städten geduldet, instrumentalisiert, vertrieben, ermordet, wieder zugelassen - zeitlich begrenzt und auf Widerruf. Ihr sozialer und rechtlicher Status sank kontinuierlich, ihre Kapitalien erschöpften sich durch die unmäßigen Ansprüche ihrer christlichen Konkurrenten, durch die ständig steigende Steuer- und Abgabenlast; am Ausgang des 15. Jahrhunderts gab es nur noch vereinzelt bedeutende Vermögen in jüdischer Hand.

Die Christen hatten den jüdischen 'Schwamm' endgültig ausgedrückt, und da sie selbst die Positionen besetzten, in denen zuvor Juden führend tätig waren, gab es keine Notwendigkeit mehr, ihn sich von neuem vollsaugen zu lassen. Man bedurfte der Juden nicht mehr und vertrieb sie aus den Städten.

Literatur

- Aronius, Julius: Regesten zur Geschichte der Juden im fränkischen und deutschen Reiche bis zum Jahre 1273, Hildesheim und New York 1970 (Reprint der Ausgabe Berlin 1902)
- Battenberg, Friedrich: Das europäische Zeitalter der Juden, Bd. 1: Von den Anfängen bis 1650, Darmstadt 1990
- Berman, Harold: Recht und Revolution. Frankfurt/M, 1995
- Breuer, Mordechai / Graetz, Michael: Deutsch-jüdische Geschichte der Neuzeit, Bd. 1: Tradition und Aufklärung, München 1996
- Caro, Georg: Social- und Wirtschaftsgeschichte der Juden im Mittelalter und der Neuzeit, Bd. 1, Hildesheim 1964 (Reprint der 2. Aufl. Frankfurt 1924)
- Dasberg, Lea: Untersuchungen über die Entwertung des Judenstatus im 11. Jahrhundert, Paris 1965
- Dhondt, Jan: Das frühe Mittelalter. (Fischer Weltgeschichte Bd. 10), Frankfurt/M. 1993
- Dietrich, Ernst L.: Das Judentum im Zeitalter der Kreuzzüge. In: Saeculum 3 (1952), S. 94-131
- Duby, Georges: Krieger und Bauern. Die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft im frühen Mittelalter, Frankfurt/M. 1977

- Ehrlich, Ernst Ludwig: Geschichte der Juden in Deutschland, Düsseldorf 1961
- Elbogen, Ismar / Sterling, Eleonore: Die Geschichte der Juden in Deutschland, Frankfurt/M. 1966
- Frutholfs und Ekkehards Chroniken und die anonyme Kaiserchronik. Übersetzt von Franz-Josef Schmale und Irene Schmale-Ott, Darmstadt 1972
- Geiss, Imanuel: Geschichte im Überblick, Reinbek 1995
- Germania Judaica, Bd. 1, Tübingen 1963
- Greive, Hermann: Die Juden. Grundzüge ihrer Geschichte im mittelalterlichen und neuzeitlichen Europa, 4. Aufl., Darmstadt 1992
- Hoch, Walter: Kompass durch die Judenfrage, Zürich 1944
- Jedin, Hubert: Kleine Konziliengeschichte, Freiburg i.Br. 1959
- Kahl, Hans-Dietrich: Die weltweite Bereinigung der Heidenfrage - ein übersehenes Kriegsziel des Zweiten Kreuzzugs. In: Burghartz, Susanna u.a. (Hg.): Spannungen und Widersprüche. Gedenkschrift für Frantisek Graus, Sigmaringen 1992, S. 63-89
- Kisch, Guido: Forschungen zur Rechts- und Sozialgeschichte der Juden in Deutschland während des Mittelalters, Sigmaringen 1978
- Kottje, Raymund: Karl der Große und die Juden in seinem Reich. In: Henrix, Hans Hermann (Hg.): Unter dem Boden des Bundes, Aachen 1981, S. 16-33
- Kracauer, I.: Geschichte der Juden in Frankfurt a.M. (1150-1824), Bd. 1, Frankfurt/M. 1925
- Krämer-Badoni, Rudolf: Judenmord, Frauenmord, Heilige Kirche, Frankfurt/M. 1992
- Lotter, Friedrich: Die Entwicklung des Judenrechts im christlichen Abendland bis zu den Kreuzzügen. In: Klein, Thomas u.a. (Hg.): Judentum und Antisemitismus von der Antike bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1984, S. 41-63
- Mitterauer, Michael: Wirtschaft und Verfassung in der Zollordnung von Raffelstetten. In: Mitteilungen des oberösterreichischen Landesarchivs 8 (1964), S. 344-373
- Pölnitz, Götz Freiherr von: Venedig, München 1951

- Poliakov, Leon: Geschichte des Antisemitismus, Bd. 1, 2. Aufl., Worms 1979
- Reuter, Fritz: Warmaisa. 1000 Jahre Juden in Worms, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1987
- Rörig, Fritz: Magdeburgs Entstehung und die ältere Handelsgeschichte. In: Ders.: Wirtschaftskräfte im Mittelalter, 2. Aufl., Wien u.a. 1971, S. 604-637
- Rosenthal, Berthold: Heimatgeschichte der badischen Juden, Bühl/Baden 1927
- Runciman, Steven: Geschichte der Kreuzzüge, München 1989
- Schuder, Rosemarie / Hirsch, Rudolf: Der gelbe Fleck. Wurzeln und Wirkungen des Judenhasses in der deutschen Geschichte, 3. Aufl., Berlin 1987
- Schultz, Magdalena: Projektion versus Realität: Der Ritualmord. In: Birkhan, H. (Hg.): Die Juden in ihrer mittelalterlichen Umwelt, Bern u.a. 1992, S. 225-247
- Stromer, Wolfgang von: Oberdeutsche Hochfinanz 1350-1450 (I. Teil), Wiesbaden 1970
- Ulshöfer, Kuno: Zur Situation der Juden im mittelalterlichen Nürnberg. In: Treml, Manfred / Kirmeier, Josef (Hg.): Geschichte und Kultur der Juden in Bayern (Aufsätze), München 1988, S. 147-159
- Wenninger, Markus J.: Man bedarf keiner Juden mehr. Ursachen und Hintergründe ihrer Vertreibung aus den deutschen Reichsstädten im 15. Jahrhundert, Wien u.a. 1981

Michael Steinert

Priester, Kaufleute und Ritterheere: Eroberungen und Neugründungen von Städten an der Ostsee im 12. und 13. Jahrhundert

Seit der Festigung des fränkischen Reiches durch die Sachsenkriege, in deren Verlauf die sächsischen Stämme unterworfen und in das Frankenreich eingegliedert wurden, stellte sich die Frage nach der militärischen und politischen Sicherung der ca. 1000 Kilometer langen Grenzlinien an Donau, Böhmerwald, Saale und Elbe gegenüber den slawischen Stammesverbänden. Schon seit Jahrhunderten gab es dort einen regen Austausch zwischen Germanen und Slawen, mischten sich slawische Siedler mit Thüringern, Bayern, Franken und anderen germanischen Stämmen und erreichten dabei Gebiete bis über den Main hinaus. Das heutige Schleswig-Holstein sowie das Harzgebiet waren gänzlich von Slawen besiedelt.¹

Um die Grenze des Frankenreichs Karls des Großen (um 800) gegen die slawischen Stämme abzusichern wurden von dessen Sohn im 9. Jahrhundert die Markgrafschaften² eingerichtet. Auf diese Weise entstand nach und nach der Limes Saxonía³.

Die Ostpolitik der sächsischen und salischen Kaiser vom 10. bis zum 12. Jahrhundert zielte verstärkt auf die Eroberung slawischer Gebiete über die Elbe hinaus und setzte dabei auf die Interessen des Adels, seinen Landbesitz über die Grenzmarken nach Osten auszuweiten.

"Durch die Bildung von Burgwardbezirken und einer Kette von Grenzmarken östlich der Elbe und Saale (Billunger Mark, Nord-

1 Vgl. Herrmann, Joachim (Hg.): Die Slawen in Deutschland, Berlin(DDR) 1974, S. 1.

2 Herrschaftsgebiete, die an einen Grafen verliehen wurden, um die Grenze des Frankenreichs abzusichern. Der Markgraf war königlicher Statthalter, der im Grenzgebiet die Rechtshoheit besaß. Dänische Mark, Ostmark, Steiermark, Brandenburg, Lausitz, Mähren und Meißnen waren die wichtigsten dieser Marken.

3 Vgl. Higounet, Charles: Die deutsche Ostsiedlung im Mittelalter, Berlin 1986 S. 33.

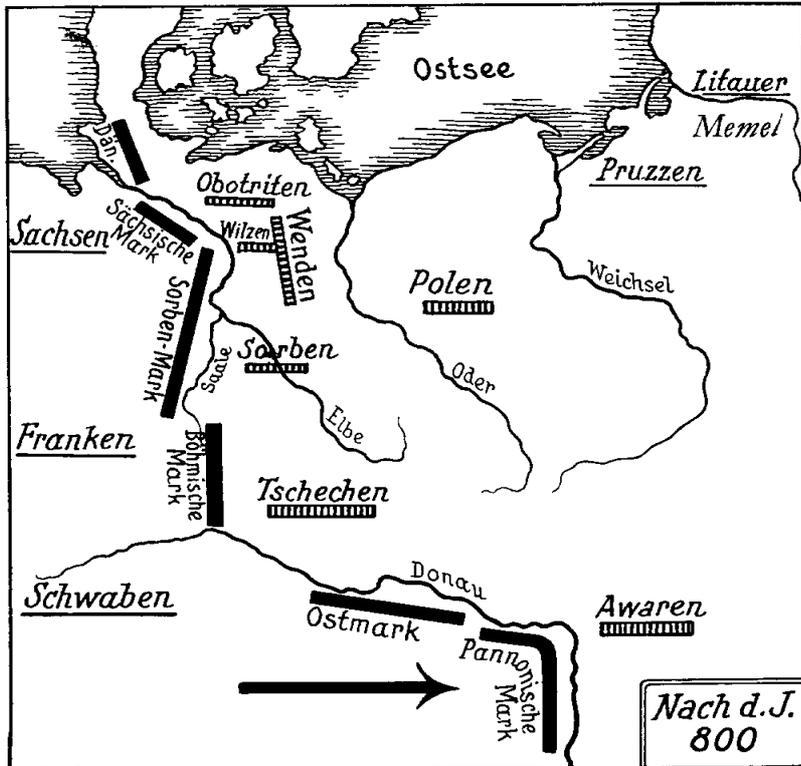
*mark, Lausitzer Mark, Mark Meißen) wollten die deutschen Feudalherren ihre Eroberungen militärisch sichern. Das 968 gegründete Erzbistum Magdeburg mit den ihm unterstellten Bistümern Brandenburg, Havelberg, Meißen, Merseburg und Zeitz-Naumburg sowie die zum Erzsprengel Hamburg-Bremen gehörenden Bistümer Schleswig und Oldenburg sollten bei Elb- und Ostseeslawen das Christentum verbreiten."*⁴

1108 rief ein flämischer Geistlicher vor allem die Sachsen, Franken, Lothringer und christliche Streiter aus Flandern zum ersten Kreuzzug gegen die Wenden⁵ im Osten auf. "Sie sollen wie die Gallier zur Befreiung Jerusalems⁶ das Schwert gegen die Feinde Christi führen."⁷ In der neueren Geschichtsforschung wird die Authentizität dieses Aufrufs allerdings bezweifelt. Er wird als zeitgenössisches literarisches Werk aus dem Jahre 1108 interpretiert. "Die Gleichzeitigkeit dieses Werkes mit den Ereignissen hat eine nicht geringe Bedeutung für seine Interpretation als Ausdruck der Wünsche und Bestrebungen adliger Kreise."⁸

Auf dem Reichstag zu Frankfurt im März 1147 wurde diesen Expansionswünschen gegenüber dem Oberhaupt des 1098 im Kloster Cîteaux neugegründeten Zisterzienser-Ordens, Bernhard von Clairvaux, Ausdruck verliehen. Anwesend waren namhafte norddeutsche Landesherren, die Grafen Adolf II. von Holstein-Schaumburg und Siegebod von Schwarzfeld, der Markgraf Albrecht von Brandenburg und der junge Herzog Heinrich von Sachsen. Sie alle drängten Bernhard von Clairvaux, der die geistlichen und weltlichen Fürsten für den Zweiten Orientkreuzzug gewinnen wollte, zu einem Kreuzzug gegen die Slawen

-
- 4 Stern, Leo / Gericke, Horst: Deutschland von der Mitte des 11. bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts, Berlin (DDR) 1965, S. 172-173.
- 5 Wenden wurden die slawischen Bevölkerungsgruppen genannt, die in der Nähe von germanischen Stämmen (Sachsen, Franken, Thüringer etc.) siedelten. Im Gegensatz dazu wurden die germanischen bzw. deutschen Stämme, die auf slawischen Gebieten siedelten Nemci=die Deutschen genannt. Vgl. Die Slawen in Deutschland, S. 31.
- 6 1. Jerusalem Kreuzzug 1095
- 7 Rüdibusch, Dieter: Der Anteil Niedersachsens an den Kreuzzügen und Heidenfahrten, Hildesheim 1972, S. 10.
- 8 Lowmianski, Henryk: Anfänge und politische Rolle der Ritterorden an der Ostsee im 13. und 14. Jahrhundert. In: Arnold, Udo / Biskup, Marian (Hg.): Der Deutschordensstaat Preußen in der polnischen Geschichtsschreibung der Gegenwart, Marburg 1982, S. 40.

aufzurufen. "Nach nüchterner Überlegung erklärten sie, lieber das Kreuz gegen die Slawen nehmen zu wollen, als in den fernen Orient zu ziehen."⁹



Die Karte zeigt die Markenbildung an der Ostgrenze durch Karl d. Gr.

Das große Interesse der weltlichen Herren an Landgewinn im Osten wurde durch die intensive Predigt und Propaganda für einen Kreuzzug gegen die Slawen von den noch jungen Zisterzienserklöstern Niedersachsens unterstützt. Sie spielten in der folgenden deutschen Ostexpansion und Kolonisation eine bedeutende Rolle. Das es dabei

9 Rüdibusch 1972, S. 11.

weniger um religiöse Motive als vielmehr um das materielle Interesse des Adels an Landgewinn im Osten ging, dokumentiert eine Schrift aus dem Jahre 1108: "Die Heiden sind die schlechtesten Menschen; ihr Land aber ist sehr gut an Fleisch, Honig, Mehl, Vögeln, und wenn es zweckmäßig bebaut wird, kann keines mit ihm verglichen werden."¹⁰

Inwieweit das Stadtbürgertum, die Kaufleute, die Handwerker und Schiffsbesitzer, am Wendenkreuzzug direkt beteiligt war, darüber geben die zeitgenössischen Chronisten nur wenig Auskunft. Aus den Quellen erfahren wir aber, daß die Kreuzfahrer und Pilgerkontingente von größeren Städten wie Magdeburg oder Bremen ausgingen. Die Versorgung dieser großen Heere mit Waffen, Gerätschaften und Nahrung konnte nur dort sichergestellt und organisiert werden. Die Kreuzfahrer, die über See slawische Gebiete angriffen, waren auf die Besitzer der Schiffe angewiesen, die aus Hamburg, Bremen oder anderen kleineren Häfen Fahrzeuge für die bewaffneten Pilger bereitstellten.

"In zwei Abteilungen gingen die Kreuzfahrer vermutlich um den 1. August 1147 über die Elbe. Das in das nördliche Slavengebiet einrückende Heer führten der Sachsenherzog und der Bremer Erzbischof; der südliche Teil mit der Marschrichtung ins Liutizengebiet war Albrecht von Brandenburg, Konrad von Meißen, dem Erzbischof von Magdeburg, Anselm von Havelberg und Wibald unterstellt...Der Magdeburger Annalist gibt die Heeresstärke der Deutschen mit 100 000 an, dazu kommen 20 000 polnische Krieger und die dänische Streitmacht mit 100 000."¹¹

Der Wendenkreuzzug endete drei Monate später mit wenig greifbaren Erfolgen der christlichen Heere. Das dänische Kontingent zog sich auf Grund interner Streitigkeiten schon zu Beginn des Unternehmens zurück. Das Südheer, das von Magdeburg aus operierte, zog vernichtend durch das Liutizengebiet und nahm die slawische Stadt Malchow ein. Ein Teil des Südheeres bewegte sich in Richtung Vorpommern-Stettin, in bereits christianisierte Gebiete. Das Nordheer, geschwächt durch den Rückzug

10 Gentiles isti pessimi sunt, sed terra eorum optima carne, melle, farina, avibus, et si excolatur, omnium de terra ubertate proventuum [referta], ita ut nulla ei possit comparari. Aus: Bünding, Margret: Das Imperium Christianum und die deutschen Ostkriege vom zehnten bis zum zwölften Jahrhundert. In: Historische Studien Heft 366, Berlin 1940, S. 29f.

11 Bünding, Margret: Das Imperium Christianum und die deutschen Ostkriege vom zehnten bis zum zwölften Jahrhundert. Historische Studien, Heft 366, Berlin 1940S. 47.

des dänischen Kontingents, versuchte erfolglos Dobin am Schweriner See einzunehmen. Nach Darstellung des Chronisten Helmold von Bosau sank die Kreuzzugsbegeisterung auf den Nullpunkt, und die Christen stellten sich die Frage: "Ist es nicht unser Land, das wir verheeren, und unser Volk, das wir bekämpfen? Warum benehmen wir uns denn wie unsere eigenen Feinde und vernichten unsere eigenen Einkünfte?"¹²

Den Kreuzzugsbeteiligten ging es scheinbar nicht nur um die Eroberung von Land und Zusammenraffung von Beute, sondern auch um den landwirtschaftlichen Reichtum der slawischen Gebiete, der ohne die Arbeitskraft der slawischen Bevölkerung keinen Gewinn für die Eroberer bedeutete. Daher war die Vernichtung der slawischen Bevölkerung eher kontraproduktiv. Aus brachliegendem Land konnten keine Gewinne erwirtschaftet werden. Neue Siedler aus dem Westen mußten erst angeworben oder rekrutiert werden. Zu diesem Zweck wurden sogenannte Lokatoren eingesetzt.¹³ Häufig waren die Bauern aber nicht freiwillig bereit, ihre Heimat zu verlassen und ihre häufig ohnehin unsichere Existenz mit der noch weniger wägbaren von Neusiedlern in fremden Landen zu tauschen. So vertrieben Adel und Klerus die Bauern im Westen von ihrem Land, oder zwangen sie, es billig zu verkaufen, um dann im Osten ein Stück Land, das oft noch von Slawen bewohnt war, als Ausgleich zu bekommen.

*"Die Besitzgier und die Diebereien der Mächtigen waren so groß, daß sie die Armen und die Bauern unterdrückten und sie vor ungerechte Richter schleppten. Viele mußten ihr Erbe verkaufen und in fremdes Land gehen."*¹⁴

Es gibt zahlreiche Beispiele dieser gewaltsam organisierten Kolonisation, bei der die einheimische slawische Bevölkerung von den neuen Siedlern aus dem Westen vertrieben wurde.

12 Helmold von Bosau: Slawenchronik. Neu übertragen und erläutert von Heinz Stoob, Darmstadt 1973, S. 229.

13 Die sächsischen Landesherrn oder die Erzbischöfe z.B. von Hamburg und Bremen vergaben Ansiedlungsverträge (Lokationsverträge) mit der Verpflichtung zum Militärdienst und Landesausbau, aber nur geringen oder keinen Zinsabgaben für Haus und Hof. Daneben hatten die Lokatoren die Hoheitsrechte in ihren Gebieten das Schulzenrecht, d.h. die örtliche Gerichtsbarkeit sowie die gesamte Verwaltung inne. Vgl. Rörig, Fritz: Wirtschaftskräfte im Mittelalter, Köln 1959, S. 454.

14 Die Slawen in Deutschland, S. 345.

"So verkaufte im Jahre 1159 der Abt des Klosters Ballenstedt zwei an der Mulde gelegene Siedlungen, die bisher im Besitz von Slawen waren, an flämische Siedler, die die ansässige Bevölkerung verdrängten und die zusammengelegten Siedlungen nach flämischen Recht bebauten. Im Jahre 1149 ließ das Benediktinerkloster Nienburg aus dem von ihm gekauften Burgward Kleutsch bei Dessau die ungläubigen slawischen Bauern vertreiben und durch neue Siedler christlichen Glaubens ersetzen."¹⁵

Vielfach trieben aber die zunehmenden Lasten und Bedrückungen durch die Feudalherren im deutschen Altsiedelland die Bauern in Richtung Osten, in das vorher verwüstete und teilweise entvölkerte Slawenland. Handwerker und Kaufleute versuchten dort günstigere Absatzmöglichkeiten bzw. neue Handelsplätze für ihre Produkte zu erhalten.

Insofern schuf der Wendenkreuzzug erst die Voraussetzungen für die nachströmenden Bauern, Siedler, Handwerker und Kaufleute aus dem Westen. Daß die Heidenbekehrung dabei nicht im Vordergrund stand, belegen die - bereits erwähnten - militärischen Aktionen gegen bereits christianisierte Gebiete. Entsprechend charakterisierte Helmold von Bosau die Gründe Herzog Heinrichs für dessen Kriegszüge ins Slawenland: "Aber auf allen Feldzügen, die der noch junge Mann ins Slawenland hinein unternahm, war keine Rede vom Christentum sondern nur vom Gelde."¹⁶

Auch wenn durch den Wendenkreuzzug zunächst nur wenige 'heidnische' Gebiete der Slawen erobert werden konnten, wurde doch ein Ziel erreicht: die teilweise Zerstörung der Produktivkräfte größerer slawischer Regionen sowie die Verhinderung einer unabhängigen sozioökonomischen Entwicklung in Wagrien, im Obodritenland und im südlichen Liutizengebiet.¹⁷ Dadurch war das Widerstandspotential der slawischen Bevölkerung bei der späteren Ostkolonisation nicht unerheblich geschwächt. Die Bevölkerung verließ das verwüstete und

15 Brankack, Jan / Metsk, Frido: Geschichte der Sorben. Bd.1, Bautzen (DDR) 1977, S. 116-117.

16 Helmold von Bosau S. 241.

17 Die Slawen in Deutschland S. 327.

verheerte Land und zog sich teilweise auf weiter östlich gelegene Landesteile zurück.

Das Tor zum Osten: Die Neugründung Lübecks

Mit der Neugründung Lübecks 1157/58,¹⁸ durch Unterstützung Heinrichs des Löwen, erhielten deutsche Kaufleute einen festen Handelsstützpunkt an der Ostsee. Ein Zusammenschluß von Groß- und Fernkaufleuten¹⁹ aus den westfälischen Städten Köln, Soest, Dortmund und Münster, in denen sich eine fernhandeltreibende Kaufmannsschicht herausgebildet hatte, war bereits Anfang des 12. Jahrhunderts am skandinavisch-slawischen Handel beteiligt. In Schleswig bestiegen diese westdeutschen Kaufleute dänische oder schwedische Schiffe, um die osteuropäischen Handelsplätze zu erreichen. Das zu dieser Zeit dänische Schleswig war vor Lübeck der wichtigste Handelsplatz westdeutscher Fernhändler.

Diese ortskundigen Kaufleute kannten daher nicht nur die unterschiedliche sozioökonomische Entwicklung der slawischen und baltischen Gebiete, sie wußten sie auch auszunutzen. Diese Kenntnis war notwendig, denn das Handelskapital zieht seinen Gewinn aus der Unterschiedlichkeit ökonomischer Entwicklung und der Verschiedenartigkeit der Handelsgüter unterschiedlicher Regionen in die es eindringt. Der Kaufmann selbst produziert nicht, er handelt nur eine Ware gegen eine andere ein. Übervorteilung des Handelspartners oder direkter Raub bilden so die Wurzeln kaufmännischen Reichtums.

18 Wie z.B. Szczecin (Stettin), Wolin, Wolgast, Gützkow, Rostock, Riga und andere Städte an der Ostseeküste bildete sich auch Lübeck aus einer schon bestehenden slawischen Stadtsiedlung. Die ältesten Siedlungsspuren gehen ins 9. Jahrhundert zurück; unter dem Obodritenfürsten Gottschalk (1043-1066) wurde Lübeck ausgebaut und befestigt. Nach neuesten archäologischen Forschungen beschreibt der Lübecker G. Fehring das altslawische Lübeck folgendermaßen: "Zusammenfassend ist festzustellen: Das spätslawische Alt Lübeck unter Heinrich war Burgwall und Königsresidenz des obodritischen Großstammesstaates. Die dichte Bebauung im Burgwall bestand unter anderem aus Hofkirche, Fürstenhaus und Behausungen der militärischen Besatzung, jenen hochspezialisierten Handwerkern und einer Münzstätte. Im Süden vor dem Tor lag das Suburbium mit Handwerkerhäusern. Jenseits der Trave erfolgte an einer Hafensbucht der Warenumschatz, verbunden mit Kaufmannssiedlung und eigener Kirche. Alt Lübeck verdankt seinen Ausbau Gottschalk und Heinrich..." Aus: Frühgeschichte der europäischen Stadt: Voraussetzungen und Grundlagen. Zentralinstitut für alte Geschichte und Archäologie. Hrsg.: Hansjürgen Brachmann und Joachim Herrmann, Berlin 1991S. 281.

19 Vgl. Rösig 1959, S. 23-24.

Die mit dem Fernhandel - einem über Jahrhunderte sehr risikoreichen Geschäft - befaßten Kaufleute erkannten die Möglichkeiten, die sich durch Zusammenschluß kapitalkräftiger Partner boten. Zwei Bedingungen für das Gelingen guter Geschäfte konnten damit erreicht werden: Erstens eine umfassendere Kenntnis der Gebiete, in denen Handelsbeziehungen entwickelt werden sollten und zweitens die Verfügung über ausreichendes Kapital und Minimierung des Einzelrisikos.

Zunächst fehlte den Fernhändlern des deutschen Altreichs jedoch ein günstig gelegener, zentraler Handelsplatz als Ausgangspunkt ihres wirtschaftlichen Vordringens in slawische Gebiete. In dieser Situation bot sich die politische Unterstützung Heinrichs des Löwen an, der seinen Machtbereich durch Landgewinn erweitern wollte und durch den Besitz der Lüneburger Salinen - Salz war eines der wichtigsten Handelsprodukte nicht nur auf der Ostsee -, ein starkes Eigeninteresse am Absatz und an der Verwertung dieses Salzes hatte.²⁰ Herzog Heinrich war ebenfalls an einem geeigneten und sicheren Ort für seine Handelsinteressen gelegen, nachdem König Sven von Dänemark 1155/56 die Plünderung von Handelsschiffen in Schleswig befohlen hatte. So war die Planung zur Neugründung einer Stadt an der Trave naheliegend.²¹

"Der etwa 1163, kurz nach der Neugründung der Stadt, ausgestellte Freibrief Heinrichs des Löwen erkannte der Stadt ... zum mindestens auf dem Gebiete des Lebensmittelgewerbes eine von dem stadtherrlichen Gerichtsbeamten, dem Vogte, unabhängige verwaltende und richtende Gewalt zu. Die Ausübung dieser Rechte lag notwendigerweise von Anfang an in den Händen einer besonderen bürgerlichen Behörde."²²

Aus ihr ging der spätere Rat der Stadt Lübeck hervor. Durch den Kauf verschiedener Rechte von Heinrich dem Löwen, spätestens seit dessen Privileg aus dem Jahre 1188, oblag diesem Vorläufer des Lübecker Rates die gesamte Regalienverwaltung sowie die Rechtsprechung für das Stadtgebiet Lübeck. Mit dem Freiheitsbrief Kaiser Friedrich II. von 1226 wurde Lübeck offiziell Freie Reichsstadt.²³ "Durch Herzog Heinrich

20 Salz war wichtig für die Haltbarkeitsmachung von Lebensmitteln, im Norden vor allem von Fisch.

21 Vgl. Rörig, 1959, S. 394.

22 Ebenda, S. 19.

23 Vgl. Ahlers u.a. (Hg.): Lübeck 1226: Reichsfreiheit und frühe Stadt, Lübeck 1976, S. 14.

wurde also das Unternehmerkonsortium zugleich zur bürgerlichen Behörde; die private Vereinigung wurde Träger öffentlicher Rechte."²⁴

Daraus entwickelte sich ein eigenständiges freies Rechtssystem der Stadt Lübeck, das sich im Verlauf der weiteren Ostexpansion auf andere Städte an der Ostsee übertrug, da bei der Neugründungen häufig Lübecker Bürger in führender Position beteiligt waren. Lübeck selbst stieg im 13. Jahrhundert zur wichtigsten Stadt an der Ostsee und zum Dreh- und Angelpunkt wirtschaftspolitischer Transaktionen der Hanse auf.

Die Universitas von Gotland

Nowgorod war ein bedeutender internationaler Handelsknotenpunkt, der schon früh große Anziehungskraft auf die westlichen Kaufleute ausübte. Hier konnten sie sich mit den Waren des Ostens versorgen, darunter vor allem Pelzwerk, Wachs, Teer, Asche, Honig, Holz, Pech und Leder. Im Gegenzug brachten sie dort in erster Linie Heringe, Salz, Wein, Bier, Wolle, Tuche und später auch Metallwaren zum Verkauf. Gleichzeitig war Nowgorod Stapelplatz für Produkte des Orients, vorrangig Luxuswaren wie Gewürze, feine Tuche, Seidenstoffe u.a., die sonst fast ausschließlich über die italienischen Seestädte nach West- und Mitteleuropa importiert wurden.

Auf ihrem Weg nach Rußland bildete die Ostseeinsel Gotland eine wichtige, notwendige Zwischenstation für die deutschen Kaufleute. Die deutsch-gotländischen Handelsbeziehungen gingen zurück auf das Jahr 1134. Der deutsche König Lothar III. von Supplinburg privilegierte die Gotländer für den Handel im Herzogtum Sachsen. Handelsprivilegien waren für die Fernkaufleute wichtige Sonderrechte, die in fremden Herrschaftsbereichen den Schutz der Person und der Waren oder z.B. Zollfreiheit u.ä. garantierten; solche Privilegien wurden häufig entweder erkaufte oder erzwungen.²⁵

24 Rörig 1959, S. 24.

25 "1194 schließlich erhielten die Kölner Kaufleute die vollständige Verkehrsfreiheit in England...Es ist zu werten als Gegenleistung König Richards I. Löwenherz für die Unterstützung durch Köln, das drei Schiffe für dessen Kreuzzug ins Heilige Land ausgerüstet hatte. Aus: Kattinger, Detlef: Deutsche Kaufmannshansen im Ost- und Nordseeraum im 12. und 13. Jahrhundert und die Entstehung der Hansischen Kontore. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin 1994, 42.Jg., Heft 10, S. 885.

Um solche Rechte erfolgreicher durchsetzen zu können, schlossen sich die Kaufleute zu größeren Gemeinschaften, den Kaufmannshansen zusammen. Die älteste Kaufmannshanse bildete die 'Universitas', ein Zusammenschluß westdeutscher Kaufleute in Visby auf der Insel Gotland.²⁶

Zuvor war es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Gotländern und deutschen Kaufleuten gekommen, die 1161 durch Vermittlung Heinrichs des Löwen, nach Abschluß entsprechender Verträge, beigelegt werden konnten. Damit war die Voraussetzung für die Deutschen geschaffen, sich in Visby einen dauerhaften Stützpunkt zu sichern. Als Gegenleistung sagte Heinrich der Löwe den Gotländern Rechtsschutz und Handelsvorteile in seinem Herrschaftsgebiet zu.²⁷

Die Domkirche St.Marien in Visby wurde Warenlager, Archiv, Treffpunkt und Aufbewahrungsort für die Überschüsse aus dem Nowgoroder Hof und galt schließlich als Zentrum des deutschen Kaufmanns auf Gotland. Solche Kaufmannskirchen - die *ecclesia mercatorum* - wurden Ende des 12., Anfang des 13. Jahrhunderts zu wichtigen Handelsstützpunkten der Kaufleute und waren unerlässlich für den weiteren Ausbau des hansischen Wirtschaftssystems.

Kaufmannspriester und Kaufmannskirche

Handel und Kirche waren im Frankenreich des 12. Jahrhunderts eng miteinander verknüpft. Das Wort 'Messe' wurde sowohl für den Gottesdienst als auch für den Jahrmarkt benutzt. Unter dem Schutz der Kirche fielen am Ausgang des 12. Jahrhunderts 90% aller privilegierten Marktgründungen.

"Der Handel knüpfte an die Kirchenfeiern und Prozessionen an, zu denen die Bewohner der umliegenden Orte an bestimmten Tagen

26 Gotland besaß bis ins späte Mittelalter eine eigenständige Kultur, die sich von der skandinavisch-baltischen stark unterschied. Die Sprache, das altgutnische, ist in Texten überliefert. Inwieweit sich die Bezeichnung der Goten auf die Urbewohner Gotlands zurückführen läßt, ist in der Forschung umstritten. Vgl. Gotland: Tausend Jahre Kultur- und Wirtschaftsgeschichte im Ostseeraum. In: Kieler Historische Studien, Band 31. Bearbeitet von Robert Bohn, Sigmaringen 1988.

27 Vgl. Rörig 1959, S. 496.

*zusammenkamen, er machte sich die durch diese Feste veranlaßten Menschenansammlungen zunutze.*²⁸

Das Kaufmannspriester eine wesentliche Rolle in der Geschichte der Ostexpansion gespielt haben, ist insofern charakteristisch für das 12. Jahrhundert.

"Der wandernde Priester als Begleiter der Kaufleute (oder beides in einer Person, M.S.) auf ihren Handelsreisen ist eine vertraute Erscheinung im Ostseebereich, beginnend mit der Gestalt des heiligen Ansgar, welcher christliche Kaufleute um 830 nach Schweden begleitete, und endend mit Meinhard aus Segeberg, welcher zunächst als Kaufmannspriester ... einige Jahre zur Dünamündung (Riga, M.S.) mitsegelte, ehe er sich um 1180 zur Mission bei den Liven entschloß."²⁹

So entstanden die ersten Handelsplätze in den von Kaufleuten gestifteten und errichteten Kirchen im Osten. Die erste bekannte Kaufmannskirche beschreibt Thietmar von Merseburg³⁰ in seiner Chronik für Magdeburg aus dem Jahre 1016. Für den osteuropäischen Handel wurde die Kaufmannskirche St.Peter in Nowgorod die wichtigste für die westeuropäischen Kaufleute.

"Als klassisches Beispiel einer Kaufmannskirche kann man St. Peter im deutschen Handelshofe zu Nowgorod bezeichnen, eine Kirche, die über drei Jahrhunderte lang den Hansekaufleuten als Gotteshaus diente. Es war eine wirkliche Kaufmannskirche auch in dem Sinne, daß sie keinem Bischof unterstand, keinem Landesherrn gehörte, der etwa ein Patronatsrecht hätte ausüben können, sondern voll und ganz als Besitz der Genossenschaft von deutschen Kaufleuten galt, die sich im Nowgoroder Kontor aufhielt."³¹

In dieser geräumigen Kirche wurden die verschiedenen Waren, so z.B. Kupfer, Blei, Tuch, Pelze, Wachsklumpen u.a. aufgestapelt und mit den

28 Kulischer, Josef: Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit Bd. 1, München 1958, S. 91.

29 Johansen, P.: Die Kaufmannskirche im Ostseegebiet. In: Studien zu den Anfängen des europäischen Städtewesens, Konstanz 1958, S. 503.

30 Bischof von Magdeburg und Geschichtsschreiber der Ottonen

31 Johansen 1958, S. 499.

Marken ihrer Besitzer versehen. Auch vor dem Altar wurden Waren gelagert, aber dort nur Weinfässer. In der Kirche selbst durfte aber nicht gehandelt werden. Wenn ein Priester die Messe las, war es nicht erlaubt, die Waren zu bewegen. Die Kirche wurde von den Kaufleuten im Wechsel bewacht, da nicht nur die Waren, sondern auch wichtige Dokumente und die Geldwaage in ihr aufbewahrt wurden.

*"Keinem Russen war der Zutritt zur Kirche und zu den von einem Palisadenzaun umgebenden Hof erlaubt. Hinter dem Zaun liefen während der Nacht Bluthunde umher, um neugierige Bewohner Novgorods, Gäste oder Diebe fernzuhalten."*³²

Auch die verschiedenen Ordensniederlassungen und Klöster wurden von den Kaufleuten als Handelsstützpunkte genutzt.³³ Eine führende Rolle bei der Gründungswelle und Kolonisation während der Ostexpansion nahmen die Zisterzienser ein. Die Klöster Doberan und Dargun wurden schon 1171/72 in Mecklenburg gegründet, Kolbatz und Eldena 1173/1199 in Pommern, 1186 das Kloster Oliva bei Danzig und später das Kloster Dünamünde (1204-1208) bei Riga, um nur einige wichtige zu nennen. So entstand ein größeres Netz christlicher Versorgungszentren entlang der Ostseeküste. In Rom wurden Eroberungen wie in Livland gern gesehen, "denn hier schien ein Einbruch in das Gebiet ihres großen kirchlichen Gegenspielers, der von Byzanz missionierten russischen Kirche, von Nordosten her möglich."³⁴

Bei der Durchsetzung von Handelsinteressen standen die Kaufleute und Kaufmannspriester den Rittern und bewaffneten Pilgern in der Anwendung von Gewalt in nichts nach. Ritter, Kaufmann und Priester waren oft in einer Person vereinigt, so daß in den angegriffenen Gebieten im Baltikum, die Menschen keinen Unterschied zwischen Kreuzfahrern oder Kaufleuten kannten. Gleichzeitig gab es Versuche der Fernkaufleute, durch verschiedene Friedensabkommen mit den baltischen Stämmen, ihre Handelsinteressen friedlich durchzusetzen. So gab es den seltenen Fall, daß z.B. ein Kreuzzugsheer 1203 eine Flotte von 16 estnischen Schiffen

32 Kattinger 1994, S. 893.

33 Die hansischen Kaufleute, die sich im Karmeliterkloster in Brügge versammelten oder die Regensburger Händler, die sich im St.-Emmeram-Kloster in Kiew versammelten, wären als Beispiel zu nennen für die enge Verzahnung von Handel und Kirche. Vgl. Johansen 1958, S. 524.

34 Rüdibusch 1972, S. 83.

vor der Insel Ösel angriff und die deutschen Bürger und Kaufleute von Visby ihre Unterstützung für diese Aktion verweigerten.³⁵ Grundsätzlich muß aber festgestellt werden, daß ohne die Beteiligung von Geistlichen und Kaufleuten die militärischen Eroberungen im Baltikum nicht durchführbar gewesen wären. Es gab auch Fälle, in denen westdeutsche Fernhändler, um größtmöglichen Handelsprofit zu erzielen, Waffenhandel mit Esten, Letten, Liven und Russen betrieben, die sich gegen kriegerische Missionierung, Zwangshandel und Verdrängung des einheimischen Händlers so wie Übervorteilung beim Handel wehren wollten. Die Kaufleute, die das Waffenhandelsverbot mit Heiden, das die Päpste anlässlich aller Kreuzzugsunternehmen erließen,³⁶ nicht beachteten, wurden aber oft auf grausamste Weise von ihren Konkurrenten umgebracht.³⁷

Bei den Kriegszügen im Baltikum zu Beginn des 13. Jahrhunderts waren kriegerische Mission und Handel oft gleichzeitig anzutreffen:

"Während die Dünasstraße nach Polozk³⁸ von 1212 an lebhaft befahren wird, nehmen andere Kaufleute am Estlandkriege teil. In dem kaum befriedeten Gebiet beginnt sofort der Handel."³⁹

Der Kaufmannspriester des 12. Jahrhunderts wich nach und nach dem voll ausgebildeten Hansekaufmann des 13. Jahrhunderts. Die Kaufmannspriester waren de facto die ersten Agenten der nachströmenden Großkaufleute aus Westfalen, Lübeck und anderen westeuropäischen Städten. Diese priesterlichen Kaufleute waren auf den ersten Handelsreisen nach Osten unentbehrlich, sie waren oft die einzigen, die lesen und schreiben konnten, sie stellten den ersten Kontakt mit der Bevölkerung her und kundschafteten aus, wo der geeignetste Ort für eine Handelsniederlassung in Form einer (Kaufmanns-)Kirche oder eines befestigten Handelsstützpunktes lag. Von ihnen wurden auch die ersten Berichte über die sozioökonomische Lage der okkupierten Gebiete

35 Vgl. Benninghoven, F.: Rigas Entstehung und der frühhansische Kaufmann, Hamburg 1961, S. 21-22.

36 Vgl. Benninghoven 1961, S. 22.

37 Vgl. Kattinger 1994, S. 884.

38 Die Handelsstraße von Riga über Dünaburg nach Polozk in Rußland, ca. 350 km an dem Fluß Düna entlang, ist hier gemeint

39 Benninghoven 1961, S. 66.

verfaßt. Mit der aufkommenden Schriftlichkeit und der weiteren Ausbildung des hansischen Kaufmanns in den westdeutschen Städten wurde der Kaufmannspriester von den Agenten der großen Handelsfirmen abgelöst.

Lübeck das Venedig des Nordens

Für Lübeck beginnt der eigentliche wirtschaftliche Aufschwung mit den militärischen Eroberungen deutscher Ritterheere im 13. Jahrhundert. Die Rolle Lübecks bei den verschiedenen Kreuzzügen in von Balten und Slawen bewohnte Gebiete wird häufig gleichgesetzt mit der Rolle Venedigs zur Zeit der Kreuzzüge im Mittelmeerraum.

Venedig hatte Anteil an den Kreuzzugsunternehmen in Palästina im 12. und 13. Jahrhundert und profitierte davon; ähnlich verhielt es sich mit Lübeck bei der deutschen Ostexpansion vom 12. bis zum Anfang des 15. Jahrhunderts. Gewinne durch Raub und Plünderung der eigenen Kolonien und Gewinne, die aus der Versorgung der Pilger und Kreuzritter entstanden, machten Venedig und Lübeck zu Handelszentren ihres jeweiligen Einflußgebietes.

Eines der ältesten Siegel der Stadt Lübeck zeigt zwei Männer in einem Schiff, das eine Frühform der Kogge darstellt. Bei der Versorgung der Ritterheere über See wurde dieser neue Schiffstyp - die Kogge⁴⁰ - eingesetzt. Sie war eine der wichtigsten Neuerungen im europäischen Seehandel. Dieses hochbordige Schiff mit einer damals riesigen Tragfähigkeit von 200 Tonnen - oder 100 Lasten - und schanzenartigen Kastellen an Bug und Heck war gut zu verteidigen und für die Versorgung von größeren Kreuzfahrerheeren unerlässlich.

Durch die Chroniken des Missionars Heinrich von Lettland ist das Transportvolumen dieser Koggen überliefert: 200-300 Kreuzzugsteilnehmer

40 "Die Kogge wurde das Universalfahrzeug der europäischen Küstenbewohner von Bordeaux bis weit in den Ostseeraum...Ihre Entstehungsgeschichte ...: Der einmastigen Knorre, dem Frachtschiff der Wikinger, wurde ein durchgehendes Deck eingezogen. Das bis dahin aus einem Riemen bestehende Ruder wurde durch ein festes Achterstevenruder (Steven:der Abschlußbalken vorn und hinten am Schiff/niederländisch/M.S.) mit Pinne ersetzt. An Bug und Heck erschienen, (...), zur besseren Verteidigung über dem hier geraden Steven hoch- und spinnenbeinige Kastelle mit zinnengekröntem Schanzkleid." Hieraus entwickelte sich der in der Hauptzeit der Hanse bevorzugte Schiffstyp des Hulk, ein Dreimaster mit noch größerer Tragfähigkeit von bis zu 400 Tonnen oder 200 Lasten. Temming,Rolf: Segelschiffe: Sechs Jahrtausende Technik und Abenteuer, Klagenfurt 1987, S. 23-25.

oder 150 Tonnen Getreide für die Versorgung einer durch Krieg ausgehungerten Stadt, wie z.B. Riga im Jahre 1206. Auch die Verteidigungsfähigkeit dieser Schiffe scheint nicht unwesentlich gewesen zu sein. 1215 wurde im Hafen der Insel Ösel eine Flotte von nur neun Koggen von angeblich 200 estnischen Schiffen vergeblich angegriffen.⁴¹ Die große Transportfähigkeit dieser Schiffe bekamen auch die skandinavischen Händler zu spüren, die im Durchschnitt über nur ein Fünftel solcher Ladekapazitäten verfügten, und daher sukzessive aus dem Ostseehandel verdrängt wurden.

Die Kogge revolutionierte aber nicht nur den Handel des Hanseraumes. Seit dem 13. Jahrhundert fuhren hansische Händler nach Brügge; von hier aus wurde dieser neue Schiffstyp von Genuesen und anderen italienischen Seestädten im Mittelmeerbereich übernommen und weiterentwickelt.⁴²

So konnten die Kreuzfahrer- und Pilgerheere einerseits auf die Kogge als Versorgungs- und Nachschubtransportmittel bauen, andererseits kamen noch neue Technologien im Kriegswesen hinzu. Kriegskunst und -technik nahmen seit Beginn der Kreuzzüge im Orient einen enormen Aufschwung. Das Pferd und die Armbrust waren die neuesten Errungenschaften der Kriegstechnologie. Auch die Kriegstaktik wurde durch den Bau befestigter Wehranlagen, um Rückzugsstützpunkte halten zu können, von den Ritterorden im Heiligen Land übernommen.⁴³ Mauerwerk aus Stein und Mörtel war eine Neuerung, die den Slawen unbekannt war.

Die Versorgung der Pilger- und Kreuzzugsheere mit notwendigen Baumaterialien, sowie mit Waffen und Lebensmitteln bildeten wesentliche

41 "Die Stärke des Gegners lag bei etwa 12000 Mann, 6000 zur See, 6000 zu Land. Üblicherweise pflegten die Esten mit vier- bis sechsfacher Überlegenheit anzurücken. Die deutsche Streitmacht müßte danach 2000 bis 3000 Köpfe betragen haben, pro Kogge also 222 bis 333 Krieger." Vgl. Zimmerling, Dieter: Die Hanse: Handelsmacht im Zeichen der Kogge, Düsseldorf 1976, S. 17.

42 Vgl. Mollat Du Jourdin, Michel: Europa und das Meer, München 1993, S. 83.

43 "Die Eroberung Livlands und Preußens im 13. Jahrhundert (...) wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht die zahlenmäßige Schwäche der Ritter und Kreuzfahrer durch andere Faktoren aufgewogen worden wäre(...). "die Errichtung von festen Burgen aus gemauerten Steinen oder Backsteinen (...) die Einführung der Armbrust, die sich als Fernwaffe dem Handbogen der Heiden weit überlegen zeigte..." und die Einsetzung des gepanzerten Pferdes waren die Neuerungen in der Kriegstechnologie. Ekdahl, Sven: Das Pferd und seine Rolle im Kriegswesen des Deutschen Ordens. In: Das Kriegswesen der Ritterorden im Mittelalter. Hrsg.: Zenon Hubert Nowak, Torun 1991, S. 29-48.

Gewinnquellen der aufstrebenden Lübecker Kaufmannschaft und Reeder. Ende des 12., Anfang des 13. Jahrhunderts kam es zu immer häufigeren Kreuzzugsfahrten. Sie sollten befestigte Handelsstützpunkte für die Kaufleute aus Lübeck entlang der Ostseeküste schaffen. Allerdings war von den Lübeckern dazu eine militärische Leistung zu erbringen, die nur durch das Zusammenspiel mit bewaffneten Pilgerheeren zu erreichen war. Alte Handelsplätze und -wege der Konkurrenten mußten unterbunden oder zerstört, neue Niederlassungen und Handelsrouten erkämpft werden.

Die "neuen" Städte an der Ostsee

Der erste größere Livlandkreuzzug (1198) wurde nicht nur von den Kaufleuten organisiert, sie nahmen auch direkt am Kampfgeschehen teil.⁴⁴ Das Kreuzzugsunternehmen schlug fehl, die Angreifer konnten keinen endgültigen Sieg gegen die dort ansässige Bevölkerung erringen, die folgerichtig in den Kaufleuten ihre schlimmsten Feinde sah. Nur mit Mühe und durch Zahlung von Lösegeldern konnten sich die Händler retten.

Im folgenden Jahr traf sich der dritte Livlandbischof, Albert, mit dem dänischen und deutschen König sowie dem Erzbischof von Lund. Wahrscheinlich ging es dabei um Absprache und Vorbereitung der Eroberung eines Handelsstützpunktes an der Düna, aus der das spätere Riga hervorging.⁴⁵

Diese Pläne wurden 1200 mit dem Einsatz von 23 Kriegsschiffen teilweise verwirklicht. Die ansässigen Liven mußten den Eroberern wichtige Rechte abtreten: Vogtei, Münze, Fischerei, Kirchen, Zehnte u.a.m. wurden von den Angreifern durch ein hinterhältiges Manöver 'erworben'. Livlandbischof Albert sagte zunächst den Abzug seiner Streitmacht nach der vollzogenen Taufe zu, nahm aber dann die Delegierten der Slawen als Geiseln und erzwang so die genannten Rechte.⁴⁶ Damit war der erste Schritt für die weitere Missionierung und Errichtung von Handelsstützpunkten, nicht nur in Livland, getan.

"Albert hat nun offenbar gleich in mancher Hinsicht über die Mark von Riga zu verfügen begonnen. Vor allem ging er auf begreifliche

44 Vgl. Benninghoven 1961, S. 29.

45 Vgl. ebenda, S. 29.

46 Vgl. ebenda, S. 29.

Wünsche der Gotländer universitas ein. Er brauchte sie für seine geplante Stadtgründung und auch sonst; ein Blick auf die Flotte, die ihn hergebracht hatte, und ein zweiter auf die Reihen seiner Mitstreiter zeigt, wie nötig die Hilfe der Fernhändler dem Bischof war und weiter sein mußte. Den Kaufleuten war an der Nutzung der Mark gelegen, und so erhielten sie Weiderecht für ihre Pferde, Hölzung und Fischfang."⁴⁷

Der neue Handelsstützpunkt Riga wurde Dreh- und Angelpunkt für die weiteren Kreuzzugsunternehmungen im Baltikum. Er mußte von 1203 bis 1207 den Angriffen der Russen, Litauer und Liven standhalten.

"Dadurch wurden die Aufgaben auch für die deutschen Fernhändler bestimmt. Ihnen oblag einstweilen nur die Sicherung des Nachschubs an Pilgern, Waffen, Lebensmitteln und sonstigen dringenden Bedürfnissen wie Kleidung, Pferde usw. Daneben spielte die Nachrichtenverbindung eine Rolle. Aus den Transportgeschäften zog die Reederei Lübecks und Wisbys ihren Gewinn."⁴⁸

Im Winter 1211 gab es in Riga und Livland 4000 waffenfähige Deutsche. "Das ist aber nur die Zahl der ins Feld Ziehenden, darüber hinaus ist mit einer Gruppe von Burgen- und Stadtverteidigern zu rechnen."⁴⁹

Bis 1225 wurde ein riesiges Handelsgebiet militärisch erschlossen. 1210 wurde der Dünaweg nach Pleskau wiedereröffnet, der Krieg in Estland ging unter der aktiven Beteiligung von Kaufleuten weiter. Durch die weiteren Eroberungen bei den Estlandkriegen lagen die meist deutschen Ritter, Geistlichen und Kaufleute auch mit Nowgorod und Pleskau im Krieg, der Handel wurde dadurch empfindlich gestört. Erst mit dem Fall der wichtigen Handelsstadt Dorpat 1224 wurde der Frieden mit Nowgorod erzwungen.⁵⁰

Riga wurde in den folgenden Jahren für den Handel mit Nordosteuropa von einem Bischofsitz zu einer wichtigen Handelsstadt der Hanse ausgebaut. Der Handelsweg Riga-Pleskau-Nowgorod wurde 1210-1212 freigekämpft. Die Stadtmauer, um 1300 fertiggestellt, umfaßte in dieser

47 Vgl. ebenda, S. 30.

48 Benninghoven 1961, S. 52.

49 Ebenda, S. 54.

50 Ebenda, S. 66-67.

Zeit ungefähr 3000 Einwohner, "...von denen zwei Drittel Deutsche waren, das restliche Drittel setzte sich aus Livländern und Russen zusammen. Zu den Alteingesessenen gehörten Leute aus Soest, Münster, Groningen, Dortmund, Bremen, Lübeck und aus kleineren niederdeutschen Städten."⁵¹

In dieser Phase der Ostexpansion entstanden eine ganze Reihe von Städten mit deutschem Recht: Lübecker-, Magdeburger-, und Kulmerrecht. Feste Siedlungen, die teilweise schon städtischen Charakter, wie z.B. Szczecin (Stettin) besaßen, wurden ins westeuropäische Handelsnetz eingebunden und mit westdeutschem Recht versehen. Neugründungen von städtischen Siedlungen waren eher die Ausnahme. Vorhandene Orte wurden entweder ausgebaut, oder in der Nähe neu angelegt, um an den alten slawischen Handel anschließen zu können: so z.B. Reval und Dorpat in Livland, Schwerin 1160, Rostock vor 1218 sowie Thorn, Elbing, Braunsberg und schließlich Königsberg 1255. Das herrschende Bürgertum der so neu entstandenen Städte an der Ostsee beschnitt den Slawen innerhalb der Stadtmauern jegliche Machtbefugnisse und häufig wurde der Zuzug slawischer Bevölkerung gänzlich verboten. "So verbietet der Rat von Marienburg, 1365 und um die Wende zum 15. Jahrhundert, Preußen und Undeutschen das Bürgerrecht zu geben."⁵²

Dennoch gab es zahlreiche Ausnahmen, sodaß am Ende des 14. Jahrhunderts in den Städten Danzig, Kulm, Thorn, Marienburg, Braunsberg und Elbing der Anteil nichtdeutscher Bürger drei bis zehn Prozent betrug. Wer die Kette der ("neu"-)gegründeten Städte entlang der Ostsee betrachtet, stellt fest, daß vor allem die Lübecker Kaufmannsschicht, die in fast allen Städten ihre Nachkommen und Verwandten auf die wichtigsten Posten gebracht hatte, planmäßig ein Handelsnetz für den gesamten Ostseebereich aufgebaut hatte.

"Um 1300 kann man sagen, daß es Glieder derselben Familien sind, die in Dortmund oder Köln im Westen, in Lübeck oder Wismar in der Südwestecke der Ostsee, endlich in Riga oder Reval am baltischen Ufer der Ostsee die Maschen des politischen Netzes knüpften. Da aber gerade Lübeck der Platz war, wohin die meisten dieser östlichen Verwandtschaftsbeziehungen zielten, gewann es

51 Higounet 1990, S. 220.

52 Penners, Theodor: Untersuchungen über die Herkunft der Stadtbewohner im Deutsch-Ordensland Preußen bis in die Zeit um 1400, Leipzig 1942S. 164 und S. 166.

*eine ungemeine Bedeutung für die Bevölkerungsverteilung im Ostseegebiet.*⁵³

Das Lübecker Handelsnetz verlief vom heutigen Schleswig-Holstein über Mecklenburg und Pommern weiter über Polen, Livland, Estland, Litauen bis nach Skandinavien, einschließlich der vorgelagerten Ostseeinseln, und reichte bis tief ins russische Reich nach Nowgorod. Abgesichert wurde dieses Eroberungswerk vom Schwertbrüderorden in Livland ab 1200 sowie dem Deutschen Orden in Preußen ab 1230.

Deutscher Ritter-Orden und Schwertbrüder-Orden

Ähnlich wie der Johanniterorden (1070) und der Templerorden (1118/1119), wurde auch der Deutsche Orden im 'Heiligen Land' gegründet. Stand beim Johanniterorden zu Beginn noch die Krankenpflege und die Pilgerversorgung im Vordergrund, so änderte sich dies spätestens mit Beginn des ersten Kreuzzugs 1096. Neben der Versorgung der verletzten Kreuzzugskämpfer übernahm der Orden zunehmend Polizeifunktionen, die Bewachung von Pilgerwegen sowie die Übernahme der Ordnungsmacht in den eroberten palästinensischen Städten. Die Gründung des zweiten Ordens in Palästina verfolgte von Beginn an militärische Ziele. Der Templerorden übernahm wichtige finanzielle Transaktionen zwischen den Kreuzfahrerstaaten⁵⁴ und den jeweiligen Heimatländern der Ritter.

Der Deutsche Orden wurde während des dritten Kreuzzugs bei der Belagerung Akkons (1190) zur Krankenpflege der Deutschen gegründet. Das Besondere an diesem Orden war die nationale Ausrichtung und das Zusammenspiel zwischen Kreuzrittern und Kaufleuten. Kaufleute aus Lübeck und Bremen, die sich am Kreuzzug beteiligten, übernahmen Ordensregeln der Templer und Johanniter und riefen den Orden ins

53 Rörig 1959, S. 409.

54 In Folge der Eroberungen des ersten und zweiten Kreuzzugs entstanden eigenständige Feudalstaaten in Syrien und Palästina. "Die Kreuzfahrer, verstärkt durch massive Einwanderungen aus dem lateinischen Westen, führten ein straffes Feudalsystem im Heiligen Land ein, gestützt auf einheimische arabische Christen. Ökonomische Grundlagen waren Anbau des Zuckerrohrs und massive Beteiligung am Fernhandel." Aus: Geiss, Imanuel: Geschichte im Überblick. Daten und Zusammenhänge der Weltgeschichte, Hamburg 1986, S. 222.

Leben.⁵⁵ Die Zusammenarbeit zwischen Händlern und Ritterorden war bei der Gründung und Unterstützung des Schwertbrüderordens (*fratres militiae Christi de Livonia*) in Livland ebenfalls eindeutig. Teile der ritterlichen Brüder stammten selbst aus Kaufmannsfamilien und brachten Kapital in den Orden ein. Zum Sitz des Ordens wurde im Jahr 1202 Riga.

Er bekam von Bischof Albert ein 5000 qm großes Grundstück geschenkt, die Verpflegung und Versorgung der 50 bis 100 Ritter übernahmen die Kaufleute. Riga mußte in der Folgezeit gegen die Angriffe von Esten, Russen und Liven verteidigt werden. Bis 1225 wurden nicht nur die verschiedenen Handelswege nach Pleskau und Novgorod erkämpft, es wurden auch noch große Landgewinne in Livland gemacht. Die Kaufleute profitierten von diesen Eroberungen des Ordens und besaßen in Kurland, Estland, Semgallen und auf der Insel Ösel Grundbesitz von über 4000 Haken,⁵⁶ der in der Zeit von 1226-1236 zusammengerafft wurde.⁵⁷ Die Verbindung des Schwertbrüder-Ordens mit der Lübecker Kaufmannschaft wurde in den dreißiger Jahren des 13. Jahrhunderts durch Verträge gefestigt. Um 1226 bestand das kriegsführende Heer des Schwertbrüder-Ordens aus 920 schweren deutschen Rittern, dazu eine gleiche Anzahl von Knechten,⁵⁸ im Durchschnitt etwa 1000 Pilgern sowie den Streitkräften der Stadt Riga; zusammengenommen 3240 militärisch gerüstete Personen. Kaufleute, die bewaffnet kämpften, wurden seit 1261 den Rittern gleichgestellt, so daß ein Ordensgegner, der Mönch Balduin von Alda, ihre Ritterlichkeit mit den Worten: "...da sie Kaufleute und Reiche sind"⁵⁹ in Frage stellte. Nach inneren Auseinandersetzungen und Anschuldigungen gegen den Orden durch die Bischöfe von Riga und Semgallen sowie äußeren Kämpfen 1236 gegen die Liven, bei denen der Schwertbrüder-Orden mehr als 50 Ritter sowie 500 bis 600 Knappen

55 Vgl. Zimmerling, Dieter: Der deutsche Ritterorden, Düsseldorf 1988, S. 27.

56 Als "Haken (wurde, MS) zunächst (...der, MS) gebräuchliche (...) hölzerner Hakenpflug der baltischen Völker bezeichnet (...), dann im übertragenen Sinn auch das Ackerland, das mit einem solchen Pflug jährlich bewirtschaftet werden konnte. Der Haken war jedoch noch kein Flächenmaß. Im 13. Jahrhundert entsprach die Zahl der Haken im Durchschnitt etwa derjenigen der bäuerlichen Einzelwirtschaften." Aus: Benninghoven, Friedrich: Der Orden der Schwertbrüder, Köln 1965, S. 389.

57 Vgl. Johansen, Paul: Die Bedeutung der Hanse für Livland. In: Hansische Geschichtsblätter, 65./66. Jg., Weimar 1940/41, S. 15.

58 Bei den Knechten nahmen die Ritter es mit der nationalen Zugehörigkeit nicht so genau. Dienen durften auch die unterlegenen Esten, Liven etc.

59 Benninghoven 1965, S. 211.

verlor, verkündete Papst Gregor IX 1237 seine Auflösung und die Übertragung aller seiner Güter an den Deutschen Orden.

Damit war die Politik des Hochmeisters des Deutschen Ordens, Hermann von Salza, aufgegangen. Ihm ging es um die Absicherung der seit 1230 eroberten Gebiete nach Osten.⁶⁰ Der Deutsche Orden verlegte seine gesamten militärpolitischen Aktivitäten zunehmend von Palästina nach Preußen. Die Ordensritter waren bestrebt, ein eigenständiges Staatswesen unter ihre Oberherrschaft zu etablieren, ein Vorhaben, das im Palästina des 13. Jahrhunderts nicht mehr zu realisieren war. Die Rückgewinnung der Kreuzfahrerstaaten, nahm bereits am Ende des 12. Jahrhunderts unter Saladin seinen Anfang. Die Mamluken⁶¹ beendeten schließlich mit der Einnahme Akkons 1291 die Herrschaft der Christen im 'Heiligen Land'. Der Deutsche Orden besaß zwar noch Kommenden⁶² u.a. in Griechenland, Armenien, Spanien und Cypern; seine Eroberungen im Burzenland (Ungarn / Siebenbürgen) verlor der er 1225 allerdings wieder an die Krone Ungarns.

Insofern kam der Hilferuf der polnischen Herzöge, die mit ihren Eroberungen gegen die Pruzen⁶³ nicht vorankamen, zur richtigen Zeit. Der Deutsche Ritterorden traf aber zunächst - auf Grund seiner ungarischen Erfahrungen - Absprachen mit den Herzögen von Pommerellen und Masowien, dem Papsttum in Rom sowie mit Kaiser Friedrich II.,⁶⁴ um eine spätere Staatsgründung in den eroberten Gebieten rechtlich abzusichern. Nach der Schenkung des Kulmerlandes von Herzog Konrad von Masowien an den Orden, begann dieser ab 1230 mit der militärischen Eroberung Preußens. Da viele militärische Aktionen an den Küstenregionen stattfanden, stützte sich der Orden dabei auf die Seemacht

60 Vgl. Higounet 1990, S. 222.

61 Ursprünglich türkische Sklaven aus Südrußland und dem Kaukasus, sie hatten wichtige militärische Stellungen innerhalb des ägyptischen Reichs der Ajjubiden errungen und übernahmen schließlich die Alleinherrschaft.

62 Die Kommende ist eine Verwaltungseinheit der Orden, die die zusammengefaßten Ländereien und Besitztümer eines Gebietes umfassen, im Idealfall sollten diese Wirtschaftseinheiten ihre Überschüsse für die Zurückgewinnung des Heiligen Landes einsetzen.

63 Pruzen oder auch Prussen: baltischer Volksstamm östlich der Weichsel. Durch den Deutschen Orden gewaltsam unterworfen und christianisiert. Der Name Preußen leitet sich aus dem Namen dieses Stammes her. Vgl. Higounet 1990, S. 226.

64 In der Goldbulle von Rimini 1226 sichert der Kaiser dem Orden die gleichen Rechte wie anderen Fürsten im Reich zu. Vgl. Lowmianski 1982, S. 57-59.

Lübecks. "Für den Orden übernahmen sie die Seetransporte nach Preußen, ähnlich wie Venedig zur Zeit der Kreuzzüge die Transporte nach dem Heiligen Lande besorgt hatte."⁶⁵ Die Eroberung Preußens durch den Deutschen Ritterorden schuf günstigere Bedingungen bei der Gründung von Städten durch Lübecker und andere westeuropäische Kaufleute.

Ende 1240 begannen die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Orden und dem Rat der Stadt Lübeck über die Neugründung Königsbergs am Unterlauf des Pregel. In einem vom 31. Dezember 1242 datierten Schreiben des Landmeisters des Ritterordens, Heinrich von Wida aus Thorn, wurde dem Lübecker Rat zunächst ein Vorschlag zur Gründung einer Stadt am Pregel unterbreitet. Danach sollten die Lübecker für ihren Schiffshandel einen geeigneten Platz im Samland bekommen und eine Freistadt nach dem Vorbilde Rigas gründen können. Der Landmeister versprach Lübeck darüber hinaus ein Drittel des eroberten Samlandes und die volle Gerichtsbarkeit. Der Orden selber beanspruchte einen Hof innerhalb der Stadt und geringe Abgaben an landwirtschaftlichen Produkten. Die Lübecker sollten zwar nicht zur Waffenhilfe außerhalb der Stadt beordert werden können, sie waren aber für die Verteidigung und den Schutz der Stadt mitverantwortlich.⁶⁶

Die Gründe des Ordens für eine weitere Stadtgründung im Osten Preußens unter Einbeziehung der Lübecker lagen im politisch-militärischen Bereich:

"Sie hatten die erste Phase der Eroberung erfolgreich abgeschlossen, die Gewinnung und Sicherung der Wasserwege von Thorn über Marienburg und Elbing bis nach Balga. ... der Orden (konnte) an die Eroberung des Landesinneren herangehen..., und dazu brauchte er die Hilfe Lübecks. Den lübischen Kaufleuten war die Pregelmündung sicher schon bekannt, vielleicht aus dem Handel mit Bernstein, wenn auch die Handelsmöglichkeiten sonst dort nicht so gut waren wie an der Weichsel- und der Nogatmündung. Hier reizte die Lübecker weniger das, was der Platz bot, sondern das, was man aus ihm machen konnte."⁶⁷

65 Gause, F.: Die Geschichte der Stadt Königsberg in Preußen, Bd.I, Köln-Graz 1965S. 7.

66 Vgl. ebenda, S. 8.

67 Ebenda, S. 9.

Durch den erneuten Aufstand der Pruzen im Sommer 1242⁶⁸ hatte sich die militärische Lage geändert. Zuungunsten Lübecks wurde bei der Stadtgründung Königsbergs nicht das Lübecker Recht, sondern das vom Orden beeinflusste Kulmerstadtrecht verliehen. Die militärpolitischen Aspekte des Stützpunktes Königsberg hatten Vorrang vor den Handelsinteressen Lübecks. Nach langem Ringen entstand ein Kompromißvertrag zwischen dem Orden und Lübecker Ratsfamilien.⁶⁹ Um die Jahreswende 1254/1255 zog ein Kreuzfahrerheer von Elbing über Balga in Richtung Pregelmündung über das zugefrorene Eis des Haffs nach dem Samland,

"...das sie in wenigen Tagen durchstreiften, wobei sie, den damaligen Bräuchen des Heidenkampfes entsprechend, die Dörfer verbrannten und die Menschen erschlugen oder zu Zwangstaufen zusammentrieben."⁷⁰ ... "Noch in demselben Jahre erbauten die Ritter mit Hilfe treuer Prußen die erste Holz-Erde-Burg an der Stelle der prußischen Fliehbürg auf der Südostecke des Tuwangste (kleiner Berg, der über den Fluß Pregel liegt/M.S.). Ab 1257 wurde die Burg mit Steinen befestigt und war schon 1260 soweit ausgebaut, daß sie voll verteidigungsfähig war."⁷¹

Die planvolle Anlage befestigter Wehrburgen, übernommen von den Orientkreuzzügen, wurde die wichtigste militärische Strategie zur Eroberung und Verteidigung bereits okkupierter Gebiete. Diese Burgen bildeten strategische Ausgangspunkte für militärische Streifzüge in das Umland und bei intensiverer Gegenwehr konnte man sich darin verschanzen.

"Der Orden als politisch-religiöses Gebilde stützte seine Herrschaft auf etliche Burgen, die bald ringsumher in Stein entstanden. Eine Linie wachte über die Grenze im Osten: Dünaburg, Rossiten, Marienburg, Neuhausen und Neuschloß. Aber die etwa 60 Burgen des Ordens und 40 weitere, die den Bischöfen und ihren Domkapiteln gehörten, zerlegten das Landesinnere in Planquadrate. ... Das Verteidigungssystem war ziemlich gut, wie der livländische Ordensmeister Otto von Lütterberg bereits 1268 feststellte; es sicherte den christlichen

68 Vgl. ebenda, S. 9.

69 Vgl. ebenda, S. 11.

70 Ebenda, S. 13.

71 Ebenda, S. 16.

*Glauben und zugleich die Handelsrouten der Hanse, die nach Rußland liefen.*⁷²

Der Niedergang des Deutschen Ordens begann mit der verlorenen Schlacht bei Tannenberg 1410 gegen ein polnisch-litauisches Heer und markierte zugleich das Ende der sogenannten mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung; das Gebilde Preußen blieb allerdings als polnischer Vasallenstaat erhalten. Aus ihm ging das spätere preußisch-deutsche Staatswesen hervor.

Wenn heute von deutscher Seite über Reaktivierung des Hansebündnisses oder über freie Produktionszonen im Baltikum nachgedacht wird,⁷³ z.B. im Gebiet Kaliningrad-Königsberg, wird dabei die blutige Geschichte dieser kriegerischen Ostexpansion nur zu häufig vergessen. Auch die jüngere deutsche Geschichte hat, unter Berufung auf die deutsche Ostkolonisation im Mittelalter, Eroberungspläne im Osten verwirklichen wollen: Das Ergebnis waren 30 Millionen Tote in Osteuropa; über 20 Millionen getöteter Menschen in der Sowjetunion und nochmals über 9 Millionen getöteter Menschen in Polen und den Balkanländern.⁷⁴ Vergangenheit und Gegenwart der deutschen Geschichte rufen zur Wachsamkeit auf.

72 Higounet 1990, S. 223.

73 "1990 stachelte die Deutsche Bank unter ihrem damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden Christians expansionistische deutsche Grenzrevisionspläne nach Osten an. Sie schlug vor, das Gebiet Kaliningrad (Königsberg, MS) zu einer 'Freihandelszone' zu machen." Aus: Politische Berichte. Zeitung für sozialistische Politik. Nr.3, 15. Jg., Köln 1994, S. 2.

74 Vgl. Kühnl, Reinhard: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln.1975, S. 477.

Literatur

- Ahlers u.a. (Hg.): Lübeck 1226: Reichsfreiheit und frühe Stadt, Lübeck 1976
- Benninghoven, F.: Der Orden der Schwertbrüder, Frates Milicie Christi de Livonia, Köln 1965
- Benninghoven, F.: Rigas Entstehung und der frühhansische Kaufmann, Hamburg 1961
- Bohn, Robert (Bearb.): Gotland: Tausend Jahre Kultur- und Wirtschaftsgeschichte im Ostseeraum. Kieler Historische Studien, Bd. 31, Sigmaringen 1988
- Brachmann, Hansjürgen / Hermann, Joachim (Hg.): Frühgeschichte der europäischen Stadt: Voraussetzungen und Grundlagen, Berlin 1991
- Brankack, Jan / Metsk, Frido: Geschichte der Sorben, Bd. 1: Von den Anfängen bis 1789, Bautzen (DDR) 1977
- Bünding, Margret: Das Imperium Christianum und die deutschen Ostkriege vom zehnten bis zum zwölften Jahrhundert. Historische Studien Heft 366, Berlin 1940
- Ekdahl, Sven: Das Pferd und seine Rolle im Kriegswesen des Deutschen Ordens. In: Nowak, Zenon Hubert (Hg.): Das Kriegswesen der Ritterorden im Mittelalter, Torun 1991, S. 29-48
- Gause, F.: Die Geschichte der Stadt Königsberg in Preußen, Bd.I, Köln-Graz 1965
- Geiss, Imanuel: Geschichte im Überblick. Daten und Zusammenhänge der Weltgeschichte, Hamburg 1986
- Helmold von Bosau: Slawenchronik. Neu übertragen und erläutert von Heinz Stoob, Darmstadt 1973
- Hermann, Joachim (Hg.): Die Slawen in Deutschland, Berlin (DDR) 1974
- Higounet, Charles: Die deutsche Ostsiedlung im Mittelalter, München 1990
- Johansen, Paul: Die Kaufmannskirche im Ostseegebiet. In: Studien zu den Anfängen des europäischen Städtewesens, Konstanz 1958, S. 499-526
- Johansen, Paul: Die Bedeutung der Hanse für Livland. In: Hansische Geschichtsblätter, 65./66.Jg., 1940/41, S.1-55

- Kattinger, Detlef: Deutsche Kaufmannshansen im Ost- und Nordseeraum im 12. und 13. Jahrhundert und die Entstehung der Hansischen Kontore. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 42.Jg., 1994, Heft 10, S.883-897
- Kulischer, Josef: Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, 2 Bände, München 1958
- Lowmianski, Henryk: Anfänge und politische Rolle der Ritterorden an der Ostsee im 13. und 14. Jahrhundert. In: Arnold, Udo / Biskup, Marian (Hg.): Der Deutschordensstaat Preußen in der polnischen Geschichtsschreibung der Gegenwart, Marburg 1982, S. 36-85
- Mollat Du Jourdin, Michel: Europa und das Meer, München 1993
- Penners, Theodor: Untersuchungen über die Herkunft der Stadtbewohner im Deutsch-Ordensland Preußen bis in die Zeit um 1400, Leipzig 1942
- Rörig, Fritz: Wirtschaftskräfte im Mittelalter. Abhandlungen zur Stadt- und Hansegeschichte, Köln 1959
- Rüdebusch, Dieter: Der Anteil Niedersachsens an den Kreuzzügen und Heidenfahrten, Hildesheim 1972
- Stern, Leo / Gericke, Horst: Deutschland von der Mitte des 11. bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts, Berlin (DDR) 1965
- Temming, Rolf: Segelschiffe: Sechs Jahrtausende Technik und Abenteuer, Klagenfurt 1987
- Zimmerling, Dieter: Der deutsche Ritterorden, Düsseldorf 1988
- Zimmerling, Dieter: Die Hanse: Handelsmacht im Zeichen der Kogge, Düsseldorf 1976

Klaus Thörner

Deutscher Kaukasusimperialismus

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es im deutschen Reich zu einem sprunghaften Anstieg der Industrieproduktion. Die beschleunigte Industrialisierung basierte auf einem hohen Konzentrationsgrad in den Sektoren der Produktion, des Kapitals und des Bankensystems sowie einer verstärkten Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Besonders die schnelle Erweiterung der Eisenverhüttungs- und Stahlkapazitäten stieß im Inland jedoch auf den Mangel an verfügbaren Erzen. Der daraus resultierende Widerspruch zwischen dem ständig wachsenden ökonomischen Potential und der begrenzten Rohstoffbasis wurde zu einem wesentlichen Grund für die Expansionsbestrebungen und die Aggressivität des deutschen Imperialismus. Überall, wo auf der Welt Rohstoffquellen noch nicht in der Hand imperialistischer Kapitalverbände waren, tauchten gegen Ende des 19. Jahrhunderts Vertreter deutscher Unternehmen auf, um sie für die deutsche Monopolbourgeoisie zu sichern. Dies galt für die Eisenerzvorkommen von Marokko, die Erdölgebiete und Rohstofflager im Osmanischen Reich sowie Gebiete in Ostasien und Südamerika.

Ein besonders starkes Interesse entwickelten deutsche Kapitalvertreter für die Kaukasusregion, in der es u.a. große Kupfer-, Manganerz- und Erdölvorkommen gab.

Telegrafienlinien und Kupferbergwerke - Siemens im Kaukasus

Das erste große deutsche Unternehmen, das in das Gebiet des Kaukasus expandierte, war die Elektrofirma Siemens & Halske. Bereits 1850 begann mit dem Bau von Telegrafenanlagen das Engagement von Siemens & Halske in Rußland. 1851 erhielt das Unternehmen den ersten großen Regierungsauftrag des Zarentums. Seit dieser Zeit riß der enge Kontakt zu führenden Vertretern des zaristischen Staatsapparates nicht mehr ab. Der entscheidende Durchbruch im Geschäft mit Rußland gelang

Siemens & Halske dann in Verbindung mit dem Krimkrieg (1853-1856).¹ Durch die militärischen Erfordernisse war die russische Staatsführung am schnellen Ausbau des Telegrafennetzes zu den Kriegsschauplätzen interessiert. Auf persönlichen Wunsch des Zaren wurde deshalb 1855 in nur wenigen Wochen eine Telegrafelinie von Odessa nach der Krim bis in die umkämpfte Festung Sewastopol errichtet. Der Leiter dieser Baumaßnahmen war Karl Siemens.

Unter Ausnutzung der prekären Situation, in der sich die zaristische Regierung durch den Krieg mit dem Osmanischen Reich befand, gelang es Siemens & Halske, hohe Preise für die Montage der Telegrafenanlagen zu diktieren und eine Monopolstellung in der elektrotechnischen Industrie Rußlands zu erreichen. Allein im Jahr 1854 erzielte das Unternehmen mit einem Grundkapital von nur 60000 Talern, vor allem in Rußland, einen Gewinn von 200000 Talern. Mit Blick auf die günstigen Profitaussichten beschloß die Unternehmensleitung, Karl Siemens als ständigen Firmenvertreter nach Petersburg zu entsenden. Der zweitjüngste der Siemensbrüder, Walter Siemens, sollte gleichzeitig die Geschäfte des Unternehmens in der Kaukasusregion ausweiten. Er wurde Leiter einer Firmenfiliale in Tiflis. Kurz darauf wurde er zum preußischen Konsul in Tiflis ernannt, so daß er in einer Person sowohl staatliche als auch privatwirtschaftliche Interessen vertrat. Er nutzte diese Stellung zur Erschließung großer Finanz- und Kreditquellen für das Unternehmen, mit deren Hilfe weitere profitable Erwerbungen im Kaukasusgebiet realisiert wurden, u.a. der ertragreichen Kupferbergwerke in Kedabek und der Kobaltgrube in Daskessan.² Damit war es Siemens & Halske gelungen, einen entscheidenden Einfluß auf die Kupfererzgewinnung und -produktion südlich des Kaukasusgebirges und folglich in ganz Rußland zu erlangen. Die Mine in Kedabek wurde zu einer der florierendsten und gewinnträchtigsten Filiale des gesamten Unternehmens. Während das Stammhaus in Berlin 1867 nur etwa 170 ArbeiterInnen beschäftigte, waren es in Kedabek 1549 Personen.³ 1877 waren die Kupferwerke in Kedabek mit einer Produktion von 1000 Tonnen Kupfer die größten

-
- 1 Vgl. Siemens, Georg, Der Weg der Elektroindustrie, Geschichte des Hauses Siemens, Bd. I, Freiburg / München 1961, S.21ff.
 - 2 Vgl. Mai, Joachim, Das deutscheKapital in Rußland 1850-1894, Berlin 1970, S. 94 u. 96.
 - 3 Vgl. Siemens-Zeitschrift, Bd. 17, Jg. 1937, H. 7, S. 390.

Rußlands.⁴ 1891 stellte das Werk 84% des in der Kaukasusregion gewonnenen Kupfers her.⁵

Moderne Technik einerseits - für die Weiterverarbeitung des Kupfers standen moderne Schmelzöfen zur Verfügung, für den Transport von Erzen und Erdöl dienten u.a. eine Kleinbahn und eine Pipeline -, andererseits schwerste körperliche Arbeit beim Erzabbau und sogar Kinderarbeit beim Sortieren der Erzbrocken ermöglichten Siemens & Halske den Ausbau ihrer Monopolstellung im Kaukasusgebiet.

Auf dieser Grundlage und in Zusammenarbeit mit seinen englischen und russischen Zweigwerken konnte Siemens & Halske den Ausbau seiner Telegrafienlinien vorantreiben. In der Zeit von 1867-1870 leitete Karl Siemens den Bau des zur damaligen Zeit größten Projektes eines internationalen Telegrafensystems, der Indo-Europäischen Telegrafienlinie. Die ca. 6000km lange telegrafische Verbindung zwischen Europa und Indien führte vom Ufer des Schwarzen Meeres kommend u.a. über Poti, Tiflis und Dschulfa.⁶ Durch die Sicherung der notwendigen Rohstoffe für die Elektro- und Kabelindustrie entwickelte sich Siemens & Halske zu einem nach allen Seiten um sich greifenden Konzern, der nicht nur durch seinen Warenexport die nationalen Schranken sprengte, sondern mit der Errichtung von zahlreichen Zweigwerken in anderen Ländern zu einem internationalen Monopol heranwuchs. Der Besitz der Kupferminen im südlichen Kaukasusgebiet erhöhte den Vorsprung des deutschen Konzerns gegenüber seiner Konkurrenz.

Im Gefolge der Elektrofirma kamen weitere deutsche Kapitalvertreter in das Kaukasusgebiet, um sich neben dem Kupfer auch die übrigen wertvollen Rohstoffe anzueignen. In erster Linie waren dies Eisenerze und Erdöl. Der Einfall des deutschen Imperialismus in die Kaukasusregion wurde wesentlich gefördert durch den Ausbau der Verkehrs- und Transportwege. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde

4 Vgl. Matschoß, C. (Hg.), Werner v. Siemens. Ein kurzgefaßtes Lebensbild nebst einer Auswahl seiner Briefe, Bd. II, Berlin 1916, S. 542.

5 Benneckenstein, Horst, Transkaukasien - Expansionsziel des deutschen Imperialismus vor dem ersten Weltkrieg. In: Klein, Fritz (Hg.), Studien zum deutschen Imperialismus vor 1914, Akademie-Verlag, Berlin 1976, S. 265.

6 Vgl. Benneckenstein, Horst, Die Transkaukasien-, insbesondere die Georgienpolitik des deutschen Imperialismus vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Ende des ersten Weltkrieges, phil.Diss, Jena 1975, S.8/9 u. Siemens-Zeitschrift, Bd18, Jg. 1938, H. 2, S.67/68 u. Bd. 23, Jg. 1943, H. 1.

der Bau der transkaukasischen Eisenbahn beendet, deren Strecke von Baku über Tiflis bis nach Batum am Schwarzen Meer führte.⁷

Krupp, Thyssen, Kirdorf und das georgische Manganerz

Im Bereich der Eisenerze waren deutsche Industrielle vor allem an den reichen Manganerzvorkommen in Georgien interessiert. Mangan ist notwendig zur Erzeugung von Qualitätsstahl. Die deutsche Montanindustrie war von Importen dieses Schwermetalles abhängig. Seit 1877 wurde Mangan in der Gegend von Tschiatura/Georgien abgebaut. Von Beginn an war die deutsche Industrie an der Ausbeutung dieser Vorkommen beteiligt. 1879 begann der Direktor der Gute Hoffnungshütte Westfalen, Meier, mit dem Aufkauf von Erzfeldern bei Tschiatura. Im selben Jahr begann die Förderung von Manganerz für die Firma Krupp in dieser Gegend. Seit dieser Zeit brach das Engagement der preußisch-deutschen Rüstungskonzerne im Manganerzbau von Tschiatura durch direkte und indirekte Einflußnahme bis zum ersten Weltkrieg nicht mehr ab. Die Manganerzförderung von Tschiatura stieg von 840 Tonnen im Jahre 1878 auf 400000 Tonnen 1899. Das Erz wurde fast ausschließlich nach Westeuropa exportiert. Um die Jahrhundertwende erlangte Georgien den ersten Platz unter den Manganerzproduzenten der Welt.⁸ Deutschland bezog 1893 über Poti 43000 Tonnen Manganerz, wovon 40000 Tonnen für die Gute Hoffnungshütte in Oberhausen bestimmt waren. Diese lieferte das aus Manganerz weiterverarbeitete Ferromangan vor allem an die Friedrich Krupp AG.⁹ Gegen Ende des 19. Jahrhunderts stieg ein weiteres deutsches Bergbauunternehmen mit dem Aufkauf von Erzfeldern in das Kaukasusgeschäft ein: der Schalker Gruben- und Hüttenverein, dessen Aufsichtsratsvorsitzender August Thyssen war.¹⁰

Infolge einer Wirtschaftskrise, des russisch-japanischen Krieges und der Revolution von 1905-1907 gelang es ausländischen Unternehmen

7 Vgl. Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 28.

8 Vgl. Büdel, Anton, Transkaukasien. Eine technische Geographie, Gotha 1926, S. 43.

9 Vgl. Zentrales Staatsarchiv Potsdam (ZSTA), Nr.53571, Jahresberichte des Vizekonsuls, Poti 1893, Bl. 44.

10 Margiani, Grigorii, Zur Entwicklung der Manganindustrie in Tschiatura. Bergbauindustrie und Industrieproletariat im vorrevolutionären Georgien (Samtamodno mretveloba da samretsvolo proletariati revoluciamdel sakartrelosi), Tblissi 1968, georgisch, S. 66. Zit. bei Benneckenstein, Akademie-Verlag, a.a.O., S. 276.

Anfang des 20. Jahrhunderts ihren Zugriff auf das Kaukasusgebiet zu verstärken. Besonders deutsche Monopole der Eisen- und Stahlindustrie waren bestrebt, aus der russischen Krise Kapital zu schlagen. Dazu verfolgten sie mehrere Strategien. Zum einem versuchten sie eigenständig weitere Erzfelder und Bergwerke aufzukaufen, zum anderem gingen sie Kooperationen mit georgischen Firmen ein, um so die ausländische Konkurrenz aus dem Weg zu schlagen. Natürlich waren diese Kooperationen keine zwischen gleichberechtigten Partnern. Vielmehr diente diese Form der "Zusammenarbeit" auch dazu, georgische Bergwerksbesitzer von der deutschen Industrie abhängig zu machen. Die Bildung einer gemeinsamen Gesellschaft zwischen dem Berliner Mangansyndikat und der georgischen Firma Schawi Kva (Schwarzer Stein) war ein Ausdruck dieser Bestrebungen. Hinter dem Mangansyndikat standen große deutsche Banken, wie z.B. die Disconto-Gesellschaft. Am 2. August 1901 kam es zwischen beiden Unternehmen zum Abschluß eines Vertrages mit einer Laufzeit von zehn Jahren. Dieser sah eine direkte Belieferung der deutschen Seite mit Manganerz in Höhe von jährlich 20 Mio. Pud¹¹ vor. Die gesamte Förderung von Manganerz bei Tschiatura betrug 1901 ca. 23 Mio. Pud, so daß sich das Berliner Manganerzsyndikat damit faktisch ein Monopol gesichert und die ausländische Konkurrenz ausgeschaltet hatte.

Ab 1909 war das deutsche Kapital an derartigen Kooperationen nicht mehr interessiert. Nunmehr versuchte es, sich einen direkten und alleinigen Zugriff auf das georgische Manganerz zu sichern. Am 23. Januar 1909 war es soweit. Nach mehrmaligen Anträgen erhielt die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft von der zaristischen Regierung die Genehmigung für den Manganerzabbau in Tschiatura. Der Gesellschaft gehörten u.a. an: die Deutsche Bank, die Disconto-Gesellschaft, die Dresdner Bank und die Gewerkschaft Deutscher Kaiser (Thyssen-Konzern). Generaldirektoren wurden Emil Kirdorf und Paul Randerbrock, Direktor seit 1912 August Thyssen. Zur Beschleunigung des Erzumschlages plante die Gesellschaft einen eigenen Erzhafen am Schwarzen Meer aufzubauen, wofür sie im August 1912 bei der zaristischen Regierung um Genehmigung ersuchte.¹²

11 Pud = früheres russisches Handelsgewicht, 1 Pud= 16,3805 kg (Der Große Brockhaus, Leipzig 1935).

12 Vgl. Margiani, a.a.O., S.179, 197, 267. Zit. nach Benneckenstein, Akademieverlag, S. 277-279.

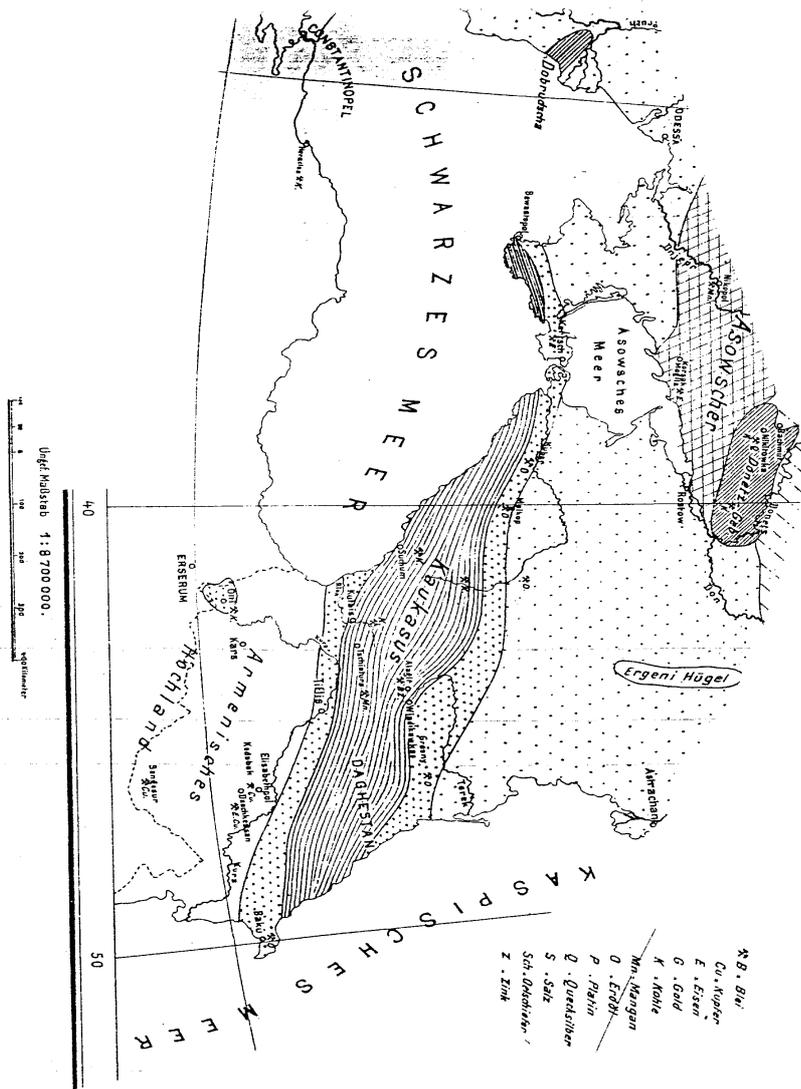
Mit einer Erzausfuhr von 14.288.806 Pud im Jahre 1913 drängte die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft die georgischen und ausländischen Unternehmen in den Hintergrund. Um diesen Vorsprung noch zu vergrößern und durch Besitznahme der manganreichsten Flächen die Konkurrenz vollends zu verdrängen, wurden umfangreiche Landkäufe und Pachtungen getätigt. Bis Juli 1914 hatte die Gesellschaft im Gebiet von Tschiatura 411 Pachtverträge abgeschlossen und 625 Bodenanteile gekauft. Indem sie die Armut der Bevölkerung dieses Gebietes ausnutzte, kaufte sie die Flächen oft unter einem weit unter ihrem tatsächlichen Wert liegenden Preis. Neben der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft erhielt im Jahre 1911 ein weiteres deutsches Industriekonglomerat von der zaristischen Regierung die Genehmigung zum Erzabbau. Es war der 1910 in Hamburg gegründete Kaukasische Grubenverein, hinter dem die Friedrich Krupp AG stand.

Zum Transport des Manganerzes nutzen die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft und der Kaukasische Grubenverein vom deutschen Kapital finanzierte Eisenbahnwege zum Schwarzen Meer, von wo das Mineral u.a. über den Hafen Poti über den Wasserweg direkt an die Großverbraucher an Rhein und Ruhr geliefert wurde.¹³

Die verstärkten Rüstungsbestrebungen vor dem ersten Weltkrieg führten vor allem in Westeuropa zu einem ständigen Ansteigen der Eisen- und Stahlerzeugung und damit verbunden zu einer wachsenden Nachfrage nach Manganerzen. Die fast vollständig von der deutschen Eisen- und Stahlindustrie kontrollierten Bergwerke von Tschiatura blieben in dieser Zeit die größten Manganerzproduzenten und -exporteure der Welt. Sie lieferten nahezu 40% des Weltaufkommens und über 50% des Weltexports.¹⁴

13 Vgl. Margiani, a.a.O., S. 358. Zit. nach Benneckenstein, Akademie-Verlag, S. 281.

14 Vgl. Beyschlag und Krusch, Deutschlands künftige Versorgung mit Eisen- und Manganerzen, Berlin 1917, S. 9/10 u. ZSTA Potsdam, Auswärtiges Amt, Volkswirtschaft Rußland, Nr. 2094, Bl. 116 u. 154.



Geologische Strukturkarte von Osteuropa.
Zusammengestellt von Dr. S. v. Bubnoff

Das Erdöl von Baku

Neben dem Griff des deutschen Imperialismus nach den Kupfer- und Manganerzvorkommen des Kaukasusgebietes stand das Interesse an der Ausbeutung der dortigen Erdölquellen, vor allem in der Region von Baku.

Die Ausbeutung der seit Jahrhunderten bekannten reichen Erdölquellen Bakus nahm seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts in schnellem Umfang zu. Die Förderleistung für Erdöl und die Produktionsergebnisse der erdölverarbeitenden Industrie schnellten steil in die Höhe. Lenin, der in seinem Werk "Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" auch die Herausbildung der Erdölindustrie im Kaukasusgebiet untersuchte, verwies ausdrücklich auf die Bedeutung Bakus als Mittelpunkt der russischen Erdölförderung und die schnelle Steigerung seiner Produktion: "Die Erdölgewinnung, die in den sechziger Jahren noch nicht einmal 1 Mio. Pud erreichte (557.000 Pud 1865), betrug 1870 1,7 Mio. Pud, 1875 5,2 Mio. Pud, 1880 21,5 Mio. Pud. 1885 116 Mio. Pud, 1890 242,9 Mio. Pud, 1895 348 Mio. Pud und 1902 637,7 Mio. Pud."¹⁵

Damit hatte sich Baku nicht nur zum Zentrum der russischen Erdölförderung, sondern um die Jahrhundertwende zu dem bedeutendsten Erdölrevier der ganzen Welt entwickelt. 1900 wurden in Rußland 51,3% der Weltölproduktion gefördert.¹⁶

Die Zunahme der Erdölgewinnung auf der Halbinsel Apseron war eng mit der schwedischen Naphta¹⁷-Produktionsgesellschaft Gebrüder Nobel verbunden. Robert und Ludwig Nobel begannen 1875 mit Unterstützung ihres Bruders Alfred, in großem Maße in das Erdölgeschäft im südlichen Kaukasusgebiet einzusteigen.¹⁸

Von deutscher Seite aus ergriffen die Gebrüder Siemens als erste die Initiative zur Erdölförderung. Sie kauften 1866 in Zarskie Kolodzy

15 Lenin, W.I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland. In: Werke, Bd.3, Berlin 1956, S. 504.

16 Vgl. Graf, Georg Engelbert, Erdölkapitalismus und Erdölpolitik, Leipzig 1925, S. 68.

17 Naphta ist die Bezeichnung für zyκλοalkanreiches Erdöl und Rohbenzin; das wichtigste Ausgangsmaterial für das 'Cracken' zur Herstellung petrochemischer Grundstoffe.

18 Vgl. Schück, Henrik / Solmann, Ragnar, Nobel, Leipzig 1928, S. 39.

(Kachetien) Erdölquellen auf. Das geförderte Erdöl nutzten sie für die Produktion ihrer Kupferwerke in Kedabek.¹⁹

Einige Jahre später gelang es dem deutschen Kapital, seinen Einfluß im russischen Erdölgeschäft auszuweiten. Finanzielle Schwierigkeiten des schwedischen Nobel-Konzerns, die durch Katastrophen im Werk, den Verlust eines der größten Transportschiffe und einer allgemeinen Krise in der Erdölindustrie hervorgerufen wurden, nutzten deutsche Banken für ein Eindringen in den russischen Erdölmarkt. Sie beteiligten sich mit ca. 9% an der Naphta-Produktionsgesellschaft Gebrüder Nobel und erhielten somit direkten Zugriff auf das Erdöl von Baku.²⁰

Die außerordentliche Bedeutung Bakus im Erdölsektor und als Umschlagplatz für Waren aus Zentralasien und Persien war für die deutsche Gesandtschaft in Persien Anlaß, am 18. November 1888 dem Reichskanzler Bismarck den Vorschlag zu unterbreiten, in Baku ein deutsches Konsulat zu errichten. Damit verfolgte die deutsche Bourgeoisie, wie wir schon im Falle Siemens in Tiflis gesehen haben, das Ziel, konsularische Vertretungen als Sachwalter des deutschen Industrie- und Handelskapitals im Ausland zu nutzen.

Bismarck begrüßte diese Anregung ohne Einschränkung und schlug vor, daß die Errichtung eines deutschen Konsulats in Baku der russischen Regierung in folgender Weise begründet werden sollte:

*"Wir nehmen an der Naphta- und Petroleumindustrie in Baku einen wesentlichen Anteil aus zwei Gründen: erstens wünschen wir gegenüber dem bisherigen Amerikanischen Monopol eine Konkurrenz zu haben und hätten daher auch, wie in Rußland bekannt wäre, der Einfuhr russischen Petroleums nach Deutschland Erleichterungen verschafft. Sodann legten wir mit Rücksicht auf den großen Petroleumbedarf in Deutschland darauf Wert, daß wir für den Fall einer Unterbrechung der See Verbindung durch Krieg Zufuhr auf dem Landwege hätten."*²¹

Hier offenbarten sich zwei wesentliche Zielsetzungen des deutschen Imperialismus. Zum einen das Bestreben, durch die ungehinderten

19 Vgl. Siemens, Werner, Lebenserinnerungen, Berlin 1908, S. 227/228.

20 Vgl. Benneckenstein, Horst, Akademie-Verlag, a.a.O., S. 268/269 u. Mai, Joachim, a.a.O., S. 178.

21 ZSTA Potsdam, AA, Nr. 52212, Das kaiserliche Konsulat in Baku, Bl. 3.

Rohstofflieferungen aus dem Südosten in einem Krieg gegen England und Frankreich bestehen zu können, zum anderen das Interesse, den US-amerikanischen Einfluß im Erdölgeschäft zurückzudrängen. Dabei versuchten die Deutsche Bank und andere Berliner Banken, wie Lenin schrieb, Rumänien mit seinen Erdölquellen "für sich zu behaupten und es mit Rußland gegen Rockefeller zu vereinigen."²²

Bis zum ersten Weltkrieg konnte der deutsche Imperialismus das hochgesteckte Ziel, den bestimmenden Einfluß auf die Erdölindustrie der Kaukasusregion zu erlangen, allerdings nicht durchsetzen. Bis zu diesem Zeitpunkt beherrschten drei große Trusts den kaukasischen Erdölsektor (zu dem neben dem Revier von Baku noch die nordkaukasischen Vorkommen von Grosny und Maikop gehörten): die Naphta-Produktionsgesellschaft der Gebrüder Nobel, der Royal Dutch-Shell-Konzern und die Russian Oil Corporation.²³

An der Gesellschaft der Gebrüder Nobel und der Russian General Oil Corporation besaß das deutsche Kapital zwar Anteile, jedoch keine Mehrheiten, die ihm zur vorherrschenden Rolle verholfen hätten. Unter anderem deshalb begann Deutschland 1914 den 1. Weltkrieg gegen Rußland, Frankreich und England. Die imperialistischen Kontrahenten sollten im Kampf um die Rohstoffe des Südostens aus dem Felde geschlagen werden.

Die Bedeutung der Wissenschaft für den deutschen Kaukasusimperialismus

In seinen Bestrebungen, das Kaukasusgebiet mit ökonomischen und militärischen Mitteln für sich zu sichern, konnte der deutsche Imperialismus auf zahlreiche Forschungsberichte deutscher Wissenschaftler zurückgreifen. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts wurde die Kaukasusregion durch deutsche Wissenschaftler systematisch bereist. Große Bedeutung für die Kenntnis der geologischen Struktur des Gebietes hatte z.B. die wissenschaftliche Tätigkeit von Hermann Abich, der 28 Jahre seines Lebens der Erforschung des kaukasischen Hochlandes

22 Lenin, W.I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 253.

23 Vgl. Benneckenstein, Akademie-Verlag, a.a.O., S. 271 u. Zeitschrift Petroleum, Jg. 1925, H. 5.

widmete. Seine zweifellos bedeutendste Entdeckung waren die Manganerzvorkommnisse von Tschiatura im Jahre 1846.²⁴

Um die Jahrhundertwende, d.h. in eine Zeit in der sich militärische Konflikte zwischen Frankreich, England und Rußland auf der einen Seite und Deutschland und Österreich-Ungarn auf der anderen Seite anbahnten, fielen die Studien von Otto Wachs und C. von Zepelin über die militärstrategische Bedeutung des Kaukasusgebietes.²⁵ Das Übergreifen der deutschen "Orientpolitik" auf die Kaukasusregion fand seinen Ausdruck u.a. darin, daß die Exponenten der Expansionsrichtung Nahost, die Wissenschaftler und Publizisten Hugo Grothe, Paul Rohrbach und Ernst Jäckh sich aktiv an der Erforschung Kaukasiens beteiligten.²⁶ Ihre Aufgabe war die zielgerichtete Erkundung der ökonomischen Reichtümer und der militärischen und strategischen Bedeutung des Kaukasusgebietes. Hugo Grothe schrieb z.B. 1913, daß die "Wege friedlicher Durchdringung in zu erschließende Gebiete des Orients, die kulturelle, wirtschaftliche und politische Einflußnahme zum Ziele haben, zunächst die Mittel der wissenschaftlichen Erforschung"²⁷ sind.

Otto Wachs untersuchte u.a. die strategische Bedeutung der Kaukasusregion im Falle einer möglichen Auseinandersetzung zwischen Rußland und der Türkei. Der Schwerpunkt seiner Untersuchungen galt allerdings den Möglichkeiten eines deutschen Angriffs vom Süden durch das Kaukasusgebiet und über das Schwarze Meer gegen Rußland. Er leitete die Bedeutung des Kaukasusgebietes vor allem aus seiner besonderen geographischen Lage zwischen Europa und Asien ab und folgerte, daß "einer der vornehmsten Kardinalpunkte der europäischen Situation im Kaukasus" liegt.²⁸

24 Vgl. Abich, Hermann, Aus kaukasischen Ländern. Reisebriefe von Hermann Abich, Wien 1896, Bd. 1, u. ders., Geologische Forschungen in den kaukasischen Ländern, 2 Bde, Wien 1878-1882.

25 Vgl. Wachs, Otto, Über die politische und militärische Bedeutung des Kaukasus, Berlin 1889, u. Zepelin, C. v., Die Küsten und Häfen des russischen Reiches in Europa und dem Kaukasus mit Rücksicht auf die Landesverteidigung, Berlin 1896.

26 Vgl. Grothe, Hugo, Die Bagdadbahn und das Schwäbische Bauernelement in Transkaukasien und Palästina, München 1902; ders., Meine Vorderasienexpedition 1906-1907, Leipzig 1911/12; Rohrbach, Paul, In Turan und Armenien, Berlin 1898; ders., Vom Kaukasus zum Mittelmeer, Leipzig-Berlin 1903.

27 Vgl. Grothe, a.a.O.. Zit. nach Benneckenstein, Diss, a.a.O., S. 24.

28 Vgl. Wachs, a.a.O. u. Benneckenstein, Diss, a.a.O., S. 25.

Die genannten Forschungsberichte bildeten eine wichtige Grundlage für die Kriegsziele und die Kriegsführung des deutschen Imperialismus von 1914-1918.

Deutsche Kriegsziele im Kaukasusgebiet

Unmittelbar nach der deutschen Auslösung des ersten Weltkrieges begannen führende Vertreter der herrschenden Klasse in Deutschland Ziele für die deutsche Kriegsführung zu formulieren. Dabei standen von Anfang an im Osten gewünschte Veränderungen im Mittelpunkt.

Als wesentliches Ziel der deutschen Kriegspolitik zeichnete sich bereits im August 1914 die Konzeption ab, die Bildung mehrerer "Pufferstaaten" zwischen Rußland und Deutschland zu erreichen, um Rußland nach Osten abzurängen. Der deutsche Kanzler Bethmann-Hollweg nannte am 6.8.1914 als "Pufferstaaten" ausdrücklich Finnland, Polen, die Ukraine und Georgien.²⁹ Einen Monat später schrieb er in seinem Septemberprogramm:

"Das allgemeine Ziel des Krieges: Sicherung des Deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muß...Rußland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vassallenvölker gebrochen werden."³⁰

Dies korrespondierte mit dem Programm von Paul Rohrbach, Wissenschaftler, "Forschungsreisender", Kolonialpolitiker und während des Krieges Mitarbeiter in der Nachrichtenstelle für Auslandsdienst, einer Spionageorganisation des Auswärtigen Amtes. Er empfahl als

"einziges, auf längere Sicht hin zuverlässiges Heilmittel gegen panslawistische Außenpolitik die »Zerlegung des russischen Kolosses in seine natürlichen und ethnographischen Bestandteile«: Finnland, die Ostseeprovinzen, Litauen, Polen, Bessarabien, die Ukraine, den Kaukasus, Turkestan und einen Rest, bestehend aus »Moskowien« und Sibirien."

29 Vgl. Fischer, Fritz, Krieg der Illusionen, Droste-Verlag, Düsseldorf 1900, S. 759.

30 Das Septemberprogramm von Bethmann-Hollweg. Zit. nach Opitz, Reinhard (Hg.), Europastrategien des deutschen Kapitals, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1987, S. 215.

Seinen Lesern und Zuhörern demonstrierte er die Zielsetzung an einem Bild: "Rußland lasse sich wie eine Apfelsine ohne lebensgefährliche nationale Blutungen auseinandernehmen."³¹

Dieser Linie schlossen sich auch die deutschen Stahlindustriellen an. So forderte August Thyssen im September 1914:

*"Rußland muß uns die Ostseeprovinzen, vielleicht Teile von Polen und Dongebiet mit Odessa, die Krim sowie asowsches Gebiet und den Kaukasus abtreten, um auf dem Landwege Kleinasien und Persien zu erreichen...Vielleicht ist diese letzte Aufgabe zu groß und unerreichbar, wenn ich auch der Meinung bin, daß gerade der Kaukasus mit Rücksicht auf seine bedeutenden Erzschatze für Deutschland unentbehrlich ist. Der Kaukasus ist noch heute das Land, welches die größte Produktion an Manganerzen hat, das zur Herstellung von Stahl unumgänglich notwendig ist. Der Besitzer dieser Erze wird mehr oder weniger die Stahlproduktion Amerikas, welches schon heute einen grossen Teil seines Ferromangans von Deutschland bzw. von England bezieht, von sich abhängig machen, das heißt im Preise beeinflussen können."*³²

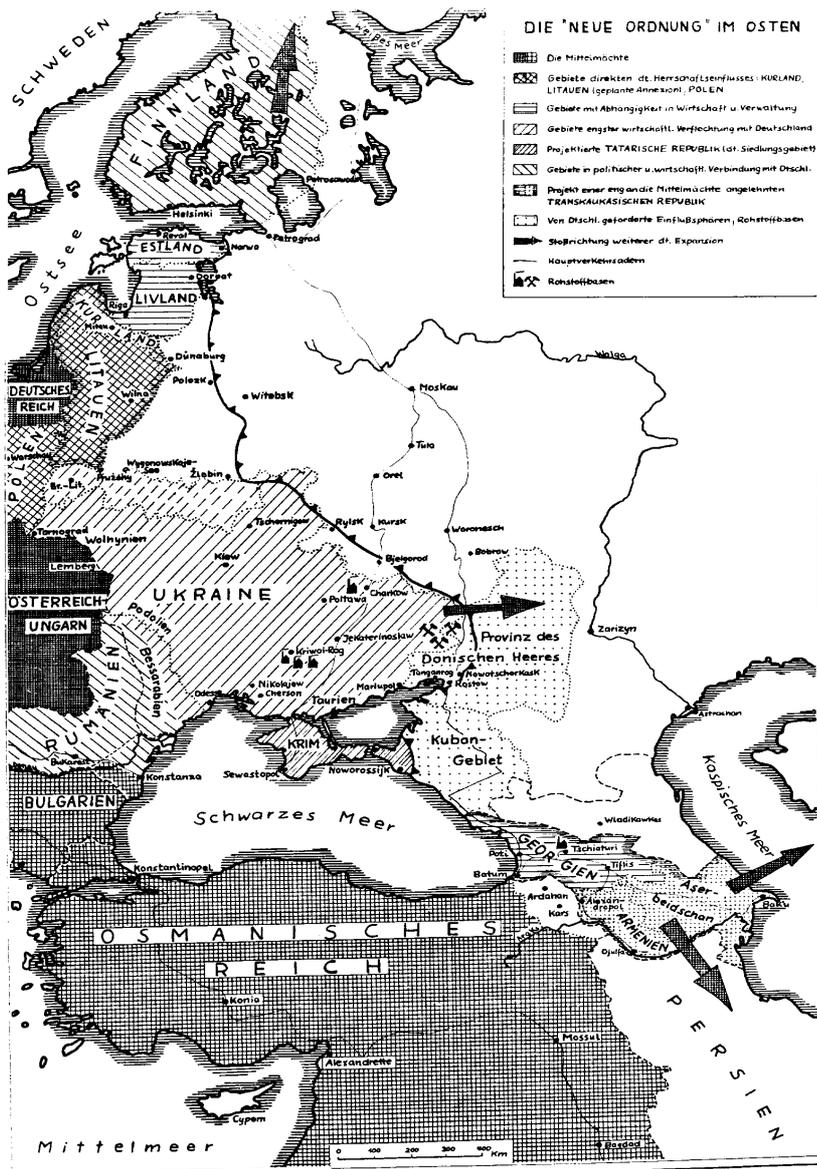
Im Laufe des Krieges folgten weitere Eingaben der deutschen Stahlindustriellen an Regierungsstellen, u.a. am 28. August 1915 eine Denkschrift der Firma Krupp über die "Bedeutung des Manganerzbaues im Kaukasus" an die Reichsregierung und am 7. Februar 1916 eine umfangreiche Denkschrift Emil Kirdorfs und August Thyssens über "Die Interessen der deutschen Stahlindustrie in dem Mangangebiet von Tschiatura."³³

In der Zeitschrift "Das neue Deutschland. Wochenschrift für Konservative Fortschritt" schrieb Adolf Grabowsky am 28. Oktober 1914:

31 Mogk, Walter, Paul Rohrbach und das "Größere Deutschland". Ethischer Imperialismus im Wilhelminischen Zeitalter, Goldmann-Verlag, München 1972, S. 19.

32 Zit. nach Opitz, a.a.O., S. 222.

33 ZStA Potsdam, AA, Volkswirtschaft Rußland, Nr. 2094, Bl. 112-119. Zit. nach Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 167.



*"Werfen wir nicht Rußland entscheidend zurück, können wir nicht Rußland in die Rolle eines Groß-Sibiriens drängen, die ihm seiner Herkunft und seiner ganzen Anlage nach gebührt, so ist der Orient für uns verloren, zugleich ist aber auch Europa verloren für die Europäer, denn dann flutet die moskowitzische Welle hemmungslos weiter."*³⁴

Der Berghauptmann Dr. Schmeißer bezog sich in einer Denkschrift an das Reichskolonialamt vom November 1915 auf die Bedeutung des kaukasischen Erdöls für die deutsche Industrie, das Heer und die Marine:

*"Sehr wichtig wäre...für diese Sicherung des Erdöls...die Hinausschiebung der türkischen Grenze zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer bzw. zur Kammhöhe des Kaukasus derart, daß die Halbinsel Apscheron mit dem Erdölgebiet Baku in die Türkei fällt."*³⁵

Wirth ging in seiner Denkschrift "Deutschland und der Orient" bei der Formulierung der Expansionsziele des deutschen Imperialismus noch weiter. Er schrieb: "Unsere Ausdehnung nach Osten richtet sich nach Rußland, nach dem Kaukasus und Iran und daneben nach der Türkei und Afrika."³⁶

Noch konkreter wurde Schwarzenegg:

*"Das ganze iranische Hochland wie das turanische Tiefland, die sämtlichen um das Schwarze und Kaspische Meer sich gruppierenden Landmassen erscheinen wie Tributstaaten, die durch ein Netz weitausgreifender Seitenlinien mit der Bagdadbahn-Magistrale verbunden, Güter ihr zuführen und von ihr empfangen und also dem großen, vierteiligen, vom Türkischen Reich über den Balkan nach Mitteleuropa ziehenden Verkehrsstrang sich anschließen."*³⁷

In einer Anlage zur Denkschrift des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, die er 1915 im Namen der maßgeblichen

34 Zit. nach Opitz, a.a.O., S. 275

35 Schmeißer, Denkschrift an das Reichskolonialamt vom November 1915. Zit. nach Rathmann, Lothar, Stoßrichtung Nahost 1914-1918, Berlin 1963, S. 65.

36 Wirth, Albrecht, Deutschland und der Orient, Frankfurt/M. 1918. Zit. nach Rathmann, a.a.O., S. 79.

37 Schwarzenegg, Otto v., zit. nach Rathmann, a.a.O., S. 80.

deutschen Wirtschaftsverbände der Reichsregierung übersandte, wurde der Kaukasus als Kriegstrophäe gefordert. Es hieß wörtlich:

*"Da der Kaukasus keine russische Bevölkerung enthält und sehr reich an Mineralien und anderen Schätzen (Naphta!), zum Teil auch sehr fruchtbar und größtenteils erst zwischen 1800 und 1878 zu Rußland gekommen ist, muß er, - wenn irgend möglich - wieder abgenommen werden! Es wäre geradezu eine Versündigung..., diese Gebiete bei Rußland zu belassen."*³⁸

Damit waren die Leitlinien für die deutsche Kriegsführung gegenüber Rußland vorgegeben.

Zur Bedeutung Georgiens für den deutschen Imperialismus

Eine besondere Stellung im Kaukasusgebiet nahm Georgien im ersten Weltkrieg für den deutschen Imperialismus ein.

Mit Ausnahme der Halbinsel Apscheron, also des Gebietes um Baku, war Georgien innerhalb der Kaukasusregion wirtschaftlich am weitesten erschlossen. Hier konzentrierten sich 60% der Eisenbahnstrecken des südlichen Kaukasusgebietes, von hier gingen Schiffwege nach Europa und nach den übrigen Gebieten des Zarenreichs (Poti, Batum und Suchumi waren wichtige Umschlagplätze Rußlands), der Bergbau war stark entwickelt und Tiflis, die georgische Hauptstadt, bildete gleichzeitig das ökonomische, administrative und militärische Zentrum der Kaukasusregion.

So verwundert es nicht, daß in der Schrift "Das georgische Volk" von Ferdinand Bork 1915, in Übereinstimmung mit den Plänen im Auswärtigen Amt, die Errichtung eines georgischen Pufferstaates gefordert wurde. Der Verfasser schrieb u.a.:

"Wenn es gelingt, den russischen Koloß zu zertrümmern, sollten unsere Politiker daran denken, den christlichen Georgiern, die in dem Türkischen Reiche keine Daseinsberechtigung haben, zu gestatten, als südkaukasischer Pufferstaat mit einem etwa zu be-

38 Claß, Heinrich, Denkschrift, betreffend die national wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele des deutschen Volkes im gegenwärtigen Kriege. Zit. nach Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 76.

gründenden mohammedanischen Kaukasien eine neutrale Grenzzone zwischen Rußland und der Türkei zu bilden."³⁹

1918 wies darüber hinaus Davis Trietsch, Generalsekretär der Deutsch-Georgischen Gesellschaft in seiner Schrift "Georgien und der Kaukasus" auf die günstige Verkehrslage für Deutschland in Georgien hin, die eine durchgehende Verbindung von der Donau bis Batum und Poti und von hier aus weiter über Baku bis Persien, Afghanistan und Indien ermögliche.⁴⁰

Um diese günstigen Verkehrswege nach Südosten für sich zu sichern und um die wertvollen Rohstoffe des Kaukasusgebietes ungehindert für sich beanspruchen zu können, kämpfte der deutsche Imperialismus während des ersten Weltkrieges mit allen möglichen offenen und verdeckten Mitteln.

Die deutsche "Revolutionierungspolitik" im Kaukasus

Ein wesentliches Instrument der deutschen Kriegsführung war die geheimdienstliche Schürung und Unterstützung von Aufständen kaukasischer Nationalisten gegen die russische Herrschaft, mit dem Ziel das kaukasische Gebiet vom russischen Staat abzutrennen. Organisationszentrum dieser Aktivitäten wurde das deutsche Konsulat in Tiflis. In ähnlicher Weise sollten Aufstände gegen die englische Kolonialherrschaft am Persischen Golf, in Ägypten und in Indien angestoßen werden. Zentrum hierfür wurde die deutsche Botschaft in Konstantinopel. Die Vorbereitung der "Revolutionierungspolitik" begann schon Jahre vor dem Ersten Weltkrieg. In seiner berühmten Damaskusrede hatte sich der deutsche Kaiser 1898 zum "Schutzherrn von 300 Millionen Mohammedanern" erklärt und in einem Brief an den Emir von Afghanistan schrieb er:

"Es war von jeher mein Wunsch, die muhammedanischen Nationen unabhängig zu wissen und ihren Staaten möglichst freie Kraftentfaltung zu gewähren. So liegt es Mir nicht nur für den Augenblick

39 Bork, Ferdinand, Das georgische Volk, in: Länder und Völker der Türkei, Schriften des deutschen Vorderasienkomitees, H. 4, Leipzig 1915. Zit. nach Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 74.

40 Trietsch, Davis, Georgien und der Kaukasus, Berlin 1918. Zit. nach Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 76.

*am Herzen, den muhammedanischen Völkern in ihrem Kampf um die Selbständigkeit zu helfen, sondern Ich werde sie mit meiner kaiserlichen Regierung auch in Zukunft stützen... Die heute schon bestehende Interessengemeinschaft zwischen dem deutschen Volke und den Muhammedanern wird auch nach Beendigung des Krieges weiterbestehen bleiben."*⁴¹

Der deutsche Imperialismus versuchte also ganz offensichtlich die Unabhängigkeitsbestrebungen der muslimischen Bevölkerung gegen die englische und russische Herrschaft für seine Interessen zu nutzen.

Im Kaukasusgebiet begann die deutsche "Revolutionierungspolitik" spätestens 1911. In diesem Jahr wurde Graf Werner von der Schulenburg als kaiserlicher Konsul in Tiflis eingesetzt. Einer seiner ersten Berichte an den Reichskanzler betraf die unsichere politische Lage im Kaukasusgebiet, die er aus der erfolglosen Verfolgung des Abreken (Räuber) Selem-Chan, "der dem mohammedanischen Stamm der Tschetschenzen angehört", ableitete. Diese Information bestärkte bei der deutschen Regierung die Überzeugung, daß die russische Herrschaft in der Kaukasusregion nicht gefestigt sei und es möglich wäre, über einen längeren Zeitraum hinweg, mit kleinen Gruppen im Gebirge zu operieren.

Seit dieser Zeit mit der Problematik der sozialen und nationalen Widersprüche des Kaukasusgebietes und seiner großen ökonomischen Potentiale vertraut, nutzte Schulenburg seine Kenntnisse während des Ersten und sogar bis in den Zweiten Weltkrieg hinein für eine Politik der Loslösung der Region von Rußland.⁴²

Wesentlich verstärkt wurden die deutschen Bestrebungen zu Beginn des Ersten Weltkrieges. Bereits am 29. Juli 1914 lehnte der deutsche Kaiser den Rückzug der deutschen Militärmission und insbesondere des Generals Liman von Sanders in einem Telegramm mit den Worten ab:

"Muß verbleiben und auch gegen England den Krieg und Aufstand schüren." Und einen Tag später fügte er hinzu: "England muß öffentlich die Maske christlicher Friedfertigkeit... abgerissen werden. Unsere Konsuln in der Türkei und Indien, Agenten, usw. müssen die ganze mohammedanische Welt gegen dieses verhaßte,

41 Zit. nach, Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht, Droste-Verlag, Düsseldorf 1971, S. 138/139.

42 Vgl. Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 50.

*verlogene, gewissenlose Krämervolk zum wilden Aufstande entflammen.*⁴³

Am 3. August 1914 wies der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, Zimmermann, den deutschen Botschafter in Konstantinopel, von Wangenheim, an "den Kaukasus gegen Rußland zu revolutionieren."⁴⁴

Bei seiner Aufwiegelungspolitik gegen Rußland baute der deutsche Imperialismus im Kaukasusgebiet vornehmlich auf zwei Gruppen. Zum einen georgische Nationalisten und zum anderen die muslimische Bergbevölkerung und die EinwohnerInnen Aserbaidshans. Letztere gedachte man mit Hilfe des türkischen Bundesgenossen in einen Aufstand gegen Rußland treiben zu können.⁴⁵

Eine Strategie der "Revolutionierungspolitik" bestand in der Bewaffnung potentieller Aufständischer durch Deutschland - über den Umweg Türkei. So forderte Wangenheim in einem Telegramm an das Auswärtige Amt vom 20. August 1914 in bezug auf vereinbarte Rüstungslieferungen an die Türkei, "daß ein Teil der deutschen Waffensendung von etwa 4000 Gewehren, beschleunigt herkommt. Sie werden dringend gebraucht zur Bewaffnung der Bevölkerung im Kaukasus, speziell in Georgien."⁴⁶ Sein Wunsch wurde erfüllt: Bis Ende Oktober 1914 wurden 26 Waggonladungen mit Waffen und Munition für den Transport in die Türkei bereitgestellt.⁴⁷

In einem weiteren Telegramm vom 4. September 1914 bat Wangenheim den deutschen Generalstab um Informationen, "an welcher Stelle Brücken und Tunnels vorhanden sind, die sich besonders zur Sprengung eignen." Der Vorschlag zu solchen Aktionen, die mit Hilfe türkischer Unterstützung in Georgien und Dagestan durchgeführt werden sollten, verdeutlicht die Rolle des deutschen Botschafters in der Türkei im "Revolutionierungskonzept".

43 Zit. nach Fischer, Griff nach der Weltmacht, a.a.O., S. 139/140.

44 Zit. nach Fischer, a.a.O., S. 149.

45 Vgl. Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 88.

46 Politisches Archiv (PA) Bonn, Wk 11d, Wangenheim an AA, 20.8.1914, Bl. 8. Zit. nach Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 89.

47 Vgl. Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 101.

Darüber hinaus erfüllte er noch die Rolle eines *agent provocateurs*, um die Türkei in den Krieg gegen Rußland zu stoßen. Die adelig-liberale georgische Sezessionsbewegung war dazu ausersehen, an der russisch-türkischen Grenze die "Brandfackel des Krieges" zu legen. Gleichzeitig sollte dieses Ziel durch eine von der Obersten Heeresleitung am 16. September 1914 geforderte Demonstrationsfahrt der deutsch-türkischen Flotte im Schwarzen Meer zur "Herbeiführung eines Zwischenfalls mit Rußland" erreicht werden.

Bei den Versuchen, Sabotage- und Aufstandsunternehmen im Kaukasusgebiet zu starten, konnten das Auswärtige Amt und der Generalstab auf die lückenlose Berichterstattung ihrer diplomatischen Vertreter aus der Vorkriegszeit über Bahn-, Straßen- und Verteidigungsbauten zurückgreifen. Finanziell unterstützt wurden die verdeckten Operationen u.a. durch den Leiter der Deutschen Bank, Artur Gwinner, der durch finanzielle Beihilfen und Transfermanipulationen Gelder freimachte, z.B. durch einen Transfer von 20.000 englischen Pfund nach Teheran.⁴⁸

Als potentielle Anführer von Aufstandsbewegungen wählte die deutsche Regierung in erster Linie georgische Emigranten aus, die dem Adel oder der Bourgeoisie entstammten. Sie wurden mit falschen Pässen versorgt und über die Türkei in das Kaukasusgebiet eingeschleust. An vorderster Stelle stand dabei der Fürst Georg Matschabelli, ein georgischer Emigrant, der an der bürgerlichen Revolution von 1905-1907 in Rußland teilgenommen hatte und danach ins Ausland geflohen war. Er wurde mit einem Ausweis der deutschen Militärverwaltung in Belgien ausgestattet und traf sich im Herbst 1914 mit weiteren georgischen Emigranten in Deutschland. Diese Verhandlungen ergaben eine völlige Übereinstimmung mit den Ansichten des Auswärtigen Amtes über die Zukunft des Kaukasusgebietes. Matschabelli vertrat die Ansicht, daß es zur Beseitigung der zaristischen Herrschaft im Kaukasusgebiet vorerst genüge, in Georgien eine Gruppe von 50000 Aufständischen aufzustellen, die von Deutschland bewaffnet werden sollten.⁴⁹

Für die Einheiten der Aufständischen sollten u.a. kriegsgefangene Georgier rekrutiert werden, die zu diesem Zweck von russischen Kriegsgefangenen separiert wurden. Karl Liebknecht protestierte

48 Vgl. Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 72 u. 94-103.

49 Vgl. Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 98.

entschieden gegen "diesen Seelenfang, das Pressen wehrloser Gefangener zum Landesverrat in deutschen Gefangenenlagern..."⁵⁰

Unterstützt wurde die deutsche "Revolutionierungspolitik" von deutschen Wissenschaftlern, sogenannten "Orientexperten", die ihre gesammelten Erkenntnisse nun dem deutschen Imperialismus zur Verfügung stellten. Einige von ihnen arbeiteten in der Nachrichtenstelle für Auslandsdienst, die zu Beginn des Krieges geschaffen wurde, um die deutsche Propagandaaarbeit im Ausland aufzubauen. Der Berliner Professor Ernst Jäckh leistete dort Vorarbeiten für Sabotage- und Aufwiegelungsunternehmen. Er sammelte Kartenmaterial, stellte es bestimmten Zielen gemäß zusammen und organisierte den Transport nach Konstantinopel. Bereits Anfang Januar 1915 gab er in einer Denkschrift mit dem Titel "Bericht über die Organisation in Konstantinopel zur Revolutionierung feindlicher Gebiete" einen Überblick über die bisherigen subversiven Aktionen des deutschen Imperialismus im Südosten. Mehrfach wurde er in Sondermission nach Konstantinopel gesandt, dem wichtigsten deutschen Außenposten für die Revolutionierung des Vorderen Orients und Afrikas sowie des Kaukasusgebietes und Südrußlands.⁵¹

Ebenfalls große Aufmerksamkeit widmeten die Vertreter der deutschen "Revolutionierungspolitik" dem Erdölzentrum Baku. Auch hier sollten Insurrektionen und Sabotageaktionen gegen die russische Herrschaft durchgeführt werden. Noch erfolgversprechender erschien einem Mitarbeiter des deutschen Botschafters in der Türkei die Entfesselung von Streikaktionen, denn, so schrieb er, "durch Unterbrechung der Betriebe würden die mit Petroleum betriebenen Eisenbahnen und Dampferlinien bis zum Wolgagebiet lahmgelegt. Ferner ist Baku der gegebene Punkt, um mit den in Persien der Auslösung harrenden revolutionären Kräften in Verbindung zu kommen."⁵²

Einer der Wortführer dieser Politik war der Zentrumsolitiker Matthias Erzberger, der eng mit dem Thyssen-Konzern verbunden war. Seit

50 Liebknecht, Karl, Das Zuchthausurteil gegen Karl Liebknecht. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Berlin 1971, S. 95.

51 Vgl. Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 101/102 u.Fischer, Griff nach der Weltmacht, a.a.O., S. 143/144.

52 PA Bonn, Wk 11d, Bd. 1, Zimmer an AA, Berlin, 21.10.1914, Bl. 193. Zit. nach Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 115/116.

spätestens September 1914 arbeitete Erzberger aktiv mit einem Dr. Paul Schwarz an der Aufgabe, Rußland vom Bezug des Erdöls in Baku abzuschneiden. Um dies zu erreichen sollten die Erdölanlagen (Bohrtürme, Raffinerien und Speicher) in Batum zerstört und die Bahnlinien unterbrochen werden. Am 24. September 1914 übersandte Erzberger dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, die Vorstellungen des Dr. Schwarz über einzuleitende Unternehmungen mit dem persönlichen Hinweis:

"Die Angelegenheit, von der hier die Rede ist, ist von höchster militärpolitischer Bedeutung. Es handelt sich darum, die Vorrechte, welche Rußland in Batum an Rohöl besitzt, für Verwendung auf den russischen Eisenbahnen unschädlich zu machen und die Zufuhr von Rohöl aus Baku zu unterbinden. Wenn dieser Plan gelingt, dann können wir überzeugt sein, daß die russischen Eisenbahnen in zwei bis drei Monaten vollständig lahmgelegt sind."⁵³

Für die geplanten Anschläge forderte Dr. Schwarz einen Dispositionsfond von 5.000 bis 10.000 Mark, möglichst in Gold.⁵⁴

Durch die Unterstützung Erzbergers und des Unterstaatssekretärs Zimmermann konnte Dr. Schwarz kurzfristig nach Konstantinopel reisen und dort Vorarbeiten für das geplante Unternehmen einleiten. Bereits am 15. Oktober 1914 traf vom deutschen Botschafter in der Türkei, Wangenheim, ein Telegramm für Erzberger im Auswärtigen Amt ein, in welchem Schwarz darüber informierte, "daß nach eingehenden Studien und nach Rücksprache mit maßgeblichen deutschen Persönlichkeiten Durchführung...der gestellten Aufgaben möglich sei und das Gelingen wahrscheinlich wäre."⁵⁵ In Deutschland leistete Erzberger selber wichtige Vorarbeiten für die Sabotageaktionen, u.a. durch die Besorgung von Kartenmaterial bei Firmen, die im kaukasischen Ölgeschäft beteiligt gewesen waren, wie der Mineralölwerke Albrecht & Co.

Daneben arbeitete Erzberger an der Herstellung von Verbindungen zu Vertretern der katholischen Kirche in Armenien, mit dem Ziel, die

53 PA Bonn, Wk 11d, Erzberger an Unterstaatssekretär Zimmermann im AA, Berlin, 24.9.1914, Bl. 53. Zit. nach Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 117.

54 PA Bonn, a.a.O., Bl. 54 u. 55. Zit. nach Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 118.

55 PA Bonn, Wk 11d, Wangenheim an AA für Erzberger, Therapia, 15.10.1914, Bl. 137. Zit. nach Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 118.

christlichen Armenier an die Seite Deutschlands zu bringen. Angesichts unüberbrückbarer Gegensätze mit dem Jungtürkischen Komitee kam die deutsch-armenische Verbindung während des Krieges jedoch nicht zum Tragen.⁵⁶

Auch die Vertreter der adelig-liberalen georgischen Sezessionsbewegung konnten die hochgeschraubten Erwartungen, die die deutsche Regierung mit der "Revolutionierungspolitik" verband, nicht erfüllen. Es gelang ihnen nur in sehr geringem Maße, Georgier für Einsätze gegen Rußland zu gewinnen.

Da man in Berlin aber nicht bereit war, die eigenen Wunschträume als unrealistisch abzutun, suchte man nach anderen Ursachen für das Ausbleiben der Aufstandsbewegung. Die Meinung, der türkisch-georgische Interessengegensatz sei nicht überbrückbar und die türkische Unterstützung der "Revolutionierungspolitik" im Kaukasusgebiet sei mangelhaft bzw. wäre latenter Widerstand, veranlaßte die deutsche Reichsregierung, die Organisation der Aufwiegelungskonzeption deutschen Offizieren zu übertragen.

Die Heeresleitung schlug vor, den Grafen Wolfskeel - er sollte als Militärattache in Teheran eingesetzt werden - zum Verbindungsoffizier in die kaukasischen Grenzgebiete zu entsenden. Der deutsche Botschafter in der Türkei erklärte sich grundsätzlich mit der Einrichtung eines solchen Postens für die Kaukasusregion einverstanden und nannte die Städte Trapezunt und Erzerum als möglichen Sitz eines solchen Kommandos. Gleichzeitig vertrat er aber die Meinung, den früheren Konsul in Tiflis, Graf von der Schulenburg, mit der Aufgabe zu betrauen.

Im Frühjahr 1915 genehmigte der Chef des Generalstabes des Feldheeres die Ablösung des Grafen Schulenburg von seiner militärischen Funktion und seine Entsendung als Leiter der kaukasischen Aufstandsbewegung und der georgischen Legion, offiziell als "Verbindungsoffizier für den Kaukasus". Kurz darauf übernahm Schulenburg diesen Posten.

Mit deutscher Gründlichkeit wurden folgende Instruktionen für Schulenburgs Tätigkeit erlassen:

- a) Vorbereitung und Einleitung der Aufwiegelung des Kaukasus gegen Rußland sowie Regelung aller die Durchführung des Aufstandes

56 Vgl. Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 118-121.

betreffenden Fragen im Einvernehmen mit dem Revolutionskomitee und der türkischen Heeresleitung.

- b) Aufnehmen und Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen den Aufständischen und den zuständigen deutschen und türkischen Stellen sowie sonstigen mit der Bewegung im Zusammenhang stehenden Unternehmungen.
- c) Vermittlung von Nachrichten von und nach dem Kaukasus und den benachbarten Gebieten.

Schulenburg und sein Stab wurden somit zum Koordinierungszentrum aller Aktionen an der Südflanke der russischen Front.

Um die von Schulenburg organisierte georgische Legion aufzubauen, wurden Anfang 1915 die Rekrutierungsversuche unter Kriegsgefangenen in deutschen Lagern verstärkt. Dazu wurden besondere Lager für Georgier und für Muslime aus dem Kaukasusgebiet eingerichtet. Tatkräftig unterstützt wurde diese Politik von der "Nachrichtenstelle für den Orient" in Berlin. Diese Institution war für das Sammeln von Informationen aus den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sowie der Kaukasusregion geschaffen worden. Einer ihrer Mitarbeiter, Harald Cosack, war sowohl für die "Kriegsgefangenenarbeit" als auch für die Agententätigkeit im Ausland eingesetzt. Über den Leiter der Nachrichtenstelle für den Orient, Professor Mittwoch, lief auch die Finanzierung des georgischen Komitees. Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Fürsten Matschabelli, anderen georgischen Nationalisten und Vertretern des deutschen Imperialismus führte 1915 zur Bildung der "Deutsch-Georgischen Gesellschaft". Gemeinsam mit einflußreichen Persönlichkeiten der herrschenden Klasse Deutschlands fand im Jahr 1915 unter Leitung des Reichstagsmitgliedes Professor Dr. von Liszt und Matschabellis die Gründung dieser Propagandaorganisation statt. Sie diente mit ihrer Tätigkeit, d.h. durch Vorträge, Diskussionsabende, die Herausgabe von Broschüren und anderen Publikationen sowie der Anlage eines Wirtschaftsarchivs, der antirussischen Propaganda des deutschen Imperialismus und der Information deutscher Wirtschaftskreise über die ökonomischen Ressourcen Georgiens. Die Gesellschaft leitete eine noch engere politische Zusammenarbeit ein, die über den Krieg hinaus Bestand haben und dem deutschen Kapital den ungehinderten Zugriff auf die Rohstoffe der Kaukasusregion sichern sollte.

Von den kurzfristigen Zielen blieb man jedoch trotz aller Bemühungen weit entfernt. Bis November 1915 stellten sich lediglich 450 Männer für

die georgische Legion zur Verfügung. Die Legion sollte mindestens 3.000 Personen umfassen. Doch auch jetzt wurde das "Revolutionierungskonzept" noch nicht fallengelassen.⁵⁷

Bis in das Jahr 1916 hinein bereitete Graf Schulenburg mit dem deutschen Militärattache in Konstantinopel die Operation "M" vor.

Nach diesem Plan sollte die Auslösung des geplanten Aufstandes durch Emissäre des Georgischen Komitees in Georgien stattfinden. Durch einen gleichzeitig mit dem Beginn der "Revolutionierung" des russischen Kaukasusgebietes zu erfolgenden Angriff gegen die russische Südfront sollte die zaristische Kaukasusarmee in die Zange genommen, von ihrem Hinterland abgeschnitten und ein Einbruch der georgischen Legion nach Georgien ermöglicht werden. Eine unmittelbar nach dem Einmarsch in Georgien zu bildende provisorische Regierung sollte sich unverzüglich mit einem Aufruf zur Mitarbeit an der Loslösung Georgiens von Rußland an die Bevölkerung wenden.

Konkret sah der Plan vor: Die beiden georgischen Nationalisten Matschabelli und Gasawatt werden von deutschen Verbindungsleuten in der Nähe von Suchumi mit einem Begleiter, Waffen, Sprengstoffen und Geld in einem Boot ausgesetzt. Matschabelli sollte dann nach Süden gehen, die Sprengung des Tunnels bei Suram verursachen und dort den Aufstand auslösen. Gasawatt sollte gleichzeitig nach Norden gehen, wo er mit Banden Eisenbahnwege und die russische Verbindung über den Kaspische Meer dauernd stören und den Aufstand vorbereiten sollte.

Die Entwicklung des Krieges machte den deutschen Plänen jedoch einen Strich durch die Rechnung. Am 15. Februar 1916 nahmen russische Truppen Erzerum ein. Im April 1916 führten neue russische Angriffe gegen die türkische Armee zur Räumung Trapezunts. Damit war die Türkei aus allen Gebieten gedrängt, die von Georgiern bewohnt waren. In dieser Situation auf einen Aufstand der kaukasischen Bevölkerung gegen Rußland zu spekulieren, war illusorisch.⁵⁸

Deshalb wies Matschabelli das Auswärtige Amt darauf hin,

"daß die Einleitung des geplanten Unternehmens im Kaukasus gerade jetzt wenig Zweck haben würde, die für die Expedition ausgeworfene Summe würde nutzlos ausgegeben werden, solange

57 Vgl. Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 125-133.

58 Vgl. Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 138-140.

nicht eine türkische Offensive begonnen habe und einige Aussicht bestehe, Trapezunt und Erzerum wieder zu nehmen und von dort aus gegen Russisch-Kaukasien vorzugehen."⁵⁹

Trotz dieser pessimistischen Einschätzung hielt der deutsche Imperialismus an seinem Vorhaben fest. Am 26. Juni 1916 lief die Aktion "M" mit der Verschiffung Matschabellis und vier weiterer georgischer Nationalisten in einem deutschen U-Boot an. Am 29. Juni 1916 wurden die Separatisten an der östlichen Schwarzmeerküste abgesetzt. Entsprechend ihrer Aufgabenstellung versuchten sie in diverse Gebiete der Kaukasusregion einzudringen, um dort Banden zu organisieren, Sabotageakte durchzuführen und Zusammenstöße mit zaristischen Truppen einzuleiten. Während Matschabelli nach Georgien ging, tauchten zwei andere georgische Auführer im Gebiet der Tschetschenen und in der Gegend von Baku unter.

Matschabelli gelang in Georgien zwar die Kontaktaufnahme zu oppositionellen Gruppen, doch Sabotageakte konnte er nicht durchführen. Schon kurze Zeit später kehrte Matschabelli nach Deutschland zurück. Damit war die deutsche "Revolutionierungspolitik" im Kaukasusgebiet aufgrund der fehlenden Basis der adeligen und bürgerlichen georgischen Nationalisten und der Niederlagen der türkischen Armee gegen Rußland vorerst gescheitert. Aber auch in der folgenden Zeit wurden die deutschen Infiltrationsversuche im Kaukasusgebiet fortgesetzt. Die Februarrevolution von 1917 in Rußland gab den "Revolutionierungsexperten" im Auswärtigen Amt neuen Auftrieb. Nach erfolgter Kontaktaufnahme mit russischen Revolutionären in der Schweiz konnte ein Vertrauensmann des Georgischen Komitees mit der Gruppe Lenins im Zug durch Deutschland fahren und nach Georgien eingeschleust werden, wie aus einer Mitteilung der kaiserlich-deutschen Gesandtschaft in Bern an Reichskanzler Bethmann-Hollweg vom 9. Mai 1917 ersichtlich ist.⁶⁰

Nach den erfolglosen Versuchen Matschabellis wurden nunmehr andere Vertreter der georgischen Sezessionsbewegung für eine "Expedition" in das Kaukasusgebiet ausgewählt. Am 3. Oktober 1917 wurde Michael Tseretheli mit vier weiteren Georgiern von Konstantinopel mit einem

59 PA Bonn, Wk 11d, Bd. 6, Bl. 247. Zit. nach Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 140.

60 Vgl. Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 142-150.

deutschen U-Boot an die russische Schwarzmeerküste befördert. Für die Erfüllung ihres Auftrages erhielt die Gruppe 100 russische Infanteriegewehre mit 28.700 Patronen, 100 Handgranaten sowie Zünder, Kapseln und 370.000 Rubel. Der Gruppe gelang es in Tiflis Verbindungen mit führenden Vertretern der nationalistischen Parteien, einschließlich der Menschewiki, herzustellen. Diese Kontakte führten zumindest bei einigen leitenden Personen dieser Parteien zu einer verstärkten Orientierung auf Deutschland.⁶¹ Dieser Fortschritt für den deutschen Imperialismus wurde jedoch bald darauf durch die erfolgreiche sozialistische Oktoberrevolution in Rußland in seiner Bedeutung gemindert. Nun begann zwangsläufig ein neuer Abschnitt der deutschen Kaukasuspolitik.

Der Vertrag von Brest-Litowsk

Nach der Oktoberrevolution kam es umgehend zur Waffenstillstands-erklärung der sozialistischen russischen Regierung gegenüber Deutschland und dem Beginn der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk. Schon im Vorfeld dieser Verhandlungen formulierten Kapitalvertreter ihre Zielvorgaben für die deutsche Delegation. So legte der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller am 13. Dezember 1917 dem Reichskanzler eine Denkschrift "Betreffend. Die Wünsche der Eisenindustrie zum Friedensschluß mit Rußland" vor. Darin hieß es u.a.:

"Was die russischen Manganerze anbelangt, so legt unsere Eisenindustrie den allergrößten Wert darauf, daß uns die Fundgruben im Kaukasus und in Südrußland wieder geöffnet werden, denn die Manganerze bilden die notwendigsten Hilfsstoffe für unsere Stahlerzeugung. Neben den kaukasischen und südrussischen Manganerzgruben, welche vor dem Kriege fast die Hälfte der Weltförderung der Manganerze erzielt haben, finden sich größere Manganerzvorkommen nur noch in Brasilien und Britisch-Indien."⁶²

Um dem deutschen Imperialismus Möglichkeit zur Ausbeutung russischer Rohstoffe zu garantieren, sollten im Friedensvertrag nach Auffassung des Vereins folgende Punkte festgehalten werden:

61 Vgl. Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 156/157.

62 ZStA Potsdam, Büro Staatsminister Dr. Helfferich, Rußlands Rohstoffversorgung, Nr. 19 290, Bl. 105f. Zit. nach Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 165.

- Rußland müsse die Ausfuhr von Mangan- und Eisenerzen nach Deutschland unbeschränkt und ungehemmt, also auch zollfrei, zulassen;
- Rußland müsse den Erwerb von Erzgruben aller Art und Grundstücken in allen Landesteilen sowie ihre Benutzung und Ausbeutung durch Deutsche frei von Sondersteuern zugestehen;
- Rußland müsse die früheren billigen Eisenbahntarife auch künftig gewähren und für alle Transporterleichterungen auf dem Land- und Seeweg sorgen;
- Rußland müsse die während des Krieges von den feindlichen Ausländern an den Erzgruben oder durch Lieferungsverträge erworbenen Rechte für gesetzlich ungültig erklären.⁶³

Während der Zeit der Verhandlungen verstärkte der deutsche Imperialismus nochmals die Zusammenarbeit mit seinen georgischen und türkischen Verbündeten. Während dem "Vertrauensmann für Nordkaukasien", Gasawatt, in dieser Zeit 300.000 Rubel für die Aufwiegelung der "kaukasischen Bergvölker" zur Verfügung gestellt wurden, organisierte der Schüler des deutschen Imperialismus und Militarismus, Enver Pascha nach dem Muster bestellter Hilferufe (das Deutschland mit den baltischen Gebieten vorexerziert hatte) Anschlußkundgebungen an die Türkei in der Kaukasusregion.

Darüber hinaus begannen türkische Truppen im Februar 1918 eine Offensive gegen Sowjetrußland. Dabei besetzten sie u.a. Trapezunt und bewegten sich auf Erzerum zu.

Nachdem die sowjetische Verhandlungsdelegation unter Trotzki angesichts der haarsträubenden deutschen Bedingungen die Gespräche unterbrochen hatte, brach die deutsche Militärführung am 18. Februar 1918 unter einem Vorwand den vereinbarten Waffenstillstand. Innerhalb weniger Tage besetzten deutsche Truppen große Teile des sowjetischen Territoriums.⁶⁴

Um Schlimmeres zu verhindern ließ sich die neugebildete sowjetische Friedensdelegation am 3. März 1918 auf die erniedrigenden deutschen Bedingungen ein und unterzeichnete den Vertrag von Brest-Litowsk.

63 ZStA Potsdam, a.a.O., Bl. 107f. Vgl. Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 166.

64 Vgl. Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 175-178.

Gleichzeitig gab sie jedoch eine Erklärung ab, in der sie darauf hinwies, daß die Sowjetrepublik durch die deutsche Erpressung gezwungen sei, die Bedingungen für den Friedensvertrag anzunehmen. Der Verhandlungsleiter der Delegation, Sokolnikow, sprach von einem Frieden, der unter "dem Vorwand der Befreiung der russischen Randgebiete sie in Wirklichkeit in deutsche Provinzen verwandelt." Darüber hinaus stellte die sowjetische Delegation fest, daß Deutschland im Kaukasus zugunsten der Türkei und "im völligen Widerspruch mit dem tatsächlichen Willen der Bevölkerung dieser Gebiete die Abtretung der Gebiete Erdehan, Kars und Batum" erzwang.⁶⁵

Mit dem Diktat von Brest-Litowsk wurden Litauen, Kurland, Kongreß-polen, ein Teil Weißrußlands und die drei genannten Bezirke des Kaukasusgebietes von Sowjetrußland abgetrennt. Gleichzeitig wurde die sowjetische Regierung zur Anerkennung der ukrainischen Sezessionsbewegung und zum Abzug ihrer Truppen aus Estland und Livland gezwungen. Damit verlor der Sowjetstaat reiche Rohstoffvorkommen und landwirtschaftlich ertragreiche Gebiete mit einer Bevölkerung von ca. 50 Millionen Menschen.⁶⁶

Mit dem Vertrag hatten die Vertreter des deutschen Handels- und Industriekapitals ihre wesentlichen Kriegsziele gegenüber Rußland verwirklicht. Nur mit einem Detail wollten sich einige deutsche Unternehmer nicht zufriedengeben: der Frage Batums.

Am 26. März 1918 wandte sich eine Interessensgruppe von Firmen, die im Erdölgeschäft tätig waren, in einer Eingabe an das Reichswirtschaftsamt. Sie erhob darin "ernsteste Bedenken" gegen die Übergabe des Hafens Batums an die Türkei. Batum war der Hauptausfuhrhafen der Bakuer Erdölindustrie am Schwarzen Meer und stand mit dem Fördergebiet durch eine Pipeline und eine Eisenbahntrasse in Verbindung. In Batum befanden sich zudem große Reservoiranlagen für Erdöl und Erdölprodukte, die vor allem den größten Erdölgesellschaften Gebrüder Nobel, Kaspische Schwarzmeer Gesellschaft und Mineralölwerke Albrecht & Co gehörten. Hier wurden die von Baku kommenden Mineralöle gespeichert und für den Transport

65 Erklärung Sokolnikow vom 3.3.1918 in Brest-Litowsk, abgedruckt in: Von Brest-Litowsk bis Rapallo, Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallo-Vertrages, Bd. I, Berlin 1967, S. 452.

66 Vgl. Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 180.

über das Schwarze Meer auf Schiffe verladen. Damit der für sie wichtigste Schwarzmeerhafen nicht an die Türkei falle, schlugen die deutschen Industriellen vor, Batum zum Freihafen zu erklären, denn damit würde der direkte Weg von Deutschland nach Baku und darüber hinaus nach Zentralasien und Persien gesichert.

Deutsche Bestrebungen zur Errichtung einer "transkaukasischen Republik"

Die Eingabe der Ölfirmen gab den letzten Anstoß für eine kurzfristig einberufene Aussprache deutscher Regierungsstellen am 22. April 1918, an der Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Ministeriums für Handel und Gewerbe, des Reichswirtschaftsamtes, der Obersten Heeresleitung, u.a. teilnahmen.

Als Ergebnis der Besprechung wurde festgehalten, daß das Auswärtige Amt mit "tunlichster Beschleunigung" die Anerkennung einer kaukasischen Republik durchsetzen sollte und zwar nicht nur durch Deutschland und seine Verbündeten Österreich-Ungarn, Türkei und Bulgarien, sondern auch durch Sowjetrußland. Der Hafen und die Stadt Batum sowie die Bahn Batum-Tiflis-Baku sollten der neuen "transkaukasischen Republik" zufallen und die Hegemonie der Türkei über die drei im Vertrag von Brest-Litowsk von Rußland abgetrennten Bezirke Ardahan, Kars und Batum nicht auf die Stadt und den Hafen des letztgenannten Bezirkes ausgedehnt werden.

Das Reichsschatzamt verpflichtete sich Kontakt zu den Hauptinteressenten der ökonomischen Durchdringung der Kaukasusregion, d.h. Siemens & Halske für den Bereich Kupferbergwerke, Gelsenkirchener Bergwerks AG (Krupp) und Gewerkschaft Deutscher Kaiser (Thyssen) für den Bereich Manganerz und Mineralölwerke Albrecht & Co. für den Bereich Erdöl aufzunehmen, um zu ergründen, für welche Objekte sich diese Firmengruppen interessierten und ob bei ihnen Bereitschaft für eine finanzielle Beteiligung beim Erwerb der Bahnen, des Hafens und anderer Objekte bestehe.⁶⁷

Die deutsche Regierung konnte bei dieser Politik auf ein Gutachten des Wissenschaftlers Dr. Adolf Dirr zurückgreifen, das dieser, basierend auf

67 Vgl. Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 192-196.

Erkenntnissen, die er auf zahlreichen Studienreisen in die Kaukasusregion gesammelt hatte, am 2. April 1918 an das Auswärtige Amt gesandt hatte.

Darin schrieb er u.a.:

*"Eine Anbahnung engster wirtschaftlicher Verbindungen und Beziehungen mit dem Kaukasus ist für Deutschland äußerst wünschenswert, wenn nicht unerlässlich. Das Land ist jetzt schon reich - ich brauche nur an seine Naphta-Quellen, Kupferminen, Kohlegruben und Manganerze (von welcher letzterem Deutschland vor dem Kriege die Hälfte der gesamten Förderung bezogen hat) zu erinnern, sowie darauf hinzuweisen, daß es in seinen Wäldern, Alpenweiden und Mineralquellen...noch kaum ausgebeutete Quellen des Wohlstandes besitzt - und könnte, wenn die Ausbeutung seiner materiellen Reichtümer nicht den in dieser Hinsicht ziemlich apathischen und rückständigen Eingeborenen überlassen wird, zu einer großen Höhe der wirtschaftlichen Entwicklung gebracht werden."*⁶⁸

Auf welch fruchtbaren Boden diese rassistisch begründeten Anregungen fielen, zeigt nicht nur das Interesse, das diese im Auswärtigen Amt hervorriefen, sondern auch die Tatsache, daß der Verfasser kurze Zeit später mit einer Delegation in die Kaukasusregion entsandt wurde, um als "Kaukasusexperte" an der praktischen Verwirklichung seiner Ideen mitzuarbeiten.⁶⁹

Im Mai 1918 begannen Friedensverhandlungen zwischen der Türkei, dem Deutschen Reich und der neuzugründenden "transkaukasischen Republik"⁷⁰

Um ihre imperialistischen Ziele durchzusetzen, versuchte die deutsche Regierung die Unterredungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dazu legte das Auswärtige Amt den "Entwurf eines Vertrages zwischen Deutschland und der Türkei einerseits und Transkaukasien andererseits" vor.

Die Ziele des deutschen Imperialismus werden in den Abschnitten V., VI. und VII. des Entwurfes besonders deutlich. Sie sahen vor, die auf dem Territorium Transkaukasiens liegenden Eisenbahnen nebst allem Zubehör

68 PA Bonn, Rußland Nr. 97a, Bd. 13, Dr. Adolf Diran das AA Berlin, ohne Datum. Zit. nach Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 198.

69 Vgl. Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 199.

70 Bestehend aus Georgien, Armenien und Aserbaidshan.

einer Gesellschaft zu übertragen, von deren Anteilen 2/7 auf Transkaukasien, 4/7 auf Deutschland und 1/7 auf die Türkei entfallen sollten. Um die Aneignung der Bodenschätze und ihre Ausfuhr für den deutschen Imperialismus zu garantieren, sah der Entwurf vor, "die Ausbeutung sämtlicher durch den Bergbau zu gewinnender Bodenschätze Transkaukasiens gesetzlich dem Staate vorzubehalten und ausschließlich einer Gesellschaft zu übertragen, deren Anteile jeweils zur Hälfte Transkaukasien und Deutschland"⁷¹ zuhielen. Dem Reichswirtschaftsamt und der Obersten Heeresleitung ging selbst dieser Vorschlag noch nicht weit genug. Statt einer Beteiligung von 50% verlangten diese Stellen einen Anteil Deutschlands von mindestens 75%. Zudem empfahl das Reichswirtschaftsamt, die Pipeline von Baku nach Batum ganz in deutschen Besitz zu bringen.⁷²

Auch das militärische Nachrichtenwesen des deutschen Reiches versuchte seinen Einfluß bis in die Kaukasusregion auszudehnen. Durch die Übertragung des Monopolrechts für den gesamten Nachrichtenbetrieb, einschließlich "dem Enteignungsrecht bei Herrichtung, Veränderung und Erhaltung von Nachrichtenanlagen" sollte das gesamte Nachrichtenwesen der geplanten Republik Transkaukasien unter deutsche Kontrolle gebracht werden. Dahingehende Forderungen übermittelte der Chef des militärischen Nachrichtenwesens Anfang Mai 1918 dem Leiter der deutschen Verhandlungsdelegation Lossow. In einem beigefügten Telegramm an Lossow hieß es:

*"Nachrichtenchef schreibt, Transkaukasien bildet einen wichtigen Durchgang für die Weltverkehrslinie Deutschland, Schwarzes Meer und angrenzende Länder bis Ost-Asien. Das Land ist auch wegen seiner Bodenschätze (Kupfer, Petroleum) und seiner Seidenerzeugung für die deutschen Draht- und Kabelwerke von Bedeutung."*⁷³

Die Batumer Friedenskonferenz begann am 11.Mai 1918.

71 ZStA Potsdam, Rußland, Kaukasus, Nr 19 299, Bd. 1, Entwurf eines Vertrages zwischen Deutschland und der Türkei einerseits und Transkaukasien andererseits, Bl. 24ff. Zit.nach Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 202.

72 Vgl. Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 203.

73 PA Bonn, Rußland Nr. 97a, Beiheft III, Militärbevollmächtigter Pera anGeneral v. Lossow, 8.5.1918. Zit. nach Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 207.

Schon vor Verhandlungsbeginn hatten sich die unterschiedlichen Ziele der drei beteiligten Delegationen abgezeichnet:

1. Der Versuch der Türkei, durch die Batumer Konferenz die Grenzen des Osmanischen Reiches von 1828 wiederzuerlangen. Das hätte bedeutet, große Teile der Kaukasusregion der Türkei einzuverleiben und die türkischen Grenzen bis Baku auszudehnen, um sich dieses Erdölgebiet zu sichern.
2. Das Bestreben des deutschen Imperialismus, die Vorherrschaft im Kaukasusgebiet zu erlangen und den Einfluß der Türkei auszuschalten. In diesem Zusammenhang war Deutschland daran interessiert, einen transkaukasischen Staat zu etablieren, um sich damit "eine Brücke nach dem Orient" zu sichern und dieses Gebiet politisch, militärisch und wirtschaftlich zu kontrollieren.
3. Der Anspruch der Vertreter des georgischen Menschewismus, der herrschenden Klasse Georgiens eine Vorrangstellung in der Kaukasusregion zu sichern und die Expansionsbestrebungen der Türkei zu stoppen.⁷⁴

Aufgrund dieser Prämissen war eine Einigung zwischen georgischen Menschewisten und der deutschen Regierung zwar denkbar, doch die Interessensgegensätze zwischen diesen beiden Gruppen und der Türkei waren nicht überbrückbar.

Der deutsche Verhandlungsführer, General von Lossow, verfolgte deshalb das Ziel, die Bestrebungen der Türkei in Richtung Bagdad und Teheran abzudrängen, um die Interessen des deutschen Imperialismus im Kaukasusgebiet zu wahren. Erreicht werden sollte in jedem Fall, die von Ludendorff am 24. April 1918 ausgegebene Vorgabe, "daß Georgien ein selbständiger Staat unter deutschem Einfluß werden möchte, der... insbesondere als Sicherung gegen England sowie evtl. als künftige Operationsbasis gegen Afghanistan und Indien zu dienen hätte."⁷⁵

Bei den offiziellen Gesprächen versuchte Lossow vorerst weiter, zu einer Gesamtlösung im südlichen Kaukasusgebiet zu kommen und zwischen Deutschland und der Türkei einerseits und der Föderativen Transkaukasi-

74 Vgl. Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 210.

75 Vgl. Staatsarchiv Dresden, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Königlich-Sächsische Gedsandschaft, Nr. 2088, Bl. 275. Zit. nach Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 211.

schen Republik andererseits den Abschluß des vom Auswärtigen Amt formulierten Vertragsentwurfes zu erreichen.

Doch daran war nicht zu denken. Bereits am 15. Mai nahm die Türkei - unter dem Vorwand notwendiger Truppentransporte gegen englische Verbände im Iran - den militärischen Vormarsch ihrer Armee in die südliche Kaukasusregion wieder auf. Unter den Bedingungen dieser erneuten Expansion der Türkei und aufgrund wachsender innerer Widersprüche brach am 22. Mai 1918 die transkaukasische Föderation auseinander. Damit gab es keine juristische Person mehr, mit der Vertreter der Türkei und der Vierbundmächte einen Friedensvertrag hätten unterzeichnen können.

Nach dieser Entwicklung arbeitete der deutsche Imperialismus an der "kleinen Lösung": Ein selbständiger georgischer Staat als Basis einer deutschen Durchdringung des Kaukasusgebietes.

Die Proklamierung der Unabhängigkeit Georgiens am 26. Mai 1918 durch die georgische Nationalversammlung fand im Beisein - und sicher nicht ohne Unterstützung - des deutschen Konsuls Graf Werner von der Schulenburg statt. Bereits zwei Tage später - am 28. Mai 1918 - schloß die deutsche Regierung mit der menschewistischen Regierung Georgiens Verträge ab, die Deutschland die politische, ökonomische und militärische Vorherrschaft in Georgien sicherten. Sie zwangen Georgien faktisch den Status einer deutschen Kolonie auf. Die deutschen Banken und Monopole erhielten Zugriff auf alle georgischen Rohstoffe. Darüber hinaus bekam Deutschland das Recht auf Nutzung der Eisenbahnlinien, der Besetzung der Eisenbahnstationen, der Kontrolle und Nutzung des Post- und Telegrafendienstes und der freien Verfügung über den Hafen Poti sowie den gesamten georgischen Schiffsraum.⁷⁶

Erst mit dem Ende des ersten Weltkrieges und dem Anschluß der kaukasischen Republiken an die Sowjetunion wurde der Zugriff des deutschen Imperialismus auf die Kaukasusregion mithilfe seines georgischen Vasallenstaates vorerst beendet.

Resümee und Ausblick

Das Kaukasusgebiet war in der Zeit von 1850 bis 1918 eines der wichtigsten Expansionsziele des deutschen Imperialismus. Deutsche Kapitalvertreter waren dabei in erster Linie an den Mangan- und

76 Vgl. Benneckenstein, Diss., a.a.O., S. 224-229.

Eisenerzvorkommen Georgiens, den kaukasischen Kupferbergwerken und dem Erdöl von Baku interessiert. Daneben galt die Kaukasusregion als deutsche "Brücke in den Orient", d.h. nach Persien, Afghanistan und Indien sowie als militärisches Aufmarschgebiet gegen Rußland. In Zusammenarbeit mit georgischen Nationalisten und türkischen Bündnispartnern, durch die "Revolutionierungspolitik" und wirtschaftliche Knebelverträge gelang es Deutschland im Laufe der Zeit, seinen Einfluß im Kaukasusgebiet zu vergrößern. Die Kriegsniederlagen 1918 und 1945 sowie die Existenz der Sowjetunion blockierten den deutschen Kaukasusimperialismus über siebzig Jahre hinweg. Heute nimmt der deutsche Kaukasusimperialismus gemeinsam mit türkischen Vasallen einen neuen Anlauf. Mit dem Zerfall der Sowjetunion ist "der große Poker um Öl und Macht"⁷⁷ in dieser Region wieder ausgelöst worden. Nach wie vor gibt es rund um das Kaspische Meer riesige Lager an wertvollen Rohstoffen, wie Chromerze, Mangan, Kupfer und vor allem Erdöl und Erdgas. Im April 1994 meldete das *Handelsblatt* "Strategische Allianzen zwischen türkischen und deutschen Firmen zur Erschließung der GUS-Märkte"⁷⁸ und schrieb weiter: "Türkische Firmen können der deutschen Industrie als Partner zur Verfügung stehen, um ihr Geschäft mit der GUS auszuweiten. Insbesondere Infrastrukturprojekte in dem riesigen zentralasiatischen Raum und in Rußland werden als Zielprojekte für strategische Allianzen dienen."⁷⁹ Die deutschen Firmen sollen Kapital und Know-how stellen, die Türkei die billigen Arbeitskräfte. Insgesamt 693 türkische Unternehmen sind bereits jetzt in den ehemaligen GUS-Staaten tätig, mit Schwerpunkt in den transkaukasischen und zentralasiatischen Republiken. In Aserbaidshan führt *Turkish Petroleum* ein Konsortium mit sieben West-Unternehmen, das dort Öllagerstätten mit einem Investitionsaufwand von rund neun Milliarden Dollar erschließen soll.⁸⁰ "Im 'great game' um die Region", so die *Süddeutsche Zeitung*,

"geht es nicht nur um die Ausbeutung der beträchtlichen Ressourcen - es geht auch darum, über wessen Staatsgebiet die Pipelines führen, mit denen Gas und Öl nach Europa transportiert

77 *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, 11/12.2.1995.

78 *Handelsblatt*, 13.4.1994.

79 *Handelsblatt*, 14.4.1994.

80 Vgl. Schmid, Fred/Schreer, Claus, Expansion nach Asien. Deutschland und die Türkei greifen gemeinsam nach den Reichtümern der GUS. In *junge Welt*, Berlin, 13.6.1995, u. *TopBusiness*, Nr.6/1994.

*werden. Wer die Röhren kontrolliert, sichert sich politische Vormacht und Devisen.*⁸¹

Die imperialistischen Mächte können sich dabei zwischen drei Alternativen entscheiden: Eine türkische Route über Nordkurdistan, eine russische Route über den Pipeline-Knoten Grosny (Tschetschenien) und eine iranische Trasse zum Golf.⁸²

Noch ist der Kampf um die Rohstoffe nicht entschieden. Doch der deutsche Imperialismus wird alles daran setzen die dominierende Rolle im Kaukasusgebiet und den angrenzenden Republiken Turkmenistan und Kasachstan zu erobern. Zumal in diesem Gebiet der früheren Sowjetunion sich die US-amerikanischen und britischen Ölmultis noch nicht so festsetzen konnten wie in der Golfregion, und die deutsche Politik und Wirtschaft über umfangreiche historische Erfahrungen verfügen.

Literatur

Abich, Hermann: Aus kaukasischen Ländern. Reisebriefe von Hermann Abich, Bd. I, Wien 1896

Abich, Hermann: Geologische Forschungen in den kaukasischen Ländern,
2 Bde, Wien 1878-1882

Benneckenstein, Horst: Transkausien - Expansionsziel des deutschen Imperialismus vor dem ersten Weltkrieg. In: Klein, Fritz (Hg.), Studien zum deutschen Imperialismus vor 1914, Akademie-Verlag, Berlin 1976

Benneckenstein, Horst: Die Transkaukasien-, insbesondere die Georgienpolitik des deutschen Imperialismus vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Ende des ersten Weltkrieges, phil. Diss., Jena 1975

Beyschlag / Krusch: Deutschlands künftige Versorgung mit Eisen- und Manganerzen, Berlin 1917

81 *Süddeutsche Zeitung*, 11./12.2.1995.

82 Vgl. Schmid / Schreer, a.a.O.

- Bork, Ferdinand: Das georgische Volk. In: Länder und Völker der Türkei, Schriften des deutschen Vorderasienkomitees, Heft 4, Leipzig 1915
- Büdel, Anton: Transkaukasien. Eine technische Geographie, Gotha 1926
- Fischer, Fritz: Krieg der Illusionen, Droste-Verlag, Düsseldorf 1969
- Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht, Droste-Verlag, Düsseldorf 1971
- Graf, Georg Engelbert: Erdölkapitalismus und Erdölpolitik, Leipzig 1925
- Grothe, Hugo: Die Bagdadbahn und das Schwäbische Bauernelement in Transkaukasien und Palästina, München 1902
- Grothe, Hugo: Meine Vorderasienexpedition 1906-1907, Leipzig 1911/12
- Lenin, W.I.: Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland. In: Werke, Bd.3, Berlin 1956
- Lenin, W.I.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: Werke, Bd. 22, Berlin 1960
- Liebknecht, Karl: Das Zuchthausurteil gegen Karl Liebknecht. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Berlin 1971
- Mai, Joachim: Das deutsche Kapital in Rußland 1850-1894, Berlin 1970
- Matschoß, C. (Hg.): Werner v. Siemens. Ein kurzgefaßtes Lebensbild nebst einer Auswahl seiner Briefe, Bd. II, Berlin 1916
- Mogk, Walter: Paul Rohrbach und das "Größere Deutschland". Ethischer Imperialismus im Wilhelminischen Zeitalter, Goldmann-Verlag, München 1972
- Opitz, Reinhard (Hg.): Europastrategien des deutschen Kapitals, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1987
- Rathmann, Lothar: Stoßrichtung Nahost 1914-1918, Berlin 1963
- Rohrbach, Paul: In Turan und Armenien, Berlin 1898
- Rohrbach, Paul: Vom Kaukasus zum Mittelmeer, Leipzig / Berlin 1903
- Siemens, Georg: Der Weg der Elektroindustrie. Geschichte des Hauses Siemens, Bd. I, Freiburg / München 1961
- Siemens, Werner: Lebenserinnerungen, Berlin 1908
- Schück, Henrik / Solmann, Ragnar: Nobel, Leipzig 1928
- Trietsch, Davis: Georgien und der Kaukasus, Berlin 1918

Von Brest-Litowsk bis Rapallo. Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallo-Vertrages, Bd.I, Berlin 1967:

Wachs, Otto: Über die politische und militärische Bedeutung des Kaukasus, Berlin 1889

Zepelin, C. v.: Die Küsten und Häfen des russischen Reiches in Europa und dem Kaukasus mit Rücksicht auf die Landesverteidigung, Berlin 1896

II

Kapitalismus- und Ideologiekritik

A. Khaliq Kaifi

Die Kasten- und Klassenstruktur Indiens

Die Kaste ist weitgehend identisch mit der Klasse Indiens, sie sind komplementär zueinander und ergänzen sich gegenseitig.

Die politischen Revolutionen wälzten weltweit die Strukturen um, dagegen blieb die Klassengesellschaft Indiens unter dem Oberprimat der Kasten bestehen, wie Marx schrieb:

*"Die Struktur der Grundelemente der Gesellschaft blieb von den Stürmen der politischen Wolkenregion unberührt."*¹

Das Wort Kaste (lateinisch *Casta* bzw. reine Gattung oder reine Rasse) ist portugiesischen Ursprungs. Die indische Bezeichnung für sie ist *Jat* oder *Jati* und kommt von dem Wort *Janam*, was eigentlich Geburt bedeutet, in die man hineingeboren wird und aus der es kein Ausbrechen gibt. Demzufolge ist das Leben kein einziger Ablauf, sondern eine Folge. Die historischen Gestalten, die die Menschen durch die Wiedergeburten annehmen, hängen von ihrem Wirken ab, das man geduldig als Schicksal (*Karma*) zu ertragen hat.

Auf dieser Grundlage basiert die Hauptsäule der indischen Gesellschaft, die religiös begründet und sakral sanktioniert wird. Die nach Indien eingewanderten Arierstämme (2000-1500 v. Chr.) schrieben unter dem Einfluß des Brahmanismus (400-800 v. Chr.) die Ideologie von '*vranashrama-dharma*' das vierstufige Kasten(-un)wesen als religiöse Pflicht fest. Die Brahmanen (Priester) deklarierten sich selbst zum Kopf, die *Kshatriyas* (Rajputen, Söhne des Königs) als Arm, die *Vaishyas* (Bauern

¹ Marx, Karl. Das Kapital, Bd. 1. In: Marx Engels Werke, 23 (1962), S. 379.

und Händler) als Unterleib und die Shudras (Arbeiter) als Fuß des Schöpfers, des Brahma.²

Die Ureinwohner Indiens wurden zu Dasas (Knechten) gemacht und als Unberührbare aus der Kastenhierarchie ausgestoßen.³

Seit der Kasten- bzw. Klassenordnung der Menschen in Privilegierte und Nichtprivilegierte beanspruchen die Brahmanen die himmlische und die Kshatriyas die weltliche Macht, keiner aus der Kaste der Vaishyas oder der Shudras, geschweige der Unberührbaren, erlangte bis jetzt die Würde eines Priesters oder den Thron eines Königs im Reich Indiens.

Die in Indien entstandenen Religionen des Buddhismus und Sikhismus, die zunächst Reformbewegungen gegen die Übermächte des Brahmanismus und des Kastenwesens waren, und die noch hinzugekommenen Religionen des Islams und des Christentums, die das Kastenwesen strikt ablehnten, mußten sich im Laufe der Zeit - je nach sozio-ökonomischem Rang ihrer Mitglieder - der Kastenordnung anpassen, um innerhalb der seit Jahrtausenden existierenden Gesellschaftsstrukturen überleben zu können.

Die moslemischen Herrscher bedienten sich der Kastenstruktur zu ihrem eigenen Nutzen. Sie arrangierten sich mit der oberen Kaste, indem sie die Brahmanen als Hof- und Verwaltungsbeamten und die Kshatriyas als Militär und Landadel (Jagirdars, Mansabdars, Rajas) einsetzten. Konträr zum islamischen Prinzip von Umma (Brüderlichkeit) und Jama'iat (Gemeinschaft) teilten die Moslemherrscher Indiens ihre Glaubensbrüder in zwei Klassen ein, in Ashrafis (Erhabene, Obere) und Ajnabis (Fremde,

2 Glasenapp, Helmut von. Der Hinduismus, München 1922 und Radhakrishnan, Sarvapalli. Weltanschauung der Hindu, Baden-Baden 1961.

3 Die Unberührbaren sind vorbestimmt für Berufe wie Bhangi (Straßen- und Toilettenreiniger), Chamar (Lederreiniger und -verarbeiter), Dhobi (Wäscher), Dom (Kadaverentferner und Schweinezüchter), Pasi (Palmsaftzapfer und -Verkäufer). Die Unberührbaren werden in der Literatur unterschiedlich bezeichnet: Altindisch (Sanskrit) heißen sie Achuts (=ansteckend). In der europäischen Literatur werden sie häufig Parias genannt, aus der tamilischen Sprache (Südindien) von Paraiyar (Trommelschläger) abgeleitet, denn in Südindien hatten die Unberührbaren auf Hindufesten die Funktion des Trommelschlägers und mußten beim Vorbeigehen die Trommel als Zeichen ihrer Unberührbarkeit tragen. Mahatma Gandhi nannte sie Harjans (Gotteskinder). Sie selbst lehnen diese Bezeichnung ab und möchten Dalits (Leidtragende) genannt werden. Die Regierung bezeichnet sie als Scheduled Castes. Sie stellen 8 bis 9 % (80-90 Mill.) der Bevölkerung. (Siehe dazu: Walker, Benjamin. An Encyclopedic Survey of Hinduism in Two Volumes, London 1968.)

Andersartige, Untere). Zu den oberen gehörten die Syeds, Shaikhs (Priester, Gelehrte), die Nachfahren des Propheten und Kalifen und dazu noch die Khans, die Nachkommen der Chengiz Khan Dynastien. Zu dem auserwählten Kreis der Ashrafis gehörten auch die Mitglieder des persischen Landadels, die die Mogulnkaiser (1526-1757) als Prinzen und Nawabs in Oudh (Do-aab, zwischen Ganges und Jamuna), in Bengalen und in Südindien einsetzten, um die Machtansprüche der altansässigen Familien der türkischen Sultanate (1206-1525) zu schwächen.

Die in Indien zum Islam konvertierte Bevölkerung, die Ajnabis, die mehrheitlich aus der unteren Kaste stammte, wurde nach wie vor als niederes Volk betrachtet, wie z. B. Julaha (Baumwoll- und Seidenweber), Dhunia (Baumwollreiniger), Rangrez (Gerber), Hajam (Barbier), Rebari (Schaf- und Kamelhalter), Qasai (Schlächter), usw. . Sie lebt noch zum größten Teil getrennt von den Siedlungen der Ashrafis, trägt nur Rufnamen nach dem Beruf, pflegt häufig die Sitten und Gebräuche ihrer Vorfahren und sucht den sozio-ökonomischen Rückhalt bei den berufsverwandten Kastenangehörigen der Hindugemeinschaft. Bis vor kurzem durften die Ajnabis generell keine Moscheen für ihre Volksgemeinschaft bauen, denn dies war den Ashrafis vorbehalten.⁴

Die noch in Indien (Bombay und Gujarat) ansässige Kaufmannsschicht der Ismailiten und Bohras, die sich als Nachfolger von dem vierten Kalif Ali (602-661) und den nachfolgenden Imamen bezeichnen, nennen die ärmeren Sunniten abfällig 'Miabhai'.⁵

4 Zur Gesellschafts- und Klassenstruktur der moslemischen Bevölkerung siehe u. a. Lane-Pool, Stanley. *Medieval India under Mohammadan Rule (A. D. 712-1764)*, Vol. 1 u. 2., New York 1970.

(Der persische Einfluß und die Verbreitung der persischen Kultur, Kunst und Sprache begann insbesondere mit der Herrschaft von Jhangir (1605-1627), seine Frau Nurjehan war eine Schiitin und Literatin. Die Schiiten waren unter der Moslembevölkerung Indiens die Vorreiter für die Annahme des britischen Bildungswesens, die Briten setzten sie bevorzugt im Verwaltungsdienst und bei kolonialen Handelsgeschäften ein - Gemessen an ihrem Anteil (ca. 10 %) an der sunnitischen Bevölkerung im ungeteilten Indien hatten sie einen großen Einfluß auf die gesamte Moslembevölkerung. Der Gründer von Aligarh Muslim University, Sir Syed Ahmed Khan, der Gründungsvater von Pakistan, Mohammed Ali Jinnah, der größte Landesfürst Nizam von Hyderabad und die großindustriellen Adamjis und Isphanis gehörten zu der schiitischen Volksgemeinschaft Indiens. (Siehe dazu: *Dictionary of India*, New York 1967)

5 Engineer, Irfan. *Politics of Muslim Vote Bank*. In: *Economics and Political Weekly (EPW)*, 30(4), Bombay 1995, S.197.

Laut Zensus von 1931 gab es allein im damaligen Fürstenstaat Gwalior (zu der Zeit 1.3 % der Einwohner Indiens) über 38 Kasten unter den dortigen Moslems.⁶

Das Aufkommen des Sufismus im indischen Subkontinent (ab dem 15. Jh.), der für die Gleichheit und Gerechtigkeit auftrat, Dargahs- und Khanqahs (Gebets- und Aufenthaltsorte) für die Unterdrückten der Gesellschaft errichtete, entstand infolge der Tyrannei und Intoleranz der Oberen. Der heilige Kabir (geb. 1518), der religionssynkretische Lieder in der Volkssprache (Hindi) über das Leiden der Ausgebeuteten schrieb und die Idee des universellen Schöpfers (Ram und Rahim) verbreitete, kam aus der Mosiemvolksgruppe der Julahas (Weber). Guru Nanak (1469-1538), Gründer der Sikhreligion und Anhänger von Sufi Nizamuddin Aulia und Zeitgenosse von Kabir, kämpfte für die Abschaffung der religiösen Dogmen und des Kastenwesens.⁷

Die orientalische Despotie im Verbund mit den Vertretern der Kasten- und Klassengesellschaft ließen das Entstehen der Aufklärung, des Humanismus und der Reformationen jeglicher Art im Keime ersticken.

Auch die Briten bauten ihre Herrschaft auf der bestehenden Struktur auf. Über die Beibehaltung der Strukturen sprach Ambedkar, der Unberührbare, zu der eigenen Volksgruppe:

"Was Sie betrifft, so hat die britische Regierung die Einrichtungen, die sie vorgefunden hat, hingenommen und getreulich beibehalten, genauso wie der chinesische Schneider, der, als man ihm einen alten Mantel als Muster gab, stolz eine genaue Kopie anfertigte, mit Löchern, Flickern und allem. Das an Ihnen verbrochene Unrecht ist gleich einer offenen Wunde geblieben und ist nicht gut gemacht worden..."⁸

6 Bronger, Dirk. Anzahl und Verbreitung der wichtigsten Kasten Indiens. In: Asien, Nr. 54, Hamburg 1995, S. 19ff.

7 Schimmel, Annemarie. Mystische Dimensionen des Islams, Aalen 1982.

8 Ambedkar, Bhimarao Ramji. Präsidentialadresse an dem Allindischen Kongreß der Niederen Kasten, August 1930. Ambedkar (1893-1956), einer der wenigen Unberührbaren, der zur politischen Eminenz aufstieg, der maßgeblich an der Ausarbeitung der indischen Verfassung beteiligt war, sich für die Abschaffung des Kastenwesens einsetzte und verbittert über die Haltung der Kongreßpartei war, trat zum Buddhismus über. Mahatma Gandhi als streng gläubiger Hindu hielt an der Kastenstruktur fest, er bekämpfte lediglich die Diskriminierung der Unberührbaren.

Mit der Eroberung des gesamten Subkontinents in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts schien es den Briten zur Verfestigung ihrer Macht notwendig, einer gewissen Gruppe des indischen Bevölkerungskreises die kolonialen Verwaltungsaufgaben in einem bestimmten Umfang anzuvertrauen. Macaulay, Gouverneur von Agra (1834-1838), der die britische Bildungspolitik in Indien entscheidend mitbestimmte, befürwortete eine regierungsloyale Klasse als Mittler zwischen Indern und Briten:

*"indisch in Blut und Farbe, aber englisch in Geschmack, Auffassung, Moral und Intellekt."*⁹

Diese Kompradorenklasse von Zamindaren (Grundeigner, Verwaltungsbeamte und Händler der ostindischen Gesellschaft) stammte ausschließlich aus der alten und neuen Schicht der oberen Kasten und Klassen Indiens.¹⁰ Nachdem die Briten sie in ihrem Sinne eingesetzt hatten, unternahmen sie weitere Schritte zur Zementierung ihrer Macht. Lord Elphinstone, Gouverneur von Bombay, sagte 1859:

*"Divide et impera, so lautet das römische Lösungswort, und wir sollten es uns zu eigen machen."*¹¹

Zur Realisierung der Politik 'teile und herrsche' schufen die Briten ein ausgeklügeltes Wahlsystem, das die Bevölkerung Indiens in Hindus, Moslems, Christen, Sikhs, Unberührbare usw. aufteilte, genannt nach der Morley-Minto Reform 1906:

*"Die Institution des getrennten Wahlrechts für Moslems, die die folgenreiche Theorie der zwei Nationen entstehen ließ, die letztendlich zur Gründung Pakistans führte."*¹²

Wie die Mogulherrscher teilten die Briten die Bevölkerung in zwei Klassen, die Babulog (die Klugen) aus Bengalen, Madras und Bombay, die für die Verwaltungsaufgaben zuständig waren, und die Bahadurlog (

9 Extracts from Macaulay's Minute on Education 1835. In: Edwardes, Michael. British India 1772-1947, London 1947, S. 126.

10 Mc Cully, B. T. English Education and the Origins of Indian Nationalism, New York 1940.

11 Lord Elphinstone, Gouverneur of Bombay, Protokoll v. 14. Mai 1859.

12 Panikkar, Kavalram Madhava. Asia and Western Dominance. A Survey of the Vasco Da Gama Epoch of Asian History 1498-1945, London 1953, S. 155.

die Tapferen) aus Nordindien, die den Militärdienst leisteten. Zu der Klasse der Klugen gehörten die Brahmanen und Syeds und zu den Tapferen die Rajputen und Khans. Panikkar beschreibt den Zustand wie folgt:

*"Die Sikhs, Rajputen und Jats, die Moslems aus Punjab, die Baluchis, Dogras und die anderen bevorzugten Gesellschaftsgruppen wurden zum Hauptrekrutierungsreservoir des britischen Heeres. Die Politik des 'teilens und herrschens' wurde in diesem Ausmaß nur mit diesen auserwählten Gruppen betrieben, die lange Zeit in dem Glauben gelassen wurden, zu den Günstlingen des britischen Imperiums zu gehören."*¹³

In diesem Kontext der Kolonialpolitik ist die Entwicklung der Kongreßpartei (Indian National Kongreß) zu betrachten. Die Initiative zur Gründung dieser Partei ging von Allan Octavian Hume aus. Er war bis 1882 in kolonialer Verwaltung tätig und zog sich dann mit der Aufgabe zurück, ein Sammelbecken für die regierungsloyale Klasse zu schaffen. Der erste Präsident des Kongresses, Womesh Chunder Bonnerjee, beschreibt die Ursprungsidee von Hume wie folgt:

*"A. O. Hume, C. B. hatte 1884 die Idee, daß es für das Land sehr vorteilhaft wäre, wenn führende Politiker einmal im Jahr zusammengebracht werden, um soziale Angelegenheiten zu diskutieren und miteinander in freundschaftliche Beziehungen zu treten. Er wünsche nicht, daß politische Fragen einen Teil ihrer Diskussion ausmachen sollten..."*¹⁴

Zur Eindämmung wachsender Unruhe in der Bevölkerung sah Hume die Aufgabe der Kongreßpartei in erster Linie in folgendem:

*"Ein Sicherheitsventil zum Auspuff starker und immer wachsender Kräfte, das wir selbst in Gang setzen, war dringend notwendig; kein wirksameres hätte gefunden werden können als unsere Kongreßbewegung."*¹⁵

13 Ebenda, S.146.

14 Indian Politics. With an Introduction by Womesh Chunder Bonnerlee, Madras 1898, S. VI.

15 Wedderburn, William. Allan Octavian Hume. "Father of the Indian National Congress" 1829 to 1912, London 1913, S. 77.

Die Kolonialherren fungierten als Ziehvater der Kongreßmitglieder und der Kongreß sah in dem Briten einen Alliierten.

Erst nach dem Erscheinen von Mahatma Mohandas Karamchand Gandhi (1869-1948) auf der politischen Bühne Indiens entwickelte sich der Kongreß von einem Debattierklub zu einer Massenbewegung, insbesondere durch seine Politik des zivilen Ungehorsams und des gewaltlosen Widerstandes (Satyagraha). Gandhi schlossen sich in Scharen die mittelmäßigen Zamindaren aus den Kasten der Brahmanen und Kshatriyas an, und es sammelte sich um ihn noch eine Anzahl von Geschäftsleuten aus seiner Kaste Vaishyas bzw. Banias, die aus seinem Heimatstaat Gujarat und aus dem Nachbargebiet Marwar (Rajasthan) kamen und Marwari heißen, die seit Jahrhunderten weltweit für ihre Geschäftstüchtigkeit bekannt sind.¹⁶

Sie finanzierten hauptsächlich die Unabhängigkeitsbewegung der Kongreßpartei. Dazu zählte vor allem Ghanshyam Das Birla, Gründer des größten Industrieimperiums Indiens. Zur materiellen Unterstützung der Kongreßpartei und Gandhis durch Birla schrieb der erste Präsident Indiens, Rajendra Prasad:

16 Die Banias betreiben seit ewigen Zeiten fast konkurrenzlos Geld- und Handelsgeschäfte. Wie die Juden Europas wurden sie von der Priester- und Kriegerkaste verachtet und vom Volk als Geldverleiher und Pfandleiher gefürchtet. Im Alt-Königreich Indien nahmen ihnen die Könige und das Militär ihr Hab und Gut, wenn sie es für nötig hielten. Sie versteckten ihr Vermögen in der Erde, in Hauswänden, in Messingbüchsen, an Flußufern und sonstigen nur erdenklichen Stellen. Francois Bernier, ein französischer Arzt, beobachtete während seines Indienaufenthaltes zu Mogulzeiten (1656-1668), daß die Banias äußerlich den Eindruck zu erwecken versuchten, über keinen Reichtum zu verfügen und er sich nicht traute, ein ansehnliches Leben zu führen oder sich gut zu kleiden, um den Verdacht des Omrahs (Bourgeoisie) zu entgehen. Die Banias konnten sich erst während der britischen Herrschaft infolge der Einführung des Besitztums (Zamindarisystem) und der Enteignungsgesetzgebung (Permanent Settlement Act 1793) frei entfalten, dienten der ostindischen Gesellschaft (Jagat setts, Jotiprasad, Nansilal, Abechand) als Geldverleiher. Sie waren die ersten, die zusammen mit den Briten Industrie- und Kapitalgesellschaften (Joint Stock Companies) gründeten. Sie kontrollieren faktisch das Handel- und Industriekapital Indiens. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, gehören ihnen die 50 größten Industriekonzerne des Landes. Sie stellen eine kleine Minderheit von ca. 4 % der Bevölkerung dar, zählen nicht zur bildungspolitischen Elite, aber finanzieren offenkundig Gruppen und Parteien, die ihre Interessen vertreten. (Literaturhinweise: Rys-Davids, C.A.F., Economic Conditions According to Early Buddhist Literature. In: Cambridge History of India, ed. E. J. Rapson, Vol. 1, New York 1922, S. 219; Travels in the Mogul Empire A.D. 1656-1668 by Franco Bernier, 2. ed. rev., by Vincent A. Smith, London 1916, S. 228; Timberg, Thomas A., The Marwaris: From Traders to Industrialists, New Delhi 1978.)

*"Gandhiji zögerte nie, ihre Ressourcen in Anspruch zu nehmen, wenn es notwendig war, noch zögerten (die Birlas) ihm ihre Mittel zur Verfügung zu stellen."*¹⁷

Um Konflikte mit den Briten zu vermeiden, enthielten sich die Birlas und andere Großindustrielle in der Regel der Parteipolitik. Birla schrieb dazu:

*"Offen gesagt, ich betrachte mich nicht als Kongreßmann, aber insgeheim trug ich großzügig zur Finanzierung des Kongreßes bei, so hatte ich in beiden Lagern ein Standbein"*¹⁸

Auch die Führung der 1906 von Nawab Salim Ullah gegründeten Partei Muslim League bestand aus Angehörigen der Zamindaren und der städtischen Oberschicht. Im provisorischen Landtag von Uttar Pradesh 1937 saßen unter den moslemischen Abgeordneten 21 Nawabs und Rajas, 23 Rechtsanwälte und 12 Khan Bahadurs - Ehrentitel für Loyalität - .¹⁹ Die Muslim League wurde finanziert von den moslemischen Industriellen:

*"Die Kongreßpartei hatte ihre Tatas und Birlas, die League ihre Isphanis und Adamjees."*²⁰

Die Anhänger der Muslim League waren der Intellektuellen- und Kapitalmacht der Hinduschiicht weit unterlegen und sehnten sich nach einem konkurrenzfreien Einfluß- und Machtbereich. Eben diese Klasse lief nach der Teilung Indiens 1947 nach Pakistan über, um dort die politische und wirtschaftliche Macht zu übernehmen.

Die Parteigründungen wie die der Kongreßpartei und der Muslim League dienten weitgehend der Unterstützung der britischen Herrschaftspolitik, der Teilnahme an der Ausbeutung des Volkes und der Sicherstellung der eigenen Macht. Dies wird dadurch deutlich, daß es bei der ersten Satyagraha von Gandhi gegen europäische Plantagenbesitzer von Indigo im Bundesstaat Bihar (Champaran) im Jahre 1917 die dortigen

17 Borla, Ghanshyam Das. *Indie Shadow oft heMahatma*. With a Foreward by the President Rajendra Prasad, Bombay 1953, S. VII.

18 Ebenda, S. 258.

19 Mujeeb, M.. *The Partition of India in Retrospect*. In: *The Partition of India*, ed. G. H. Philips, London 1970, S. 411.

20 Zaidi, Z- H.. *Aspects of the Development of Muslim League Plicy 1937-47*. In: *The Partition of India*, a. a. O., S. 270.

Zamindaren waren, die Gandhi zu Hilfe holten, um die Europäer zu vertreiben und sich anschließend selbst die Plantagen anzueignen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu wissen, daß 1896 Deutschland die synthetische Herstellung Indigos gelang, und der künstliche Farbstoff in der Folgezeit den natürlichen verdrängte. Die meisten Europäer gaben das Indigogeschäft auf. Einige blieben in Indien und begannen - zusammen mit den dortigen Zamindaren Jute und Zucker anzubauen. Im Volksmund hieß es damals:

*"Nilhe gaye, milhe aye." (statt Indigo kamen die Jute- und Zuckerfabriken)*²¹

Diese Entwicklung änderte kaum etwas an der Ausbeutung der bäuerlichen Bevölkerung. In den Worten von Das:

*"Die Satyagraha von Gandhi in Champaran dauerte nicht länger als ein Wunder von 56 Tagen. Der Indigo ging, aber die Ausbeutung setzte sich fort."*²²

Infolge der russischen Revolution 1917 kam es 1920 zur Gründung der kommunistischen Partei in Indien, die nach der raschen Beendigung der britischen Herrschaft und der Enteignung des Grundbesitzes und des Kapitals massiv auftrat.

An einigen Orten verweigerten die Bauern die Zahlung der Grundrente an die Zamindaren. Beunruhigt durch solche Entwicklung faßte der Kongreß die entsprechende Resolution in Bardoli am 12. Februar 1922 u. a. wie folgt:

*"Der Arbeitsausschuß rät den Kongreßfunktionären und -organisationen, die Ryots (Bauern) dahin zu informieren, daß die Zurückhaltung der Pachtzahlungen an die Zamindaren im Gegensatz zu den Resolutionen des Kongreßes steht und die höchsten Interessen des Landes verletzt."*²³

Gandhi äußerte sich in der von ihm herausgegebenen Zeitung zu der politischen Zielsetzung seiner Partei folgendermaßen:

21 Das, Arvind N.. Agrarian Unrest and Socio-Economic Change in Bihar, 1900-1980, New Delhi 1983, S. 69.

22 Ebenda, S.68.

23 Zitiert in: Dutt, Rajani Palme. Indien Heute, Berlin 1951, S. 371.

*"Wir als Kongreß versuchen nicht, dem Zamindar zu schaden. Es ist nicht unser Ziel, das Eigentum zu zerschlagen. Wir streben allein nach einer gesetzlichen Nutzung des Bodens."*²⁴

Im Gegensatz zu Gandhi orientierte sich Jawaharlal (1889-1964) an der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsform (Socialistic Pattern of Society) in einem demokratischen Indien. Zur Auffassung Gandhis meinte Nehru:

*"Wann immer ich die Möglichkeit hatte, mit Gandhiji zu diskutieren, legte er Wert darauf, die Reichen als Treuhänder des Reichtums für die Menschen zu betrachten; diese Auffassung ist sehr antiquiert - man begegnet ihr in Indien und im mittelalterlichen Europa."*²⁵

Zu den Zielen Gandhis, wie der Bekämpfung der Armut durch Heimwerkstätten, Handspinnrad und die Idee der Schaffung eines Ram Rajya (Gottesstaat), die starkes Mißtrauen bei der moslemischen Bevölkerung Indiens hervorriefen, schrieb Nehru:

*"Manchmal nennt er (Gandhi) sich selbst einen Sozialisten, aber er benutzt dieses Wort in einem ihm eigenen Sinn, das wenig oder gar nicht mit dem Rahmen der Gesellschaft, den man gewöhnlich mit dem Wort Sozialismus verbindet, zu tun hat. Ihm folgend hat eine Anzahl von prominenten Kongreßmitgliedern den Gebrauch dieses Wortes, das nun eine Art von verworrenem Humanismus bedeutet, übernommen"*²⁶

Über die geschichtliche Rolle und Entwicklung des Kongreßes schrieb Rajani Palme Dutt folgenderweise:

"Der doppelte Ursprungscharakter des Nationalkongreßes ist für seine ganze weitere Geschichte sehr bedeutungsvoll. Dieser doppelte Faden seiner Funktion und seines Wesens lief durch seine gesamte Geschichte, solange er das Organ der nationalen Bewegung darstellte: auf der einen Seite Kooperation mit dem

24 Gandhi, Mohandas Karamchand. To the Kisans of the U. P.. In: Young India, ed. by M. K. Gandhi, 13(22), Ahmedabad Mai 1931, S. 127.

25 Nehru, Jawaharlal. The First Sixty Years, ed Dorothy Norman, Vol. 1, Bombay 1965, S. 127.

26 Ebenda, S. 336.

Imperialismus gegen die Bedrohung durch die Massenbewegung; auf der anderen Seite die Führung der Massen im nationalen Kampf, dieser doppelte Charakter spiegelt die zwiespältige und schillernde Rolle der indischen Bourgeoisie wieder, die im Konflikt mit der britischen steht und das indische Volk anführen möchte, dabei aber befürchtet, daß ein schneller Fortschritt die Privilegien mit denen des Imperialismus zerstören könnte."²⁷

Auch nach der Unabhängigkeit Indiens 1947 hat sich an der machtpolitischen Struktur wenig geändert. Das koloniale System von Besitztum, Bürokratie, Militär und Gerichtsbarkeit blieb weiterhin bestehen. "Der neue Staat war also indisch in Farbe, Gestalt und Gebären, aber seine britische Abstammung war nicht zu verkennen."²⁸

Die Bauernaufstände der sechziger Jahre in Telengana (ehemaliges Gebiet von Nizam von Hyderabad) und die Jharkhand- und Naxilitenbewegung in den Teilen Bengalen, Bihar und Orissa haben an den alten Besitzverhältnissen kaum etwas geändert. Die obere, zur Klasse der Grundbesitzer gehörende Kaste verhindert bis heute die Realisierung von Landreformgesetzen. Nur 3 % der Haushalte besitzen 24 % des Ackerlandes Indiens, dagegen verfügen 84 % über weniger als 2 Hektar oder gar kein Land.²⁹

1984 okkupierte die obere Kaste 69.8 % der höheren Stellen des Staates, davon hatten 37.7 % die Brahmanen inne, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung bei 5 % liegt. Während der Regierungsperiode 1984-89 waren 36.4 % der Mitglieder des indischen Parlaments (Lok Sabha) Angehörige höherer Kasten.³⁰ Dennoch im Zuge der Industrialisierung, der Verstärkung und moderner Kommunikation tritt das heutige Indien in eine Ära tiefgreifender politökonomischer und sozialer Veränderungen ein, die Spannungen freisetzen, die jahrhundertlang unterdrückt wurden und die Befreiung von alten Herrschaftsstrukturen anstreben. Des besseren Verständnisses wegen soll nachfolgend - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - kurz auf die gesellschaftspolitischen Veränderungen eingegangen werden.

27 Dutt, Rajani Palme. a.a.O., S.336.

28 Ali, Tariq. Die Nehrus und die Gandhis, Frankfurt/M., 1985, S. 95.

29 All India Rural Household Survey, Government of India, Delhi 1965.

30 Mc Donald, Hamish. Traditional Hierarchies at Stake in Next Elections. In: Far Eastern Economic Review, Hong Kong, 2. Mai 1991, S. 29.

Die Mechanisierung der Landwirtschaft bzw. die 'Grüne Revolution' in den 60er Jahren führte bei der von der Landwirtschaft abhängigen Bevölkerung zu großer Arbeitslosigkeit. Betroffen waren in erster Linie die Unberührbaren, die Landlosen der indischen Gesellschaft. Ein Teil von ihnen ging in die Städte und verdiente ihren Lebensunterhalt als Kulis, Lastwagenträger, Straßenhändler und Rikshafahrer. Die Unberührbaren, die traditionell bestimmte Berufe ausübten, wie den des Bhangi (Straßen- und Toilettenreiniger), Chamar (Lederreiniger, Schuhmacher), Dhobi (Wäscher), Dom (Schweinezüchter, Kadaverbeseitiger), Pasi (Palmsaftzapfer) fanden leicht Beschäftigungen in den städtischen, privaten und öffentlichen Betrieben, die Tüchtigen unter ihnen gründeten ihre eigenen Betriebe. Diese Faktoren trugen zu ihrer sozial-ökonomischen Entwicklung bei und sie wurden unabhängig von dörflichen Strukturen, von Diskriminierung und von Knechtschaft durch die Grundbesitzer, sie gründeten eigene Lehranstalten, Verbände und Parteien wie 'Bahu Samaj' und beanspruchten Ämter im öffentlichen Dienst infolge der vorreservierten Stellenkontingentierung für sich.

Aufgrund ihres Bevölkerungsanteils von 80 bis 90 Millionen nehmen sie Einfluß auf die Wahlen und politischen Gremien. Im heutigen Indien ist die Bildung einer Regierung ohne eine Beteiligung der Unberührbaren kaum möglich. Frau Mayawati war die erste Unberührbare, die das Amt des Ministerpräsidenten des Bundesstaates Uttar Pradesh 1995 innehatte, was für die indischen Verhältnisse eine erstaunliche Entwicklung war.

Adhivasis (altindisch 'halber Bürger'), die in Teilen Indiens noch als 'Jungli' (Wilde) bezeichnet werden (offiziell heißen sie Scheduled Tribes), gehören wie die Unberührbaren zu den Ureinwohnern Indiens. Im Gegensatz zu den Unberührbaren waren sie nicht sesshaft und leben zum Teil auch noch heute als umherziehende Jäger in Berg- und Waldregionen. Die Unzugänglichkeit dieser Gebiete wirkte über Jahrtausende als ein Schutzwall gegen das Vordringen der indischen Kulturen. Erst die Erschließung und Kolonialisierung des Subkontinents brachte diese Volksgruppe mit fremden Einflüssen in Berührung und führte teilweise zu ihrer Christianisierung. Die Briten erklärten die von Adhivasis bewohnten Gebiete in Bihar, Orissa und Bengalen zu Schutzzonen - vermutlich, um die dort reichlich vorhandenen Bodenschätze ausbeuten zu können. Nach der Unabhängigkeit wurden dort - in Bhilai, Bukaro, Durgapur und Rourkela - mit Hilfe ausländischen Kapitals große Eisen- und Stahlindustrien errichtet. Auch das Eindringen von indischen Holzhändlern, Geldverleihern und Bodenspekulanten trug

zur Verelendung und Vertreibung der Adhivasis bei. Missionarische Bildungs- und Sozialeinrichtungen, die Quotenregelung bei staatlichen Stellen entsprechend ihrer Bevölkerungszahl von ca. 10 % (100 Millionen) und die Unterstützung durch fortschrittliche Kräfte haben bei den Adhivasis zu einer Bewußtseinsänderung geführt und zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und politischen Lage beigetragen.³¹

Eine politische Analyse des heutigen Indiens wäre kaum möglich, ohne die derzeitige Rolle der Vaishyas (die dritte Kaste: Bauern und Händler) und Shudras (die vierte Kaste: Handwerker und Arbeiter aller Art) zu berücksichtigen. Die Angehörigen dieser beiden Kasten, die über 52 % der indischen Bevölkerung ausmachen, werden von der Regierung wegen ihrer Rückständigkeit als 'Backward Castes' bezeichnet. Sie - die Koeris, Kumris (Gemüse- und Obstbauern), Ahirs, Gowalas, Jadavs (Viehzüchter, Milchproduktverkäufer), Telis (Ölpresser und Ölhändler), Sonars (Goldschmiede), Lohars (Eisenschmiede), Barhis (Schreiner), Halwai (Zuckerbäcker, Süßigkeitenverkäufer), Mali (Gärtner) usw. - nehmen aufgrund ihrer traditionellen Berufe im Bereich der Güter- und Dienstleistungsversorgung der Bevölkerung fast eine Monopolstellung ein, die im Zuge der Industrialisierung und Verstädterung ständig noch weiter an Bedeutung gewinnt. Aufgrund ihrer hohen Bevölkerungszahl und gestiegenen Einkommen bestimmen sie heute weitgehend die politische Landschaft, bekleiden in der Zentralregierung und den Landesregierungen zahlreiche Abgeordneten-, Minister- und Beamtenposten. Seit zwei Wahlperioden ist der zur Kaste der Viehzüchter gehörende Lallo Prasad Ministerpräsident des Bundesstaates Bihar. Mulayam Singh Jadav aus derselben Kaste war bis vor kurzem Ministerpräsident in Uttar Pradesh. Für das Amt eines Regierungschefs kamen zuvor nur Brahmanen und Kshatriyas in Frage.³²

Außer diesen erwähnten Volksgruppen, die sich zum größten Teil zum Hinduismus bekennen, gibt es noch fast 20 % der Bevölkerung, die anderen Konfessionen angehören.

31 Vgl. Gupta, Tilak D., Little Autonomy in Jharkhand. In: EPW, 29(45&46), 1994, S. 2905ff; In: EPW, 29(10), 1994, S. 567ff.

32 Mc Donald, Hamish. Traditional Hierarchies at Stake, a.a.O., S.21ff; Reservation and Class Structure of Castes. In: EPW, 25(2), 1990, S. 83ff; Schweizer, Gerhard. Ein Kontinent im Umbruch, Stuttgart 1995, S. 191ff.

Dazu zählen auch die Sikhs, die ca. 2 % (18 Millionen) der Bevölkerung ausmachen und mehrheitlich in Punjab leben, das mit seinen Flüssen und Bewässerungsanlagen ein sehr fruchtbares Land ist. Fast 3 Millionen Sikhs tragen mit ihrer Arbeit im Ausland zum Wohlstand ihres Landes bei und haben Punjab zum reichsten Staat Indiens gemacht. Dies ist der entscheidende Grund für ihre Bewegung, aus Punjab einen eigenen unabhängigen Staat Khalistan zu machen. Die Erstürmung des Gurdwara (Heiligtum der Sikhs) in Amritsar im Juli 1984 und die Ermordung von Indira Gandhi im Oktober 1984 durch ihre Sikh-Leibwächter führten besonders in Delhi und um Delhi - mit Unterstützung der Herrschenden - zu Plünderungen und zum Tod tausender unschuldiger Sikhs. Sie haben seitdem teilweise ihren Besitz und ihre Geschäfte in anderen Gegenden Indiens aufgegeben und siedeln sich verstärkt wieder in Punjab an.³³

12 % (ca. 120 Millionen) der indischen Bevölkerung sind Moslems - nur Indonesien hat mehr Moslems - . Nach der Teilung Indiens gingen die gebildeten und wohlhabenden Moslems nach Pakistan, die Armen blieben vorwiegend. Diese in Indien verbliebenen Moslems werden für die Gründung Pakistans verantwortlich gemacht und diskriminiert. 1982/84 betrug der Anteil der Moslems im 'Indian Administrative Service (IAS)' 2,14 % und im 'Indian Police Service (IPS)' 3 %.³⁴ Inzwischen ist die dritte Generation entstanden, die Pakistan nur dem Namen nach kennt und nicht mehr bereit ist, ihre Benachteiligung in der Gesellschaft hinzunehmen und die Gleichstellung in Politik und Wirtschaft fordert. Die Besonderheit der moslemischen Bevölkerung liegt auch darin, daß sie traditionell über zahlreiche Institutionen verfügt, die zur Belebung und Stärkung ihrer Position beitragen. Die Moslemherrscher Indiens brachten z. B. aus ihren ehemaligen Heimatländern zahlreiche Handwerker - die Moslems sind bekannt für ihre Handwerkstätigkeiten - für die Bereiche Architektur, Druckkunst, Metallverarbeitung, Textil- und Seidenwirtschaft, Musikinstrumentenbau und Gastronomie in Indien. Die Einführung kolonialer Produkte vernichtete ihre Existenzgrundlage. Mittlerweile ist sowohl national als auch international eine Wiederbelebung von Berufen von Ansari, Momin, Qureishi wie Julaha

33 Chakarvarti, Unna. Victims. Survivors of Anti-Sikh Carnage of 1984. In: EPW, 29(42), 1994, S. 2767ff; Singh, Gopal. Complexities of the Question of Sikh Nationality. In: EPW, 29(29), 1994, S. 1877ff.

34 Hasan, Mushirul. In Search of Integration and Identity. Indian Muslims since Independence. In: EPW, 23(45-47), Special Number 1988, S. 2471.

(Baumwoll- und Seidenweber), Rangrez (Gerber), Zariwala (Sticker), Kariger (Metallgraveur, Teppichknüpfer), Churihara (Glasschmuckhersteller) und Mistry (Restaurator) zu verzeichnen.

Die Moslems haben eine dominante Stellung im Bereich der Fisch-, Fleisch- und Obstgeschäfte und üben Berufe aus, die aus Tabugründen von Hindus nicht wahrgenommen werden können. Diese Bevölkerungsschicht, die früher ausschließlich als Lohnarbeiter für die Baniyas arbeitete, ist heute zum Teil selbständig und profitiert von der Wirtschaftsentwicklung des Landes. Diese Klasse der Werktätigen, die jahrhundertlang von der moslemischen Bourgeoisie und den Geistlichen von den Bildungseinrichtungen zurückgehalten worden war, besucht infolge der Verbesserung ihrer ökonomischen Lage in zunehmenden Maße die Eliteuniversitäten Indiens wie 'Muslim Aligarh University', 'Jamia Millia University Delhi', 'Osman University Hyderabad' usw. . Zur Verbesserung ihrer Lage trug auch bei, daß die Erdölländer des Mittleren Ostens bevorzugt Moslems einstellen.³⁵

Das Aufleben der Minderheiten verunsicherte die oberen Kasten. Sie begannen, die Massen gegen sie aufzuhetzen mit Parolen wie:

*"Wir erlauben den Sikhs, Waffen zu tragen, wir gestatten den Moslems, Gelder aus den Golfstaaten zu erhalten, wir lassen zu, daß die Dalits (Unberührbare) und die Ureinwohner (Adhivasis) über ein Quotierungssystem Studienplätze und Stellen besetzen können - nur die Hindus bleiben außen vor."*³⁶

Indira Gandhi (1917-1984) wandte sich - enttäuscht vom Wahlverhalten der Minderheiten gegen ihre Politik der Familienplanung und verbittert über die separatistischen Bestrebungen der Moslems in Kashmir, der Sikhs in Punjab, der Christen in Assam und das Aufkommen fundamentalistischer Kräfte in den Nachbarländern - dem Hindunationalismus zu. Sie führte vedische Rituale bei Staatszeremonien ein, hofierte die Hinduradikalen und ließ sich nach dem Sieg über Pakistan 1971 in Bangladesh und nach der Stürmung des Sikhheiligtums in Amritsar 1984 als Durga, Göttin der zerstörerischen Kraft, feiern.

35 Ahmad, Aizazuddin, Muslims in India, Vol. 1, Bhar. New Delhi 1992, Hardy, Peter. The Muslims of British India, Cambridge 1972; Hasan, Mushirui. In Search of Integration and Identity, a. a. O., S. 2471ff; Die Angaben basieren z. T. auf den Eigenrecherchen des Autors dieses Aufsatzes.

36 Kothari, Rajni. Class and Communalism in India. In: EPW, 23 (49), 1988.,S.2592.

Gegen Ende ihrer Regierungszeit brachen in Indien zahlreiche Unruhen zwischen Hindus und Moslems aus. Es ist allgemein bekannt, daß die großen Unruhen insbesondere dort entstanden und noch entstehen, wo Moslems auf ihrem Weg in die Selbständigkeit eine Konkurrenz für die Hindu-Geschäftsleute bedeuten; Schwerpunkte dieses Konfliktes sind Städte wie Ahmedabad (Textilindustrie), Aligarh (Schloßerei), Benares (Sarihandel), Bhiwandi/Bombay (Textilindustrie), Jaipur (Diamantenschleiferei), Kanpur (Lederwaren), Meerut (Möbelherstellung), Moradabad (Messingwaren) Surat (Kunstseidenproduktion) usw. .³⁷

Auch Premierminister Rajiv Gandhi (1944-1991), Sohn von Indira Gandhi, ließ sich mit der Woge des Hindunationalismus mitreißen, um die Wahlen zu gewinnen. 1989 legte er in Ayodhya den Grundstein für den Bau des Rama-Tempels und rief dort während einer 'Ram Shila Puja' (Gebetszeremonie zu Ehren von Ram) einer fanatischen Gruppe von Hindus zu:

*"Garv se kaho ham Hindu hain."*³⁸
(*Ich sage mit Stolz, daß ich ein Hindu bin.*)

Es zeigte sich, daß es der Familie Gandhi - im Gegensatz zu Jawaharlal Nehru primär - um den Erhalt ihrer Macht ging, nicht um das Prinzip eines säkulären Staates und nicht um das Zusammenleben verschiedener Volksgruppen. Auf diese Weise öffneten die Regierenden den Radikalen Tür und Tor. Die Keimzellen dazu waren seit langem vorhanden. Sie gehen weitgehend auf die europäischen Ethnologen und Orientalisten zurück, die als verlängerter Arm der Kolonialherren Werke schrieben, um die Kolonialvölker gegenseitig auszuspielen. In ihren Schriften verherrlichen sie die arischen Mythen und Sitten als Symbol der Reinheit und Überlegenheit. Die Minderheiten, wie die Moslems und die anderen, die ebenfalls aus dem persischen und zentralasiatischen Raum nach Indien kamen, gehörten nicht zu den von ihnen ausgemachten arischen Stämmen. Der ununterbrochene Prozeß der Völkerwanderung und der

37 Zu den sozio-ökonomischen Gründen des Hindu-Moslem Konflikt siehe insbesondere die Zeitschrift EPW-. Engineer, Asghar Ali. Bombay Shames India, 28 (3&4), 1993, S. 81ff; Communal Riots in Muzaffar-Nagar, Khatauli and Aligarh, 24(1), 1989, S. 22ff -, Communal Riots in Recent Months, 25 (40), 1990, S. 2234ff -, Gian Prakash Committee Report on Meerut Riots, 23 (1 &2), 1988, S. 30ff.

38 Congress (I)'s Communalism,in:EPW, 24(6), 1989, S. 2520.

Völkermischung untereinander und daß selbst ein Unberührbarer äußerlich kaum von einem Mitglied der oberen Kaste zu unterscheiden ist, wurde von den sog. Ethnologen übersehen. Die koloniale Geschichtsschreibung machte Unterschiede zwischen bösen und guten Eroberungen, die Moslemherrscher waren die Zerstörer, die britischen dagegen ein Segen für Indien.

Während der moslemischen Herrschaft in Indien gab es unzählige Kriege, sowohl zwischen den einzelnen Moslemdynastien, als auch zwischen den Hindherrschern untereinander, welche Machtkriege unterschiedlicher Art waren, aber kaum Rassenkriege. Sie sind ein Produkt der europäischen Kolonialisten und deren Helfershelfer. Diese Ideologie lebt noch in den Köpfen vieler Mitglieder der oberen Kaste, die als Nachkommen der arischen Rasse noch den alleinigen Machtanspruch erheben.³⁹

Vinayak Damodar Savarkar (1883-1966), der unter dem Verdacht stand, an der Vorbereitung der Ermordung von Mahatma Gandhi 1948 durch das 'Arya Samaj' (Ariergemeinschaft) Mitglied Gotske beteiligt gewesen zu sein, schrieb in seinem Buch 'Essential of Hindutva', daß Hindus eine Rasse und ein Blut seien, zusammengehalten und charakterisiert durch die Hindutva, das Hindutum.⁴⁰

Nach der Veröffentlichung dieser These wurde der anti-islamische und antichristliche, sowie anti-demokratische 'Rastriya Swayamsevak Sangh' (RSS, Bund Nationaler Freiwilliger) und 1964, zur Verbreitung dieser Ideologie, der 'Vishwa Hindu Prasad' (VHP, Weltrat der Hindus) gegründet. Bal Thackeray rief 1966 die Partei 'Shiv Sena' (Armee Shivas) ins Leben, die mittlerweile über 40.000 Sainik (Milizionäre) verfügt. Aus der 1951 entstandenen radikalen Partei 'Jana Sangh' (Volksbund) wurde 1980 die 'Bharatiya Janata Partei' (BJP, Indische Volkspartei). Alle diese Parteien, die Ableger der RSS und Hauptträger der Hindutva-Ideologie sind, streben die Wiederherstellung der alten Kastenordnung auf der Grundlage von 'varna-shrama-dharma' an. Außerhalb dieser Ordnung stehende Gruppen sollen aus dem Land vertrieben oder an den

39 Zu der Verbreitung der Rassenideologie durch die Kolonialherren siehe u. a. Ravasani Schapour, Die große örientalische Gemeinschaft, Oldenburg 1991; Said, Edward W., Orientalism, London 1978.

40 Horstmann, Monika. Entfremdung und fundamentalistische Identitätskonstruktion im zeitgenössischen Indien und Rösel, Jakob. Ideologie, Organisation und politische Praxis des Hindunationalismus. In: Internationales Asienforum, 25 (3&4), München 1994, S. 285ff -, Pulsfort, Ernst. Was ist los in der indischen Welt, Freiburg/Brsg. 1993.

Hinduismus assimiliert werden.⁴¹ Zur Verwirklichung dieser Ziele müßte zunächst den Moslems, der größten Minderheit Indiens, das sozio-kulturelle Rückgrat gebrochen werden, denn dann wäre der Widerstand der anderen kleinen Volksgruppen schnell überwunden. So erklären die Hindufanatiker die Moslems zu Volksfeinden ersten Ranges, werten alles Moslemische, wie kulturelle und wirtschaftliche Leistungen und Sprache ab und propagieren öffentlich, daß derjenige, der nicht Hindi spreche und nicht Hindu sei, auch nicht zu Hindusthan gehöre. Die Begriffe Hindi, Hindu und Hindusthan werden zu einer unzertrennlichen Einheit deklariert.⁴²

Bal Thackeray spricht den Moslems das Recht auf Heimat ab, bekennt sich zur politischen Diktatur, fordert die Aussetzung demokratischer Wahlen und tritt für das Verbot der Linksparteien ein. Er sagt:

*"Welches Recht haben Kommunisten, die Religion Opium für das Volk nennen, sich mit dem Hinduismus zu befassen?! Fürwahr, die Roten sind wie eine Rattenplage."*⁴³

Die BJP und die Shiv Sena finden mit ihren Parolen die Zustimmung der neu entstandenen Mittelschicht, die inzwischen fast 15 % (ca. 150 Millionen) der Bevölkerung ausmacht und Anhänger der freien Marktwirtschaft

41 Alysius, G., Trajectory of Hindutva, In: EPW, 29(24), 1994, S. 1450ff.

42 Die Betonung von Hindi impliziert die Verbannung der Urdusprache aus Indien. Während der türkischen Herrschaft (1206-1525) entwickelte sich Urdu zu einer Bazaar-Sprache (aus zaban-i urdu= Sprache des Heereslagers) bzw. zur Sprache der Kaufleute, die mit den Herrscherhöfen in Delhi Handel trieben, und verbreitete sich in den Gebieten der türkischen Sultanate. Die Wörter der Urdusprache stammen aus persischen, türkischen, arabischen sowie Sanskrit-Dialekten. Während der letzten Phase der Mogulherrschaft wurde Urdu als Amtssprache eingeführt. Die gebildeten Moslems sprachen Urdu, das einfache Volk behielt die Sprache und die Dialekte seiner Region bei. Mit dem Zerfall der moslemischen Bourgeoisie und der Einführung der englischen Sprache 1837 verlor Urdu seine bisherige Bedeutung und assimilierte sich an die aus dem Sanskrit stammenden indischen Sprachen. Die heutige Umgangssprache und die Sprache der Volksliteratur Nordindiens besteht aus einer Mischung aus Hindi und Urdu; sie ist auch die gebräuchliche Sprache der Filmindustrie. Die Pundits (Sanskritgelehrte) möchten gerne das sanskritisierte Hindi als Amtssprache in ganz Indien einführen, was aber aufgrund des massiven Widerstandes des dravidischen Südens wo seit Jahrhunderten Tamil, Telegu, Malayalam usw. gesprochen wird und wo Sanskrit als Sprache der Unterjochung betrachtet wird - gescheitert ist. - Auch das Wort Hindu und Hindusthan, abgeleitet von dem Fluß Indus, ist moslem-persischen Ursprungs. (Siehe dazu u. a. A Dictionary of Indian History, New York 1967; Raychoudhary, S. C. Social, Cultural and Economic History of India, Delhi 1978, S. 155ff.)

43 Thackeray, Bal. The Sunday Observer, 29. November 1987, Bombay, S. 4.

und des Kapitalismus ist. Sie bringen unmißverständlich zum Ausdruck, daß die Unberührbaren, die Adhivasis, die Moslems und die anderen Minderheiten ein Klotz am Bein der indischen Gesellschaften seien.⁴⁴

Zur Aufwiegelung der Massen gegen die Moslems organisierte Lal Krishna Advani, Führer der BJP, eine "Rath Yatra"(Wallfahrt) von Gujarat nach Ayodhya. Diese Wallfahrt trug sehr zur Fanatisierung der Massen gegen die Moslems bei. Es ist anzunehmen, daß Advani das Aufkommen des Fundamentalismus in der islamischen Welt zur Durchsetzung seiner Ziele nutzte, um als Vorkämpfer gegen den Islam in Asien zu agieren und dadurch die Sympathien des Westens zu gewinnen. Er schürte unbegründete Ängste, wie die vor der Übermacht der Moslems, und warb für seine Hindutva-Ziele- die Schaffung einer Ram Rajya, die Herrschaft der rechtmäßigen Erben Indiens, den Ariern. Dazu müßten die Überreste der moslemischen Herrschaft ausgelöscht werden, insbesondere die von den moslemischen Herrschern errichteten Moscheen in Indien, z. B. die Errichtung eines Rama-Tempels anstelle der Babri-Moschee in Ayodhya.⁴⁵ In fünf nordindischen Bundesstaaten - einschließlich Uttar Pradesh, dem Kernland der indo-arischen Einwanderung und der moslemischen Herrschaft - gewann die BJP 1990/91 die Wahlen. Die Auswirkungen dieses Wahlsieges erreichten mit der Zerstörung der Babri-Moschee am 6. Dezember ihren Höhepunkt, dem eine Welle der Entrüstung und der Gewalthysterie zwischen Hindus und Moslems mit einer gegenseitigem Zerstörung der Heiligtümer sowohl in Indien als auch

44 Kothari, Rajani. *Class and Communalism in India*, a.a.O., S. 2591.

45 Die radikalen Hindus behaupten, daß zur Regierungszeit (1526-1530) des ersten Mogulkaisers Babur in Ayodhya (Uttar Pradesh) am Geburtsort von Rama (Inkarnation vom Gott Vishnu) eine Moschee erbaut worden sei. Rama genießt als Sieger über den bösen Ravana aus dem Süden (Sri Lanka) in der indischen Gesellschaft eine unvergleichliche Popularität. Seine Frau Sita wird aufgrund ihrer beispiellosen Treue zu Rama während ihrer Gefangenschaft bei Ravana als Symbol der Reinheit verehrt. Auch die Moslems halten Rama und Sita für edle Menschen und feiern zur Erinnerung an Ramas Rückkehr in seine Heimatstadt Ayodhya zusammen mit den Hindus Diwali (Lichterfest). Akbar der Große (1556-1605) ließ - begeistert von der Heldensage über Rama - die Epen Ramayana ins Persische übersetzen. Die vom staatlichen Fernsehen übertragene Ramayana-Serie 1987-88 wurde auch von dem Moslemischen Volk sehr gerne gesehen. Eine der größten Tragödien der indischen Geschichte ist, daß ausgerechnet Rama dafür benutzt wurde, die Beziehungen zwischen Hindus und Moslems zu zerstören. (Über den Stellenwert von Rama und Sita in der moslemischen Gesellschaft führte der Autor dieses Aufsatzes eine Teilbefragung durch.)

im Ausland folgte. Die meisten Gewalttaten wurden in den Großstädten begangen.⁴⁶

Aufgrund des sich anbahnenden Bürgerkrieges zwischen Hindus und Moslems und des Glaubwürdigkeitsverlustes der Kongreßpartei als Beschützer der Minderheit löste der Premierminister Narasimha Rao im Dezember 1992 die von der BJP geführten Landesregierungen auf. Die Geld- und Kapitalbourgeoisie, die Financiers und Anhänger der BJP, erlitten als Folge der Unruhen große Geschäfts- und Finanzverluste im In- und Ausland und distanzieren sich von den Geistern, die sie selbst gerufen hatten. Allein in Bombay entstand im Januar 1993 bei den von der Shiv Sena geplanten und geschürten Unruhen ein Schaden von über drei Milliarden Dollar.⁴⁷

Die Volksmassen Indiens, die Hauptleidtragenden dieser Unruhen, begriffen bald die Machtspiele der 'Babhanlog und Lalaji' (Brahmanen und Banias), die die Zerstörung der Moschee initiiert hatten, um die Nation zu spalten und ihre politische und ökonomische Macht fortzusetzen.⁴⁸

Teile der Intellektuellen, die sich lange zurückgehalten hatten, wandten sich offen gegen die faschistoiden Anschauungen der BJP und der Shiv Sena. 1993 verlor die BJP in vier der fünf von ihr regierten Bundesländer (einschließlich Uttar Pradesh) die Wahlen.

Wie es vorläufig scheint, hat nach der Zerstörung der Babri-Moschee eine neue Ära der Aufklärung und Bewußtseinsänderung bei dem Volk begonnen. Sowohl die 1995 u. a. in Andhra Pradesh, Bihar und Karnataka

46 Infolge der Landflucht lebt ein Drittel der Bevölkerung in den Städten, über ein Viertel der Stadtbevölkerung in Slums. Hier finden Drogenhändler, Schmuggler, Zuhälter und Schutzgelderpresser (Dadas, Goondas, Mawalis) Unterschlupf. Sie führen ständig Bandenkriege und stiften als verlängerter Arm von Politikern, Polizisten und Bodenspekulanten Unruhe. Die meisten der bisherigen Unruhen nahmen ihren Ausgang in den Slums und die meisten Opfer dieser Auseinandersetzungen sind Slumbewohner. Im Gegensatz zu den Städten sind die Dörfer (über 400.000), in denen zwei Drittel der Bevölkerung lebt, von Frieden und Harmonie zwischen Hindus und Moslems geprägt. Selbst während der spannungsgeladenen Jahre der Teilung Indiens gab es dort, abgesehen von den Grenzorten zwischen Indien und Pakistan, keine nennenswerten Unruhen. Auch an der Stürmung der Barbi-Moschee beteiligte sich die dörfliche Bevölkerung kaum. (Siehe dazu die bereits zitierten Aufsätze über die Unruhen in Indien.)

47 Engineer, Asghar Ali. Bombay Riots. Second Phase. In: EPW, 28 (12 & 13), 1993, S. 50ff.

48 Lieten, G. K., On Casteism and Communalism in Uttar Pradesh. In: EPW, 29 (14), 1994, S. 779.

eingeleiteten Wahlen, als auch die Wahlslogans der unteren Klassen bringen zum Ausdruck:

"Vote hamara, seat tumahra, nahin chalega, nahin chalege." ⁴⁹
(Mit meiner Stimme will ich Dich nicht mehr an der Macht halten.)

Die Moslems, die Christen, die Sikhs, die Ureinwohner, die Unberührbaren und die anderen Minderheiten, die bisher vorwiegend Wähler der Kongreßpartei waren, geben ihre Stimme jetzt den Parteien der unteren Kasten, Samajwadi, Janata Dal, Bahujan und den minderheitsfreundlichen Kandidaten. Die größten Wahlniederlagen bei den Landtagswahlen seit 1993 hat die Kongreßpartei zu verzeichnen. Die BJP richtet sich mehr und mehr an die neuen Reichen, Babhanlog und Lalaji.⁵⁰

Die Jahre 1994 und 1995 blieben ohne blutige Konflikte zwischen Hindus und Moslems. Der BJP ist es nicht mehr gelungen, die Massen für Hindutva zu mobilisieren.⁵¹

Auch im Bundesstaat Maharashtra, wo die BJP seit April 1993 mit der Shiv Sena mit knapper Mehrheit regiert, wird sie nun mit den Anforderungen der Tages- und Realpolitik konfrontiert, die sich mit den üblichen Parolen nicht lösen lassen. Sie ist auch parteipolitisch gespalten und ist ständig auf der Suche nach neuen Themen zur Massenmobilisierung. Sie befaßt sich z. Z. mit der Umbenennung von Bombay in Mumbai und ist gegen 'Fast Food Business' von ausländischen Nahrungsmittelunternehmen wie 'Kentucky Fried Chicken (KFC)' und propagiert gegen die Öffnung der indischen Märkte für die multinationalen Konzerne, ein Akt der Selbsttäuschung und Irreführung, denn seit der britischen Herrschaft ist Fremdkapital in Indien massiv präsent.⁵²

49 Balagopal, K., Andhra Elections. In: EPW, 30 (3), 1995, S. 137.

50 Engineer, Irfan. Politics of Muslim Vote Bank. In: EPW, 30 (4), 1995, S. 197ff.

51 Engineer, Asghar Ali, Communalism and Communal Violence 1994. In: EPW, 30 (5), 1995, S. 249ff.

52 Karp, Jonathan. In: 'Far Eastern Economic Review' Hong Kong- Crying Fowl. Kentucky Fried Chicken meets Indian Resistance, 28. September, 1995, S. 103; Mirror Images, 2. November, 1995, S. 20; Politics as Usual, 24. August, 1995, S. 44ff; Venzky, Gabriele. Hindus kämpfen gegen ein neues Kraftwerk und gefährden so die Reformen, In: Die Zeit, 7. Juli, Hamburg 1995, S. 44ff.

Die zukünftige Entwicklung der Kasten- und Klassenstruktur Indiens ist nicht voraussehbar. Im Gegensatz zu den Freiheitskämpfern der ersten Stunde, die aufgrund ihrer westlichen Bildung die Ziele einer demokratischen Gesellschaftsordnung oder sozialistischen Staatsform anstrebten, haben es die Politfunktionäre der neuen Generation kaum im Sinne, solche Ideen zu verfolgen. Sie vertreten zum größten Teil die kurzfristigen Partikularinteressen ihrer Ethnien, Kasten, Konfessionen, Sprach- und Splittergruppen, stammen teilweise aus dem kriminellen Milieu, produzieren Feindbilder und Konfliktstoffe unter den Bevölkerungssektionen zur Legitimation ihres Daseins und bleiben somit als Faktor der politischen Instabilität und Unruhe im Lande.

Die sozio-kulturelle Landschaft begünstigt noch diese Entwicklung. Indien verfügt heute über 800 Millionen Menschen, wächst jährlich um 16 Millionen. Fast alle Religionen der Welt sind hier vertreten, 3700 Kasten und Subkasten unterschiedlicher Nomenklatur sowie 16 Regionalsprachen und unzählige Dialekte. Das Land steht an neunter Stelle in der Reihenfolge industrieller Produktion, nur die USA und Japan haben mehr Wissenschaftler und Techniker als Indien, die alles vom Radio bis zum Radar eigenständig produzieren. Andererseits lebt hier noch die Hälfte der Bevölkerung unter dem Existenzminimum, Jeans und Handy konkurrieren mit heiligen Kühen und Schlangenbeschwörern, halbnackte Fakire und Sadhus streben in Scharen nach Nirvana und Gurus und Gaukler bestimmen die indische Politik mit.

Indien ist in der Tat ein wahrer Subkontinent, ein Tummelplatz von Weltanschauungen und Problemen. Ob alle diese Diskrepanzen und Tendenzen in naher Zukunft verschwinden werden, ist fraglich.

Mir scheint wichtig zu sein, daß die Herrschenden von ihrer Ideologie des alleinigen Machtanspruches abrücken und die Prinzipien der Demokratie und des Säkularismus im Geiste der indischen Verfassung ernstnehmen. Vielleicht liegt darin eine Chance zum harmonischen Zusammenleben der Völker und eine Perspektive des ökonomischen Fortschritts.

Karam Khella

Das Europäische Orientbild - Zur Übertragung außereuropäischer Literatur ins Deutsche

Einleitung

"Eurozentrismus" ist zunächst als Begriff der Kritik an den europäischen Wissenschaften eingebracht worden. Wir müssen leider feststellen, daß er von der anderen Seite aufgegriffen und banalisiert worden ist. Im Munde bürgerlicher Professoren ist die Eurozentrismuskritik paradoxerweise ein Mittel der Selbstrechtfertigung und damit indirekt zur Rehabilitierung des Eurozentrismus geworden, der dann auf vordergründige und oberflächliche Beobachtungen, z.B. unzureichende oder gar völlig fehlende Kenntnis der europäischen Autoren über die außereuropäische Welt, reduziert wird. Es ist weder diese Ignoranz, noch die sich daraus ergebende Arroganz, die wir mit unserem Eurozentrismusbegriff meinen.

In den letzten Jahren haben wir die Ebene der allgemeinen Eurozentrismuskritik bereits verlassen und sind dazu übergegangen, die Besonderheiten und speziellen Arbeitsmethoden des Eurozentrismus zu spezifizieren.

Folgende Merkmale und Eigenschaften zeigt die Methodologie der europäischen Wissenschaften:

1. *Konstruktivismus*: Darunter verstehen wir, daß ein ganzes Wissenschaftsgebäude konstruiert wird, das aber der Nachprüfung an der Wirklichkeit nicht standhält. Die gefundene Realität der Europäer ist eine erfundene. In Ihrem Bewußtsein aber hat die Pseudorealität die eigentliche Wirklichkeit längst verdrängt.
2. *Fehlverstandene und falsch betriebene Spezialisierung*: Isolierung der Einzelphänomene von ihrem historischen Kontext und Gesamtzusammenhang. Das Motto lautet: Mehr Wissen über weniger Inhalt oder das Maximum der Erkenntnis über den minimalsten Punkt. Sicher ist, daß Spezialisierung und Fachkompetenz für den wissenschaftlichen Fortschritt notwendig sind. Richtig ist aber auch, daß ohne Einordnung des Einzelwissens in den allgemeinen

Zusammenhang und die Integration des Details in seinen Kontext, nicht nur das allgemeine, sondern auch das Verstehen des Einzelnen verlorengeht.

3. *Manipulation*: Die europäische Wissenschaft oder Pseudowissenschaft hält der Konfrontation mit außereuropäischen Gegendarstellungen nicht stand. Deshalb werden außereuropäische Quellen bei ihrer Übertragung in westliche Sprachen manipuliert und fehlerhaft dargestellt. Gleichwohl werden die Erkenntnisse außereuropäischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vom europäischen Forscher genutzt. Beim *name dropping* werden die außereuropäischen UrheberInnen ausgeblendet. Selten lesen wir in einer europäischen Biographie die Namen z.B. asiatischer, arabischer oder afrikanischer Autoren. Noch auffälliger ist das Plagiat bei europäischen Darstellungen von Wissenschaftsgeschichte. So erscheint die außereuropäische Welt als kulturunfähig und als solche, die zu höheren intellektuellen Leistungen nicht imstande ist.
4. Die "*Fälscherwerkstatt Geschichte*": Die Geschichte der außereuropäischen Völker wird herabsetzend dargestellt und boshaft entstellt. Die außereuropäischen Wurzeln der Weltzivilisation und die arabische Vorgeschichte der europäischen Kultur und Wissenschaften werden verwässert und aus dem Bewußtsein verdrängt. Hingegen wird der europäische Beitrag übertrieben präsentiert, seine destruktive Funktion wird verdrängt.
5. *Fehlübersetzungen*: In Jahren langer Forschungsarbeit habe ich zahlreiche Übersetzungen ins Deutsche unter bestimmten Fragestellungen analysiert und ermittelt: Die Übersetzungen weichen vom Original ab. An sich kein aufregendes Resultat, wenn nicht gewisse Phänomene sich mit großer Regelmäßigkeit wiederholen. Unter anderem sollen Übersetzungen jene Denkmuster und Vorurteile erhärten, die gegenüber den Kulturen bestehen, aus denen die Originalwerke stammen. Indes werte ich das folgende Resultat (Punkt 6) als aufregendstes Forschungsergebnis:
6. Ein "*geschlossener hermeneutischer Zirkel*" beherrscht das europäische Denken. Die Erkenntnisziele des europäischen Diskurses sind vorprogrammiert.

Die "Universalistische Wissenschaftstheorie" als Alternative

Vorab sei jedoch auf den aktuellen Stand hingewiesen. Die Eurozentrismuskritik hat das Stadium der reinen Kritik längst überschritten und ist dazu übergegangen, Alternativen zu entwerfen. Auf dem Fachgebiet Geschichte konstruierte sich als Alternative zum Eurozentrismus und zur Nationalgeschichte die "Universalistische Geschichtstheorie", die jetzt ihren Siegeszug durch die Welt einschließlich Europas feiert.

0. Problemstellung

Jede Übersetzung weicht von ihrem Original ab. Die Abweichung kann von einer gewissen Verschiebung von Tendenz und Inhalten bis zur völligen Entstellung der Absichten und Erkenntnisziele des Originals reichen. Der Prozeß dieser Verschiebung und die ihm zugrundeliegenden Ursachen und Mechanismen verlangen nach einer theoretischen Klärung. Die bisherige Diskussion hat die Probleme der Lexik in den Mittelpunkt, andere Aspekte in den Hintergrund gestellt. Dieser Beitrag ist bestrebt, die lexikale Problematik in den gesamten hermeneutischen Zusammenhang zu stellen. Die Lexik darf in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden. Nach wie vor ist sie eine der Hauptfehlerquellen der übersetzerischen Tätigkeit. Der Autor behandelt sie allerdings als sekundär, d. h. abgeleitet. Sie ist abhängig von übergeordneten kognitiven Faktoren. Im folgenden soll der theoretische Versuch unternommen werden, dem Problem der Verschiebung von Übersetzungen gegenüber ihrem Original systematisch nachzugehen. Jeder Übersetzungsvorgang geht mit Kognition einher, die auch unabhängig von der Fremdsprachigkeit Erkenntnisprobleme aufwirft. Die lexikale Verschiebung ist sekundär. Sie erfolgt als Konsequenz einer kognitiven Verschiebung. Im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses dieses Beitrages steht die Frage, warum sich der Übersetzer¹ für eine Übersetzungsvariante, gegen die andere entscheidet. Es handelt sich also um die Metatheorie der Übersetzung.

Da jedoch die Übersetzung einen bilingualen Dialog und damit einen lexikalen Vorgang darstellt, werden im angewandten Teil dieses Referats ausgewählte Beispiele linguistisch geklärt, um die verborgenen kommunikationstheoretischen Probleme erschließen zu können.

1 Apologie: Der in diesem Text verwendete Ausdruck ist Nomen ageris und als solches nicht geschlechtsgebunden; er ist mit "die Übersetzerin" ohne Einschränkung austauschbar.

Erkenntnisziel ist, das hermeneutische Problem, das pseudolexikal in Erscheinung tritt, zu isolieren. Erst die Abkopplung der hermeneutischen von der lexikalischen Komponente macht den Weg für adäquate Lösungsmodelle frei.

I. Das hermeneutische Problem bei Übersetzungen

1. Die übersetzbare und die unübersetzbare Komponente

Sprachen sind ineinander übersetzbar. Eine schriftsprachlich vermittelte Information ist beliebig übertragbar. Das Original ist selbst eine Übersetzung zum Beispiel der objektiven Realität in ein verbales Medium. Die sprachlich ausgelegte und vermittelte Welt ist daher auch in andere Sprachen übersetzbar.

Die Übersetzbarkeit ist die eine Seite der Sprachdialektik, die Unübersetzbarkeit die andere. Die Sprache ist ein historisch gewachsenes, kulturelles Medium. Die Begriffe entstehen nicht nur in diesem geschichtlichen Kontext, vielmehr verkörpern sie auch die Werte und Ideen, die unter gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen entstehen. Die Sprache ist der unmittelbare Ort, in dem das gesamte Kulturgefüge, die Traditionen und Konventionen ihren Niederschlag finden. Die soziale Wirklichkeit wird begrifflich umschrieben. So vollziehen die Sprachen zusammen mit den Kulturen autochthone Entwicklungen.

Da ich selber Vertreter einer "universellen Sprachtheorie" bin, überwiegt für mich die Übersetzbarkeit. Die Menschheit ist schon immer miteinander so verflochten, daß über den Nationalsprachen eine Universalsprache besteht. Diese liegt auch den jeweiligen Einzelsprachen zugrunde. Spezifische gesellschaftliche Zusammenhänge werden in einer Nationalsprache satzförmig ausgedrückt. Diese Formulierungen sind deshalb intersubjektiv, weil hinter den Nationalsprachen eine Universalsprache besteht. Wenn wir Übersetzungsprobleme auf die reale oder vermeintliche nationalsprachliche Eigenart zurückführen, machen wir es uns zu leicht. Der folgende Beitrag strebt die Erschließung von übersetzerischen Fehlerquellen an, deren Beseitigung in der Hand von Übersetzerinnen und Übersetzern liegt.

Das Kommunikationsmedium Sprache in einer beliebigen Region wird durch spezifische gesellschaftliche Zusammenhänge geprägt, ohne seinen universellen Charakter einzubüßen. Deshalb können sich zwei Menschen aus zwei sehr unterschiedlichen Kulturen verständigen. Die linguistische

Komponente von Sprachbarrieren und Kommunikationsstörungen ist lösbar. Diesen jedoch liegen in aller Regel widersprüchliche materielle Interessen zugrunde, die nicht adäquat verbalisiert werden. Es ist bezeichnend, daß sich der Ausdruck "Kommunikationsstörungen" nicht auf die Linguistik bezieht. Vielmehr werden unterschiedliche Bedürfnisse durch die verbale Hülle verfremdet. "Sprachbarrieren" müssen nicht linguistischer Art sein.

Sprachlich ausgelegte, interpretierte und vermittelte gesellschaftliche Verhältnisse und menschliche Empfindungen würden keine großen Probleme aufwerfen, wenn es sich bei der Übersetzung allein um linguistische Fragen handeln würde. Die sprachlichen Elemente Wortschatz, Grammatik, Syntax, ästhetische und künstlerische Ausdrucksformen sind niemals auf eine Möglichkeit festgelegt. Wortzusammenhänge drücken bestimmte Bedeutungsfelder aus, die in zwei Sprachen selten völlig deckungsgleich sind. Die Lexik bietet ein oft breites Spektrum von Möglichkeiten. Bei der Entscheidung des Übersetzers für eine Alternative spielen Faktoren eine Rolle, die einen Anteil an der Verantwortung tragen, daß mit der Übersetzung eine Sinnesverschiebung eintritt. Sie erfolgt nicht allein deshalb, weil sich jede Übersetzung auf das reduzieren muß, was durch die Zielsprache ausdrückbar ist. Es kann nur das übersetzt werden, wofür die entsprechenden Wortgefüge vorhanden sind. Diese allgemein einleuchtende Tatsache verführt dazu, daß Verschiebungen oder gar Entstellungen als ein übersetzungstechnisches Problem gedeutet werden.

2. Das hermeneutische Problem bei Übersetzungen - Übersetzungen reproduzieren Denkmuster der Zielsprache

Die gemeinsame Benutzung einer Sprache a) durch den Verfasser und b) durch den Übersetzer ermöglicht einen stillen Dialog zwischen beiden Partnern. Das ist der Konsens. Worin besteht also das Problem? Der Originalautor benutzt das Sprachmedium - unabhängig der Linguistik - in einem bestimmten historischen Kontext. Der Übersetzer verändert diesen Kontext, indem er in eine andere Sprache überträgt. Es wäre überhaupt kein Problem, wenn in der anderen Sprache keine vorgefaßten Meinungen in Bezug auf den Gegenstand des Originals vorgeprägt wären. Darin besteht der Dissens.

Dieses Problem spitzt sich zuweilen zu. Während die Autoren der Originalsprache dem Fremd- und Feindbild entgentreten, bestätigen

dieselben Werke in der Übersetzung Anteile der vorgefaßten Meinungen. Durch die Übersetzung tritt eine Verschiebung des Originals ein, in dem viele Komponenten nicht mehr das Selbstbild des Verfassers, sondern das Fremdbild des Übersetzers vermitteln. Die Leserinnen und Leser einer Übersetzung denken selten daran, daß sie eine veränderte Fassung lesen. Da sie aber die Information nicht als Fremdbild des Übersetzers, sondern als Selbstbild des Originals wahrnehmen, verstärken gerade Übersetzungen vorhandene Voreingenommenheiten um so mehr. Ein *circulus vitiosus* ist das Ergebnis. Die Zirkelstruktur ist bestimmend für die Reproduktion vorgegebener Denkmuster. Im folgenden soll der Versuch unternommen werden, sie aufzubrechen.

II. Der hermeneutische Zirkel: Was ist der "hermeneutische Zirkel"?

1. Das Verstehen

Das Verstehen geschieht, indem Neues in einen vorhandenen Sinneszusammenhang eingeordnet wird. Dieser Prozeß der Zuordnung unbekannter Einzelinhalte in das individuell vorbestehendes Wissenspotential ist Voraussetzung dafür, daß der einzelne Mensch Neues versteht. Das ist das Grundprinzip der Hermeneutik. Neue fachliche oder wissenschaftliche Inhalte werden gelernt, indem sie auf ursprüngliche, vorwissenschaftliche bezogen werden, die durch direkte oder indirekte Erfahrungen gewonnen werden. Das Vorverständnis für die Sache macht ihr Verstehen und Rezeption möglich. Sie wird in die vorhandene Materie eingearbeitet. Die neuen Anteile der Wirklichkeit werden angeeignet. Das Gesamtverständnis wird erweitert. Ist der Mensch mit einem sich dem Bewußtsein anbietenden neuen Inhalt konfrontiert, so wird das Gehirn in logischer Reihenfolge kognitiv tätig. Zuallererst tritt eine einführende Phase, dann ein vergleichendes und ein einordnendes Moment ein, die den Menschen für den Gegenstand sensibilisiert. Es folgen sortierende und zuordnende Phasen, die in die analytische Phase überleiten. Die Phasen überlappen sich, greifen ineinander über und sind nach Bedarf wiederholbar. Stets jedoch auf höherer Ebene. Die persönlichen Voraussetzungen sind Ursache dafür, daß die Erkenntnisebene bei verschiedenen Individuen unterschiedlich ist. Wenn mehrere Personen ein Erlebnis oder einen Vorgang beschreiben, entstehen ebenso unterschiedliche Berichte. Es ist jedoch nicht so, daß die einen richtig, die anderen falsch sein müßten; eher lassen sich die verschiedenen Berichte zu einem Gesamtbild integrieren. Bei jedem Einzelnen prägen die persönlichen Voraussetzungen den Vorgang der Erkenntnis: Welche

Aspekte betont, beobachtet und in welcher Weise interpretiert werden. Die Erkenntnisqualität und -intensität ebenso wie der kognitive Grad bauen auf Vorbestehendem, was von Individuum zu Individuum unterschiedlich ist, auf, und werden, vermittelt dieses Vorverständnisses, rezipiert.

Das Verhältnis zwischen dem Vorverständnis und dem neuen Einzelinhalt und deren Wechselwirkung wird als hermeneutischer Zirkel bezeichnet. Er definiert den Prozeß des Verstehens des Neuen.

2. Hermeneutik

Kognition ist also nur möglich, wenn sie in einen sinnvollen Zusammenhang eingefügt werden kann. Zwischen dem Vorverständnis und der neuen Erkenntnis besteht eine Dialektik. Das Vorverständnis setzt sich aus Einzelerkenntnissen zusammen, die einen Zusammenhang bilden. Das nicht fertige Erkenntnisgebäude eines Individuums wird mit jedem neuen kognitiv erfolgreichen Vorgang auf- und ausgebaut. Jeder neue Erkenntnisbaustein erweitert das Vorverständnis. Das Wissenspotential wächst und vereinfacht neues Verstehen. Hermeneutik läßt sich definieren als der Prozeß, neue Einzelinhalte so zu deuten, daß sie in den vorhandenen Sinnzusammenhang gesetzt werden können. Hermeneutik ist identisch mit Denken und Auslegen zum Zwecke des Verstehens. Hermeneutik ist verständnisorientierte Auslegung von Texten unter Ausnutzung vorhandener Erkenntnisse. Sie macht es möglich, daß Neues dem Potential an Vorwissen sinnvoll zugeordnet wird.

Definition: Hermeneutik ist auf Verstehen orientierte Deutung sprachlicher Darstellungen, praktischer Erfahrungen oder Alltagserlebnisse unter Mobilisierung vorher erworbenen, mit dem neuen Gegenstand verwandten Wissens. Der Vorgang der Hermeneutik ist für den Einzelfall beendet, wenn er in den gesamten Sinnzusammenhang des Individuums eingeordnet wird.

Auf Neues geht der Einzelne mit seinem ganz individuellen Blick zu. Deshalb vollziehen sich bei verschiedenen Personen sehr unterschiedliche Erkenntnisse von ein- und demselben Gegenstand.

3. Hermeneutischer Zirkel

Zwischen dem neuen Einzelinhalt und dem Vorwissen besteht ein Wechselverhältnis. Einerseits werden neue Einzelinhalte durch das

Potential an Vorwissen nach einer vorgegebenen Orientierung und Systematik verstanden. Andererseits erlangt bereits angeeignetes Wissenspotential eine Chance, sich zu prüfen, falsifizieren oder verifizieren zu lassen.

Der hermeneutische Zirkel stellt zwei einander entgegengesetzte Erkenntniswege dar. Der Mensch kann einen Gegenstand nur dann verstehen, wenn er ihn in ein Vorwissen einzuordnen vermag. Im geringsten Fall erfolgt dies durch Negativdefinition. Das ist der Fall, wenn zum Beispiel ein neuartiges Zeitmeßinstrument betrachtet wird und man zunächst feststellt, es ist keine Uhr. Da aber das Uhrwerk ein Vorverständnis von Zeitmessungsverfahren vermittelt, ist der Mensch imstande, das neue Instrument zu verstehen. Jedenfalls ist das Vorwissen eine unerläßliche Bedingung für neues Wissen. Das menschliche Subjekt projiziert sein Vorverständnis in einen neuartigen Gegenstand. Dieser Vorgang, Neues durch ein bereits vorhandenes Potential an Wissen zu begreifen, ist es, was als hermeneutischer Zirkel bezeichnet wird. Das Neue wird am Alten gemessen. Die gemeinsamen Anteile von Neu und Alt erlauben es, auf die unbekanntenen Komponenten des Neuen zu schließen, um den Gegenstand in seiner Gesamtheit zu verstehen. Als die ersten Menschen auf dem Mond gelandet waren, konnten sie Neues nur in seiner Relation zu den Parallelen der vertrauten Erde begreifen und beschreiben. Das ist die eine Seite des hermeneutischen Zirkels: Durch Mobilisierung des Vorwissens wird auf neue, unbekanntene Anteile geschlossen und der gesamte Wissenshorizont erweitert.

Andererseits kann der hermeneutische Zirkel sich selbst reproduzieren, ein Phänomen, das wir als "geschlossener hermeneutischer Zirkel" "rervers thinking" bezeichnen können.

4. "Geschlossener hermeneutischer Zirkel"

"circulus vitiosus"; "reverse thinking"; Leerlauf-Denken; geschlossene, sich selbst reproduzierende Denkweise. Neues wird in festgefügte Vorstellungen hineingeordnet. Eine Erweiterung des Verständnisses kann durchaus stattfinden. Die Akkumulation von Informationen und die Vertiefung der Analysen vollziehen sich jedoch als eine Bestätigung der vorhandenen Theorien. Völlig neuartiges Faktenwissen schließt zwar Lücken im Denkgebäude und kann zur Ausdifferenzierung des theoretischen Systems führen, braucht es jedoch nicht aufzuheben. Da neue Fakten nur mit der Brille der vorgefaßten Theorie gesehen und

gedeutet werden, erscheint der Zustrom neuer Information als Selbstbestätigung. Der Mensch begegnet dauernd neuen Tatsachen, interpretiert sie jedoch im Lichte seiner vorbestehenden Denkmuster. Deshalb bestätigen neue Tatbestände das alte Theoriegebäude. "Und wenn die Fakten mit der Theorie nicht übereinstimmen, um so schlimmer - für die Fakten".

5. Die falsche Konsequenz

Wir müssen den erkenntnistheoretischen Hausrat auflösen, wäre die Forderung. Dieser Umkehrschluß wäre ebenso ein Irrweg, wie illusorisch. Erkennen setzt das Vorverständnis voraus. Es ist das Grundgesetz des Verstehens, daß neuer Erkenntnisgewinn durch vorhandenes Wissen erzielt wird. Die theoretische Welt lebt und wächst mit dem Individuum. Stabile Ausgangspositionen machen es ihm möglich, sich von einem Stand der Sicherheit und des Selbstvertrauens, theoretisch und praktisch mit seiner Umwelt auseinanderzusetzen. Diesen theoretischen Standort aufzugeben bedeute, ohne Standbein das Spielbein in Bewegung zu setzen.

Der "Konstruktivi(s)mus" nimmt an, alle Theorie ist eine Selbstkonstruktion. Die Realität wird erfunden, nicht gefunden. Diese Annahme schießt weit über das Ziel hinaus. Die Wirklichkeit ist erkennbar, verstehbar und in abstrakten Begriffen faßbar. Auf den individuell erworbenen Wissensschatz darf nicht verzichtet werden, wenn der Erkenntnisprozeß weiter gedeihen soll. Die theoretische Verunsicherung des Konstruktivismus macht ihn destruktiv und autodestruktiv. Ihm ist entgegenzuhalten, daß einer subjektiven Wahrheitsfindung eine objektive Wirklichkeit zugrunde liegt. Konstrukte entstehen deshalb, weil sie der Wirklichkeit ähneln. Die erfundene Wirklichkeit ist Sonderform von Realitätsbeweis. Ohne Reales kein Irreales. Der konstruktivistische Ansatz ist insofern nützlich, als er uns vor der erfundenen Realität warnt. Doch jedes theoretische Gebäude für ein Konstrukt zu halten, würde in den Agnostizismus und Skeptizismus führen. Die Unerkennbarkeit der Welt und damit ihre Unveränderbarkeit wäre die Konsequenz, sie müsse sich selber überlassen werden.

Der hermeneutische Zirkel ist der natürliche Erkenntnisweg. Er ist nicht nur normal, sondern auch unverzichtbar. Für den Lebenden gibt es keinen Erkenntnisweg am hermeneutischen Zirkel vorbei. Wie jeder andere Weg ist er beliebig funktionalisierbar: Als Sackgasse, als Durchgang, ein-, zwei- und mehrspurig, Einbahnstraße oder in beide Richtungen befahrbar.

Von den Verkehrsregeln hängt es ab und auf die Umsicht der Verkehrsteilnehmer kommt es an. Erkenntnistheoretisch muß die Konsequenz heißen, den geschlossenen hermeneutischen Zirkel öffnen, nicht zertrümmern. Der Erwerb neuer Positionen erfolgt durch die Negation alter Vorstellungen. Ein neuer Standort wird bezogen in der Auseinandersetzung mit bisherigen Ansätzen. Das neue Weltbild entsteht als Antithese zum alten. Die erkenntnistheoretische Evolution erfolgt nicht nur durch regelmäßigen Zugewinn, linear, sondern auch durch Negation und Position; nicht harmonisch sondern dialektisch. Ohne die Fehler keine Korrektur. Deshalb kann es nicht den absolut geschlossenen hermeneutischen Zirkel geben.

Stabiler theoretischer Standort muß kein geschlossener hermeneutischer Zirkel sein. Theoretische Sicherheit und Prinzipienfestigkeit sind sogar notwendig für die Fahrt durch das Labyrinth von Systemen und Hypothesen. Damit die Theorie nicht zur Falle, sondern zur Hilfe wird, bedarf es geeigneter Ausstattung.

6. Offener hermeneutischer Zirkel

Die Erkenntnisfindung vollzieht sich als Erweiterung des vorbestehenden Verständnisses der Wirklichkeit, wobei dieses sich jederzeit in Frage stellt und korrigiert. Der offene hermeneutische Zirkel ist ein unverzichtbares Werkzeug zum ständig wechselnden Erkennen und zur sich korrigierenden Weltsicht. Beim offenen hermeneutischen Zirkel ist das Vorverständnis ein Potential, das ebenso auf neue Inhalte reflektiert wird, wie sich von diesen in Frage stellen läßt. Diese dialektische Struktur läßt Erkenntnis spiralförmig wachsen. Verstehen von Neuem baut auf Vorhandenem auf. Das Vorhandene wird erweitert, ausdifferenziert, geprüft und korrigiert.

7. Synopse

Geschlossener	Offener
hermeneutischer Zirkel	
Erkenntnisgewinn ist Erweiterung von Vorwissen	Erkenntnisgewinn ist Erweiterung von Vorwissen
Verstehen neuer Inhalte durch Mobilisierung des eigenen Vorwissens	Verstehen neuer Inhalte durch Mobilisierung des eigenen Vorwissens

Kreisförmige Erkenntnisentwicklung. Sich verstärkender circulus vitiosus	Spiralförmige Erkenntnisentwicklung
Der Vorgang der Hermeneutik vollzieht sich unruhig und dauert kurz	Der Vorgang der Hermeneutik vollzieht sich relativ ruhig und dauert länger, da der gespeicherte Sinnzusammenhang oft de- und remontiert wird
Neue Informationen werden als Bestätigung der vorgefaßten Meinung wahrgenommen	Neue Informationen bewirken ständige Überprüfung der Erklärungsmuster
Das Vorverständnis wird als abgeschlossen betrachtet	Das Vorverständnis wird als nicht abgeschlossen betrachtet
Die vorgefaßte Meinung wird als neue Information bestätigt	Das Vorverständnis wird durch neue Information ständig geprüft, bestätigt, erweitert, gegebenenfalls korrigiert
Weltbild statisch, dogmatisch, starr, unflexibel	Weltbild dynamisch, beweglich, fortschreitend, flexibel
Erkenntnistheoretische Stagnation, weltanschauliche Erstarrung	Erkenntnistheoretischer Fortschritt, dynamisches Welt-, Geschichts-, Gesellschafts- und Menschenbild

Wenn Inhalte als unvereinbar mit dem verinnerlichten Denksystem wahrgenommen werden, besteht eine Chance, es in Frage zu stellen und aufzubrechen. Im anderen Fall werden die Gegensätze als indiskutabel verworfen. Zwischen diesen beiden Extremen bestehen fließende Übergänge. Eine flexible Grundhaltung läßt sich vereinbaren sowohl mit einem geschlossenen, als auch mit einem offenen hermeneutischen Zirkel. Eine liberale, pragmatische Anwendung einer theoretischen Grundhaltung kann, muß aber nicht einem offenen hermeneutischen Zirkel entsprechen. Ein offener hermeneutischer Zirkel liegt indes nur vor, wenn er die Möglichkeit einer veränderten Sicht der Dinge zuläßt.

III. Anwendung und empirische Konkretion

Zur Verifikation der hier aufgestellten Thesen wurden verschiedene Übersetzungen ins Deutsche analysiert. Die heterogene Auswahl von Beispielen sollte die angestellten theoretischen Übertragungen untermauern. Die Untersuchungsergebnisse erhärten den Thesenentwurf in vollem Umfang.

Beispiele

Autor/In	Buchtitel	
	der deutschen Übersetzung	des arabischen Originals
1. Šun' al-Mih Ibrāhīm	Der Prüfungsausschuß	al-ḡanna = der Ausschuß
2. Nawāl as-Sa'dāwī	Tschador	al-waḡh al-ʿārī lil-mar'a al-ʿarabiyya (Das nackte Gesicht der arabischen Frau)
3. Nawāl as-Sa'dāwī	Ich spucke auf Euch	Firdaus-Imra'a ʿinda nuqṭat aḡ-ḡif
4. Yaḡar Kemal	Memed, mein Falke	ince Memed der zierliche Memed
5. Jack D. Forbes	Die Wétiko-Seuche	Columbus and other Cannibals
6. Abū ʿUbaid al Qāsim b. Sallām	Alles über Finanzen	Kitāb al-umwāl = Das Finanzwesen; Die Finanz
7. Idrīsī	Das Vergnügen dessen, der die Horizonte zu durchschreiten sich sehr	Nuḡḡat al-muḡṭāq fi iḡtirāq al-ʿaḡḡ
8. Ibn al Marzubān	The Book of the Superiority of Dog of many of Those who wear closes	Faḡl al-kaḡib ʿala man labisa aḡ-ṭawb The Merits of Dog
9. François Furet	Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft	Penser la Révolution française
10. ʿĠazālī	Der Erretter aus dem Irrtum	al-Munqīḡ min aḡ-ḡalāl
11. ʿAbd ar-Raḡmān Ibn-Ḥaldūn	al-Muqaddima	al-Muqaddima

Anmerkungen zu den fremdsprachigen Titeln und ihrer Wiedergabe im Deutschen²

(1)

<i>Autor des Originals:</i>	Sun ^c -Allah Ibrahim (Sonallah Ibrahim)
<i>Titel des Originals:</i>	al-Lagna
<i>Titel der deutschen Ausgabe:</i>	Der Prüfungsausschuß
<i>Deutsch von:</i>	Hartmut Fähndreich (Basel (Lenos) (1.) 1987)

Sonallah Ibrahim, zwischen "Prüfungsausschuß" und "Ausschuß" besteht nicht ein kleiner Unterschied, vielmehr wird durch eine scheinbar leichte Differenz das gesamte, äußerst subtil aufgearbeitete Original, völlig entstellt. Die Original-Lagna darf nämlich *keine* Parallele mit einer institutionalisierten Einrichtung haben, um gerade die Absurdität der Gremienarbeit literarisch zu verklären. Der Ausschuß Ibrahims soll als unwahrscheinlich erscheinen, um die unvorstellbare Grausamkeit in voller Härte in Erscheinung treten zu lassen. Die deutsche Übersetzung beschreibt lediglich die Prüfungsphobie eines ängstlichen Schülers (Weiterführendes zu diesem Studien-Fall: K. Khella, Sonallah Ibrahim und sein Ausschuß, Hamburg 1995 (ISBN 3-921 866-61-8) mit auszugsweiser Übersetzung).

(2)

<i>Autorin des Originals:</i>	Nawal as-Sa ^c dawi (Nawal el Saadawi)
<i>Titel des Originals:</i>	al-mar ^a wal-gins (wird in der deutschen Ausgabe unterschlagen)
<i>Titel der deutschen Ausgabe:</i>	Tschador
<i>Deutsch von:</i>	Edgar Peinelt unter Mitarbeit von Suleman Taufiq (Bremen (con) - erste Auflage 1980).

"Tschador" ist eine reine Erfindung der deutschen Herausgeber: Autor und Verlag. Der Originaltitel sagt genau das Gegenteil aus. Aus dem streng fachlich, interdisziplinär abgefaßten, arabischen Original ist eine

² Aus drucktechnischen Gründen konnten die diakritischen Zeichen leider nicht vollständig wiedergegeben werden.

spektakulär aufbereitete, deutsche Ausgabe einer Autorin geworden, "die ihre eigene Beschneidung beschreibt" (EMMA).

(3)

<i>Autorin des Originals:</i>	Naw-al as-Sa ^c dawi (Nawal el Saadawi)
<i>Titel des Originals:</i>	Firdaus-Imra'a ^c indanuq òtat as-sifr
<i>Titel der deutschen Ausgabe:</i>	Ich spucke auf Euch
<i>Deutsch von:</i>	Anna Kamp (München (Kunstmann) (1.) 1984, (2.) 1991

Nawal as-Sa^cdawi: Der Originaltitel ist der Mädchenname "*Firdaus*" mit der Bedeutung "Paradies". "Ich spucke auf euch" ist ebenfalls eine reine Erfindung der deutschen Bearbeiterinnen, einschließlich Verlag. Der Titel mag den Erwartungen deutscher Feministinnen entsprechen, ist jedoch dem Original nach Form und Inhalt völlig fremd: Der Spruch kommt zwar an einer Stelle des Werkes vor, hat jedoch in keiner Weise Bezug zu der Assoziation, die der deutsche Titel "ich spucke auf euch" suggeriert. "Ich spucke auf euch (Männer)" widerspricht dem Geist der Autorin und ihrem Roman, gleichwohl beschreibt Nawal die gesellschaftlichen Bedingungen, die eine Frauenkarriere begleitet. Konzessionsweise folgt eine Zeile in Kleindruck "Bericht über eine Frau am Punkt Null". Doch läuft das Werk unter dem Titel "Ich spucke auf Euch" und ist als solches bekannt geworden. "Bericht über" stammt von den deutschen Bearbeiterinnen. Dieser groteske Fall von Entstellung war nicht nur eine Provokation an das Fachgewissen, sondern überhaupt an das allgemeine Wahrheitsempfinden. Frau Dr. Sa^cdawi war regelrecht erschüttert, als ich ihr erläuterte, wie ihr Titel ins Deutsche übersetzt wurde. Sie schloß sich meiner Kritik an. Die Taschenbuchausgabe konnte unter dem korrigierten Titel erscheinen: "Eine Frau am Nullpunkt" (München (dtv) 1993).

(4)

**"Zart war ich,
bitter war's"**

Autor des Originals: Yasar Kemal
Titel des Originals: ince Memed
 4 Bde., Istanbul 1989 - 91
Titel der deutschen Ausgabe: Memed, mein Falke

Die Tetralogie von Yasar Kemal ist ein historischer Roman, der sich in der postosmanischen Türkei abspielt. Im Dorf und auf dem Land war wenig von einem Wechsel in den Beziehungen der sozialen Klassen zueinander zu sehen. Der klassenbewußte Memed mobilisiert und organisiert die Bauernschaft der Region und ruft zum Widerstand gegen die Feudalherren auf. Hart gegen den Klassenfeind, zart im Umgang mit Klassengenossen und doch ist Memed keine gespaltene Persönlichkeit. Sensibilität, Herzlichkeit und die Fähigkeit, mit seinen Mitmenschen Freud und Leid zu teilen, geben dem Roman seinen Namen. "Schlank"; "grazil"; "zierlich" (*ince*) ist keine anatomische Bezeichnung, sondern eine Metapher, eine Allegorie auf die Zartheit, Feinfühligkeit und Empfindsamkeit. Um es in der Worthierarchie der Nettigkeit einzuordnen, fangen wir an mit "nett". Latif ist die Steigerung von "nett". Deren beider Superlativ ist zarif. Das Erscheinungsbild *ince* soll diesen Charakterzug zum Ausdruck bringen. "Memed, mein Falke" stammt nicht vom türkischen Original, sondern aus der Vorstellungswelt des deutschsprachigen Übersetzers. Der deutsche Titel "Memed, mein Falke" hat überhaupt keinen Bezug zum Inhalt des Romans im Sinne des Erfinders. Der "zierliche" oder "zarte" Memed wäre angemessen. Doch wiederholt der deutsche Titel ein Schema, das wir von anderen Fällen kennen.

(5)

<i>Autor des Originals:</i>	Jack D. Forbes
<i>Titel des Originals:</i>	Columbus and other Canibals (Die Angabe des Originaltitels wird in der deutschen Ausgabe von 1981 und 1984 unterschlagen)
<i>Titel der deutschen Ausgabe:</i>	Die Wétiko-Seuche - Eine indianische Philosophie von Aggression und Gewalt der Indianerprojektgruppe (ausschließlich aus Deutschen bestehend. Anm. von mir, K.K.) (Lutz et al.) (Wuppertal (Hammer) (1.) 1981, (2.) 1984)
<i>Deutsch von:</i>	

Bereits die Titelblätter bringen grobe Fälschungen zum Vorschein. "Wétiko" ist amerikanisch (sog. "indianisch") und bedeutet: teuflische Bosheit und Kannibalismus (Forbes, 1992, S. 40). Der deutsche Titel erweckt den Eindruck, als wären Aggression und Gewalt Eigenschaften der Indianer; das wiederum paßt in das europäische Bild vom "Indianer". Der deutsche Titel demonstriert in mehrfacher Hinsicht vertraute Stereotypen. Während sich der Autor des Originals weigert, die authentischen Völker Amerikas als "Indianer" zu bezeichnen, schieben die Autoren die Nomenklatur der Weißen den "Indianer" in die Schuhe. Zum anderen ist seine Kritik nicht "eine indianische Sicht", als wären diese nicht in der Lage, allgemein gültige Aussagen zu machen. Das, was Europäer für sich beanspruchen, im Namen der Wissenschaft zu reden, wollen sie nicht anderen zugestehen. Bereits am Titel des Originalwerkes ist die radikale Kritik des Autors am Eurozentrismus erkennbar. Der nichtssagende deutsche Titel "Die Wétiko-Seuche" ist keine Fehlleistung, sondern eine gezielte Fälschung. Sie wird durch den Untertitel weiter erhärtet: "Eine indianische Philosophie von Aggression und Gewalt", als rechtfertige ein Indianer die eigene aggressive Grundhaltung. Die große Empörung gegen diese massive Fälschung zwang den Verleger zur neuen Auflage mit der genaueren Übersetzung: "Columbus + andere Kannibalen" Der Untertitel wurde verbessert zu: "Die indianische Sicht der Dinge". Eine vulgarisierende Tendenz ist indes geblieben (bereits das "+" im Titel). Ein Werk, das Vorurteile abbauen sollte, ist in der deutschen Übersetzung zum Instrument der Vorurteilsbildung geworden.

(6)

Autor des Originals: Abu °Ubaid al Qasim b. Sallam (st. 838)
Titel des Originals: Kitab al-amwal
Deutscher Titel: Alles über Finanzen

Abu °Ubaid al Qasim b. Sallam (gestorben 838) verfaßte die literaturgeschichtlich weltweit erste finanztheoretische, monetärwissenschaftliche Abhandlung unter dem Titel "*Kitab al-amwal*" "Die Finanz"; "Das Finanzwesen". Dieser Buchtitel wird von Albrecht Noth mit "Alles über Finanzen" (Geschichte der arabischen Welt, München 1987, S. 632) übersetzt. "Finanz" und "Finanzen" ist ein beträchtlicher Unterschied. Das Originalwerk analysiert theoretisch und empirisch das Wesen des Geldes und die damit einhergehenden Fragen der Währungspolitik und des Staatshaushalts. Die Abhandlung ist bestimmt für die Fachausbildung von Nachwuchskräften für die finanzspezifische Beamtenlaufbahn. Ganz etwas anderes ist die vulgarisierende Übersetzung "Alles über Finanzen", wobei alle drei Wörter eine Erfindung des Übersetzers sind. *Amwal* ist zwar formalgrammatisch plural, ist jedoch eine Abstraktion, daher richtiger "Wesen des Geldes". Die deutsche Entsprechung ist der (abstrakte) Singular, nicht die (konkrete) Mehrzahl. Die vulgarisierende Formulierung "Alles über Finanzen" ist keineswegs eine ungewollte Fehlübersetzung. Der deutsche Orientalist will es den Arabern nicht gönnen, Verfasser der ersten finanztheoretischen und staatshaushaltischen Fachliteratur zu sein.

(7)

Autor des Originals: Idrisi
Titel des Originals: Nuzhat al-mushtaq fi ihtiraq al-afaq
 (Eine Exkursion durch die Horizonte)
Deutscher Titel: Das Vergnügen dessen, der die Horizonte zu durchschreiten sich sehnt

Nuzhat "Spaziergang", "Prominada", "Exkursion", "Ausflug", "schöne Reise".

Al-mushtaq soll lediglich den Reim herstellen und konnte von mir in der Übersetzung vernachlässigt werden. Die Beispiele sind keine Ausnahmen, sondern Regelfälle.

Idrisi (1099 - 1166) ist ein Pionier Geograph, der die Welt als Globus darstellte und übrigens Europa zum ersten Mal exakt kartographierte. Sein

Werk war eine erdkundliche Revolution. Er konnte zwar einige Regionen bereisen und aufgrund persönlicher Anschauung beschreiben, den Weltatlas hat er jedoch theoretisch, unter anderem mit mathematischen Methoden ermittelt. Seine Abhandlungen verfaßte er in unübertroffener Sachlichkeit und doch ohne dabei auf Spannung und Humor zu verzichten. *Nuzhat al-mushtaq fi ihtiraq al-afaq* besagt: Die (gedankliche) Wanderung durch die Horizonte, um die nicht empirisch beobachteten Weltregionen darzustellen. Der deutsche Titel "Das Vergnügen" (Rathmann et al., Geschichte der Araber, Bd. 1, Berlin 1971, S. 246) ist eine reine Fantasie.

(8)

Titel des Originals: Fadl al-kalb ʿala man labisa at-tawb
 Titel der englischen Ausgabe: The Book of the Superiority of Dog of many of those who wear closes
 Bearbeitet von: (ed.) G.R. Smith and M.A.S. Abd al-Haleem

"The Superiority of Dog (over man)" ist unrichtig. Richtig ist ein Ausdruck, der die Bedeutung "Verdienste" oder auch "Vorzüge" (*fadl*) hat. Mit "Superiority" wird nicht nur angedeutet, daß der Hund den Menschen überlegen ist, vielmehr stellt der englische Titel eine zoologische Hierarchie dar, wobei der Hund - gefolgt vom Menschen - an der Spitze der Tierreiche thronet. Diese absurde Vorstellung wird natürlich nicht den Übersetzern, sondern dem arabischen Autor zugeschrieben.

Das Originalwerk *Fadl al-kalb* (...) ist eine hervorragende behavioristische Studie. Die Erkenntnisse und Ergebnisse, zu denen der Autor gelangt und für die er adäquate Ausdrücke im Arabischen findet, erfahren in der englischen Übersetzung eine nicht unbeabsichtigte Verschiebung. Der Titel "The superiority of the Dog (...)" soll das Buch wissenschaftsunfähig erscheinen lassen und disqualifiziert den Autor als ernstzunehmenden Verhaltensforscher, denn schon durch die Titelgebung erscheint seine Abhandlung absurd. Die richtige Übersetzung wäre "Merits of Dog for Man", also "Vorzüge" oder "Verdienste" des Hundes für den Menschen, jedoch nicht "Überlegenheit".

(9)

Autor des Originals: François Furet

Titel des Originals: Penser la Révolution française
Titel der deutschen Ausgabe: 1789, vom Ereignis zum Gegenstand der
 Geschichtswissenschaft (Frankfurt,
 Berlin, Wien (Ullstein) 1980)

Dieser Fall ist eine positive Ausnahme. Dabei ist es - leider - keine rühmliche. Der gewählte Titel ist französischen Originals: "Penser la Révolution française" von François Furet, voilà. Die deutsche Übersetzung weicht vom Originaltitel ab, doch im Gegensatz zu den anderen Beispielen wird der Titel nicht banalisiert, sondern weit aufgewertet: "1789 - vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft" (Frankfurt, Berlin, Wien 1980) (Der englische Titel zum Vergleich: *Interpreting the French Revolution*, Cambridge, 1981). Die Voreingenommenheit kommt hier als positives Urteil zum Ausdruck.

(10)

Autor des Originals: Gazali (Abu-Hamid Muhammad al-
 Gazali (1058/59 - 1111)

Titel des Originals: al-Munqid min ad-dalal

Titel der deutschen Ausgabe: Der Erretter aus Irrtum

Deutsch von: °Abd-Elsamad °Abd-Elhamid Elschazli

"Der Erretter aus dem Irrtum" ist die Autobiographie des Gelehrten al-Gazali, in der er seinen Erkenntnisweg nachzeichnet. Die Übersetzung Schadhly ist nicht nur akzeptabel, sondern geradezu beispielhaft. Allenfalls zeigt sie Probleme auf, die prinzipiell bei der Übertragung arabischer Texte ins Deutsche auftreten. Die ursprünglichen Bedeutungsbereiche werden im Deutschen extrem eingeengt. Hierfür ist die Überschrift ein geeignetes Beispiel. *Dalal* ist die "Verlorenheit", die "Irrfahrt", deshalb schlug ich vor "Der Erretter vom Irrweg" oder "von den Irrwegen". Wichtig ist das Beispiel jedoch als Negativbeweis für den hermeneutischen Zirkel. Der Übersetzer geht an das Original mit Respekt heran, den der große Klassiker Gazali verdient. Die Texte werden ins Deutsche übertragen, ohne durch eine vorprogrammierte Schablone manipuliert zu werden. Vor allem aber hat der Übersetzer das Original mit Sicherheit verstanden. Die Biographie òGaz-al-is weist ihn als den eigentlichen Begründer der Philosophie des Zweifels aus, womit Descartes zum Plagiator wird.

(11)

Autor des Originals: °Abd ar-Rahman Ibn-Haldun
Titel des Originals: al-Muqaddima
Titel der deutschen Ausgabe: al-Muqaddima
Deutsch von: M. Pätzold

Das geniale Werk des Begründers der modernen Sozialwissenschaft °Abd ar-Rahman Ibn-Haldun (1332-1406) sollte im Deutschen den angemessenen Titel "Einführung in die Geschichts- und Gesellschaftswissenschaften" (*Muqaddima* = Einführung) tragen.

Ibn-Haldun, Muqqadima, Kapitel 37 "Über den Krieg", Zunächst in der Khella-Übersetzung: "Diese sind also vier Arten von Kriegen. Die beiden ersteren sind ungerechte Kriege, eine Verschwörung. Die beiden letzteren sind gerechte Kriege, Einsatz zur Abwehr eines eingetretenen Unrechts und zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit" (Ibn-Haldun (arab., Ausgabe Dar al-Qalam) Bairut 1989, S. 271). Schauen wir uns nun an, was der deutsche Arabist daraus gemacht hat: "Diese sind (die) vier Arten von Kriegen. Die beiden ersteren sind unrecht und sündhaft, die beiden anderen heilig und gerecht" (Ibn-Haldun, dt. von Pätzold, ebd. S. 154). Manchen Lesern werden vielleicht keine allzu großen Unterschiede auffallen, deshalb sei eine nähere Betrachtung von Nutzen. Das Schema, das der deutsche Arabist anwendet, verschiebt die Beurteilungskriterien, die Ibn-Haldun zur Wertung von Kriegen stellt, in die religiöse Sphäre. Kriege werden - so nach der Pseudoübersetzung - in "sündhafte" und "heilige" eingeteilt. Der Araber verhält sich zum Kriegsgeschehen also nicht politisch, sondern mystisch. Die Vorstellung, die Europäer vom arabischen Kriegsverhalten haben, steht also bereits bei Ibn-Haldun.

Dabei hat der arabische Ibn-Haldun ganz andere, ausschließlich politische Kriterien aufgestellt, so daß jeder mit den Mitteln der reinen Vernunft (ohne klerikale Weisung) das militärische Ereignis selbständig beurteilen soll. Genau das wird jedoch den Arabern abgesprochen. Ihre Sicht wird religiös-theologisch eingeengt. Sie erscheinen den Europäern als fundamentalistisch bis fanatisch. Und das Ganze sei bereits bei Ibn-Haldun belegt. Hier (in der Pseudoübersetzung) etabliert er ein "Kriegsdogma". Ihm folgen die Araber, die unfähig sind, nach vernunftmäßigen, gesellschaftspolitischen Kriterien und nach der autonomen Kritikfähigkeit ihre Meinung zu bilden. Die Übersetzung - hier am Beispiel Pätzold - spricht den arabischen Menschen schlicht die eigenständige Analysefähigkeit und Urteilskraft ab. Das Lernziel wird

subtil operationalisiert. Die Araber, dargestellt an ihren eigenen Originalwerken, überführen sich selbst; Fall "Selbstdenunziation". Real hat Ibn-Haldun in diesem umfangreichen Kapitel (Pätzold übersetzte etwa 10 % des Kapitels, ohne die Leser auf diese Tatsache aufmerksam zu machen; vielmehr wird suggeriert, er habe das gesamte 37. Kapitel übersetzt) die Begriffe vom "gerechten" und "ungerechten" Krieg geprägt. Seitdem sind sie unerläßliche Termini bei Diskussionen über militärische Ereignisse. Heute noch werden sie in den Debatten der Vereinten Nationen verwendet und als völkerrechtliche Definitionen akzeptiert. Für denjenigen, der nachkontrollieren möchte, sei der Originaltext in Transkription wiedergegeben:

"fahadihi arba^ʿatu asnaf min al-hurub. As-sinfani al awwalani minha hurubu bagy wa fitna, wa as-sinfani al-aḥirani hurubu gihad wa^ʿadl."

Wie dieser Satz ist die gesamte deutsche Ibn-Haldun-Ausgabe von Pätzold. Dieser wiederum ist repräsentativ für die deutsche Orientalistik. Das Unvermögen der Arabisten wird zum Unvermögen der Araber. Das vermeintlich Arabische wird den Arabern in die Schuhe geschoben. Die Übersetzungen werden von europäischen Lesern konsumiert und zitiert. Sie prägen das Araberbild nicht nur in der Trivalliteratur, sondern auch im Fachbuch. Der hermeneutische Zirkel ist geschlossen.

Lexeme

Einem Übersetzer stehen zahlreiche äquivalente Lexeme zur Verfügung. Ohne ersichtlichen Grund entscheidet sich der europäische Übersetzer für die negativ belegte Alternative, um eine andere Kultur herabzusetzen. Damit bestätigt er die Vorstellung, die er schon vor der Übersetzung hatte. Der geschlossene hermeneutische Zirkel reproduziert sich.

Beispiele:

tallaqa	"verstoßen" statt "sich scheiden lassen"
rakaca	"niederkauern" statt "sich verbeugen (vor Gott)"
Allah	"Allah" statt "Gott", womit suggeriert wird, Muslime verehren einen heidnischen Gott oder irgendeine Gottheit des Pantheons, der nicht mit dem biblischen Gott identisch wäre
lailat ad-duḥla	"Penetrationsnacht" statt "Hochzeitsnacht" oder "erste Nacht (nach der Vermählung)"

Beachte bitte die zahlreichen Parallelen der Alltagssprache, die identische Inhalte je nach Herkunft lexikalisch differenzieren, z.B. "Mund-Harmonika" aber "Maul-Trommel", die zeigen, wie tief der Rassismus in die Sprache eingedrungen ist. Der europäische Mund ist nicht derselbe wie der außereuropäische.

Mit einem Teil der ÜbersetzerInnen, Herausgeber und Verlage habe ich gesprochen und die Frage nach dem Grund u. a. für die falsche Titelangabe gestellt. In keinem einzigen Fall konnte mir eine plausible Antwort gegeben werden. Unter anderem wurden mir Marketingmotive genannt. Dazu ist anzumerken:

1. Wahrheitsverlust wird direkt, zumindest indirekt, gestanden.
2. Die Entstellung beschränkt sich nicht nur auf den Titel, sondern auch auf die Inhalte.
3. Die deutsche Ausgabe wird als Übersetzung verkauft, obwohl sie auf Korrektheit bewußt verzichtet.
4. Den Lesern wird nicht gesagt, wie das Original exakt zu übersetzen wäre.
5. Die Originaltitel waren durchaus verkäuflich, sonst wäre es nicht zu erklären, warum sie trotzdem erscheinen, nur mit anderen Autorennamen, Beispiel:

Der Titel von Nawal as-Sa^cdawi "Frauen und Sexualität" wird verwendet von:

Schenk, Herrad (Hg.), Frauen und Sexualität, München (Beck) 1995

Der Kampf um die Berechtigung eines einzelnen Titels erweist sich als mühsam und langwierig. Die Anstrengungen und nicht selten Fehlversuche um die Korrektur der Inhalte sollen hier nicht weiter problematisiert werden. "Übersetzerische Kompetenz" ist ein langer Weg. Die Aufgaben der Theorie- und Geschichtsrevision haben auch eine linguistische und übersetzerische Komponente. Das übersetzte geistige Erbe bedarf der dringlichen Nachprüfung. Die Tschernobyls der Literaturgeschichte - z. B. "Destructio philosophorum" für *Tahafut al-falasifa* von al Gazali (gestorben 1111) und "Destructio destructionis" für *Tahafut at-tahafut*, in der sich Ibn-Rusd (Averros) (st. 1189) mit Ersterem auseinandersetzt, harren ihrer Reparatur.

Die Entstellung der Titel ist symptomatisch für die Manipulation der Inhalte. Die Aussage der *Übersetzung* entspricht dem Interesse derer, die

sie besorgt haben. Die Botschaft des Originals wird stellenweise ins Gegenteil verkehrt. In all den von mir untersuchten deutschen Übersetzungen aus dem Arabischen wiederholen sich Motive und Tendenzen so oft und so regelmäßig, daß sie durchaus die Aufstellung von Thesen, wenn nicht einer Theorie, erlauben.

Ergebnisse:

1. Die Buchtitel geben nicht die Meinung des Originalverfassers, sondern die des deutschen Übersetzers wieder.
2. Der Titel der Übersetzung entspricht dem deutschen Araberbild und den europäischen Vorstellungen von Orient als Gegenentwurf zum Abendland.
3. Daher geschieht es, daß die deutschen Übersetzungen - entgegen der Absicht der Autoren - Vorurteile und Klischeebilder nicht abbauen, sondern erhärten.
4. Die Übersetzungen stellen stets eine Verflachung und Entstellung des arabischen Originals dar. Komplexe Gedankengänge werden banalisiert, problemorientierte Analysen werden simplifiziert.
5. Durch manipulierte, entstellte Übersetzungen soll arabischen Autoren Fachlichkeit aberkannt werden. Eine führende Kompetenz auf den jeweiligen Schwerpunkten soll ihnen streitig gemacht werden. Eine Ausnahme bildet ein Teil der deutschschreibenden Araber, die sich übersetzerisch betätigen.

Der geschlossene hermeneutische Zirkel ist Ursache dafür, daß eine Übersetzung nicht ausschließlich durch die Idee des Originals bestimmt ist, sondern auch durch die Projektion von Vorstellungen des Übersetzers. Diese Vorstellungen gelangen in die Zielsprache, jedoch mit dem Anspruch, vom Original zu stammen. Der Übersetzer erfindet ein neues Werk, ohne sich des Aktes der Erfindung bewußt sein zu müssen. Die Sprachbarriere, die zwischen dem Übersetzer und seinem Autor liegt, ist nicht linguistischer Natur. Wir kennen diesen Fall aus zahlreichen anderen Analogien. Jahr für Jahr fahren deutsche Touristen nach Übersee und kehren mit Dias und Photographien zurück. Diese bestätigen in aller Regel die Vorstellungen, mit denen sie in diese Länder gefahren sind. Ganz im Gegensatz dazu sind Bilder, die von Bürgerinnen und Bürgern dieser Länder stammen.

Fazit:

Einem Übersetzer steht eine lexikale Reihe von sprachlichen Äquivalenzen zur Verfügung. Seine Wahlentscheidung hängt nicht ausschließlich von rein linguistischen Überlegungen ab. Gleichwohl hätten ihm Fachlichkeit und Kompetenz eine gewisse Treffsicherheit gewährt. Zwar gibt es nicht das linguistisch absolut richtige lexikale Äquivalent, doch Verschiebungen und Abweichungen sind in den untersuchten Fällen ideologisch motiviert. Bereits die bedeutsamsten Übersetzungswerke weisen ein Ausmaß an Verfremdung auf, die bis heute nicht hinreichend der linguistischen Kritik unterzogen wurden.

IV Theoretische und praktische Lösungsmodelle

Der Arbeitsgegenstand des Übersetzers ist das Werk des Originalverfassers. Dieses Werk existiert nicht "an sich", sondern nur in der Weise, wie es vom Übersetzer wahrgenommen wird. Er - der Übersetzer - versteht das Original nur deshalb, weil er ein Vorverständnis besitzt. Leider aber ist das Vorverständnis nie unbelastet. Der Übersetzung geht ein Vorgang des Verstehens und Auslegens voraus. Dieser Vorgang ist vielschichtig und komplex. Der Übersetzer überträgt sein Vorverständnis in das Original. Das muß er tun, denn einen anderen Erkenntnisweg gibt es nicht. Warum es so ist, erläutert der hermeneutische Zirkel als Erkenntnisweg. Wir müssen deshalb auf das kognitive Prinzip des hermeneutischen Zirkels zurückkommen. Der Übersetzer ist offensichtlich vom geschlossenen, nicht vom offenen hermeneutischen Zirkel beherrscht.

Reverse Thinking - Projektion und Reflexion: Der Leser, also zum Beispiel der Übersetzer, projiziert eigene Vorstellungen in den Text, die von dort auf ihn zurück reflektiert werden. Der Übersetzer als Leser des Originals erfindet seinen eigenen Lektüretext, ohne sich des Aktes der Erfindung bewußt zu sein. Resultat ist es, daß Verstehen nicht allein durch den vorgegebenen Originaltext, sondern auch durch die Vorstellungswelt des Übersetzers, die durch seine vorgefaßten Meinungen und Denkmuster bestimmt wird. Der Anspruch der Objektivität geht hierbei an der Realität und der Übersetzerpraxis vorbei.

Lösungsvorschläge

Es reicht nicht aus, Bereitschaft zur Offenheit gegenüber den Ansichten des Originalverfassers zu zeigen, denn dies ist sicher das Motiv der meisten Übersetzer. Nötig ist vielmehr ein Kontrollsystem - gemeint ist nicht eine fremde, sondern die Selbstkontrolle. Übersetzer können ihre dialogische Arbeit erst dann zufriedenstellend leisten, wenn sie die Aufnahme der Sinneszusammenhänge in ihre eigene Verständniswelt und in ihre Übersetzung möglich machen, ohne daß der Sinn über die Grenzen der Übersetzbarkeit hinaus verschoben, manipuliert oder tendenziös gefärbt wird.

Hierzu möchte ich den Weg einer übersetzungsliterarischen Hermeneutik vorschlagen. Die Aufgabe dieser Hermeneutik ist es, das Spannungsfeld zwischen zwei sprachlichen Medien nicht nur linguistisch, sondern auch historisch zu untersuchen. Das Problem ist dann lösbar, wenn das Fremdbild der Zielsprache analysiert und von Voreingenommenheit und Vorurteilen befreit wird. Eine übersetzerische Praxis entsteht nicht im Vakuum, sondern in einem historischen Kontext. Dominiert der historische Kontext der Zielsprache, so reproduzieren sich Klischeebilder und vorgegebene Vorstellungen, oft ohne daß der Übersetzer sich dieser Tatsache bewußt ist. Wenn hingegen der historische Kontext der Originalsprache dominiert, besteht eine Chance, den *circulus vitiosus* aufzubrechen. Einen Text über gesellschaftliche Verhältnisse oder personenbezogene Handlungen auszulegen, bedeutet, das im Original vorhandene Bild mit dem in der Zielsprache vorherrschenden Vorstellungen und Denkmustern zu konfrontieren und zu vergleichen. Autokritik und Korrektur haben eine Chance.

Andreas Lembeck

Secondary Market und Debt Equity Swaps: ein Ausweg aus der 'Schuldenkrise'?

Die 'Schuldenkrise' - mehr als ein Problem der 'Dritten Welt'

Als am 13. August 1982 der mexikanische Finanzminister Jesus Silver Herzog vor die Weltöffentlichkeit trat und erklärte, sein Land müsse ab sofort alle Schuldendienste einstellen, markierte dies spektakulär den Höhepunkt einer Dekade, in der sich die Verschuldung der sogenannten Entwicklungsländer vervielfachte. Beliefen sich die Auslandsschulden der 'Dritten Welt' 1970 noch auf rund 74 Milliarden US-\$, so waren es zwölf Jahre später mehr als 831 Milliarden US-\$.¹

Das zeitliche Zusammentreffen einer Überakkumulationskrise in den kapitalistischen Ländern sowie die daraus resultierenden niedrigen, zeitweise sogar negativen Realzinsen, und das Streben vieler unterentwickelt gehaltener Länder nach Modernisierung hatte in den siebziger Jahren Anbieter und Nachfrager schnell an einen Tisch gebracht. Große und kleine Banken stiegen in das Kreditgeschäft mit den 'Entwicklungsländern' ein, die einen mit zinsgünstigen Krediten finanzierten Auf- oder Ausbau ihrer Ökonomien begannen. Ein weiterer Grund für die wachsende Verschuldung der 'Dritte Welt'-Länder war der Ölpreisanstieg in den Jahren 1973 und 1979, auf den sich bis 1982 schätzungsweise die Hälfte der Gesamtschulden zurückführen lassen.²

Mit der zweiten 'Ölkrise' im Jahr 1979 begann eine bis 1982 anhaltende weltweite Rezessionsphase. In deren Verlauf gab am 6. Oktober 1979 der *Federal Reserve Board*, die US-Zentralbank, die 'prime rate' - das ist der Zins, den die US-Banken von ihren vertrauenswürdigsten Kunden verlan-

1 Vgl. Hanke, Thomas, In der Falle der Gläubiger. In: Die Zeit, Nr. 42, 11.10.1991; Sandner Sommer, Banken, Kredite und die 'Dritte Welt', S. 37

2 World Economic Outlook, 1983, S. 227; 1985, S. 213 u. 219; 1991, S94 u. 100; Datta, Welthandel und Welthunger, S. 199-202.

gen - frei. 115 Jahre lang war die höchste 'prime rate' in den USA jene 12%, die durch den Sezessionskrieg 1864 bezahlt werden mußte. Ende 1979 betrug die 'prime rate' 21%!³ Nach der Wahl Ronald Reagans zum US-Präsidenten 1980 begann dessen Regierung ein - kreditfinanziertes - Wirtschaftsprogramm ('Reagonomics') noch nie dagewesenen Ausmaßes mit dem Ziel der Überwindung der Rezession. Damit setzte diese Regierung eine Schuldenlawine in Bewegung. In der ersten Amtszeit Reagans (1981-1984) verdoppelten sich die Bundesschulden der USA von 1000 Milliarden US-\$ auf 2000 Milliarden US-\$. Das Staatsdefizit war 1985 viermal so hoch wie 1980. Im gleichen Zeitraum stiegen die Militärausgaben der USA auf das Zweieinhalbfache.⁴ Vor allem diese US-Wirtschafts- und Finanzpolitik war für den weltweiten Zinsanstieg zu Beginn der achtziger Jahre verantwortlich, in deren Verlauf Mexiko - andere unterentwickelt gehaltene Länder folgten - sich für zahlungsunfähig erklären mußten.

Die 'Schuldenkrise' war jedoch weniger eine Krise nur der 'Entwicklungsländer'. Sie bedeutete vor allem eine existentielle Bedrohung des internationalen Bankensystems. In den siebziger Jahren hatten die Kreditinstitute, allen voran US-amerikanische Banken, Millionen von Dollars als Kredite in die 'Dritte Welt' transferiert. Selbst kleine Regionalbanken wagten sich in den internationalen Geldverleih. 1982 entfielen 71% der Entwicklungsländerschulden auf private Gläubigern, insbesondere Geschäftsbanken.⁵

Die Risikovorsorge der international tätigen Geschäftsbanken war jedoch unzureichend; dies wohl vor allem aufgrund der Annahme, ein Staat könne nicht zahlungsunfähig werden. Seit 1982 stieg die Zahl der Konkurse US-amerikanischer Kreditinstitute rasch an. Betroffen waren zunächst nur kleine und mittlere Banken. Als 1984 gar eine der großen US-Banken, die Continental Illinois, in Schwierigkeiten geriet, sagte der *Federal Reserve Board* im Mai 1984 zu, jeden Liquiditätsengpaß der Großbanken durch einen Zentralbankkredit zu überbrücken. "Die Kredite

3 Vgl. Zischka, Der Dollar, S. 314-315.

4 Vgl. Altvater, Die Schulden der Dritten Welt sind nicht bezahlbar, S. 62; Zischka, Der Dollar, S. 312.

5 Vgl. Sandner / Sommer, Banken, Kredite und die 'Dritte Welt', S. 66; eigene Berechnungen nach einer IWF-Statistik. In: Bundestagsdrucksache 12/3300 (24.9.1992), hrsg. vom Deutschen Bundestag [Antwort der Bundesregierung auf eine große Anfrage der SPD-Fraktion], Anhang A, Übersicht A1, S. 17.

der 9 größten US-Banken an Brasilien machen eine Hälfte ihres Eigenkapitals aus, die Anleihen an Mexiko die andere Hälfte. Die New Yorker Citibank und die Chase Manhattan Bank haben allein an diese beiden Länder mehr als das Doppelte ihres Eigenkapitals verliehen. An die 'Dritte Welt' haben diese neun Banken insgesamt 340% ihres Eigenkapitals als Kredite vergeben."⁶ Im September 1984 meldete das *Wallstreet-Journal* gar die Bereitschaft der US-Regierung, notfalls die elf größten Banken zu nationalisieren.⁷

Um ihre Krise zu lösen, schränkten die privaten Banken zunächst ihr Engagement in den sogenannten Entwicklungsländern drastisch ein. Das private Neukreditgeschäft mit der 'Dritten Welt' brach praktisch zusammen. Noch heute, 14 Jahre nach Beginn der sogenannten Schuldenkrise, ist die Nettofinanzierung durch die Geschäftsbanken weiterhin negativ.⁸

Initiativen zur Lösung der 'Schuldenkrise'

In Reaktion auf die sogenannte Schuldenkrise versuchten die Regierungen der Gläubigerländer, die Geschäftsbanken und der Internationale Währungsfonds (IWF), die Krise soweit wie möglich einzudämmen und eine Eskalation zu vermeiden. Ohne Rücksicht auf die Belange der Bevölkerung in den unterentwickelt gehaltenen Ländern verordnete der IWF seine rigorosen Strukturanpassungsprogramme. Die Unterwerfungsbedingungen wurden zwischen dem IWF und dem jeweiligen Schuldnerland ausgehandelt und in einer Absichtserklärung, dem 'letter of intent', festgehalten. In diesem Abkommen wurden dann die Auflagen aufgelistet, die das unterentwickelt gehaltene Land zu erfüllen hatte, um dringend benötigte weitere Kredite zu bekommen. Die Geldmittel des IWF sind zwar begrenzt, doch die Bedeutung des IWF bzw. des abgeschlossenen 'letter of intent' "als Katalysator für andere Finanzquellen [kann] nicht überbetont werden"⁹. Eine Vorschaltung des IWF sowie der ihn kontrollierenden Regierungen der OECD-Länder war für die privaten Banken, die zwar zu Konzessionen bezüglich der Schuldendienste, nicht jedoch zu Schuldenstreichungen bereit waren, von

6 Frank, Kann die Schuldenbombe entschärft werden?, S. 22.

7 Vgl. Schui, Internationale Verschuldung - Gefahren der Weltwirtschaft?, S. 49.

8 Vgl. Weltentwicklungsbericht 1995, S. 73.; World Debt Tables 1992-1993, Vol. I, S. 5 u. 18.

9 Guitián, Die Auflagen des IWF und der internationale Anpassungsprozeß, S. 17.

substantiellem Interesse. Nur die Regierungen der kapitalistischen Länder besitzen die Macht, durch wirtschaftspolitische Mittel in die nationale Souveränität eines Schuldnerlandes einzugreifen, vereinfacht ausgedrückt: Druck auf das Schuldnerland auszuüben. Und es ist kein Fall bekannt, in dem ein unterentwickelt gehaltenes Land sich erfolgreich gegen das Diktat des IWF wehren konnte.

Die Lasten dieser vom IWF diktierten Wirtschaftspolitiken hatten weitgehend die Arbeiter zu tragen. In Lateinamerika beispielsweise fielen ihre Reallohneinkommen zwischen 1982 und 1991 um durchschnittlich 25%, während gleichzeitig der regionale Aktienkursindex um 20% anstieg.¹⁰ Weitere Struktur Anpassungsmaßnahmen, wie die Einstellung der Subventionierung von Grundnahrungsmitteln, Preiserhöhungen öffentlicher Güter und drastische Einsparungen bei den Sozialausgaben führten zu einer Zunahme der Ungleichheit. Die Weltbank selbst stellte in ihrem Weltentwicklungsbericht 1995 für einige lateinamerikanische Länder diese Entwicklung fest, schloß jedoch in geradezu ignoranter Weise Anpassungsmaßnahmen als Ursache nachdrücklich aus.¹¹

Handel mit Schuldtiteln: Der Sekundärmarkt

Im Verlauf einer Phase der Konsolidierung und Umstrukturierung bildete sich 1985 ein Markt für Entwicklungsländerschulden, der *secondary market*, zu deutsch Sekundärmarkt. In der Anfangsphase dieses Marktes tauschten international engagierte Banken ihre Entwicklungsländerschuldtitel — oft zum Nennwert. Der Tausch von Schulden (*debt swap*) unter den Banken geschah insbesondere, um die Länder-Struktur ihrer Schulden-Portefeuilles ihren Wünschen anzupassen. Je nach Geschäftspolitik war das Ziel der Umstrukturierungen eine Diversifikation, um das Risiko möglichst breit zu streuen, oder aber eine Konzentration auf ausgewählte Länder oder Regionen. So tauschten zum Beispiel US-amerikanische Banken osteuropäische Schuldtitel mit europäischen Banken gegen deren lateinamerikanische Entwicklungsländerschulden. Im weiteren Verlauf bildeten sich auf dem Sekundärmarkt Marktpreise für die Schulden der 'Entwicklungsländer'. Die Preise (bzw. die Höhe der Abschläge vom Nennwert) orientieren sich

10 Vgl. Weltentwicklungsbericht 1995, S. 74f.

11 Vgl. Körner, Im Teufelskreis der Verschuldung, S. 76; Weltentwicklungsbericht 1995S. 125.

an der Schuldendienstfähigkeit und Kreditwürdigkeit der Schuldnerländer und wurden in den Anfangsjahren recht willkürlich festgelegt. Mit zunehmendem Handelsvolumen am Sekundärmarkt wurde die Preisbildung verlässlicher und bietet den Kreditinstituten inzwischen eine annähernd realistische Einschätzung des Gegenwartswertes einer Forderung gegenüber einem 'Entwicklungsland'.¹²

Zunächst dominierten auf dem Sekundärmarkt europäische und kleine US-amerikanische Banken. Ursache hierfür waren insbesondere die US-Buchführungsvorschriften. Während die bankenaufsichts- und steuerrechtlichen Vorschriften in den europäischen Ländern eine Reservebildung ihrer Banken für potentielle Forderungsausfälle einigermaßen unproblematisch machten, mußten US-Banken bei einem Tausch bzw. Verkauf ihrer Schuldtitel gegen 'Entwicklungsländer' den Wert der in ihrem Besitz verbliebenen Forderungen abwerten. Die dadurch erforderlichen Wertberichtigungen haben einen äußerst negativen Einfluß auf die Liquidität und die Bilanz einer Bank.¹³ Erst nachdem die großen US-Banken in 1987 beträchtliche Rückstellungen für ihre Kredite an Länder der sogenannten Dritten Welt gebildet hatten, waren sie in der Lage, am Sekundärmarkt teilzunehmen.¹⁴ Dazu trug auch eine neue Interpretation der US-Bilanzierungsregeln bei, wonach eine amerikanische Bank nicht automatisch alle Forderungen gegenüber demselben 'Entwicklungsland' berichtigen mußte, wenn sie ihre übrigen Forderungen weiterhin für einbringbar hielt.¹⁵

12 Vgl. World Debt Tables 1992-1993, Vol. I, S. 109. - Die Commerzbank beispielsweise orientiert sich bei der Festlegung der Höhe ihrer "Wertberichtigungen auf Länderrisiken" an den Preisen des Sekundärmarktes. (Vgl. Commerzbank AG, Geschäftsbericht 1995, S. 25.)

13 Blackwell/ Nocera, Effekte der Umwandlung von Darlehen in Beteiligungskapital, S. 15f.

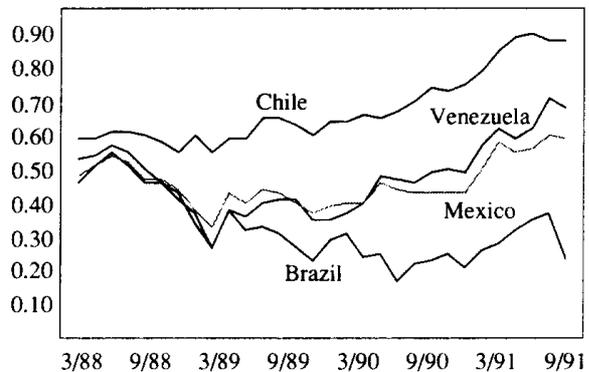
14 Vgl. Blackwell/ Nocera, Effekte der Umwandlung von Darlehen in Beteiligungskapital, S. 16.

Die Rückstellungen von US-Banken für Schulden von Entwicklungsländern schätzt Veronika Büttner (Das Weltfinanzsystem und die Schuldenkrise der Dritten Welt, S. 289) für 1988 auf rund 30% und für 1990 auf 58%. Schlechter wird die Situation der japanischen Banken eingeschätzt, deren Rückstellungen nur rund 10% (1988) betragen.

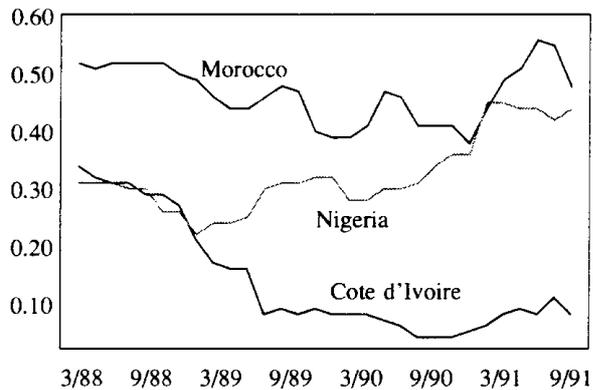
15 Vgl. Böhmer, Innovative Finanzierungsinstrumente der Weltbank, S. 534.

Sekundärmarktpreise für Schulden ausgewählte Länder
 (in Prozent der Nominalschuld)¹⁶

Latin America



Africa



¹⁶ Quelle: World Debt Tables 1991-1992, Vol. I, S. 24.

In der Folge explodierte der Sekundärmarkthandel geradezu. Wurden 1985 noch Schuldtitel in Höhe von rund 4 Milliarden US-\$ gehandelt, belief sich das Handelsvolumen am Sekundärmarkt allein im Zeitraum von Januar bis Oktober 1992 auf rund 120 Milliarden US-\$, das entsprach fast 10% der Gesamtschulden aller unterentwickelt gehaltenen Länder. Diese Angaben sind jedoch nur vorsichtige Schätzungen. Der Sekundärmarkt ist ein unregelter, stark expandierender Markt mit einer unbekanntem Zahl von Teilnehmern, darunter seit einiger Zeit vermehrt auch institutionelle Anleger (Investmenthäuser etc.) aus den USA. Geschäfte werden häufig telefonisch gemacht, und um eine gewünschte Transaktion realisieren zu können, sind nicht selten mehrere debt swaps erforderlich, was das Handelsvolumen aufbläht.¹⁷

Deutsche Kreditinstitute und die 'Schuldenkrise'

Die deutschen Banken nahmen, um sich vor den Folgen von Forderungsausfällen gegen Länder der 'Dritten Welt' zu schützen, verstärkt Wertberichtigungen vor und bildeten beachtliche Rückstellungen. In ihrem Geschäftsbericht von 1984 stellte die Deutsche Bank, das größte deutsche Kreditinstitut, fest:

"Im Jahresabschluß haben wir die Risiken des Kreditgeschäfts mit unveränderter Sorgfalt bewertet und angemessene Wertberichtigungen und Rückstellungen gebildet. (...) Die Bewältigung der Schuldenkrise erscheint uns indessen noch nicht gesichert. Unser Kreditgeschäft wird daher auch künftig mit erheblichen Risiken belastet bleiben, für die wir vorgesorgt haben."¹⁸

Der Umfang dieser Risikovorsorge kann nur geschätzt werden. In Deutschland informieren die Banken lediglich die Aufsichtsbehörden detailliert über ihre Risiken, und diese wiederum verweigern unter Berufung auf das Kreditwesengesetz jegliche Auskünfte.¹⁹ Auf dem Sekundärmarkt jedenfalls sind die deutschen Banken kaum als Anbieter präsent. Aufgrund der für sie sehr vorteilhaften Bilanzierungsrichtlinien

17 Vgl. World Debt Tables 1992-1993, Vol. I, S. 110 und World Debt Tables 1994-1995, Vol. I, S. 32; Torre, Nationale Souveränität und ausländische Direktinvestitionen., S. 105.

18 Deutsche Bank AG, Geschäftsbericht für das Jahr 1984, S. 41.

19 Vgl. Bundestagsdrucksache 12/3300 (24..9.1992), S. 5.

ist ihr Interesse am Verkauf ihrer Forderungen gegen 'Entwicklungsländer' gering. Unter der Annahme, daß die unterentwickelt gehaltenen Länder bei den deutschen Banken mit insgesamt rund 65 Milliarden DM verschuldet sind und die Wertberichtigungsquote rund 80% beträgt²⁰, resultieren daraus Rückstellungen in Höhe von 52 Milliarden DM. Wertberichtigungen haben, wie auch die Bundesregierung konzidiert, "die Wirkung einer Steuerstundung"²¹. Einen Steuersatz von 50% unterstellt, beläuft sich der zinslose Kredit des Staates an die Banken auf rund 26 Milliarden DM per anno. Bei einem angenommenen Zinssatz von 7% errechnet sich daraus ein jährliches Steuergeschenk in Höhe von 1,82 Milliarden DM! Hinzu kommen noch die von den 'Entwicklungsländern' weiterhin zu zahlenden Zins- und Tilgungsleistungen. Für deutsche Kreditinstitute besteht somit kaum ein Anreiz, ihre Schuldtitel auf dem Sekundärmarkt zu verkaufen.

Die Brady-Initiative

Der Sekundärmarkthandel bildete die Basis eines Planes, den der US-Finanzminister Brady im März 1989 bekanntgab. Brady schlug vor, die Schulden bzw. Schuldendienstlasten der 39 höchstverschuldeten 'Entwicklungsländer' gegenüber den privaten Banken zu verringern. Dies sollte zum einen dadurch erreicht werden, daß multinationale Finanzinstitutionen, wie der IWF, die Weltbank oder die Inter-amerikanische Entwicklungsbank, die Zinszahlungen der Schuldnerländer garantieren und im Gegenzug die Banken die Zinssätze ermäßigen. Zum anderen sollten die internationalen Finanzinstitutionen den 'Entwicklungsländern' Finanzmittel zur Verfügung stellen, mit deren Hilfe diese ihre Schulden zurückkaufen könnten (*debt buyback*). Bradys Initiative wurde durch vermehrte Bemühungen der Gläubigerländer unterstützt, "Hindernisse für Schuldenverminderungen in der Bankenaufsicht sowie

20 Zur Höhe der Forderungen deutscher Banken an 'Entwicklungsländer' siehe: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Januar 1993, 45. Jg., Nr. 1, S. 65. Die Wertberichtigungsquote gibt für die Deutsche Bank (gegenüber 60 Risikoländern) an: Wernicke, Die Schuld der Gläubiger.

Die Commerzbank berichtete seit 1984 ihre Forderungen gegen einige Entwicklungsländer mit mehr als 100%. Seit Anfang 1996 ermittelt daher die Staatsanwaltschaft Frankfurt aM. wegen Steuerhinterziehung in Millionenhöhe gegen die Bank. (Vgl. Frankfurter Rundschau v. 12.3.1996.)

21 Bundestagsdrucksache 12/3300 (24.9.1992), S. 5.

bei Bilanzierungsvorschriften und Steuerbestimmungen abzubauen"²², was dem Sekundärmarkthandel insgesamt zugute kam.

Die auf den Brady-Plan zurückzuführende Schuldenreduzierung der 'Entwicklungsländer' ist gering. Bis September 1994 beendeten zwölf Länder mit einer Gesamtverschuldung von 192 Milliarden US-\$ ein Brady-Programm. Nach Abschluß des Verfahrens hatte sich ihr Schuldenstand um lediglich 16% auf 162 Milliarden US-\$ reduziert.²³ Während, wie sogar die Bank für internationalen Zahlungsausgleich bereits 1991 feststellte, der Umfang der erzielten Schuldenerleichterungen "ziemlich bescheiden"²⁴ ist, müssen die sogenannten Entwicklungsländer sich den Anpassungsforderungen von Weltbank und IWF beugen. Die Geschäftsbanken, insbesondere die US-amerikanischen, konnten durch die Anhäufung beachtlicher Rückstellungen seit 1987 ihre Position gegenüber den 'Entwicklungsländern' stärken. Ihre Macht spielen sie bei den Verhandlungen voll aus. Die an den Verhandlungen über eine Schuldenreduzierung beteiligten Banken zogen einige Länder ganz offensichtlich über den Tisch: So räumten sie Mexiko und Venezuela Abschläge von 35 bzw. 30 Prozent ein, während deren Schulden auf dem Sekundärmarkt mit Abschlägen von 65 bis über 70 Prozent gehandelt wurden.²⁵

Debt equity swaps

Im Zusammenhang mit seiner Initiative forderte Brady die sogenannten Entwicklungsländer auf, durch geeignete Liberalisierungsmaßnahmen die Umwandlung von Schulden in Beteiligungskapital zu forcieren.²⁶ Als eine Bankeninnovation wird diese erstmals 1985 getätigte Form der Schuldenreduzierung, *debt equity swap* genannt, angesehen. Doch debt equity swaps sind bestenfalls eine Restauration. Sie funktionieren nach

22 Achter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, hrsg. vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn 1990, S. 21.

23 Zahlenangaben vgl. World Debt Tables 1994-1995, S. 30.

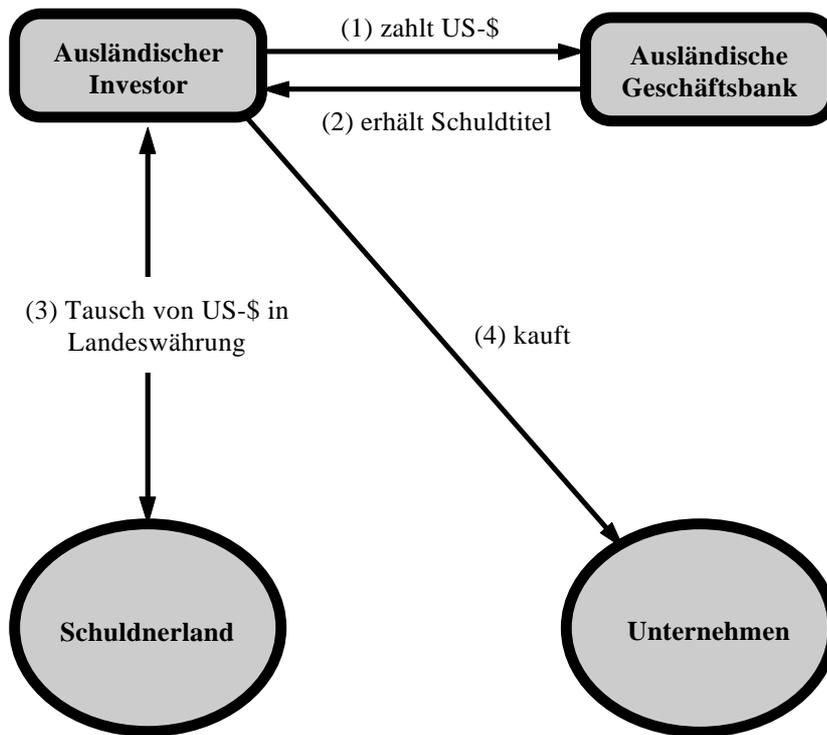
24 BIZ, Jahresbericht 1991. Zitiert in: Twele, Die Entwicklungspolitik der Weltbank-Gruppe, S. 200.

25 Diese Zahlen nennt Twele, Die Entwicklungspolitik der Weltbank-Gruppe, S. 201, dort Anm. 205.

26 Vgl. Cord Twele, Die Entwicklungspolitik der Weltbank-Gruppe, S. 197. Dazu auch: 'US-Notenbank erleichtert Schuldenswaps', Neue Zürcher Zeitung v. 14.8.1987.

einem bereits vor einhundert Jahren erfolgreich angewandten Schema: Ende des 19. Jahrhunderts, auf dem Höhepunkt der lateinamerikanischen Schuldenkrise, tauschte Peru seine Staatsschulden gegen Eigentumsrechte an den Eisenbahngesellschaften, 1,2 Millionen Hektar Land und Bergbaukonzessionen ein.²⁷

Vereinfachte schematische Darstellung eines debt equity swaps



© Andreas Lembeck 1996

27 Vgl. Hanke, In der Falle der Gläubiger.

Im Fall eines debt equity swaps kauft ein Investor über eine Bank am Sekundärmarkt Schuldtitel des 'Entwicklungslandes', in dem er ein Investitionsvorhaben durchführen will [(1) und (2)]. Die auf US-\$ oder eine andere internationale Hartwährung lautende Forderung tauscht der Investor gegen Landeswährung ein (3). Der Schuldnerstaat zahlt dabei den *Nennwert*; gegebenenfalls erfolgt noch ein minimaler Abschlag, dessen Höhe sich nach dem Nutzen der Direktinvestition für das verschuldete Land richtet. Die Differenz zwischen dem Kaufpreis, den der Investor für die Forderung zahlen mußte, und dem Preis bzw. Umtauschwert, den das unterentwickelt gehaltene Land zu zahlen bereit ist, fällt für den Investor als Gewinn an. Der letzte Schritt ist die eigentliche Schuldenkonversion. Es erfolgt der Kauf eines oder die (Mehrheits-) Beteiligung an einem bisher staatlichen Unternehmen (4).

Beispiele und Volumina von debt equity swap-Transaktionen

Chile, noch unter der Diktatur von General Pinochet, war das erste Land, das in diesem Jahrhundert einen debt equity swap durchführte: Die saudiarabische Familie ben Mahfouz, Jeddah, tauschte Schuldtitel über 10 Millionen US-\$ in chilenische Pesos und gründete mit diesem Geld eine chilenische Holdinggesellschaft mit Namen Pathfinder Securities, deren Aktivitäten von Fischverarbeitungsfabriken bis zu einer Minderheitsbeteiligung an der Elektrizitäts- und Gasversorgungsgesellschaft CGEI reichen.²⁸ Die Liste der 'Dritte Welt'-Länder, die allein 1992 und 1993 staatliche Unternehmen verkaufen mußten, reicht von *Argentina* bis *Zambia*. Das Gesamtvolumen aller Privatisierungen in unterentwickelt gehaltenen Ländern zwischen 1988 und 1993 betrug schätzungsweise 95 Milliarden US-\$. Davon entfielen 57,5% auf Staaten Südamerikas und der Karibik. Aufgrund von unzureichenden Informationen - die mangelhafte Publizität liegt im Interesse der Investoren - ist unbekannt, wie hoch der Anteil der mittels debt equity swaps finanzierten Privatisierungen ist. Da von 1988 bis 1993 Entwicklungsländerschulden in Höhe von 30,5 Milliarden US-\$²⁹ durch debt equity swaps in Beteiligungskapital konvertiert wurden, dürfte mindestens jeder dritte in den 'Entwicklungsländern' investierte Dollar mittels eines debt equity swap investiert worden sein.

28 Vgl. Ollard, W., The debt swappers. In: Euromoney, August 1986, S. 67-75.

29 Alle Zahlenangaben aus: World Debt Tables 1994-1995, Vol. I, S. 32 u125.

Nachfolgend seien nur einige der bisher bekannt gewordenen debt equity swap-Transaktionen aufgeführt.

- 1990 kaufte die spanische Fluggesellschaft Iberia die staatliche argentinische Fluggesellschaft Aerolinas Argentinas. Sie 'bezahlte' mit argentinischen Staatsschulden in Höhe von 2 Milliarden US-\$ sowie 260 Millionen US-\$ 'cash'.³⁰
- 1990 verkaufte Argentinien für insgesamt 5 Milliarden US-\$ Staatsschulden die staatliche Telefongesellschaft Entel an zwei Konsortien. Den Südteil des Landes teilten sich Telephonica de España und Citicorp, den Norden die amerikanische Investmentfirma J.P. Morgan, die italienische Telekommunikationsgesellschaft STET und France Cable and Radio.³¹
- 1986 kaufte der japanische Nissan-Konzern von der Citicorp Latin America Inv. Div. mexikanische Schuldtitel über 60 Millionen US-\$ für 40 Millionen US-\$. Das Unternehmen tauschte diese in mexikanische Pesos im Gegenwert von 54 Millionen US-\$ ein, um eine Kapitalerhöhung seiner mexikanischen Tochtergesellschaft zu finanzieren.³²
- 1987 finanzierte der Volkswagen-Konzern eine Erweiterung seines Motorenwerkes in Puebla (Mexiko) mit Hilfe eines debt equity swap. Für mexikanische Staatsschulden in Höhe von 107 Millionen DM zahlte VW 75 Millionen DM.³³

Die Bedeutung von debt equity swaps für Gläubiger und Investoren

Durch debt equity swaps bereinigen die Banken ihre Portefeuilles. Sie streichen so zweifelhafte Kredite gegen Bargeld aus ihren Büchern und/oder kassieren für die Vermittlung eines debt equity swap-Geschäftes noch profitable Provisionen. Zudem dienen debt equity swap-Transaktionen den Banken, ihr Problem der eigenen finanziellen Verwundbarkeit zu lösen: Mit den Forderungen gegen unterentwickelt gehaltene Länder verkaufen sie auch die verbundenen Risiken. Ihr Einfluß in den betroffenen

30 Vgl. World Debt Tables 1992-1993, Vol. I, S. 53.

31 Vgl. World Debt Tables 1992-1993, Vol. I, S. 53.

32 Vgl. Ollard, W., The debt swappers. In: Euromoney, August 1986, S. 67-75.

33 Vgl. Wirtschaftswoche v. 13.3.1987.

'Dritte Welt'-Ländern bleibt jedoch erhalten. Statt in den Ausschüssen des 'Londoner Clubs'³⁴ waren die Geschäftsbanken nunmehr als Kapitaleigentümer ihre wirtschaftlichen Interessen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern: Entweder sichern sie ihren Einfluß über ihre Kapitalbeteiligungen an den global players, oder aber sie kaufen selbst Unternehmen auf. Bereits 1987 hatte eine Reihe von Banken ihre Forderungen gegen vornehmlich lateinamerikanische Länder in Beteiligungen an lokalen Finanzinstitutionen getauscht. Und der Ankündigung der US-amerikanischen Bankengruppe Citicorp, sie wolle 5 Milliarden US-\$ ihrer Schuldforderungen an Entwicklungsländer in Beteiligungen wandeln, folgten zahlreiche andere Geschäftsbanken.³⁵ Alle Bankeninvestitionen in Chile, Brasilien und Argentinien wurden als debt equity swap durchgeführt.³⁶

Für die Investoren liegen die Vorteile auf der Hand. Zum einen sparen sie mittels debt equity swap bei ihren Investitionen in 'Entwicklungsländern' Geld. Beim angeführten Beispiel Nissan waren es rund 26%, bei Volkswagen 32 Millionen DM - eine nicht unerhebliche Subvention zur Realisierung von Investitionsvorhaben. Außerdem ist der Widerstand in den unterentwickelt gehaltenen Ländern gegen diese schwer durchschaubare indirekte Form der Subventionierung geringer als gegen offene Subventionierung herkömmlicher ausländischer Direktinvestitionen. Zum anderen bringen die Investitionen via debt equity swaps in Entwicklungsländern den multinationalen Konzernen die gleichen Vorteile wie 'normale' Direktinvestitionen.

Mit der Zunahme der debt equity swaps wuchsen auch die Bemühungen von Internationalem Währungsfonds und Weltbank, diese Art der Investitionen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern zu fördern. Weltbank und IWF reihten die debt equity swaps in ihre Deregulierungsstrategie, d.h. die weitgehende Privatisierung des Unternehmenssektors der unterentwickelt gehaltenen Länder, ein. Der Hebel, den die Weltbank gegenüber den Schuldnerländern ansetzt und

34 Der Londoner Club ist eine Interessen- und Verhandlungsgemeinschaft von mehr als 1.000 Geschäftsbanken, deren Lenkungsausschüsse mit den Regierungen der unterentwickelt gehaltenen Länder verhandeln. (Dazu: Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, S. 155.)

35 Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 14.8.1987 u. Handelsblatt v. 20.8.1987.

36 Vgl. Torre, Nationale Souveränität und ausländische Direktinvestitionen, S. 229.

mit dem sie ihren 'Wünschen' Nachdruck verleiht, sind die Anpassungsprogramme.

Die International Finance Corporation (IFC) und die Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA) - beide gehören zur Weltbankgruppe - wurden mit der Aufgabe betraut, die ausländischen Investoren zu unterstützen und deren Kapital zu schützen. Die IFC vergibt nicht nur langfristige Darlehen an die Investoren, sie beteiligt sich auch am Unternehmen. Ferner setzte sich die IFC bei den Regierungen der unterentwickelt gehaltenen Ländern vehement für debt equity swaps ein.³⁷

Aufgabe der MIGA ist, so eine an potentielle Investoren gerichtete Broschüre der BRD, die "Verbesserung des Investitionsklimas in den Gastländern", insbesondere aber der Schutz vor nichtkommerziellen Risiken. Die deutsche Regierung betont ausdrücklich, daß bisherige IFC-/MIGA-Projekte "von Verstaatlichung oder Nationalisierung verschont geblieben sind."³⁸ Das politische Investitionsrisiko wird durch die direkte Beteiligung der Weltbank ausgeschaltet. Aber nicht nur das: Unter Zuhilfenahme internationalen Rechts ermöglicht es die Weltbank den ausländischen Investoren, nationale Schutzbestimmungen von 'Entwicklungsländern' zu umgehen. Um einen Ausverkauf zu verhindern oder aber um sich in wichtigen Wirtschaftsbereichen ein Vetorecht zu sichern, beschränken viele Länder der 'Dritten Welt' die Höhe der ausländischen Kapitalbeteiligungen. Die IFC ist jedoch eine multinationale Organisation, deren Kapitalanteile nicht als ausländische Investition gelten. Da die IFC-Anteile am Gesellschaftskapital laut Satzung nicht dauerhaft sein dürfen und an die Projektpartner zu verkaufen sind, können ausländische Investoren mittelfristig ihre Beteiligungen ausweiten.

Über die Profite, die die global players mit debt equity swaps erzielen, bewahren sie erwartungsgemäß Stillschweigen. Wie profitabel Kapitalinvestitionen mittels debt equity swaps in unterentwickelt gehaltenen Ländern sind, zeigt aber zum Beispiel der (auch für private

37 Vgl. etwa: Bergsman/ Edisis, Debt-Equity Swaps and Foreign Direct Investment in Latin America. IFC-Discussion Paper No 2, Washington D.C. 1988. - Der 1986 von der IFC gegründete *Foreign Investment Advisory Service* berät die Regierungen der unterentwickelt gehaltenen Länder u.a. bei der Abfassung der Bestimmungen für debt equity swaps. (Vgl. Twele, Die Entwicklungspolitik der Weltbank-Gruppe, S. 205.)

38 Erfolgreich mit Entwicklungsländern zusammenarbeiten. Ein Handbuch für Unternehmer, hrsg. vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 4. Auflage, Bonn 1991, S. 45 u. 81.

Kapitalanleger offene) "Philippines Redevelopment Fund Limited"³⁹. Der Fonds kaufte philippinische Schulden und tauschte diese u.a. in Beteiligungen an einer Minengesellschaft, einem Unternehmen der Tabakindustrie sowie an der 'Philippines Long Distance Telephone'. Die 1,5 Millionen Anteile wurden 1987 für 10 US-\$ je Anteil verkauft. 1990 betrug der Wert eines Anteils 61,31 US-\$.⁴⁰

Folgen der debt equity swaps für die betroffenen Entwicklungsländer

Wie die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich vorsichtig einräumt, bedeuten debt equity swaps nicht immer "eine Verbesserung der Auslandsposition der Schuldnerländer, denn zum Teil wären diese Zuflüsse in Form von Direktinvestitionen wahrscheinlich auch dann erfolgt, wenn es nicht zu Umwandlungen gekommen wäre, und dann vielleicht sogar zu für die Schuldnerländer günstigeren Bedingungen."⁴¹ In den meisten Fällen bekanntgewordener debt equity swaps handelte es sich nicht um Neuinvestitionen, sondern um Privatisierungen staatlicher Unternehmen. Allein in Chile wurden unter der Pinochet-Diktatur seit der erstmaligen Durchführung eines debt equity swaps (1985) bis 1988 280 staatliche Unternehmen verkauft.⁴² Die Annahme, aufgrund von debt equity swaps würden die Gesamtmenge der Investitionen steigen, neue Unternehmen aufgebaut und Arbeitsplätze geschaffen, ist ein Trugschluß.

Ein ausländischer Investor wird sein Geld nur dann in einem unterentwickelt gehaltenen Land anlegen, wenn ein hoher Gewinn zu erzielen ist. Eine Auflistung der Weltbank zeigt deutlich, daß die Gelder in rentable und gewinnversprechende Wirtschaftssektoren fließen: in die Bereiche Versorgung (Strom, Wasser, Gas), Elektronik und Telekommunikation sowie Touristik.⁴³ Kritiker der debt equity swaps befürchten, daß "gute

39 Die Firma *Thornton Philippines Redevelopment Fund Limited* hat ihren Sitz auf den Bermudas. Gemanaged wird der Fonds von *Thornton Investment Management (Asia) Limited*, Hong Kong. Diese wiederum ist eine Einrichtung von *Thornton Investment Management Ltd* in London, welche eine hundertprozentige Tochter von *Thornton & Co. Limited*, ebenfalls London, ist. *Thornton & Co. Limited* gehört seit Juli 1988 der Dresdner Bank AG, Frankfurt am Main.

40 Angaben aus: *Thornton Philippines Redevelopment Fund Limited, Explanatory Memorandum und Annual Report 1992*.

41 Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 57. Jahresbericht, Basel 1987.

42 Vgl. Länderbericht Chile 1991, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden 1991, S. 98.

43 Vgl. World Debt Tables 1994-1995, Vol. I, S. 127 ff.

Vermögensgegenstände (denn warum sollten sie Ausländer sonst kaufen?) [...] gegen schlechte Vermögensgegenstände (warum sonst würden die Gläubigerbanken sie mit Abschlag verkaufen?) eingetauscht⁴⁴ werden. Mit jeder Privatisierung müssen die 'Entwicklungsländer' auch ein Stück ihrer nationalen Souveränität aufgeben. Die Kontrolle geht auf multinationale Konzerne über. Genau um dies zu verhindern, um eine eigenständige Industrialisierung zu erreichen, hatten aber viele Entwicklungsländer in den siebziger Jahren Kredite aufgenommen.

Zweifelsohne erwarten einige Länder der sogenannten Dritten Welt, mittels debt equity swaps ihre Auslandsschulden senken und ihre Kreditwürdigkeit wiederherstellen zu können.⁴⁵ Der Hoffnung, durch dann nicht mehr aufzubringende Zins- und Tilgungsleistungen die Leistungsbilanz ausgleichen zu können, stehen jedoch Kapitalabflüsse aus ausländischen Investitionen gegenüber, die im Gegensatz zu Schuldendienstleistungen schlecht einzuschätzen und zu deren Kontrolle die Länder der 'Dritten Welt' oftmals nicht in der Lage sind. Zwar versuchen die betroffenen Staaten, durch entsprechende Bestimmungen in ihren debt equity swap-Programmen eine Kapitalrepatriierung in die Industrieländer zu verhindern,⁴⁶ doch lassen sich diese Regelungen - etwa durch das seit Jahren bekannte System der Transferpreise - umgehen. Die Kapitaltransfers "können auf längere Sicht sogar leicht den Schuldendienst, der auf die ursprünglichen Schulden hätte geleistet werden müssen, übersteigen".⁴⁷

Ein bisher kaum beachteter Effekt kann auftreten, wenn durch den debt equity swap-Mechanismus ein eigenständiger Wechselkurs entsteht. Sofern dem ausländischen Investor beim Umtausch der

44 Dornbusch, Rüdiger, Weg mit den Schulden. In: Wirtschaftswoche, Nr. 12, 13.3.1987, S. 77.

45 Obwohl in einer empirischen Untersuchung der Auswirkungen von debt equity swaps auf die Kreditwürdigkeit Chiles gezeigt worden ist, daß das Gegenteil der Fall ist. (Vgl. Preusse / Schinge / Urquidi, Ansätze zur Lösung der Schuldenkrise Lateinamerikas, S. 81).

46 "Die meisten Schuldnerstaaten untersagen die Repatriierung des durch debt equity swaps finanzierten Kapitals innerhalb der ersten 10-12 Jahre nach der Vornahme der Investitionen. Kapitalgewinne wie beispielsweise Dividenden können in den meisten Schuldnerstaaten ebenfalls nach einer bestimmten Zeit, im Durchschnitt nach 4 Jahren, entnommen und repatriiert werden." (Wufken, Juristische Strukturen und ökonomische Wirkungen von debt equity swaps, S. 191f.)

47 Liebert, Die Position der Gläubiger und das Potential für einen Schuldenerlaß, S. 106.

Hartwährungsforderung in heimische Währung ein günstigerer als der offizielle Wechselkurs eingeräumt wird, entsteht, neben dem offiziellen und dem Schwarzmarktkurs, ein dritter Wechselkurs.⁴⁸ Ein Investor könnte benötigte Produktionsmittel im Ausland ordern, die für den Kauf erforderliche Hartwährung zum offiziellen Wechselkurs erwerben und so, zu Lasten der Devisenbilanz des unterentwickelt gehaltenen Landes, Währungsgewinne erzielen.

Für den Wirtschaftswissenschaftler Günter Franke wächst mit debt equity swaps die Souveränität des 'Entwicklungslandes', denn "während das Land Schwierigkeiten mit der Bezahlung seiner Hartwährungsverpflichtungen hat, kann es die Notenpresse stets in Gang setzen, um seinen Verpflichtungen in einheimischer Währung nachzukommen."⁴⁹ Zweifelsohne ein interessanter Vorteil, läge darin nicht die größte von debt equity swaps ausgehende Gefahr, nämlich das Inflationsrisiko. Durch den Tausch von auf Devisen lautenden Schuldtiteln in heimische Währung erhöht sich die inländische Geldmenge. In einer Untersuchung kommen zwei IWF-Mitarbeiter zu dem Ergebnis, "daß in vier der wichtigsten Schuldnerländer [Argentinien, Brasilien, Mexiko, Philippinen; A.L.] eine Umwandlung von nur 5% der offenen Verbindlichkeiten gegenüber den Geschäftsbanken zu einem Anstieg der inländischen Geldmenge von 33-59% führen könnte."⁵⁰ Ein Teufelskreis wird in Bewegung gesetzt: Aus der Geldmengenerhöhung folgen Preissteigerungen und ein Anwachsen der Inflation. Aufgrund der inflexiblen Wechselkurse der unterentwickelt gehaltenen Länder ist eine negative Devisenbilanz die Folge, zu deren Ausgleich neue Kredite im Ausland aufgenommen werden müssen. Verhindern läßt sich diese Entwicklung nur durch eine weitere Zunahme ausländischer Investitionen.⁵¹

48 Vgl. Torre, Nationale Souveränität und ausländische Direktinvestitionen., S. 226.

49 Franke, Debt-Equity Swaps aus finanzierungstheoretischer Perspektive S. 195.

50 Blackwell/ Nocera, Effekte der Umwandlung von Darlehen in Beteiligungskapital, S. 16.

51 Vgl. Preusse/ Schinge/ Urquidi, Ansätze zur Lösung der Schuldenkrise Lateinamerikas, S. 77-79. Wegen inflationärer Wirkungen erklärten Mexiko und die Philippinen bereits 1987 bzw. 1988 ein debt equity swap-Moratorium. (Vgl. World Debt Tables 1993-1994, Vol. I, S. 113f.)

Resümee

Mexiko, Argentinien, Brasilien und Venezuela waren die unterentwickelt gehaltenen Länder mit der größten Zahl an debt equity swap-Transaktionen. Sie zählten auch zu den ersten Ländern, die am Brady-Programm teilnahmen.⁵² Ein positiver Effekt ist jedoch nicht erkennbar. Private, von Ausländern beherrschte Monopole haben die staatlichen Monopole ersetzt. Zudem sind offensichtlich die privatisierten Unternehmen für eine weitere Zunahme der Auslandsverschuldung (mit)verantwortlich. So nahm zum Beispiel die 1990 im Rahmen eines debt equity swaps verkaufte *Telecom Argentina* (siehe oben) allein 1995 573 Millionen US-\$ am internationalen Kapitalmarkt auf.⁵³ Die Auslandsverschuldung aller Länder Lateinamerikas und der Karibik stieg von 410,1 Milliarden US-\$ im Jahr 1985 auf 607,2 Milliarden in 1995. Weltweit hat sich die Auslandsverschuldung der unterentwickelt gehaltenen Länder nahezu verdoppelt, von 1.078,3 Milliarden US-\$ 1985 auf 2.067,7 Milliarden US-\$ 1995. Das im direkten Vergleich niedrigere Schuldenwachstum in Lateinamerika ist jedoch kein Indikator für eine Entschärfung der Situation. Spätestens die erneute mexikanische Wirtschaftskrise im Dezember 1994, die auf alle Länder der Region ausstrahlte, hat gezeigt, daß die von Weltbank und IWF verfolgte neoliberale Wirtschaftspolitik in eine Sackgasse führt. Doch statt nach einem alternativen Weg zu suchen, hat der Schlußverkauf begonnen: Während Argentinien seine gesamte Energieversorgung, darunter auch zwei Atomkraftwerke, privatisieren will, mußte Mexiko seine Öleinnahmen für einen Milliardenkredit verpfänden.⁵⁴

Die ökonomischen Konzepte und Initiativen von Weltbank und IWF, als Exekutivorganen der Industrieländer, sind auf die Schaffung und Sicherung globaler Finanz- und Warenmärkte gerichtet. Der Sekundärmarkt und die debt equity swaps sind ein fester Bestandteil und ein Instrument dieser globalen Strukturen. Internationale Geschäftsbanken und multinationale Konzerne nutzen diesen Markt für den reibungslosen Ressourcentransfer aus den 'Entwicklungsländern' in die kapitalistischen Metropolen. Für die große Mehrheit der Menschen in unterentwickelt

⁵² Vgl. World Debt Tables 1992-1993, Vol. I, S. 89.

⁵³ Eigene Berechnungen nach: World Debt Tables 1996, Vol. I, S. 106.

⁵⁴ Vgl. World Debt Tables 1996, Vol. I, Seite 159 ff.; Frankfurter Rundschau v. 31.1.1995 und Die Zeit v. 7.4.1995.

gehaltenen Ländern hat sich die wirtschaftliche Lage in den vergangenen zehn Jahren nochmals deutlich verschlechtert. Die kapitalistische Wirtschaftspolitik der Regierenden nimmt Armut nur noch als sozialen Kostenfaktor wahr. Daran haben bisher weder die Hungerrevolten in Argentinien und Venezuela noch der Aufstand von Chiapas (Mexiko) etwas geändert.

Literatur

- Altwater, Elmar: Die Schulden der Dritten Welt sind nicht bezahlbar. In: PROKLA (Hg.), Kontroversen zur Krisentheorie. Überakkumulation, Verschuldung, Nachfragepolitik und Alternativen, Hamburg 1986
- Blackwell, Michael / Nocera, Simon: Effekte der Umwandlung von Darlehen in Beteiligungskapital. In: Finanzierung & Entwicklung, Juni 1988, S. 15-17
- Böhmer, Gerhard: Innovative Finanzierungsinstrumente der Weltbank. In: Die Bank, 10/87, S. 528-534
- Büttner, Veronika: Das Weltfinanzsystem und die Schuldenkrise der Dritten Welt. In: Peter J. Opitz, Weltprobleme, 3. Auflage, Bonn 1990
- Datta, Asit: Welthandel und Welthunger, akt. Neuausgabe, München 1993
- Frank, André Gunder: Kann die Schuldenbombe entschärft werden? In: Ulrich H. Laaser, K.-E. Wendt (Hg.), Schuldenkrise und Armut in der Dritten Welt, Hamburg 1988
- Franke, Günter: Debt-Equity Swaps aus finanzierungstheoretischer Perspektive. In: ZfB 58.Jg. (1988), H. 1, S. 187-197
- Gutián, Manuel: Die Auflagen des IWF und der internationale Anpassungsprozeß: Ein Blick auf die 80er Jahre, In: Finanzierung & Entwicklung, Juni 1981, S. 14-17
- Körner, Peter u.a.: Im Teufelskreis der Verschuldung. Der Internationale Währungsfonds und die Dritte Welt, Hamburg 1984
- Liebert, Nicola: Die Position der Gläubiger und das Potential für einen Schuldenerlaß. In: PROKLA, 18. Jg., Nr.2/1988, S. 97-117

- Nuscheler, Franz: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, 3. Auflage, Bonn 1991
- Preusse, Heinz G. / Schinge, Rolf / Urquidi, Victor L.: Ansätze zur Lösung der Schuldenkrise Lateinamerikas, Göttingen 1989
- Sandner, Paul / Sommer, Michael: Banken, Kredite und die 'Dritte Welt'. Bd. 1: Verschuldung als moderne Form der Ausplünderung, 3. Auflage, Stuttgart 1988
- Schui, Herbert: Internationale Verschuldung - Gefahren der Weltwirtschaft? In: PROKLA (Hg.), Kontroversen zur Krisentheorie. Überakkumulation, Verschuldung, Nachfragepolitik und Alternativen, Hamburg 1986
- Torre, Gabriela Gándara: Nationale Souveränität und ausländische Direktinvestitionen. Debt equity swaps in Mexiko, Dissertation, Konstanz 1991
- Twele, Cord: Die Entwicklungspolitik der Weltbank-Gruppe vor dem Hintergrund der Schuldenkrise der "Dritten Welt" seit Beginn der achtziger Jahre, Frankfurt am Main / Berlin 1995 (zgl. Dissertation, Universität Oldenburg, 1994)
- Wernicke, Christian: Die Schuld der Gläubiger. In: ZEIT-Schriften, o.J. [1992], S. 62-68
- Wufken, Jörg: Juristische Strukturen und ökonomische Wirkungen von debt equity swaps, Konstanz 1989 (zgl. Dissertation, Universität Konstanz, 1989)
- Zischka, Anton, Der Dollar. Glanz und Elend einer Währung, München 1986

Susanne Lettow

Unter Ausschluß der Gesellschaft.

Öffentlichkeit und Herrschaft bei Hannah Arendt

Hannah Arendts Begriff der Öffentlichkeit hat in den Debatten um Demokratie seit 1989 große Bedeutung erlangt. In diesen treffen verschiedene Diskussionsstränge und Diskurse zusammen. Zum einen war der Zusammenbruch der staatssozialistischen Staaten auch einem Mangel an einer demokratischen "Zivilgesellschaft", im Sinne eines staatlich nicht kontrollierten Raums gesellschaftlicher Konfliktaustragung geschuldet. Dieser Unfähigkeit der Staatssozialismen demokratische Regulationsformen zu entwickeln, korrespondierte dabei in der marxistischen Theorie ein blinder Fleck, an dessen Stelle sich die Konstruktion eines "Unmittelbarkeitskommunismus" (Brie) halten konnte. Marx utopische Formulierungen von "frei vergesellschafteten Menschen", denen ihre gesellschaftlichen Verhältnisse unmittelbar "durchsichtig" würden, wurden nicht aufgefangen durch eine Theorie politischer Institutionen, die eine "freie Vergesellschaftung" hätten gewährleisten können. "In der Politik hätte es eines marxistischen Montesquieu bedurft, ebenso wie in Kultur und Wissenschaft" (Haug, 1994, 19), der Gewaltenteilung im Rahmen einer sozialistischen Gesellschaft gedacht hätte.

Über die kritische Aufarbeitung der staatssozialistischen Erfahrung im engeren Sinne hinaus strahlen diese Erfahrungen und Überlegungen auf kritische Gesellschaftstheorie überhaupt aus. So wird auch im Feminismus das Fehlen einer "feministischen Demokratietheorie" (Meyer, 1992, 64) konstatiert. Dies geht zusammen mit einer Neubestimmung der Kritik an der Trennung von Privatem und Öffentlichem, davon ausgehend, daß die Geschlechter nicht mehr eindeutig auf diese Bereiche verteilt sind. "Daß feministische Gesellschaftstheorie das komplex-verwobene Verhältnis (von Privatheit und Öffentlichkeit/sl) ... bislang eher simplifizierend bestimmte, ist das eine Problem", schreibt Holland-Cunz, "daß die zeitgenössische feministische Theoriebildung aber keine distinktive ... Begrifflichkeit des

Öffentlichen kennt, ist der andere, mindestens ebenso gravierende gesellschaftswissenschaftliche Mangel, der mit der Ferne zu demokratiethoretischen Überlegungen unmittelbar korreliert" (Holland-Cunz, 1994, 669).

Diese Hinwendung zu demokratiethoretischen Fragen trifft zusammen mit dem Versuch, die Funktionsveränderungen der Staaten im globalen Kapitalismus zu begreifen und die Möglichkeiten demokratischer Politikformen neu auszuloten. Denn was "unter »Staat« »Volk« »Gesellschaft«, »Nation« gar demokratischer »Partizipation« real zu verstehen sei, ist ungewisser denn je" (Hirsch, 1995,8). "Wenn von politischen Entscheidungen Betroffene nicht wählen können, weil sie keine Staatsbürgerrechte besitzen, wenn sie außerhalb der staatlichen Grenzen leben oder wenn die relevanten Entscheidungen überhaupt nicht im institutionellen Rahmen des Nationalstaats fallen, so verliert offensichtlich das nationalstaatlich-liberaldemokratische System seine Substanz" (ebd., 121). Überlagert werden diese Diskussionsstränge vom ideologischen Diskurs der Demokratie, in dem "Demokratie" als Chiffre für "Kapitalismus" fungiert und Herrschaftskritik desartikuliert.

Hannah Arendts Begriff der Öffentlichkeit und des Politischen findet in dieser Gemengelage große Aufmerksamkeit. Ihre Konzeption wird oft emphatisch gelobt als pluralistisch, unkonventionell, widerständig. Krippendorff faßt in diesem Sinne Arendts Schriften unter dem Titel einer "»Liebe zu den Menschen« und zwar insbesondere zu denen, deren Menschenwürde verletzt wird, ganz gleich von wem und aus welchen noch so gut klingenden Motiven" zusammen (Krippendorff, 1994, 94). Ähnlich positiv wird Hannah Arendt in der feministischen Diskussion rezipiert. Dabei sind die Anknüpfungspunkte an Arendt sehr unterschiedlich und oft scheint die Anknüpfung eher einer Hannah-Arendt-Mode als der Sache geschuldet, zumal es einiger Anstrengungen bedarf, den patriarchalen Charakter von Arendts Konstruktion auszublenden. Honig, die an der Politisierung der Trennung privat/öffentlich festhält (Honig, 44), stützt sich auf den "agonalen und performativen Impuls" (ebd., 43) von Arendts Politikverständnis. Dies biete ein "vielversprechendes Modell für eine feministische Politik..., die sich (performativ und agonal) der vorherrschenden Konstruktion von »sex« (biologisches Geschlecht) und »gender« (Geschlechtsidentität) als binäre und bindende Kategorien der Identität genauso widersetzt wie der vorherrschenden binären Aufteilung des politischen Raums in einen öffentlichen und einen privaten" (ebd., S. 44f). Honig gesteht freilich, daß

Arendt ihre "Radikalisierung ... sicher abgelehnt" hätte (ebd., 45).

Benhabib plädiert, im Gegensatz zu Honig und in Übereinstimmung mit der politischen Tendenz, gesellschaftliche Konflikte zu privatisieren, mit Arendt für einen "positiven Begriff von Privatheit" (Benhabib, 1994, 276), an dem es im Feminismus mangle (ebd.). Denn der "moralische und kulturelle Zweck des Haushalts" sei es, "autonome Individualitäten zu entwickeln und sich entfalten zu lassen" (ebd., 291). Das Private gilt hier als Ort, an dem das Individuum vor den "Verwüstungen durch die Zwänge des Gesellschaftlichen" (ebd., 290) Schutz finde. Auch bei Benhabib bleibt jedoch eine gewisse Ambivalenz Arendt gegenüber, so wenn sie ihre Position als eine "mit Arendt gegen Arendt" (ebd., 297) gewonnene bezeichnet.¹

Gegen die gängige Ausblendung der Herrschaftsförmigkeit von Arendts Öffentlichkeitskonzept stelle ich dies im folgenden vor, wie sie es in ihrem - oft als theoretisches Hauptwerk bezeichneten - Buch "Vita activa" entwickelt.

Die Zersetzung der Öffentlichkeit durch das "Arbeitstier"²

Im Zentrum von "Vita activa" steht eine Kritik der "Arbeits-" bzw. "Massengesellschaft" des 20. Jahrhunderts, die - so Arendt - "egalitär" (11) sei und "keine Aristokratie politischer oder geistiger Art" (ebd.) ausbilde.

Arendts Buch, das 1958 in den USA erschien, nimmt Fäden ihrer Totalitarismustheorie, die sie in "Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft" (1950) dargelegt hatte, auf³. In einem Antrag auf ein

1 "Warum sollte man nicht zugeben, daß Hannah Arendt vor-feministisch, oder gar vielleicht eine Anti-Feministin war", fragt Benhabib rhetorisch angesichts der Naturalisierung patriarchaler Geschlechterverhältnisse. Die Kritik mit einem Gegenvorwurf parierend fährt sie dann aber fort: "Vielleicht beruht nicht Arendts Denken, sondern der Feminismus selbst auf einem kategorialen Fehler, und der Versuch, das Private zu »politisieren« führt nicht zur Emanzipation der Frauen, sondern zu Beseitigung der letzten Spuren menschlicher Freiheit in der modernen Welt" (Benhabib, 1994, 273).

2 Arendt spricht vom "Animal laborans", eine Parallelformulierung zum "Animal rationale". Während die paradoxe Verknüpfung von "animal" und "rationale" das spezifisch Menschliche ausdrücken soll bleibt in Arendts Begriff nur noch das Tierische (vgl. weiter unten).

3 Auf die Totalitarismustheorie und ihr Aufleben nach dem Niedergang der Staatssozialismen kann ich hier nicht eingehen. Vermerkt sei nur, daß der Begriff des Politischen, den Arendt in "Vita activa" konstruiert, ihr Gegenkonzept zum Totalitarismus darstellt.

Stipendium bei der Guggenheim-Stiftung schrieb sie, sie wolle "den ideologischen Hintergrund des Bolschewismus einer historischen und begrifflichen Analyse unterziehen; dazu sei die kritische Diskussion einiger Hauptvoraussetzungen der abendländischen Philosophie erforderlich" (Barley, 1992, 82). Arendt greift die aristotelische Dreiteilung von Tätigkeit, nämlich Handeln, Herstellen und Arbeiten auf. Das Handeln konstituiere "das Gewebe menschlicher Bezüge und Angelegenheiten" (87) und habe die "Pluralität der Menschen" (ebd.) zur Voraussetzung. Das Herstellen bringe den "objektiv gegenständlichen Bestand der Welt" (86) hervor, das Arbeiten hingegen - für Arendt "das unterste Niveau menschlichen Tätigseins" (116) - bringe die "eigentlichen Konsumgüter" hervor, die - "von der Notdurft des Körpers bestimmt und von seiner Mühsal erzeugt" - keinen "eigenen Bestand" hätten (86).

An diese Dreiteilung knüpft Arendt eine Verfallsgeschichte, die - die patriarchale Sklavenhalterordnung der antiken Polis zum Vorbild kürend - mit der bürgerlichen Zeit einsetzt und bis zum fordistischen Staat des 20. Jahrhunderts reicht. In diesem Prozeß verkehrten sich die Dominanzverhältnisse zwischen jenen "drei menschlichen Grundtätigkeiten" (14). Während in der antiken Polis das Herstellen und Arbeiten als eines "freien" Mannes unwürdig galten, und somit das Handeln einen politischen Bereich konstituierte, "aus dem gerade alles nur Notwendige oder auch nur Nützliche ausgeschlossen war" (29), habe in der "Massengesellschaft" das Arbeiten das Primat über Handeln und Herstellen gewonnen. Dadurch werde die Öffentlichkeit, die bei Arendt synonym mit dem "politischen Raum" und "dem Politischen" ist, zersetzt.

Der Verfall setzt in Arendts Erzählung mit der "Neuzeit", also den bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften Westeuropas, ein, in denen ein "gesellschaftlicher Raum" (31) entstehe, ein "merkwürdiges Zwischenreich, in dem privaten Interessen öffentliche Bedeutung" (36) zukomme. Dabei sei "das Innere des Haushalts... aus dem Dunkel des Hauses in das volle Licht des öffentlich-politischen Bereichs" getreten (38). "Gesellschaft" ist bei Arendt vom privaten Bereich ebenso getrennt wie von der "Öffentlichkeit". Ihr Konzept von Gesellschaft scheint entfernt an Hegels "bürgerliche Gesellschaft", die Sphäre der Warenproduktion und des Marktes, anzuknüpfen. Während für Hegel ein Zugewinn an Freiheit darin bestand, "daß sich zwischen die Sphäre von Staat und Familie, zwischen Oikos und Polis eine dritte Sphäre schiebt, in der die neue subjektive Freiheit privatautonomer Arbeit, Bildung und Bedürfnisbefriedigung explodiert" (Brunkhorst, 1994, 154), macht Arendt

jedoch an dieser Neuformierung der sozialen Gliederung einen schwerwiegenden Freiheitsverlust fest.

"Gesellschaft" ist bei ihr durchweg negativ artikuliert. Bis in die Wortwahl - so, wenn sie die "Massengesellschaft" als "Herrschaft des Niemand" (41 u.ö.) bezeichnet - scheint sie Heideggers Konstruktion des "Man", das ebenfalls als "das Niemand" (Heidegger, 1986, 128) bezeichnet wird, zu adaptieren, mit der dieser die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse der Weimarer Republik negativ artikuliert im Horizont neuer Formen autoritärer Herrschaft. Bei Heidegger freilich verfällt Öffentlichkeit ganz und gar dem Verdikt. Sie gilt als wesentliches Merkmal des "Man", in dem "jeder Vorrang geräuschlos niedergehalten" werde (ebd., 127). Die Kritik an der Öffentlichkeit, in der "»keiner«.. es gewesen" ist, wie es in "Sein und Zeit" heißt (ebd.), orientiert in der Umkehrung auf eine Personalisierung von Herrschaft, auf "einen", der "es" dann gewesen ist.

Bei Arendt heißt es parallel, "alle Gesellschaft" weise "nivellierende Züge" auf (40) und sei geprägt durch "Konformismus" (ebd.), wofür sie "das Prinzip der Gleichheit... verantwortlich zu machen geneigt" ist (ebd.). In der "Massengesellschaft", vorläufiger Höhepunkt der Entwicklung der Gesellschaft, seien schließlich, so beargwöhnt Arendt, "die sozialen Klassen und Gruppierungen aufgesogen und nivelliert" (41f). "Spontanes Handeln" und "hervorragende Leistungen" (41) würden in einer solchen Gesellschaft konsequent sabotiert.

Die "Massengesellschaft" (die Arendt auch "Arbeitsgesellschaft" nennt) sei der Sieg des Arbeitens und des Arbeitstiers (Animal laborans). Während zu Beginn der bürgerlichen Zeit zunächst das Primat noch dem Herstellen zugefallen sei (287), erringe später das Arbeiten die Dominanz. Diese Entwicklung schreibt Arendt dem Aufkommen des "Glückskalküls" zu, "dem Prinzip »des größtmöglichen Wohlbefindens der größten Anzahl« (300). "Denn was das sogenannte Glück betrifft", das für die "Massen" doch nur das "Gleichgewicht zwischen Arbeit und Konsum" sei (121), bemerkt Arendt, "daß nur das Animal laborans die Eigenschaft hat, es zu beanspruchen" (121f). Freilich eine plebeische Verkennung: denn "weder dem herstellend Werk tätigen noch dem handelnd politischen Menschen ist es je in den Sinn gekommen, glücklich sein zu wollen oder zu glauben, daß sterbliche Menschen glücklich sein können" (122).

Sofern das "Animal laborans die Öffentlichkeit beherrscht und ihr seine

Maßstäbe vorschreibt", legt sich Arendt die Problemlage zurecht, sei es "unbestreitbar, daß es ... keinen im eigentlichen Sinne öffentlichen Bereich, sondern nur öffentlich zur Schau gestelltes Privates geben kann" (121). Am Horizont der Zukunft steht für Arendt die Schreckensvision einer "klassenlosen Meschengesellschaft" (313), in der "das Leben des Einzelnen... völlig untergetaucht in den Strom des Lebensprozesses, der die Gattung beherrscht", (314) wäre. Dies würde einer Verwandlung "des Menschen" in eine "Tiergattung" (315) gleichkommen.

Arendts "Massengesellschaft" erscheint als Artikulation des fordistischen Gesellschaftsmodells in seinen beiden Varianten Sozialstaat und Staatssozialismus (u.a. Hirsch, 91), das auf tayloristisch organisierter standardisierter Massenproduktion sowie staatlich-bürokratischer Verteilung des Mehrprodukts beruhte (vgl. Hirsch, 75ff). Daß Arendts Kritik gleichzeitig auf Sozialismus und kapitalistischen Sozialstaat zielte, legen Formulierungen wie die von der "»sozialsten« aller Staatsformen, nämlich der Bürokratie" (41) nahe sowie ihre These, "wo immer die Gesellschaft sich" entfalte, zeige sie eine "»kommunistische Fiktion« (44), die bei ihr eine entpersonalisierte Form von Herrschaft bezeichnet, die "Herrschaft des Niemand" nahe. Explizit parallelisiert Arendt die "scheinbar revolutionären Maßnahmen sozialistischer und kommunistischer Regierungen" (69) mit dem "langsameren, »humaneren« aber nicht weniger sicheren Prozeß eines graduellen »Absterbens« des Privaten im allgemeinen und des Eigentums im besonderen" (ebd.), wie sie ihn in den kapitalistischen "Massengesellschaften" ausmacht.

Wo Arendt vom Privateigentum spricht, hat sie allein den "freien Unternehmer" vor Augen; die moderne, auf Kapitalkonzentration beruhende Form der kapitalistischen Akkumulation, die diesen Typ bereits Ende des 19. Jahrhunderts obsolet werden ließ, kann sie nicht theoretisch fassen. So konstatiert sie in der "heutigen Gesellschaft" - den USA der 50er Jahre - ein "Schwinden des Privateigentums ..., sofern der Einzelne nicht mehr besitzt als den Anteil, der aus dem wachsenden Nationaleinkommen auf ihn entfällt" (60).

Das Modell der Polis

Arendt greift auf das Modell der antiken Polis, deren zentrale Achsen die der Herrschaft über Sklaven, Frauen und Fremde waren, zurück, um ihre Kritik der fordistischen "Massengesellschaft" zu artikulieren. Wie oft in

der europäischen Philosophie, dient die griechische Antike als Projektionsfläche der Artikulation zeitgenössischer Probleme. Dabei wird, indem man die griechische Antike zur Folie der Menschheitsentwicklung überhaupt stilisiert und eine Kontinuitätslinie zu den europäischen Gesellschaften des 20. Jahrhunderts (plus den USA) konstruiert, der "Rest der Welt", von vornherein imaginär eliminiert.⁴

Arendts Behauptung, die Trennung von privat und öffentlich entspreche "dem Bereich des Haushalts auf der einen, dem Raum des Politischen auf der anderen Seite" (31) und bestehe "zum mindesten seit Beginn des antiken Stadt-Staates" (31) löscht die 2000jährige historische Differenz und projiziert den modernen Staat, welcher als relativ autonomer die bürgerliche Gesellschaft mittels eines ausdifferenzierten Staatsapparats bestehend aus Regierung, Verwaltung, Heer, Polizei, Gerichten reguliert, in die Antike. Die "Spaltung des Menschen in den öffentlichen und den Privatmenschen" (Marx, ZJ, 356) existiert, wie Marx bemerkt, erst in der bürgerlichen Zeit. In der antiken Polis war die "politische" Ordnung direkt durch die Eigentumsordnung strukturiert. Ähnlich wie im europäischen Feudalismus bestimmte die Position in den Eigentumsverhältnissen direkt das "Verhältnis der Trennung und Ausschließung von anderen Bestandteilen der Gesellschaft" (Marx, ZJ, 368).

Besonders deutlich wird der Projektionscharakter, wo Arendt behauptet, die griechische Polis stelle "bis heute den »individualistischsten« und unkonformistischsten politischen Körper dar" (43). Die Vorstellung eines abstrakten Individuums ist in einer Ordnung, in der jeder Mensch seiner Position in den Herrschaftsverhältnissen entsprechend klassifiziert wird, und angehalten ist, die gesellschaftliche Struktur patriarchaler Herrschaft im "Innern" zu reproduzieren, undenkbar. Bei Aristoteles etwa heißt es von der zentralen Kompetenz des planenden Vermögens (bouleutikon), das in der Boulé, der Ratsversammlung, notwendig war: "Der Sklave besitzt das planende Vermögen überhaupt nicht, das Weibliche besitzt es zwar, aber ohne Entscheidungskraft, der Knabe⁵ besitzt es zwar, aber noch unvollkommen" (Arist., Pol., 1260 a 12f). Hier modernen

4 Im Unterschied zu universalisierenden Antikenlektüren, die die Herrschaftsverhältnisse entnennen, thematisiert Arendt diese. In den Fußnoten diskutiert sie die historische Realität der patriarchalen Sklavenhaltergesellschaft.

5 Gigon übersetzt mit "Kind".

Individualismus auszumachen ist reine Projektion.

Positiv entlehnt Arendt dem Modell der Polis, "daß alle Angelegenheiten vermittle der Worte, die überzeugen können, geregelt werden und nicht durch Zwang oder Gewalt" (30). Diese Zwanglosigkeit ist freilich auf eine kleine Elite sklavenhaltender Männer beschränkt. Unter diesen herrscht "Gleichheit", die wie Arendt bemerkt, auf keinen Fall gleichzusetzen ist mit "moderner Egalität" (42). Während letztere zumindest ihrem offiziellen Anspruch nach auf die Gleichheit aller Menschen unabhängig von Klasse, "Rasse", Geschlecht zielt, affirmiert die antike "Gleichheit unter Gleichen" die Herrschaftsverhältnisse. In Arendts Konstruktion wird diese elitäre Beschränkung auch über das Subjektideal der "Vortrefflichkeit" mitgeführt. Diese Subjektqualität könne, so Arendt, nur in der Öffentlichkeit erworben werden, deren zentrales Funktionsprinzip der Wettkampf ist. Die Polis, "also der öffentliche Raum" (42), wie Arendt übersetzt, "war der Ort des heftigsten und unerbittlichsten Wettstreits, in dem ein jeder sich dauernd vor allen anderen auszeichnen mußte, durch Hervorragendes in Tat, Wort und Leistung zu beweisen hatte, daß er als ein Bester lebte" (ebd.). So gilt sie als "dem Nicht-Durchschnittlichen vorbehalten" (ebd.), das freilich das "Durchschnittliche" zur Bedingung hat und Arendt hebt hervor, daß das Funktionieren der Polis nur gewährleistet war, "wenn die Zahl der Bürger in Grenzen gehalten wurde" (43). Denn, so fährt sie fort, "große Anhäufungen von Menschen entwickeln eine nahezu automatische Tendenz zu despotischen Herrschaftsformen, sei es nun die despotische Herrschaft eines Mannes oder der Despotismus der Majoritäten" (43f)⁶.

Die Rückprojektion der Trennung von Ökonomie und Politik, die bei Arendt mit der von "privat" und "öffentlich" zusammenfällt, in die antike Polis ist also zum einen imaginär. Das antike Material funktioniert jedoch als Medium, in dem Vorschläge zur gesellschaftlichen Entwicklung formuliert werden. Es geht Arendt um die Formierung einer neuen,

6 Arendt steht denn auch dem allgemeinen Wahlrecht kritisch gegenüber und ihre Vorstellung von "Rätedemokratie" gehört in diesen Zusammenhang. "In den »Räten« den dezentrierten Inseln der politischen Freiheit und Gleichheit, in einer Vielzahl von Polies würden - folgert Arendt - »öffentliche Freiheit, öffentliches Glück und die Verantwortlichkeit für öffentliche Angelegenheiten den Wenigen zufallen, die in allen Gesellschafts- und Berufsschichten daran Geschmack finden. (...) Vielleicht würde eine solche im wahrsten Sinne des Wortes »aristokratische« Staatsform dann nicht mehr zu dem Mittel der allgemeinen Wahlen greifen... «" (Brunkhorst, 1994, 164). In der Tat, eine "schlechte Utopie" (ebd., 165).

jeglicher "sozialen Verantwortung" ledigen Elite. Dazu schlägt sie die Verbannung aller Probleme, die mit der "Produktion und Reproduktion des Lebens" (Marx) zu tun haben, aus der Politik vor. Antikem Denken zufolge, stellt sie fest, sei "was immer »ökonomisch« war, nämlich zugehörig zum schieren Leben des Einzelnen und zum Überleben der Gattung, ... dadurch bereits als nicht-politisch identifiziert und definiert" (32) gewesen.

Oft ist gefragt worden, was unter solchen Bedingungen nach Arendt überhaupt noch Gegenstand der Politik sein könne. Jedoch steckt das Problem nicht im "Inhalt" des Politischen sondern in der Arendtschen Anlage. Daß es ihr um ein Politikkonzept geht, in dem "auf keinen Fall" Politik mit dem "Wohlergehen der Gesellschaft" verknüpft ist (33), bedeutet nicht so sehr, daß Öffentlichkeit zum leeren Raum wird, in dem den "freien" Männern nichts zu verhandeln bleibt, sondern daß Ausschluß und Ausbeutung der unfreien Arbeit einschließlich der Reproduktionsarbeit der Frauen ungestört politisch reproduziert werden können ohne Einmischung von seiten der Frauen und der arbeitenden Männer.

Die Relevanz des Privaten: Eigentum und Patriarchat

Die "Massengesellschaft" zerstöre, so Arendt, nicht nur den öffentlichen Raum sondern auch den privaten (58). Die ins Private abgedrängten Tätigkeiten der "Produktion und Reproduktion des Lebens" (Marx) haben in Arendts Konstruktion rein "privativen" Charakter. Mit dem "Privatmenschen", der allein diesem Raum verhaftet bleibt, ist es so, "als gäbe es ihn gar nicht. Was er tut oder läßt, bleibt ohne Bedeutung, hat keine Folgen, und was ihn angeht, geht niemanden sonst an" (ebd.). Für jene freilich, die nicht im Privaten subaltern gehalten werden, sondern über den Privatraum verfügen, hat dieser auch positive Bedeutung. Er ist "der Ort, den wir unser Privateigentum nennen" (52). Das Privateigentum fungiert hier nicht nur als Metapher, sondern Arendt konstatiert, daß das Eigentum, "wiewohl privater Natur, dennoch äußerst wesentlich für das Politische" ist (59). Fraglos ist ihr, daß der "einzig positive Bezug des Öffentlichen zum Privaten" im staatlichen Schutz des Privateigentums liegt (60). Arendts Modell ist hier wieder die antike Polis, in der es "keine öffentliche Freiheit geben konnte ohne eine Garantie des Privateigentums und keine politische Tätigkeit ohne Privatbesitz" (63). Der "freie" Mann, der hier Modell steht, wird beim politischen Handeln nicht durch seine lebenserhaltenden Bedürfnisse gestört, deren Befriedigung ihm die Herrschaft über Frauen und Sklaven sichert. Daß dies Modell einer von

den Lebensnotwendigkeiten abgespaltenen Politik seine Destruktivkräfte in gewissen Hinsichten auch gegen die "freien" Männer selbst richtet, zeigt sich spätestens mit den ökologischen Verwüstungen des 20. Jahrhunderts.

Neben dem Ort des Privateigentums, an dem die Verfügung über fremde Arbeit statthat, ist das Private der Ort patriarchaler Verfügung über Frauen. "Vor dem Licht des Öffentlichen geschützt" (61) findet an jenem "Ort von Geburt und Tod" (ebd.) die unmittelbare Reproduktion der Menschen statt, die in der tradierten geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung allein den Frauen zugewiesen ist. Die Affirmation patriarchaler Unterdrückung und die der Herrschaft über unfreie Arbeit treffen zusammen in Arendts Auffassung des Privaten, "daß alle körperlichen Funktionen »privat« sind und verborgen werden müssen, [wie] all das, wozu der Lebensprozeß unmittelbar nötig" (69). Vor der Entstehung der (bürgerlichen) Gesellschaft seien denn auch "die Arbeiter, die »mit ihrem Körper den (körperlichen Lebens)notwendigkeiten dienen« und die Frauen, die ebenfalls durch ihren Körper das physische Fortbestehen der Gattung gewährleisten, in der Verborgenheit gehalten" worden (ebd.). In der "modernen Gesellschaft" jedoch, die die "mit den Lebensnotwendigkeiten verbundenen Tätigkeiten und Funktionen aus ihrem jahrtausendalten Versteck an das Licht der Öffentlichkeit gebracht hat" (70) - ein Prozeß, den Arendt, wie wir sahen, nicht billigt, - seien "die Arbeit und die Frauen in nahezu dem gleichen historischen Augenblick emanzipiert" worden (ebd.).

Arendts Konzept der Arbeit ist so angelegt, daß die Arbeit dem niederen Status, den sie in der Konstruktion zugewiesen bekommt entspricht. Arbeit wird bei Arendt als a-gesellschaftlich und a-historisch konstruiert. Die "Tätigkeit des Arbeitens", heißt es, sei "unter allen Bedingungen dem Lebensprozeß verhaftet..., durch Jahrtausende hindurch stationär" geblieben (47). Zentral ist für Arendts Konstruktion eine Naturalisierung von Arbeit, die mit der Naturalisierung der menschlichen Körper einhergeht. Arbeit entspreche "dem biologischen Prozeß des menschlichen Körpers" (14). Des öfteren greift Arendt die Marxsche Formulierung vom "Stoffwechsel zwischen Menschen und Natur" auf. Arbeit sei, hieß es bei diesem, "von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung des Menschen, ewige Naturnotwendigkeit, um den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, also das menschliche Leben zu vermitteln" (Marx, 1985, 57). War dies bei Marx gegen eine Auffassung von Arbeit gerichtet, die die Natur-

bedingungen der Arbeit ignorierte⁷, so wendet Arendt die der Biologie entlehnte Metapher des "Stoffwechsels" als Naturalisierung von Arbeit.

"Arbeiten und Konsumieren" seien, interpretiert Arendt, "nur zwei verschiedene Formen oder Stadien in dem Kreislauf des biologischen Lebensprozesses" (91). Des weiteren greift Arendt Marx' Formulierung aus der "Deutschen Ideologie" auf, "daß die Menschen, die ihr eigenes Leben täglich neu machen, anfangen andere Menschen zu machen" (Marx, zit.n. Arendt, 96). Unter der Voraussetzung der Naturalisierung und damit Entmenschlichung von Arbeit kommt Arendt damit zu einer integralen Arbeitsauffassung, die die Reproduktionsarbeit der Frauen mitdenkt. Die "Mühsal der Arbeit und die Mühsal des Gebärens" gelten ihr als "zwei verschiedene Formen des Selbigen" (97).

Oft steht Arendt, wenn sie über Arbeit spricht, die moderne Haus- und Reproduktionsarbeit Modell. So führt sie den "täglichen Kleinkampf" an, "den der menschliche Körper um die Erhaltung und Reinhaltung der Welt zu führen hat", sowie "die Ausdauer, deren es bedarf, um jeden Tag von neuem aufzuräumen, was der gestrige Tag in Unordnung gebracht hat" (92). "Leider", fügt sie an, "hat nur der Augiasstall die wunderbare Eigenschaft, sauber zu bleiben, wenn er einmal gesäubert ist" (92).

Der Arendtsche Arbeitsbegriff, der - wofür Feministinnen argumentieren - die Haus- und Reproduktionsarbeit der Frauen mitdenkt, tut dies jedoch nur um den Preis der radikalen Abqualifizierung und Naturalisierung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. So spricht Arendt von den "beiden natürlichen Funktionen des Menschen, das Arbeiten des Mannes, das der Nahrung dient, und das Gebären der Frau, das der Fortpflanzung dient" (33).

Alle intellektuellen Elemente des Arbeitens, von der rationalen Koordination der Körperkräfte, die jedes Individuum in jedem Arbeitsprozeß leisten muß, bis zur Werkzeug- und Technologieentwicklung, verweist Arendt in ihren Begriff des Herstellens. Hier steht jedoch nicht mehr die Hausfrau und Mutter Modell sondern der bekannte Typ des bürgerlich-männlichen Aggressors gegen die Natur. "Homo faber ist in der Tat ein Herr und Meister, nicht nur, weil er Herr der Natur ist oder verstanden hat, sie sich untertan zu machen, sondern auch, weil er Herr seiner selbst, seines eigenen Tuns und Lassens ist" (131). Im Gegensatz zu diesem

7 "Die Arbeit ist nicht die Quelle alles Reichtums. Die Natur ist ebensosehr die Quelle der Gebrauchswerte ... als die Arbeit", beginnt er die "Kritik des Gothaer Programms" (Marx, 1987, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, 15).

souveränen Herrscher bleibe das (weiblich artikulierte) Animal laborans der "Notwendigkeit des eigenen Lebens unterworfen" (ebd.).

Vor dem Hintergrund dieser Auffassung der "Arbeit" und des "Gebärens" fällt denn auch ein etwas trüberes Licht auf Arendts Begriff der Natalität, den Krippendorff als ein Anzeichen für ein "tieferes Verständnis der Menschenwürde" (Krippendorff, 89) nimmt und der oft als impliziter Feminismus bei Arendt (gegen die Orientierung am Tod bei Heidegger) gelesen wird. "Natalität" oder "das Geborene" gilt Arendt als die "ontologische Voraussetzung dafür ..., daß es so etwas wie Handeln überhaupt geben kann" (243). "Weil jeder Mensch auf Grund des Geborens ein initium, ein Anfang und Neuankömmling in der Welt ist, können Menschen Initiative ergreifen, Anfänger werden und etwas Neues in Bewegung setzen" (166). So entspreche das "Handeln als Neuanfangen" der Geburt und das Sprechen "der in dieser Geburt vorgegebenen absoluten Verschiedenheit, es realisiert die spezifisch menschliche Pluralität" (167).

Arendts Begriff der Natalität verbleibt jedoch insoweit im patriarchalen Muster der imaginären Überhöhung von Weiblichkeit als er die Diskriminierung der realen Arbeit der Frauen in der Fortpflanzung zum Komplement hat. Diese sei, wie alle Arbeit, "von keinem Merkmal echter Pluralität geprägt" (208), denn als arbeitende gelten die Frauen bei Arendt nicht mehr als "Gattungsexemplare()", die einander bis zur Austauschbarkeit gleichen, insofern sie nämlich lediglich in ihrer Eigenschaft als lebende Organismen sind, was sie sind" (208).

"Wenn die Schwachen sich zusammentun"

Im Zusammenhang ihrer Konstruktion der Öffentlichkeit nehmen sich Arendts Formulierungen von der unhintergehbaren Pluralität der Menschen und der jeder Gewaltausübung entgegengesetzten, nicht-repressiven sondern synergetischen Macht weniger idyllisch aus als es in vielen enthusiastischen Arendt-Rezeptionen erscheint. "Mit realisierter Macht haben wir es immer dann zu tun, wenn Worte und Taten untrennbar miteinander verflochten erscheinen, wo also Worte nicht leer und Taten nicht gewalttätig stumm sind, wo Worte nicht mißbraucht werden, um Absichten zu verschleiern, sondern gesprochen sind, um Wirklichkeiten zu enthüllen, und wo Taten nicht mißbraucht werden, um zu vergewaltigen und zu zerstören, sondern um neue Bezüge zu etablieren und zu festigen, und damit neue Realitäten zu schaffen" (193f).

Die wohlklingenden Worte organisieren gleichzeitig Ausgrenzung. Arendt verweist darauf, daß Macht nicht immer gut ist. Macht korrumpiert auch - "aber nur, wenn die Schwachen sich zusammentun, um die Starken zu ruinieren" (197).

Entkleidet man Arendts harmonische Macht- und Pluralitätsauffassung ihres Herrschaftsbezugs, fragt sich, welcher analytische Gehalt ihnen eigentlich bleibt. Ein kritisches Instrumentarium die derzeitige Situation zu begreifen, in der staatliche Politik sich zunehmend darauf konzentriert, "einem global immer flexibler agierenden Kapital in Konkurrenz mit anderen Staaten günstige Verwertungsbedingungen zu verschaffen" (Hirsch, 103) und damit eine Vertiefung der Spaltungen innerhalb und zwischen den Gesellschaften produziert, stellt Arendt jedenfalls nicht zur Verfügung. Arendts Plädoyer für eine Entpolitisierung und Privatisierung aller sozialen und ebenso ökologischen Fragen (betreffen doch auch diese die Organisation des "Lebensnotwendigen") paßt sich vielmehr in diese Entwicklungen ein. Ihr Politikmodell beschränkt sich auf das Gespräch einer kleinen Elite unter Ausschluß der Gesellschaft. Ein Freibrief für die "Starken", zu ruinieren, was ihren Interessen entgeht oder widerspricht. Dem bleibt entgegenzusetzen, daß "die Schwachen sich zusammentun". Dazu bedarf es einer nicht patriarchalisch-elitär beschränkten Öffentlichkeit.

Literatur

- Arendt, Hannah: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München, Zürich 1994
- Aristoteles: *Politik*. Übersetzt v. O. Gigon. München 1986
- Barley, Delbert: *Hannah Arendt. Einführung in ihr Werk*. Freiburg, München 1990
- Benhabib, Seyla: *Feministische Theorie und Hannah Arendts Begriff des öffentlichen Raums*. In: Brückner, M., Meyer, B. (Hg.): *Die sichtbare Frau. Die Aneignung der gesellschaftlichen Räume*. Freiburg i. Br. 1994, S. 270 - 299
- Brunkhorst, Hauke: *Brot und Spiele? Hannah Arendts zweideutiger Begriff der Öffentlichkeit*. In: Kubes-Hofmann, U. (Hg.): *Sagen, was ist. Zur Aktualität Hannah Arendts*. Wien 1994, S. 153 - 167

- Haug, Wolfgang Fritz/Ruben Peter: Da fällt ein Schatten auf Marx. In: General, R. / Jäger, M. (Hg.): Marx MEGA out ? Streitgespräche. Berlin 1994, S. 15 - 33
- Heidegger, Martin: Sein und Zeit. Tübingen 1986
- Hirsch, Joachim: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin/Amsterdam 1995
- Holland-Cunz, Barbara: Öffentlichkeit und Intimität. In: Das Argument 206/1994, S. 659 - 674
- Honig, Bonnie: Agonaler Feminismus: Hannah Arendt und die Identitätspolitik. In: Institut für Sozialforschung Frankfurt (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Politik. Frankfurt a.M. 1994, S. 43 - 71
- Krippendorff, Ekkehard: Hannah Arendts archimedischer Punkt. In: Kubes-Hofmann, U. (Hg.): Sagen, was ist. Zur Aktualität Hannah Arendts. Wien 1994, S.75 - 94
- Marx, Karl: Das Kapital. Bd. 1. MEW 23. Berlin 1985
- ders.: Zur Judenfrage. MEW 1. Berlin 1988
- Meyer, Birgit:Über das schwierige aber notwendige Verhältnis von Feminismus und Demokratie. In: Biester, E., Geißel, B., Lang, S., Sauer, B., Schäfer, P., Young, B. (Hg.): Staat aus feministischer Sicht. Berlin 1992, S. 63 - 74

Yayla Mönch-Buçak

Die Rezeption des Kemalismus im Westen: ein Hindernis für den Dialog zwischen Okzident und Orient

"Kemalismus" als Staatsideologie

Im Orient wie im Okzident sprechen die Medien, die interessierte Öffentlichkeit, die Politik, die Wissenschaft von "dem Kemalismus" als der die Türkei als Staat und Gesellschaft tragenden Ideologie.¹ Vom Reiseführer bis hin zur politischen Analyse: Das nach Mustafa Kemal Pascha (Kemal Atatürk) benannte Gedankengebäude gilt auch mehr als sieben Jahrzehnte nach Ende des "Osmanismus", nach dem Ende des osmanischen Imperiums, fast fünf Jahrzehnte nach dem Tode von Kemal Atatürk, schlechthin als die Grundlage des türkischen Staates, der türkischen Gesellschaft.

Positive Rezeption des Kemalismus: der Grund für eine "doppelte Tabuisierung"

Der Kemalismus ist von Beginn an *im Westen positiv rezipiert* worden.² Dieser Beitrag beschäftigt sich mit den *Ursachen* dieser Verarbeitung, Aufnahme und Weitergabe dieser Ideologie. Mit Blick auf die Realitäten der Türkei und die offensichtlichen existentiellen Spannungen im Nahen Osten wird untersucht, welche (kritischen) Fragen zum Kemalismus in diesen Jahrzehnten der Rezeption *nicht aufgeworfen* wurden. Der Grund hierfür liegt vor allem in den Motiven, welche die durchweg positive Rezeption des Kemalismus bewirkten und bewirken.

1 Aydin Ender, Ursprung und Vermächtnis des Kemalismus. In: Türkei, Staat und Gesellschaft, Frankfurt 1987, S. 68 ff. m.w.N.; Mete Tunçay, "Kemalismus". In: The Oxford Encyclopedia of the Modern Islamic World, New York - Oxford 1995.

2 Vgl. die Beiträge in: DW-Dokumente, Sendereihe der Deutschen Welle, Atatürk in deutscher Sicht, Köln 1981.

Als (Zwischen-)Ergebnis dieses jahrzehntelangen Prozesses sind "westliche" Wahrnehmung des Nahen Osten und "westliche" Nahostpolitik einerseits wie auch die Türkei andererseits *doppelt tabuisiert*:

Wenn westliche Gesellschaften, westliche Politiken über mehr als sieben Jahrzehnte kontinuierlich dieselben Denk- und Arbeitsmuster befolgen, dann entsteht folgerichtig ein Tabu: Rezeption ist ein "eigener", ein "westlicher", ein "europäischer", ein "deutscher" Vorgang, nicht etwas Fremdes, das ohne Gesichtsverlust nüchtern abgewogen und beurteilt werden kann. Der "Kemalismus", er hat sich in diesen sieben Jahrzehnten längst "verselbständigt", er ist in die Kategorie des *Glaubens* entrückt, dem *kritischen Denken* entwichen. Die einzelnen Elemente des Kemalismus sind über die jahrzehntelange positive Rezeption fast schon sakrosankt geworden. Dies bedeutet, daß der Denkprozeß, dem jede Ideologie ausgesetzt ist, nämlich ihre Überprüfung auf der Grundlage der durch sie (mit-)beeinflußten oder zumindest umschriebenen gesellschaftlichen und politischen Realität, nicht oder allenfalls in Ansätzen und unsystematisch stattfindet. Damit wird ein wesentlicher Teil der orientalischen Wirklichkeit *tabuisiert*. Tabus des Denkens und Handelns sind nicht a priori negativ; das durch die positive Rezeption des Kemalismus entstandene Tabu gegenüber der "westlichen" Nahostpolitik, gegenüber der "westlichen" Nahosthaltung wirft jedoch viele kritische Fragen auf.

Tabuisiert hat sich indessen auch die "türkische" Gesellschaft. Der "Kemalismus" als Grundlage des Verfassungslebens und Ideologie des eigentlichen türkischen Machtzentrums, der Armee, ist in der Türkei nach wie vor offiziell "gültig" und gilt als Eckstein, nach dem sich Gesellschaft und Parteien offiziell ausrichten haben. Unverkennbar ist aber auch, daß diese offizielle Ideologie das reale gesellschaftliche und politische Leben der gegenwärtigen Türkei schon seit vielen Jahren nur noch unvollkommen umschreibt und offenkundig nur durch permanente Staatsstrieche der türkischen Armee (1960, 1971, 1980, 1992 ff.) "gehalten" werden kann. Das "Erbe Kemal Atatürks", auf dessen immer wieder mündlich tradiertes "Testament" sich das Offizierskorps der Türkei nach wie vor legitimatorisch beruft, hat eine *Tabuzone* geschaffen. Diese in Frage zu stellen, ist nicht nur physisch bedrohlich; sieben Jahrzehnte politisch gesetzter Tabuisierung wirken geistig-gesellschaftlich nach.

Und schließlich sind beide Tabus *untrennbar miteinander verbunden*. Die Tabuisierung des Kemalismus in der Türkei legitimiert sich auch aus der

positiven Rezeption im Westen; die westliche Tabuzone kemalistische Türkei legitimiert sich ihrerseits immer wieder erneut aus der Kontinuität kemalistischer Ausrichtung des türkischen Machtzentrums Armee.

Kemalismus: die sechs Pfeile

Das Gedankengebäude, das heute als "Kemalismus" bezeichnet wird, ist nicht als ideologischer Gesamtentwurf vor der militärischen und politischen Machtergreifung Kemal Atatürks publiziert worden. Es ist die *spätere*³ Umschreibung und Abstrahierung der in den 20er Jahren unter Leitung Kemal Atatürks ins Werk gesetzten Politik, insofern also ein *pragmatisches* Vorgehen des Gründers der Türkischen Republik. So wie der "Kemalismus" als ideologisches Gesamtgebäude erst nach einem Jahrzehnt zusammenfassend beschrieben wurde, so sind auch die Einzelstücke dieser Ideologie im allgemeinen erst nach der praktischen politischen Umsetzung neuer Ziele in den 20er Jahren als politische Einzelziele offengelegt oder auch bisweilen entwickelt worden. Dies gilt insbesondere für das Einzelziel des *Laizismus (oder auch Säkularismus)*: Vor und während dem sog. Befreiungskrieg war gerade die Rettung des Sultanats und Kalifats in Istanbul das offizielle Kriegsziel; und noch nach der Ausrufung der Republik, also dem Ende der weltlichen Herrschaft des Sultans, blieb die geistliche Würde des Kalifen scheinbar unangetastet. Erst 1924/1925, also etwa fünf Jahre *nach* Eröffnung des Kampfes um die Herrschaft, vermutlich aber einem vorgefaßten Plan entsprechend, wurde der *laiklik* "offiziell".

Dieses sukzessive Vorgehen von Kemal Atatürk war nicht nur politisch erfolgreich; es hat auch die *Rezeption* seiner Politik (und dieser eher folgend, des "Kemalismus") positiv beeinflußt. Dennoch wird hier der Kemalismus als Gesamtideologie skizziert.

Der Kemalismus wird von Kemal Atatürk als *sechs Pfeile* umschrieben:

- Der *Populismus* beschreibt die Verbindung zwischen politischer Führung und Volk; er wird oft als Ausdruck der (westlichen) *Volks-souveränität* gedeutet und bedeutet die Abkehr von der Legitimation des Sultanats (diese bezog sich nicht auf eine "Urgewalt", des Staatsvolkes). In der historischen Weiterentwicklung des Kemalismus

3 Vgl. für viele Dagobert von Mikusch, Gasi Mustafa Kemal, Leipzig 1929.

umfaßt der Populismus zahlreiche weitere Elemente der türkischen Politik.⁴

- Der *Republikanismus* bezeichnet die Staatsform der Republik, ebenfalls in Abkehr der erblichen Monarchie, also des Hauses Osman. Beide *Pfeile* symbolisieren das Ende des Osmanenreichs; deshalb ist in beiden Elementen auch bereits die Abkehr vom Osmanismus als des Oberbegriffs des Ancien Régime enthalten. Ein unvermeidliches Dilemma derart zugespitzter Begrifflichkeit wird deutlich: Vieles kann in diese offenen Begriffe hineininterpretiert werden, vieles kann herausgelesen werden.
- Der *Nationalismus* ist aus unserer heutigen Betrachtung der *Pfeil*, der die vergangenen Jahrzehnte der Türkei mehr als vieles andere geprägt hat. Wie immer dieser Begriff gemeint war, und wie immer er gedeutet werden kann⁵ oder gedeutet werden soll, mit diesem *Pfeil* hat die sog. moderne Türkei in deutlicher Abkehr vom Osmanischen Reich, einem Vielvölkerstaat und einer multikulturellen Ausstrahlung, innerhalb neu gesteckter territorialer Grenzen offiziell das *Türkentum* als Basis des neuen Staatswesens festgeschrieben. Soweit noch nichttürkische Ethnien vorhanden waren, hatten sich vor dem Hintergrund dieser "modernen", "westlichen" Ausrichtung (Türkei als moderner Nationalstaat) deren Situation grundlegend verändert und verschlechtert.
- Der *Laizismus* ist zweifellos das Element der kemalistischen Staatsdoktrin, das bei der Rezeption dieser *Pfeile* im Westen die größte, und durchweg positive Resonanz gefunden hat.⁶ Auch hierin steckt in erster Linie eine Abkehr vom Osmanismus. Die Staatsdoktrin des Osmanischen Reiches war deutlich religiös geprägt. Zunächst definierten sich die (nichtmuslimischen) Millets (Ethnien) über ihre (orthodoxe, jüdische, armenische usf.) Religion; und dieser Tatbestand war zugleich Anknüpfungspunkt für zahlreiche praktisch-

4 Vgl. Kurt Steinhaus, *Soziologie der türkischen Revolution*, Frankfurt 1969, S. 94 ff.; Dankwart A. Rustow, *Kemalismus*, in: *Südosteuropa-Handbuch Band IV*, Göttingen 1985, S. 242 ff.

5 Vgl. Kurt Steinhaus aa.O.

6 Faruk Sen, *Türkei*, 2. Aufl. 1986, S. 40; kritisch hingegen Mete Tuncay, *Der Laizismus in der Türkischen Republik*. In: Jochen Blaschke / Martin von Bruinessen, *Jahrbuch zur Geschichte und Gesellschaft des Vorderen und Mittleren Orients* 1984, S. 53 ff.

administrative Maßnahmen. Umgekehrt wiederum waren die muslimischen Völker durch den Islam de iure weitgehend gleichgestellt; erst das 19. Jahrhundert hatte, sozusagen in der Rückwendung auf das anatolische Territorium, negative Veränderungen für die nichttürkischen, muslimischen Ethnien nach sich gezogen. Laizismus wird häufig als *Trennung von Staat und Islam* bezeichnet. Intendiert war aber mehr: Die Türkei sollte sich aus der muslimischen Kultur lösen und gegen Aberglaube und Obskurantismus moderner ("westlicher") Wissenschaft und Technologie folgen. Auch diese Zielsetzung als solche war nicht neu, denn seit den ersten großen militärischen Niederlagen der osmanischen Armee in der Auseinandersetzung mit dem Habsburgerreich hatte moderne ("westliche") Technik in den Arsenalen Einzug gehalten. Nicht aber in der (auf türkischer Seite im "westlichen" Sinne) nichtexistenten "bürgerlichen Gesellschaft". *Laizismus* als Staatsziel bedeutete also mehr als Trennung des geistlichen vom weltlichen Bereich: Laizismus sollte sich als Einfallstor einer so nicht als Staatsziel ausgesprochenen *Verwestlichung* eignen.

- Das kemalistische Prinzip des *Etatismus*⁷ bedeutete die staatliche Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten Landes. In der Tat war der Ausgangspunkt der Türkei in wirtschaftlicher Hinsicht außerordentlich belastet: Das Osmanische Reich war kein "moderner" Industriestaat. Im Gegenteil, bürgerlich-wirtschaftliche Ansätze waren durch den Genocid an den Armeniern und die Vertreibung der kleinasiatischen Griechen gerade erstickt worden. Die staatliche Verantwortung war daher sicherlich ein angemessener Weg der Entwicklung. Bemerkenswerterweise wird jedoch heute gerade dieser Aspekt des Kemalismus für dessen Fortführung durch die *Erben* eher kritisch gewürdigt.⁸
- Schließlich wird mit dem *Revolutionismus* oder *Reformismus* als sechster Pfeil ein Prinzip eingeführt, das die Notwendigkeit des ständigen Wandels, der ständigen Anpassung (Kemalismus als *perpetuum*

7 Werner Gumpel, Atatürks Etatismus - Dogma oder Prinzip? In: DW-Dokumente (Anm. 2), S. 73 ff.

8 Klaus Liebe, Die Krise des Kemalismus. In: DW-Dokumente (Anm. 2), S. 101 ff., 107.

mobile) betont und von daher als ideologische Grundlage aller Veränderungen dienen kann.

Die positive Rezeption: Persönlichkeit, Politik und Ideologie

Wenn gesagt wird, daß der *Kemalismus als Staatsdoktrin* im Westen *positiv rezipiert* wurde und wird, dann ist dies eine vereinfachende Umschreibung eines komplizierteren Prozesses. Im einzelnen handelt es sich um die Vermittlung und Bewertung *Mustafa Kemal Atatürks als Persönlichkeit*, um die Anerkennung der *türkischen Außen- und Innenpolitik* und (eigentlich erst in letzter Linie) die Rezeption des *Kemalismus als Ideologie oder Staatsdoktrin*.

Zudem war das Werk Kemal Atatürks mit seinem Tode nicht abgeschlossen. Welche politische Kraft auch immer nach außen oder tatsächlich die politischen Schicksale der Türkei gestaltete, sie berief sich auf das Vermächtnis des Kemalismus und versuchte, sich von daher zu legitimieren. Der Kemalismus als Staatsdoktrin ist also auch zugleich ein historischer Prozeß, wobei hier weniger der Wandel dieser Doktrin aufgezeigt werden soll, als vielmehr die historische Abfolge unterschiedlicher Rezeptionsbedingungen im Westen. So wie es eine Geschichte des Kemalismus gibt, so gibt es auch eine Geschichte seiner Rezeption im Westen; und beide sind in gewisser Weise miteinander verbunden.

Aus diesen komplexen Prozessen und Zusammenhängen wird hier die Frage nach den Ursachen für die positive Rezeption gestellt.

Phasen der westlichen Rezeption des Kemalismus

Während des I. Weltkriegs hatte Mustafa Kemal als General unter dem Oberbefehl von Liman von Sanders an mehreren Fronten gegen die Alliierten gekämpft; das Kriegsende sah ihn in seinem militärischen Rufe unbeschädigt. Durch die militärische Kommunikation der Mittelmächte war sein Name in Berlin und Wien bekannt; dies galt aber spätestens seit Gallipoli auch für London und Paris. Er war als Militär (unabhängig von seiner äußerst kritischen Distanz zu der deutschfreundlichen Politik der Pforte) bereits 1918, also vor Beginn seiner anatolischen Revolution, eine positiv eingeschätzte Persönlichkeit.

Die zweite Phase der Rezeption seiner Persönlichkeit und seines Werkes setzte mit dem Beginn des Wirkens in Anatolien ein, wohin er am

15.5.1919 abgereist war. Seine Entlassung aus dem Militärdienst im Juli 1919, der Vorkongreß vom 23.7.1919 im Erzurum und der Kongreß vom 4.9.1919 in Sivas bedeuteten die Revolte. Diese wurde im Westen in einer Phase der Endredaktion und des Vollzuges des Versailler Vertrages genau beobachtet.

Spätestens nach der siegreichen Schlacht von Sakarya gegen das griechische Heer im August / September 1921 war die Aufmerksamkeit Europas auf den neuen Herrscher Anatoliens in Ankara gerichtet.

Eine neue Phase der Rezeption begann mit der Machtergreifung Hitlers 1933.

Das Ende des II. Weltkrieges leitete zugleich den Kalten Krieg zwischen Ost und West ein; erneut wurde die Türkei und mit ihr der Kemalismus ein Eckpunkt der Auseinandersetzungen.

Der Sturz des Schah und die Machtergreifung durch Ayatollah Khomeini 1979 lenkte erneut die Aufmerksamkeit von Ost und West - beide hatten bedeutende Interessen an und in der muslimischen Welt - auf den Weg der Türkei; seitdem steht insbesondere der *kemalistische Laizismus* im Zentrum der Aufmerksamkeit. Der irakisch-iranische Krieg und der I. Golfkrieg waren Elemente dieser Phase unter den Vorzeichen von *Fundamentalismus und Antifundamentalismus*. Nach all dem, was bisher im Westen als Erbe des Kemalismus verstanden wurde, schien der Kemalismus, die kemalistische Türkei ein *antiiranisches, ein antifundamentalistisches Bollwerk* zu sein; dies verschaffte dem Kemalismus eine erneute, überragende Aufmerksamkeit.

Schließlich schien der *türkische Weg* ein Rezept zu sein, mit dem ein Jahrzehnt später Einfluß auf die muslimischen Nachfolgerepubliken der ehemaligen Sowjetunion ausgeübt werden konnte.

In diesen *sieben Phasen der Rezeption des Kemalismus* spiegelt sich zugleich der funktionelle Wandel der Türkei, aber auch die Konstanz der interessengeleiteten Rezeption der türkischen Staatsdoktrin wider.

Gründe für die positive Rezeption des Kemalismus im Westen

Ausgangspunkt ist die *Persönlichkeit Kemal Atatürks*. Die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts wurden in den meisten nichtdemokratischen oder vordemokratischen Gesellschaften durch starke, autoritäre Persönlichkeiten oder wenigstens die Sehnsucht nach ihnen geprägt. In

diesem Sinne sind Kemal Atatürk, Tschiang Kai-Schek, Benito Mussolini, Adolf Hitler, W.I. Lenin, Leo Trotzki und Josef Stalin - bei aller Unterschiedlichkeit im einzelnen - Zeitgenossen; aus dem engeren Umfeld der Türkei ließen sich noch Venizelos, Amanullah und Reza Pahlewi nennen. Letztlich steht diese Reduktion politischer Prozesse auf Persönlichkeiten in der geschichtlichen Entwicklung zwischen (absoluten oder aufgeklärten) Monarchien und demokratischer Instabilität wechselnder Persönlichkeiten. Insbesondere im kaiserlosen Deutschland, das zudem in Ebert einen ganz und gar uncharismatischen Staatspräsidenten hatte, war der Boden bereitet, das Wirken eines Machtmenschen positiv zu würdigen.

Schon früh wird das *Heldenhafte, das Heroische* des Befreiungskampfes und seines *Führers* betont. In der 1929 erschienenen ersten deutschen Biographie von "Gasi Mustafa Kemal" steht die Persönlichkeit des Gasi wenigstens gleichrangig neben dem von ihm verantworteten und geleiteten Werk.⁹ Die Sympathie für die Sache wird über die Sympathie für den Führer vermittelt.

Und nicht zuletzt ist das 20. Jahrhundert das Jahrhundert der sozialen Mobilität, das Jahrhundert des sozialen Aufstiegs (und des sozialen Abstiegs). Der Aufstieg des türkischen Staatspräsidenten - ähnlich Ehrenvolles hätte auch von Ebert gesagt werden können - aus "einfachen Verhältnissen" hatte sich zudem über die *militärische Karriere* vollzogen, also im Rahmen eines im ersten Drittel dieses Jahrhunderts noch weitgehend unangefochtenen sozialen Milieus, aber nicht durch eine typisch politische Karriere im "Klassenkampf" wie Ebert.

Die visionäre Kraft, das rücksichtslose Durchschlagen, das Aufräumen mit dem Alten sind Attribute, die im Zeitgeist der 20er Jahre - mit Nachwirkungen bis heute¹⁰ - das *positive, ja fast schon sehnsuchtsvolle Bild Kemal Atatürks*, keinesfalls nur in Deutschland¹¹, geprägt haben.

9 Dagobert von Mikusch (Anm. 3); ferner Herbert Melzig, *Kamal Atatürk, Übergang und Aufstieg der Türkei*, Frankfurt a.M. 1937.

10 Vgl. die ehemaligen deutschen Botschafter in Ankara Rudolf Nadolny, Gustav Adolf Sonnenhol und Ulrich Sahn. In: DW-Dokumente (Anm. 2), S. 11 ff., 18 ff., 25 ff., sowie den ehemaligen Generalkonsul von Izmir, Friedrich von Rummel, ebd. S. 96 ff.

11 Benoist-Méchin, *Le Loup et le Léopard Mustafa Kemal*, Paris 1954.

Schließlich wird dieses positive persönliche Bild durch den *Erfolg* des Militärs und Staatsmannes abgesichert. Worin auch immer dieser Erfolg gelegen haben oder liegen mag¹², und wie auch immer er definiert werden mag, sein Wirken gilt als erfolgreich für die Türkei und wird oft genug als Vorbild für den Prozeß der Dekolonisierung herausgestrichen.¹³

Speziell für die *deutsche Perzeption von Kemal Atatürk und des Kemalismus* gilt, daß er - unabhängig von seiner persönlichen Sicht der osmanischen Bündnispolitik - die *deutsch-osmanische Waffenbrüderschaft* des I. Weltkrieges symbolisierte, aus der dann das Paradigma der *deutsch-türkischen Freundschaft* erwachsen ist. In dieser Symbolik ist er durch die bereits 1920 erschienenen Erinnerungen Liman von Sanders' in das deutsche Bewußtsein transportiert worden.

Person und Werk Atatürks sind besonders anschaulich in den ersten Jahren nach dem Waffenstillstand von Moudros in die differenzierte Entwicklung der Alliierten und ihrer ehemaligen Gegner hinsichtlich Anatoliens und des Nahen Ostens eingebunden. Eine kluge Mischung zwischen militärischer Offensive (gegenüber Griechenland) und Behutsamkeit (gegenüber Frankreich, Italien, Großbritannien und der neuen Sowjetunion) führte dazu, daß diese schrittweise auf den *neuen Herrscher Anatoliens setzten*.¹⁴ Die Aufhebung des Kalifats bedeutete aus *britischer* Sicht mehr Sicherheit für den muslimischen Kolonialbesitz bzw. muslimisch geprägte Interessenzonen. *Frankreich* wiederum sah seinen Einfluß in Syrien durch Mustafa Kemal eher als gesichert, Italien seine (antigriechischen) Interessen an der Dodekanes.

Für *Deutschland* war der militärische und diplomatische Erfolg Mustafa Kemals in dem Befreiungskrieg (aus deutscher Sicht "gegen die Alliierten") und durch den Lausanner Vertrag 1923 gegenüber dem Versailles ähnlichen Vertragswerk von Sèvres 1920 geradezu *beispielhaft*. Die besonders positive und völlig unkritische Wahrnehmung des Wirkens von Mustafa Kemal - von dem ja bekannt war, daß er persönlich keinerlei Zuneigung zu Deutschland hatte - läßt sich ohne die Traumatisierung

12 Vgl. einerseits Walther Leisler Kieß, Atatürks Werk und Bedeutung für die moderne Türkei, in: DW-Dokumente (Anm. 2), S. 29 vv. und andererseits Arnold Hottinger, Atatürks neue Türkei, ebd. S. 114 ff.

13 Heinrich Bechtoldt, Atatürks Armee als Urbild und Vorbild des Fortschritts. In: DW-Dokumente (Anm. 2), S. 67 ff.

14 Vgl. Dagobert von Mikusch (Anm. 3), S. 241 ff.

weiter Teile der deutschen Gesellschaft durch die militärische Niederlage und den Versailler Vertrag kaum verstehen. Mustafa Kemal hatte sein Land *befreit* und den "*Diktatfrieden*" abgeschüttelt, während Deutschland Reparationen zahlte und das Rheinland besetzt wurde. Mustafa Kemal hat gerade in den ersten Jahren seines Wirkens (un-)ausgesprochene Sehnsüchte vieler Deutscher *stellvertretend* erfüllt. Auf ihn konnte projiziert werden, was von der eigenen Regierung (zu Unrecht) erwartet, aber nicht erfüllt wurde (werden konnte). Er nahm in den sein Bild prägenden Jahren eine kompensatorische Funktion ein.

Daß nach Deutschland nun auch die Alliierten ihren Einfluß in der Türkei verloren, paßte in dieses Bild.¹⁵

Nachdem dieses positive Bild einmal gelegt war, ging es um die Bewertung der *Reformen*. Die kemalistische Türkei stieß zunächst das "Orientalische" ab. Mit dem Ende des Kalifats und der Entmachtung der muslimischen Geistlichkeit, und dies hieß untrennbar auch des *muslimischen Geisteslebens*, bestätigten sich alte westliche Einschätzungen von der *Minderwertigkeit des Orientalischen*. Fez und Schleier fielen, die arabisch-persische Schrift, die alten geistlichen Schulen u.v.m. In unzähligen Reden hat Mustafa Kemal (ob zu Recht oder zu Unrecht, kann hier offenbleiben) die islamische Kultur insgesamt für den Niedergang des Osmanischen Reiches und die Ausblutung des türkischen Kernlandes verantwortlich gemacht. Seine (äußerst negativen) Analysen der islamischen Gesellschaft entsprachen genau dem Bild, das sich etwa die zahlreichen Militärberater des Westens gemacht, und das sie weitergegeben hatten, so etwa schon v. Moltke in seinen "Briefen aus der Türkei".

Das Abstoßen des Alten, des "Muslimischen", verlief parallel zu der Übernahme des "Westlichen". In dem jahrhundertelangen militärischen und kulturellen Ringen zwischen Orient und Okzident erschien dies als ein "*Sieg der europäischen Zivilisation*".¹⁶ "Modernität", das hieß nach offenbarem Einverständnis des neuen Staatspräsidenten "westliche", "europäische" Wissenschaft und Technik, einschließlich der die Gesellschaft formierenden rechtlichen und sozialen Normen. Die Übernahme

15 Oral Sander, Turkish Foreign Policy: Forces of Continuity and of Change, in: Ahmet Evin (Hg.), *Modern Turkey*, Opladen 1984, S. 115 ff.

16 Vgl. Dagobert von Mikusch (Anm. 3), S. 330

der lateinischen Schrift, die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, des deutschen Handelsgesetzbuches, des italienischen Strafgesetzbuches war "platt"; ohne die geringste Diskussion wurde buchstäblich "über Nacht" das Gesellschaftsleben der Türkei auf eine neue, eine "europäische" Basis gestellt. Dies wurde als "Sieg Europas" verstanden und verschaffte dem türkischen Staatspräsidenten nach dem Abschluß des erfolgreichen Kampfes um territoriale Integrität des Restbestandes des Osmanischen Reichs den bis heute anhaltenden Nimbus des "Vorkämpfers" Europas im Osten; Europa sei durch Kemal Atatürk um Tausende von Kilometern "nach Osten vorgerückt".¹⁷ Was Kolonialismus und Imperialismus ideologisch zugrundegelegen hatte, nämlich die Überzeugung von Überlegenheit, Mustafa Kemal bestätigte dies (nachdem die militärische Option gerade gescheitert war). Repulsion der muslimischen Kultur und bruchlose Übernahme europäischer Zivilisation verschafften Mustafa Kemal eine bis heute nachwirkende positive Rezeption im Westen. Besonders anschaulich kommt dies in den Zeugnissen der deutschen diplomatischen Vertreter in Ankara zum Ausdruck.¹⁸

"Modern" war der Hut; daß Träger von Turban und Fez, besonders im kurdischen Osten, *wegen ihrer unpassenden Kopfbedeckung* aufgehängt wurden, wurde ausgeblendet.

Die "Westlichkeit" der neuen, "modernen" türkischen Zivilisation erschien auch schon früh als das *erfolgreiche antikommunistische Bollwerk*, ein Paradigma, das bis in die Gegenwart zu einer der wichtigsten Funktionen der Türkei geworden ist.

Die Realitäten eines Landes erschließen sich über Begrifflichkeit. Die Verwendung "europäischer" Begriffe (*Modernität, Demokratie, Republik, Verfassung, Partei, Laizismus, Reform u.a.*) prägte das Bild. Nur wenige, unter ihnen Ernst Reuter¹⁹, brachen vorsichtig das Tabu, daß möglicherweise hinter begrifflichen Fassaden eine andere Realität stehe, und äußerten Skepsis, ob dieser Weg der "Europäisierung von oben im Gewaltstreich" erfolgsversprechend sei. Bis heute aber wirkt dies

17 Dagobert von Mikusch a.a.O.

18 Vgl. neben den in Anm. 10 Genannten auch noch Dirk Oncken, DW-Dokumente (Anm2), S. 9 f.

19 Türkei im Brennpunkt, In: DW-Dokumente (Anm. 2), S. 36 ff.

instrumentelle Erbe Kemal Atatürks nach: Die Verwendung "westlicher" Begriffe (Rechtsstaat, Menschenrechte, Demokratie) steht aus europäischer Sicht bereits für die Realität.

Eine besondere Aufwertung erfuhren Kemal Atatürk und der Kemalismus durch die zunehmende Distanz der öffentlichen Meinung zum Kolonialismus. Das Beispiel der Türkei erschien als geradezu beispielhaft für kolonisierte Völker.²⁰ Da geriet schnell aus dem Blick, daß die Türkei die Erbin des Osmanischen Reiches war, eines der großen Kolonialreiche, und daß Mustafa Kemal selbst bei dem Erhalt Libyens (gegen italienische Kolonialbestrebungen) als Offizier gekämpft hatte. Es geriet auch aus dem Blick, in welchen (sub-)kolonialen Status die im türkischen Territorium verbliebenen, nichttürkischen Völker (Kurden, Araber u.a.) abgesunken waren.

Das Staatsprinzip des Nationalismus wirkte für das westliche Verständnis vertraut und geradezu beruhigend. Es war weniger universell als der alle Muslime umfassende Anspruch des Kalifats und war sozusagen türkisch limitiert. Nationalismus war nicht nur ein westlicher Import in das Osmanische Reich und den Nahen Osten, es war auch eine verständliche und nachvollziehbare Doktrin. In einem gewissen Sinne war dieser Grundsatz auch weniger expansionsorientiert als die imperiale Mission des Osmanischen Reichs, so daß insbesondere die von der Türkei durch Pufferstaaten getrennten westeuropäischen Staaten mit dem türkischen Nationalismus leben konnten.

In diesem Sinne entsprach dem *kemalistischen Nationalismus* eine durchdachte und kluge Politik Mustafa Kemals einer bewußten *außenpolitischen Mäßigung*. Die Türkei wurde als "saturierter Nationalstaat" wesentlich berechenbarer als die agonisierende Osmanenherrschaft des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts.

Speziell für die Wahrnehmung der Politik und Ideologie Kemal Atatürks aus *deutscher Sicht* wirkte die Aufnahme deutscher Wissenschaftler an die umgestalteten türkischen Universitäten und Hochschulen 1933 nach. Zahlreiche Wissenschaftler, die 1933 Deutschland verlassen mußten oder ihre Stelle verloren hatten, fanden in der Türkei mit befristeten Verträgen

20 Kurt Steinhaus (Anm. 4), S. 110 ff.

über viele Jahre eine neue geistige und materielle Heimat.²¹ Die positiven Nachwirkungen, die diese Entscheidung der türkischen Regierung auf das Bild des Kemalismus nach 1945 haben sollten, können nicht hoch genug geschätzt werden; für die deutsche Sozialdemokratie etwa verbindet sich diese Aufnahme bis heute mit dem ehemaligen Oberbürgermeister von Magdeburg, Ernst Reuter, der später als Regierender Bürgermeister von Berlin (1947 - 1953) legendär werden sollte.²²

Die *Neutralität der Türkei* im II. Weltkrieg bewahrte die positive Einschätzung des Kemalismus (nun auch der Erben Kemal Atatürks) quer durch die Kriegsparteien und ihre Rechtsnachfolger.

Nachdem das Ansehen des Kemalismus nach 1945 im Schwinden begriffen war, belebte der Ost-West-Konflikt die geostrategische Bedeutung der Türkei (Bosporus, Dardanellen; Horchanlagen an der sowjetischen Grenze) erneut; im Rahmen der NATO wurde die bereits genannte *Funktion eines antikommunistischen Bollwerks* schlechthin das Paradigma der türkischen Nachkriegspolitik. Da sich die inzwischen pluralistisch gewordene türkische Parteienlandschaft ausnahmslos auf den Kemalismus berief, blieb dieser - unberührt von Regierungswechseln und Militärputschen - die auch im Westen anerkannte türkische Staatsdoktrin.

Daneben trat 1979 die *antiiranische, "antifundamentalistische" Funktion der Türkei*, nach wie vor nach außen glaubhaft zu vermitteln durch das kemalistische Prinzip des Laizismus, vor allem aber durch die türkische Realpolitik der "Europäisierung". Das Paradigma des "europäischen" Vorpostens "gegen" den muslimisch-fundamentalistischen Iran war eine Karte, die seit Mitte der 20er Jahre nicht mehr ins Spiel gebracht worden war. Nun, inmitten einer politisch gärenden muslimischen Gesellschaft (Ägypten, Algerien, Sudan, Iran, Pakistan, Afghanistan), wuchs dem Kemalismus erneut eine aktuelle politische und weltanschauliche Funktion zu.

Ein Jahrzehnt später - immer noch war der Kemalismus die offizielle Staatsdoktrin der Türkei - wurde das antikommunistische Paradigma durch ein neues Paradigma ersetzt: das der *Domestizierung der muslimischen Nachfolgerepubliken* der ehemaligen Sowjetunion. Aus

21 Vgl. Klaus Detlev Grothusen, Die deutsche Emigration in die Türkei 1933-1945. In: DW-Dokumente (Anm. 2), S. 49 ff.

22 Vgl. den Beitrag in Anm. 19.

westlicher Sicht hatte sich der Kemalismus bewährt. Er schien die ideale Staatsdoktrin für diese neuen, noch unberechenbaren Figuren im asiatischen Spiel zu sein. Für die Türkei war dies zwar in Wahrheit ein Abschied von der Außenpolitik Kemal Atatürks ("Mäßigung", "Begrenzung auf das türkische Territorium"), aber das Ausgreifen auf andere Teile der muslimischen Gemeinschaft konnte an die Tradition des Osmanischen Imperiums und der jungtürkischen Bewegung (Panislamismus, Panturanismus) anknüpfen und wie damals von den Problemen der Türkei selbst gedanklich ablenken. In der bewußten Förderung solcher an sich unkemalistischer Politik kam für die Türkei wie für den Westen eine bewährte gedankliche und politische Gemeinsamkeit zum Ausdruck: "Kemalismus", das war in Wahrheit ein Blankettbegriff von Ideologie geworden, der *gemeinsame Macht- und Einflußinteressen* befördern sollte und konnte.

Zusammenfassend kann für die westliche Rezeption gesagt werden, daß der Kemalismus in der Auseinandersetzung zwischen der *Rechten* und der *Linken*, zwischen *Liberalen* und *Konservativen*, zwischen *Marktwirtschaftlern* und *Planwirtschaftlern*, allen etwas zu bieten hatte. Das erklärt einen Teil seiner Anziehungskraft über sieben Jahrzehnte hinweg, unabhängig vom wechselnden Zeitgeist. Ein anderer Teil seiner positiven Rezeption läßt sich aus der unter verschiedenen weltpolitischen und nahöstlichen Rahmenbedingungen konstanten Verbindung zwischen dem türkischen Machtzentrum Militär und dem (Erbe des) Kemalismus erklären.

Wäre eine kritischere Rezeption des Kemalismus vorstellbar gewesen?

Ansatzpunkte für eine ganz andere, kritische Rezeption des Kemalismus waren und sind vorhanden.

Mustafa Kemal war herausgehobener Wegbegleiter des jungtürkischen Triumvirats, das den *Genocid an dem armenischen Volke* 1915 - 1917 zu verantworten hatte, vor allem Talaat Pascha und Enver Pascha, die Mustafa Kemal nach 1919 ins Exil zwang. Niemand hat den Kemalismus mit einer sich nach dem Holocaust aufdrängenden Frage der Verantwortung für den Armeniergenocid in Verbindung gebracht: Die kemalistische Regierungszeit hat bis heute die Armenierfrage tabuisiert, jede Form der Verantwortung oder gar Wiedergutmachung abgestritten.

Mustafa Kemal trug unmittelbar Verantwortung für das *Massaker von Smyrna (Izmir)*. Kein Wort davon bei der oft genug emphatischen Begeisterung über den erfolgreichen "Befreiungskrieg"! Im Gegenteil, die zeitgenössische, fast schon hagiographische Literatur verharmloste die Massaker, wenn nicht sogar unmittelbar oder mittelbar die Opfer selbst dafür verantwortlich gemacht wurden.

Mustafa Kemal trug unmittelbar Verantwortung für die *Vertreibung der kleinasiatischen Griechen* aus den von ihnen seit drei Jahrtausenden bewohnten Siedlungsgebieten. Das war die erste *ethnische Säuberung* des 20. Jahrhunderts im großen Maßstab. Unter dem euphemistischen Begriff des "Bevölkerungsaustauschs" konnte fünf Jahrzehnte später in *Zypern* von *Ecevit*, einem der Erben Kemal Atatürks in international geachteter, nicht geächteter Weise an Atatürks Erfolg der Homogenisierung der Bevölkerung angeknüpft werden.

Die *reale Entwicklung der Türkei*, insbesondere in wirtschaftlich-sozialer, religiöser, demokratischer, rechtsstaatlicher Hinsicht, könnte an den verschiedenen Meßlatten "europäischer Werte" oder von Parallelentwicklungen wesentlich erfolgreicherer Regionen (Südkorea, Taiwan, Malaysia) gemessen werden. Unter diesem Vorzeichen erweist sich der Kemalismus in Wahrheit nicht als Staatsdoktrin, sondern als verschleierte, euphemistische Ideologie.

Eine denkbare Meßlatte wäre auch der eigene Anspruch der *Modernisierung* insbesondere der ländlichen Verhältnisse. Bemerkenswert war und ist, daß, beginnend mit Mustafa Kemal selbst, zwar jede nationale Regung von Minderheiten, insbesondere der Kurden, von Anbeginn mit der größten Härte verfolgt wurde, aber die feudale Struktur Kurdistans vom kemalistischen Ankara bis heute geradezu gehegt und gepflegt wird, allerdings immer um den Preis politischer Loyalität der Feudalherren gegenüber den jeweiligen kemalistischen Machthabern. Versagt hat der Kemalismus offenkundig in der *Minderheitenfrage*. Das Verfassungsprinzip des *Nationalismus* erwies sich von Anfang an als Fessel eines modernen, die ethnischen und geographischen Realitäten berücksichtigenden Staates. Bemerkenswerterweise sind insbesondere die Kurdenaufstände von *Kemalisten* und ihren *Befürwortern* im Westen verschwiegen oder negativ prädikatisiert worden.²³ Schon von daher

23 Vgl. etwa die in Anm. 10 und 18 Genannten.

bietet sich der Kemalismus gerade nicht als Modell für die muslimischen Republiken Asiens an, da sie alle Wege eines Zusammenlebens heterogener Ethnien finden müssen.

Versagt hat der Kemalismus offenkundig auch in der Funktion, die aus der Sicht des Westens in Wahrheit wohl die wichtigste war: eine muslimische Gesellschaft zum *Bollwerk gegen den Islam* zu machen. Nicht nur, daß radikale muslimische Strömungen die Türkei (in Wahrheit bei langjähriger Rückendeckung der offiziellen Erben Atatürks) ständig an Boden gewinnen; die instrumentalisierende und spaltende Politik des Westens desavouiert gerade die positiven westlichen Werte. Der kemalistische Laizismus hat kontraproduktiv gewirkt.

Versagt hat der Kemalismus offenkundig im realen Transport westlicher Werte: Nach wie vor besteht in der Türkei gerade keine Pressefreiheit, ist Folter an der Tagesordnung, ist der Rechtsstaat der Willkür des Militärs überlassen, bleibt Demokratie auf die Fassade beschränkt, hinter der der Nationale Sicherheitsrat die Fäden zieht. Von den Apologeten des Kemalismus wird hierzu immer wieder, nun aber schon seit vielen Jahrzehnten, darauf hingewiesen, daß der Übergang noch nicht abgeschlossen sei, daß dies eine Entgleisung des Kemalismus sei.

Die "Blutspur" des Kemalismus wird eskamotiert: Todesurteile für das Tragen des Turbans, Todesstrafen für muslimische Aktivitäten; das alles war und ist nach wie vor kein Thema in der Auseinandersetzung mit dem Kemalismus.

Der Dialog zwischen Okzident und Orient: Notwendigkeit, Voraussetzungen und Hindernisse

Die *Notwendigkeit* eines Dialoges, einer wechselseitigen Verständigung, zwischen Okzident und Orient wird niemand ernsthaft bestreiten wollen. Es gibt nur Gründe, die *für* diesen Dialog sprechen: die Nachbarschaft der beiden Kulturen, die historischen Verbindungen der beiden Kulturen, die Interdependenzen der Wirtschafts- und Sozialräume, Migrationen als Folge von Ungleichgewichten der jeweiligen Entwicklungsstände, aber auch von innenpolitischen zentrifugalen Kräften, also der "Export" einer gescheiterten Innenpolitik in das jeweilige Einwanderungsland, wie es etwa am Beispiel der kurdischen Diaspora deutlich wird. Ein wesentliches Element sind überregionale Standards, wie sie etwa für die Mitglieder der

UNO in der Menschenrechtserklärung und den menschenrechtlichen Pakten völkerrechtlich verbindlich festgelegt sind.

Voraussetzung dieses Dialoges ist die Bereitschaft beider Seiten, die Ausgangsbedingungen der jeweils anderen Seite erkenntnisorientiert, in diesem Sinne fair wahrzunehmen, die kulturelle Andersartigkeit der jeweils anderen Seite als prinzipiell gleichberechtigt anzuerkennen (über die gewichtige Ausnahme völkerrechtlich als verbindlich angesehener Verpflichtungen wurde schon gesprochen). Vorurteilslosigkeit wäre erwünscht, aber angesichts einer langen "gemeinsamen" Geschichte zwischen Orient und Okzident wohl Illusion.

Hindernis für diesen Dialog wäre die Absicht, die jeweils andere Seite zu dominieren, zu spalten, zu missionieren. Interkultureller *Dialog* ist ohne Gleichberechtigung der Gesprächspartner nicht vorstellbar; sonst wird der Dialog zur *politischen Farce*, zum Aktionismus ohne materielle Zielsetzung.

Kemalismus als Hindernis für den Dialog

Kemalismus bedeutete und bedeutet für den Westen als einer Seite des Dialogs die Vorwegnahme einer kulturellen Unterwerfung der anderen Seite. Kemalismus als Staatsdoktrin begleitete unter den Stichworten "Modernisierung" und "Laizismus" eine äußerliche "Europäisierung" "von oben nach unten". Kemalismus unterstellt a priori die Minderwertigkeit der orientalischen Ausgangskultur, die Notwendigkeit ihrer revolutionären Beseitigung um jeden Preis, die Überlegenheit der okzidentalischen Kultur. Der Kemalismus ist daher zugleich *Feststellung* (daß die historisch-kulturelle Substanz des Orients nicht lebensfähig sei) und *missionarisches Programm* (daß mit allen Mitteln des Staates diese festgestellte Rückständigkeit zu überwinden sei).

Diese das Selbstverständnis und Selbstbewußtsein des Orients vollkommen infragestellende Ideologie setzt daher beiden Seiten Mauern und Schranken gegen den Dialog. Ein "kemalistischer Orient" hat bereits "kapituliert"; ein den Kemalismus positiv rezipierender Okzident hat bereits "gewonnen": Wozu noch weiter in den Dialog einsteigen, wenn Ziel und Weg für beide Seiten klar sind? Aus dieser Situation folgt, daß der Westen und die Türkei strukturell zum Dialog nicht imstande sind. Der Kemalismus leugnet die orientalische Identität, hat in den Dialog eigentlich nur demütigende Bestandsaufnahmen defizitärer

Europäisierung einzubringen; die Rezipienten des Kemalismus im Westen fühlen sich gerade dadurch in ihrer kritischen Einschätzung bestätigt, kritisch nicht gegenüber dem Kemalismus, kritisch gegenüber dem Stand und der Realität dessen, was seit sieben Jahrzehnten Kemalismus erreicht ist.

Aus dieser Situation folgt aber auch, daß der Kemalismus ein gewichtiges Hindernis für den Dialog des Westens mit explizit nicht-kemalistischen Kulturen des Orients ist. Seit Kemal Atatürk "sieht" der Westen den Osten durch die Brille seiner "östlich legitimierten" Überlegenheit. Und weil die Türkei vermutlich den Westen nach "westlichen Maßstäben" über lange Zeit weder überholen noch einholen wird (nach der hier vertretenen Auffassung auch gerade deshalb, weil der Kemalismus in die Identitätskrise führt), bestätigt sich die Grundannahme des Kemalismus von der eigenen Unvollkommenheit und der westlichen Überlegenheit immer wieder aufs neue. Solange diese kemalistische negative Selbsteinschätzung die gedankliche Grundannahme des Westens auch für den Dialog mit nicht-kemalistischen muslimischen Ländern ist, bleibt der Dialog ein politisches Theater, möglicherweise ist er sogar geradezu gefährlich. Der "richtige Weg der Türkei" (der für sich selbst im kemalistischen und prokemalistischen Konsens nicht weiter hinterfragt wird) als gedankliche Vorbedingung des West-Ost-Dialogs zementiert im Verhältnis zur Türkei die ideologische und gesellschaftliche Erstarrung, setzt im Verhältnis zum nichttürkischen Orient Barrikaden.

Was ist zu tun?

In erster Linie gilt es, den Kemalismus zu entmystifizieren und danach Abschied von einer zwar wohlgeleiteten, aber hinderlichen und in diesem Sinne friedensgefährdenden Vorstellungswelt zu nehmen. Solange der Kemalismus im westlich-türkischen Konsens auf der Säule des Heiligen steht, kann sich der notwendige westlich-östliche Dialog nicht nur nicht entwickeln, er kann seinerseits zum Ausgangspunkt ernsthafter Dissense und Spannungen werden. Der Kemalismus bezieht einen guten Teil seiner Faszination aus einer inzidenten oder expliziten Anschwärzung des Orients. Dieser muß, um den Kemalismus zu legitimieren, als "dunkel", "rückständig", "gefährlich", "bedrohlich", "barbarisch" erscheinen. Damit verstellt der Kemalismus den Blick auf die Realitäten; er immunisiert zugleich das von ihm geprägte gesellschaftliche Leben gegen Kritik.

Abschied vom Kemalismus muß aber vor allem auch der Westen selbst nehmen. Die kemalistisch-äußerliche "Verwestlichung" desavouiert letztlich westliche Werte. Sie bilden nicht mehr ein Glied in einer langen Entwicklungskette, sondern können scheinbar beliebig, staatsstreichartig als neue Kleider beliebigen Gesellschaftsformationen übergezogen werden. Westliche Werte werden billige, wohlfeile Münze.

Abschied vom Kemalismus muß auch der Osten in seiner Gesamtheit nehmen. Der Kemalismus trennt den Orient voneinander, so wie er auch die Türkei geteilt und nicht geeinigt hat. Der Kemalismus wirkt so à la longue nicht entwicklungsfördernd, sondern entwicklungshemmend und parzellierend.

Der Dialog zwischen Okzident und Orient setzt den *Abschied vom Kemalismus* voraus.

Carles Ossorio-Capella und Gisela Hänel-Ossorio

Ideologie und Weltmarkt

Häufig verbergen sich in Ideologien vergesellschaftete Bilder der Strukturen sozialer Ungleichheit, folgt man Ossowskis historisch angelegten Untersuchungen über die Klassenstruktur im sozialen Bewußtsein.¹ In einem einführenden Artikel über Ideologie stellen Horkheimer und Adorno heraus, daß "zumindest seit den Anfängen der neuzeitlichen bürgerlichen Gesellschaft um die Wende des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts die allgemeinen Bedingungen falscher Bewußtseinsinhalte bemerkt (wurden)."² An diesen Aspekten sozialer Ideologien setzt unsere Frage an nach den Gesellschaftsbildern oder den gesellschaftlichen Vorstellungen von fremden Gesellschaften, - und auch Vorurteilen gegenüber Fremden -, die seit der Ausweitung des Weltmarktes nach der sogenannten Entdeckung Amerikas in Europa mit Nachdruck verbreitet wurden.

Das Interesse an Vorurteilen gegenüber Menschen, die aus fremden Gesellschaften kommen, läßt sich auf ganz verschiedene Gründe zurückführen. Wir gehen kurz darauf ein, um so die Perspektive zu verdeutlichen, unter der im folgenden unsere Arbeit gesehen werden soll.

Zunächst ist festzustellen, daß selbst die geläufigsten Gesellschaftsbilder soziale Implikationen haben, die weitreichender sind, als geglaubt wird. Und selbst in geographischen Darstellungen können solche Implikationen verborgen sein. Beispielsweise stimmen die Raumvorstellungen, die sich an Atlanten und Weltkarten bilden, nur bedingt mit der Wirklichkeit überein. "Durch den Gebrauch der Atlanten wird man daran gewöhnt, die gesamte Welt in einer Art Perspektive zu sehen, in der unsere nächste Umgebung am größten und bedeutendsten erscheint, während mit

1 Vgl. S. Ossowski, Die Klassenstruktur im sozialen Bewußtsein, Neuwied/Berlin 1972, S. 19.

2 Institut für Sozialforschung, Soziologische Exkurse, Frankfurter Beiträge zur Soziologie. Im Auftrag des Instituts für Sozialforschung hrsg. von Th. W. Adorno und W. Dirks, Bd. 4, Frankfurt a. M. 1956, S. 163.

zunehmender Entfernung ausgedehnte Länder auf kleine Flächen zusammenschrumpfen."³ Noch dringender kritisch zu überprüfen sind unsere gut bekannten Bilder von Weltwirtschaft und Weltmarkt, weil sie undurchschaubarer und von grundlegenderer Bedeutung im politischen und wissenschaftlichen Diskurs sind.

Darüber hinaus ist die Tatsache auffallend, daß heutzutage die Weltwirtschaft und der Weltmarkt häufig aus der Perspektive der fortgeschrittenen Industriegesellschaften wahrgenommen und analysiert werden, was Vorbehalten gegenüber Fremden nicht gerade entgegenwirkt, insbesondere wenn sich etwa die Verteilungsfrage zwischen Reich und Arm stellt. Richtig ist, daß - nicht nur im heutigen Europa - eine Quelle von Vorurteilen ist, wenn Informationen und Erklärungen nicht ausreichend bekannt sind oder sie nicht entsprechend berücksichtigt werden. Uns interessiert hier vor allem die Tatsache, daß in der westlichen Welt die Vorstellung von der Überlegenheit der europäischen Kultur Teile der Wissenschaft beherrscht und das politische Handeln beeinflußt. Darüber hinaus wirken diese wissenschaftlichen Ansätze und dieses politische Handeln weltweit. Daß der Eurozentrismus heutzutage schon ein Bestandteil der Kultur und der Ideologie der modernen kapitalistischen Welt ist,⁴ ist eine von Amin vertretene These. "Um... die eigenen Erfolge, die eigene Rationalität, den Anspruch auf weltweite kulturelle und politische Dominanz hervorzuheben",⁵ habe der "Westen" den "Orient" sogar "erfunden", wie ein Kritiker des Eurozentrismus, E. Said⁶, interpretierte.

Der Eurozentrismus ist ein modernes Phänomen, dessen Wurzeln jedoch bis in die Zeit der Renaissance reichen. Bereits während der Eroberung Amerikas wurde auf diese angebliche Überlegenheit rekurriert, teilweise um die Greuelthaten der Konquistadoren zu rechtfertigen. Weite Verbreitung und politischen Einfluß hat der Eurozentrismus aber erst im neunzehnten Jahrhundert mit der Entstehung mächtiger kapitalistischer Industriegesellschaften in unseren Breiten bekommen.

3 H. Bauer, Entwickelte Länder und Entwicklungsländer bauen eine "Dritte Welt", in: Die Industrie, 34/1968.

4 Vgl. S. Amin, El Eurocentrismo. Crítica de una ideología, México, D. F. 1989, S. 9 ff.

5 H. Budde und G. Sievernich, Europa und der Orient: 800-1900. Eine Annäherung, in: H. Budde und G. Sievernich (Hrsg.), Europa und der Orient, 800-1900, Berlin 1989, S. 15.

6 E. W. Said, Orientalism, New York 1978.

Wir interessieren uns für Gewalt und Vorurteile gegenüber Fremden nicht nur als Teil unserer Geschichte, sondern auch als Spiegelbild der Gegenwart. Die hier angesprochene Probleme sind, wie bereits angedeutet, schon alt, haben jedoch in letzter Zeit eine neue Dimension durch die Globalisierung der internationalen Beziehungen erhalten. Durch die Internationalisierung des Kapitals und die weltweite Durchsetzung multinationaler Konzerne, sowie die Erweiterung des nationalen Außenhandels der fortgeschrittenen Industrienationen und die Fortschritte auf den Gebieten der Kommunikations- und Transportmittel hat das Verhältnis zwischen fremden Gesellschaften eine immer größere Bedeutung erlangt. Doch "ein loses Nebeneinander solcher Verschiedenheiten wird immer mehr zum Ausnahmefall."⁷ VW Arbeiter in Puebla arbeiteten an dem inzwischen abgeschriebenen und nach Mexiko transportierten Band, an dem Jahren zuvor VW Arbeiter in Wolfsburg gestanden hatten. Auf dem Bildschirm in China erscheint der Schauspieler Erik Ohde als Kommissar, fließend Kanton sprechend, er hat mit kinderreichen statt mit Ein-Kind-Familien zu tun, fährt Auto und nicht Fahrrad und arbeitet in einer Umgebung, in der der Weizen mit Hilfe von Transportkränen aus Schiffen entladen wird, nicht aber mittels kleiner Tragekörbe, die Hunderte von Arbeitskräften auf ihren Köpfen balancieren. Das "Schlagwort von der Einen Welt (stellt) kein bloßes Phantasieprodukt mehr dar."⁸

1 Fremde Völker und Kulturen werden oft ignoriert

Es bedarf keiner lebenslangen Erfahrung um zu bemerken, daß das, was überliefert wird und das, was als unterdrückte Geschichte in Vergessenheit gerät, mit dem Ausgang von Konflikten entschieden wird. Und die bisherige Geschichte ist eine Geschichte von Interessenkonflikten. Je nachdem, aus welcher Interessenlage man Ereignisse betrachtet, können sich unterschiedliche Ansichten der Weltgeschichte ergeben. Einen allgemeinen Begriff der Weltgeschichte ausfindig machen zu wollen, dürfte der Mühe nicht lohnen. Doch verschiedene, auch gegensätzliche Facetten unseres Bildes von Weltgeschichte zu erforschen, ist unseres Erachtens sinnvoll, um

7 P. Heintz, Soziale Vorurteile, Köln 1957, S. 11.

8 P. Heintz, Soziale Vorurteile, Köln 1957, S. 11.

vielleicht schon verwischte Spuren von Unterdrückung noch zu identifizieren und Wurzeln von Vorurteilen wieder erkennbar zu machen.

Daß in Europa im 19. und 20. Jahrhundert die Rolle Europas und der Europäer in der Weltgeschichte überschätzt wurde, ist aus der zeitlichen Distanz nicht zu übersehen. Man braucht sich nur die politischen Diskussionen in Europa um die Jahrhundertwende anzusehen, die die Selbständigkeit und den Wert aller Kulturen außerhalb Europas weitestgehend ignorierten und negierten. Daran waren auch Wissenschaftler beteiligt. Nach Toynbees, unter anderen von Ortega y Gasset kritisierten Deutung des Geschichtsablaufs, gibt es beispielsweise insgesamt und weltweit "eine Gesamtsumme von 34 Kulturen, von welchen 25 aus der weißen Rasse und nur 9 aus Rassen anderer Hautfarbe," hervorgegangen sein sollen, die immerhin vier Fünftel der Weltbevölkerung ausmachen.⁹ Erstaunlich ist auch die Mystifizierung der griechischen Kultur im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Aufgrund des Ignorierens ihrer afrikanischen Wurzeln wurde ihr ein eigentümlicher europäischer Charakter zugeschrieben, wie der englische Historiker Bernal¹⁰ zeigen konnte. Er machte auf die Existenz von zwei unterschiedlichen Modellen der griechischen Geschichte aufmerksam: nach dem einen Modell erscheint die griechische Kultur als "wesentlich europäisches Modell", während nach dem anderen die griechische Kultur an der Peripherie der ägyptischen oder semitischen Kultur gelegen ist.¹¹ Das in Europa geläufige, zuerst genannte Modell entstand nach Bernals Analysen jedoch erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Nur das zweite, "alte" Modell gibt, diesen Forschungsergebnissen zufolge, die Sicht der Griechen in der klassischen und hellenistischen Zeit richtig wieder.

9 J. Ortega y Gasset, *Eine Interpretation der Weltgeschichte. Rund um Toynbee*, München 1964, S. 203.

10 Vgl. M. Bernal, *Black Athena. The Afroasiatic Roots of Classical Civilization*, Vol. 1, *The Fabrication of Ancient Greece 1785-1985*, London 1987.

11 "These volumes are concerned with two models of Greek history: one viewing Greece as essentially European or Arayan, and the other seeing it as Levantine, on the periphery of the Egyptian and Semitic cultural area. I call them the 'Aryan' and the 'Ancient' models. The 'Ancient Model' was the conventional view among Greeks in the Classical and Hellenistic ages. According to this, Greek culture had arisen as the result of colonization, around 1500 BC, by Egyptians and Phoenicians who had civilized the native inhabitant. Furthermore, Greeks had continued to borrow heavily from Near Eastern cultures". M. Bernal, *Black Athena. The Afroasiatic Roots of Classical Civilization*, Vol.1, *The Fabrication of Ancient Greece 1785-1985*, London 1987, S. 1.

Wer sich für die Anfänge der Weltwirtschaft interessiert, weiß auch, daß schon Griechen und Römer mit dem sogenannten fernen Osten¹² Handel betrieben und daß die Kultur der Mittelmeergesellschaften von ihren afrikanischen Nachbarn beeinflusst wurde. Doch trotz dieses Wissens wird Weltgeschichte von vielen mit der Geschichte Europas (genauer gesagt: mit einer begrädeten und teilweise beschönigenden Geschichte Europas) gleich gesetzt. Man kann sogar den Eindruck von einer monokausalen Entwicklung der (weißen) Menschheit gewinnen, die nicht nur ihre physischen Lebensbedingungen, sondern auch ihre intellektuellen und moralischen Fähigkeiten ständig verbessert.

Daß allgemein bekannte Tatsachen, die in diese Vorstellungen nicht paßten, das Bild nicht zerstören konnten, ist altbekannt. Schon Ende des 13. Jahrhunderts beschrieb Marco Polo voller Bewunderung den großen Reichtum der fernöstlichen Reiche.¹³ Und die Kreuzfahrer machten sich bei ihren Festungsbauten in Palästina die fortgeschrittenen Kenntnisse der einheimischen Baumeister und Handwerker zu Nutze. Schon im siebten Jahrhundert gab es große Wissens-, Waren-, und Geldströme zwischen Europa und Asien.¹⁴ Aus China wurden Feuerwaffen, Elfenbein, Porzellan, Seide, aromatische Öle und seltene Gewürze wie Muskat, Zimt, Ingwer und Nelken importiert. Noch wichtiger war der, weder zu den Gewürzen noch zu den Luxuswaren gehörende Pfeffer, der in Europa sowohl für die Konservierung von Lebensmitteln als auch als Heilmittel benötigt wurde.¹⁵ Während des späten Mittelalters wäre ohne die Warenimporte aus Asien der Lebensstandard der herrschenden Gruppen Europas, und nicht nur dieser Gruppen, nicht erreichbar gewesen. Da jedoch die Arbeitsproduktivität in Europa viel niedriger war als im Osten, gab es hier keine Möglichkeit, die Importe aus Asien durch den Export europäischer Waren in den fernen Osten zu kompensieren, so daß die Handelsbilanz Europas gegenüber Asiens ständig defizitär war und deswegen der Abfluß von Edelmetallen (insbesondere Gold) aus Europa dieses Defizit ausgleichen mußte. Auf die gesellschaftliche und

12 Östlich von wem?

13 Vgl. M. Polo, Von Venedig nach China. Die größte Reise des 13. Jahrhunderts, Tübingen/Basel 1972.

14 Vgl. H. Loth, Afrika - ein Zentrum der alten Welt, Berlin 1990, S. 74.

15 Vgl. P. Chaunu, Conquête et exploitation des nouveaux mondes (XVIe siècle), Paris 1969, S. 316 f.

ökonomische Bedeutung der Nachfrage nach Gold werden wir kurz eingehen.

Das Gold trug dazu bei, die europäische Wirtschaft in Gang zu halten und gab, nach Spooner¹⁶, der Zeit zwischen 1453 und 1559 sogar einen besonderen Charakter. Fast das ganze Gold kam aus dem inneren Afrika - dem Sudan, Äthiopien und West Afrika -, anfangs noch auf dem Landweg über Ägypten und Nord Afrika.

Bevor der portugiesische Handel über den Atlantik aufgebaut wurde, war der Güterverkehr zwischen Europa und Asien sowie zwischen Europa und Afrika praktisch ein Monopol arabischer Händler, die allein vom Handel leben konnten, denn dieser Fernhandel warf große Gewinne ab. Die europäischen Fürstenhäuser hatten deshalb seit jeher versucht, ihn zu kontrollieren. Selbst die Kreuzzüge werden als ein Versuch interpretiert, sich dieser Handelswege zu bemächtigen.

Doch als das osmanische Reich expandierte und 1453 Konstantinopel annektierte, schien dieser Handel gefährdet. Zugleich besaßen nach 1460 portugiesische Kaufleute im Handel zwischen Afrika und Europa über den Atlantik und den Golf von Guinea ein Monopol.¹⁷ Das Interesse, neue Handelswege zwischen Europa und Süd- und Ostasien zu eröffnen,¹⁸ bestand sowohl 1497 bei den portugiesischen Expeditionen entlang der Ostküste Afrikas und der Umrundung Afrikas durch Vasco da Gama, als auch bei den von der kastilischen Krone unterstützten Entdeckungsreisen Columbus (1492-1503) in westlicher Richtung über den Atlantischen Ozean. Ab Mitte des 15. Jahrhunderts kam dann als weiterer Beweggrund für Expeditionen hinzu, daß die Goldzufuhr aus Nordafrika nach Europa

16 Vgl. F. C. Spooner, *The International Economy and Monetary Movements in France, 1493 - 1725*, Cambridge/Mass. 1972, S. 10.

17 Vgl. F. C. Spooner, *The International Economy and Monetary Movements in France, 1493 - 1725*, Cambridge/Mass. 1972, S. 10.

18 Wallerstein dagegen bezweifelt, "ob der Austausch von Kostbarkeiten, von welcher Bedeutung er auch immer für das bewußte Denken der europäischen Oberklassen war", ein derart riesenhaftes Unternehmen wie die Expansion der atlantischen Welt hätte begründen können. Nach seiner Ansicht ist eher die Suche nach Nahrungsmitteln und nach Brennstoff für die Expansionsbestrebungen Europas verantwortlich. (Vgl. I. Wallerstein, *Das moderne Weltssystem: Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 1986, S. 49.)

geringer wurde, und nur zum Teil durch eine Erweiterung der Silberproduktion in Mitteleuropa kompensiert werden konnte.¹⁹

Nutzt man für die Zeit bis zum 16. Jahrhundert die Begriffe Metropole und Peripherie, dann sind als metropolitane Zentren China, das Indusland und der Nahe Osten zu nennen. Europa und Schwarzafrika wären dagegen als Peripherie zu bezeichnen.

Eine Weltgeschichte, die die außereuropäischen Gesellschaften ignorieren würde, wäre nicht nur unvollständig, sondern auch falsch, denn sie könnte wesentliche Momente - auch der europäischen Ereignisse - nicht richtig deuten. Beispielsweise wäre ohne das Wissen arabischer und jüdischer Übersetzer des 10. bis 13. Jahrhunderts die wirtschaftliche, wissenschaftliche und politische Entwicklung Europas nicht möglich gewesen, wie sie sich vollzog:²⁰ Die europäische Medizin der Neuzeit basiert zum großen Teil auf Schriften arabischer Gelehrter. Ohne die Kenntnisse von Arabern in den Bereichen der Optik und der Perspektive, und ohne die neuen astronomischen Instrumente (z. B. das Astrolabium), die Kartographie und ähnliches wären die Erkundungsreisen in die Neue Welt nicht möglich gewesen. Die europäische Entwicklung im Handel ist ohne die Einführung der indischen Mathematik, ohne Arithmetik und Algebra, und ohne das arabische Zahlensystem nicht vorstellbar. Die Durchsetzung naturwissenschaftlicher Methoden in Europa setzte einen Begriff von Rationalität voraus, der seine Ursprünge zwar in Griechenland hatte, in Europa aber lange Zeit in Vergessenheit geraten war. In Europa wurde die aristotelische Philosophie, wie oben schon angedeutet, erst Mitte des zweiten Jahrtausends wiederentdeckt anhand von Abschriften und Kommentaren in arabischer Sprache.²¹

Lediglich zu dem Ergebnis zu kommen, daß Chinesen das Pulver entdeckt und Indios Kartoffeln gezüchtet haben, war nicht der Sinn der bisherigen Überlegungen: Dieses Wissen könnte man ohne große Probleme in das bekannte Weltbild einordnen. Man müßte auch sein

19 I. Wallerstein, *Das moderne Weltsystem: Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 1986, S. 48 ff.

20 Vgl. A. C. Crombie, *Griechisch-arabische Naturwissenschaften und abendländisches Denken*, in: H. Budde und G. Sievernich (Hrsg.), *Europa und der Orient, 800-1900*, Berlin 1989, S. 102 ff.

21 Vgl. A. C. Crombie, *Griechisch-arabische Naturwissenschaften und abendländisches Denken*, in: H. Budde und G. Sievernich (Hrsg.), *Europa und der Orient, 800-1900*, Berlin 1989, S. 102 ff.

Weltbild nicht zurechtrücken, wenn man erkennt, daß einzelne Wissensquellen außerhalb Europas lagen und so lange man glauben würde, daß dieses Wissen erst dann zum Bestandteil eines weltweiten Kulturerbes wurde, als es Europäer übernahmen.

Wichtig ist dagegen, sich bewußt zu machen, daß Geschichte nicht nur aus dem Überlieferten besteht, sondern auch aus dem Nichtüberlieferten, Vergessenen, Verlorengegangenen, von dem wir nichts mehr wissen. Wissen oder kulturelle Zeugnisse wurden oft absichtlich zerstört, was Herrschaft und Unterdrückung dokumentierte, aber auch festigte. Vernichtet wurden beispielsweise nach der spanischen Eroberung Amerikas fast alle schriftlichen Überlieferungen der Azteken, die sogenannten Codices, so wie später Nationalsozialisten Bücher verbrannten oder Kunstwerke zerstörten. In vielen Fällen sind uns die Verluste unbekannt. Mit den Menschen, die als Hexen oder Hexer umgebracht wurden, geriet auch Erfahrungswissen über Naturheilverfahren oder über Methoden der Familienplanung in Vergessenheit. Das Verbrennen der Codices ist nur ein Beispiel für die Zerstörungen anlässlich der Eroberungen in Amerika. Doch die Zerstörungen betrafen faktisch fast alle Lebensbereiche der einheimischen Bevölkerung: von den religiösen Vorstellungen bis zur Muttersprache und bis zu alltäglichen Hygieneregeln. So berichtete B. Díaz del Castillo (1496 - 1584), ein Hauptmann aus der Begleitung des Eroberers Hernando Cortés (1485 -1547), ausführlich über eine Banalität aus heutiger Sicht, nämlich daß es in der Mexica-Hauptstadt Tenochtitlan öffentliche Toiletten gab, vermutlich weil der Berichtende aus eigener Anschauung wußte, daß in europäischen Städten die Straßen durchaus noch als Kloaken dienen konnten. "Um von diesem Unrat nichts zu verlieren, war es Brauch, an allen Wegen kleine Unterstände aus Schilf, Stroh oder Gras zu bauen, damit man von den Vorübergehenden nicht gesehen werden konnte; dorthinein gingen sie, wenn sie das Bedürfnis verspürten, ihren Darm zu entleeren."²² Die in Europa völlig unbekannt und von den Eroberern als ungesund kritisierte Sitte häufig zu baden, war Teil des hohen hygienischen Lebensstandards der Azteken. Ordensleute aus Europa machten tägliches Baden dafür verantwortlich, daß so viele

22 B. Díaz del Castillo, Denkwürdigkeiten des Hauptmanns Bernal Díaz del Castillo oder wahrhafte Geschichte der Entdeckung und Eroberung von Neuspanien <Mexiko>. Anh. d. neuesten span. u. mexikan. Ausgaben u. unter Verwendung alter dt. Übers. durchges., bearb. u. neu ans Licht gebracht von G. A. Narciss, Stuttgart 1965 (zuerst 1568), S. 92.

Einheimische erkrankten und starben²³ und verboten es. Die Sitte des täglichen Badens geriet in Vergessenheit.

Kehrt man vom Thema des Vergessens und der nicht realisierten Möglichkeiten wieder zu den Quellen unserer Gegenwart zurück, stellt man fest, daß der Eurozentrismus - wie jede Ideologie - zwar falsches Bewußtsein ist, doch auch wahre Elemente hat. Wahr ist, daß im sechzehnten Jahrhundert von Europa aus Eroberungszüge durchgeführt wurden, die schließlich zu einer Globalisierung der Welt unter dem Vorzeichen dieser Herrschaft führten. Wahr ist auch, daß in dem Europa der Renaissance gesellschaftliche Normen verändert und die Fesseln einer religiös bestimmten Metaphysik gesprengt werden; daß die Tür für eine Wissenschaft geöffnet wird, die helfen sollte, die Natur zu beherrschen und die Produktivkräfte zu entwickeln; daß die Grundlagen für eine Aufklärung gelegt wurden, die zu einer Neudefinition von Demokratie und Grundrechten führte; und daß dies die ersten Schritte in Richtung des Begriffs der modernen Zweckrationalität darstellte. Wahr ist aber auch, daß alle diese Elemente, die eng miteinander verknüpft sind und die Grundlage des Kapitalismus vorbereiteten, inhaltlich mit Vorurteilen gegenüber Fremden verbunden waren. Selbst ein Wissenschaftler wie Max Weber entging dem nicht. Man denke nur an seinen beschämenden Begriff des Fellaghentums für freiwillige, bedingungslose Unterwürfigkeit unter einen Herrscher.

2 Vorurteile gegen Fremde

Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Tatsache, daß heutzutage ganze Gesellschaften ignoriert werden oder das Ziel von Vorurteilen sind. Sogar "experimentell kann man das Bestehen von Vorurteilen nachweisen, die sich gegen nicht vorhandene Völker richten, denen man bei dieser Gelegenheit Phantasienamen (Danireas, Pireneas, Wallonians) gab."²⁴

Daß beispielsweise eine herrschende Sprache mit Zwang durchgesetzt werden kann, reflektieren wir meist zu wenig, obwohl Minderheiten an anderen Orten oder zu anderen Zeiten dies erfahren und dies auch allgemein bekannt ist. Vergesellschaftung erscheint leicht als natürlich und selbstverständlich. Sie ist jedoch auch Zeugnis gesellschaftlicher

23 Vgl. T. de Benavente Motolinía, *Historia de los indios de la Nueva Espana*, Madrid 1970.

24 P. Heintz, *Soziale Vorurteile*, Köln 1957, S. 11.

Beziehungen der Vergangenheit. Wir alle sind Nachkommen, geprägt von überlieferten Weltansichten, Verhaltenserwartungen und Sozialisationsprozessen. Überlieferte herrschende Meinungen und Normen können aufgrund ihrer Vermittlung auch die Meinungen der Herrschenden von gestern sein. "Legitimität ist unter anderem ... auch ein Ergebnis der Dauer. So wie die Jahre vergehen, werden die Realitäten der 'Vergangenheit' immer unzweifelhafter", schrieb kürzlich Wallerstein.²⁵

Selbst Erfahrungen, die sie eigentlich entlarven müßten, können tief verwurzelten Vorurteilen meist nichts anhaben. Daß sich das Vorurteil der Überlegenheit der Europäer im 19. und 20. Jahrhundert in den bürgerlichen Gesellschaften Europas im Bereich der Kunstwahrnehmung ausbreitete, hängt mit dem Kunststraub in jenen Teilen der Welt, die als wenig entwickelt eingestuft wurden und mit der genannten Tatsache zusammen, daß Erfahrungen Vorurteilen oft nichts anhaben können. Als Beispiel kann ein Bericht der "Entdeckung" der afrikanischen Kunst Ende des 19. Jahrhunderts dienen.

Nachdem 1897 englische Truppen das Königreich Benin erobert hatten, "wurde der Königspalast ausgeraubt, und die gestohlenen Kunstschatze tauchten bald darauf in London auf. Rund 2000 kostbare Bronzen, Keramiken, Elfenbein- und Holzschnitzereien wurden von der britischen Regierung auf Auktionen in alle Welt verkauft... Die Kunstwerke erregten, ebenso wie die einige Jahre später entdeckten Bronzeplastiken von Ife, größtes Aufsehen".²⁶ Sie haben viele europäische Künstler der Zeit, wie P. Picasso, M. Ernst tief beeinflußt. In das aus dem Rechtfertigungskanon der Kolonialherrschaft stammende Bild eines vermeintlich "unzivilisierten, geschichtslosen Kontinents" paßten die Zeugnisse vergangener Kulturen jedoch nicht. Alle möglichen theoretischen Konstruktionen nach dem Muster, daß nicht sein kann was nicht sein soll, begleiteten die Kenntnisnahme der erstaunlichen Kunstwerke. "Die einen siedelten die Funde im sagenumwobenen Atlantis an oder konstruierten die These eines etruskischen Ursprungs, andere versuchten es mit hinduistischen Einflüssen oder behaupteten

25 I. Wallerstein, Die Sozialwissenschaften "kaputt"-denken. Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts, Weinheim 1995, S. 160.

26 M. O. Ezeoba, Im Auge des Anderen. Zur Verarbeitung westlicher Bilder in der afrikanischen Kunst, in: Neue Zürcher Zeitung vom 27. August 1993.

schlicht, portugiesische Bronzegiesser hätten wohl den 'Wilden' das Handwerk beigebracht."²⁷

Im Umgang mit der unbequemen Wirklichkeit ist Widersprüchliches erkennbar. Einerseits gibt es die Weigerung, die Realität zu akzeptieren; andererseits gibt es eine erstaunlich große Bereitschaft zu glauben, was unmöglich ist. Berichtet wird beispielsweise über Menschen, die offensichtlich aus der Welt der Fabel stammen. Beispielhaft ist der mittelalterliche Text über Mandevilles Reisen, von einem englischen Autor, der seine Reiseberichte erfunden hat. Der Wirklichkeitsanspruch seiner Berichte war derart groß, daß sie bis ins 15. Jahrhundert mehrfach kopiert und verbreitet wurden. John Mandeville berichtete von "mißgestalteten Menschen ohne Kopf, "die in jeder Schulter ein Auge haben und deren Mund rund geformt ist wie ein Hufeisen, inmitten der Brust".²⁸ Erstaunlicher ist jedoch, daß auch ein nüchterner und erfahrener Reisender, wie beispielsweise Christoph Columbus, seinen Auftraggebern, den spanischen Königen, - wenn auch dem Hörensagen nach - von Männern berichtete, die "nur einäugig seien, und solchen, die eine Hundeschnauze hätten."²⁹

Andere Erzählungen sind wirklichkeitsnäher, müssen aber interpretiert werden, um ihren Sinn zu verstehen. Die ersten Konquistadoren machen den Ureinwohnern beispielsweise zum Vorwurf, daß sie nackt seien. Berichtet wurde so, als ob die Ureinwohner ein Tabu verletzen würden. Die Nacktheit schockierte die Berichtenden und ihre Adressaten. Einerseits wurde die Nacktheit als Ausdruck von Naivität und Unschuld, als Naturzustand des Menschen bewertet, andererseits aber als schamlos und Provokation für Sitte und Anstand und als Zeichen für die Minderwertigkeit der Betroffenen und insbesondere als Rechtfertigung, Frauen zu vergewaltigen. Psychoanalytisch interpretiert, versetzte die Nacktheit der Fremden die Eroberer in Wut. Man muß sich nur vorstellen, daß die Konquistadoren, die schon für ihre Zeit konservativ gekleidet waren, höchst unbequeme Rüstungen trugen, obwohl die Zeit der Ritterrüstungen eigentlich passé war - ganz zu schweigen davon, daß sie

27 M. O. Ezeoba, Im Auge des Anderen. Zur Verarbeitung westlicher Bilder in der afrikanischen Kunst, in: Neue Zürcher Zeitung vom 27. August 1993.

28 E. J. Morrall (Hrsg.), Sir John Mandevilles Reisebeschreibung, Berlin 1974, S. 125.

29 Ch. Kolumbus, Bordbuch, 4. November 1492, in: Ch. Kolumbus, Das Bordbuch, Frankfurt a. M. 1981, S. 93.

ihre höfische Kleidung wohl kaum auch nur einigermaßen sauber hielten. Sie waren auch nicht mit Reisekoffern voller Wäsche zum Wechseln unterwegs. Sie waren einfach falsch angezogen in dem warmen, feuchten Klima, fern von jedem europäischen höfischen Leben. In dem teils tropischen Klima ohne Kleider herumzulaufen, wäre angenehmer gewesen, wenn es nicht diese Kleiderordnung gegeben hätte. Da die Eroberer ihre vertrauten gesellschaftlichen Rollen gegen alle Erfahrung in der Neuen Welt völlig selbstverständlich weiter spielten, empfanden sie wohl nicht so. Sie sahen nur das, was sie verinnerlicht hatten und erwarteten. Einem kritischen zeitgenössischen Beobachter, dem Ordensmann Las Casas, fiel immerhin auf, daß es erstaunlich sei, "daß dem Menschen, wenn er etwas innig wünscht und einmal fest in seiner Vorstellung verankert hat, unentwegt alles, was er hört und sieht, als Bestätigung erscheint."³⁰

Das Erklärungsbedürftige liegt darin, daß der partikuläre Charakter von Wissen und Überzeugungen selten bewußt ist und oft zu unrecht unterstellt wird, es handele sich um verallgemeinerbare Aussagen oder um weltweit und zeitlos Gültiges. Wenn Fremde nach ihren Normen leben ist die Tendenz beobachtbar, zu unterstellen, daß diese Fremden entweder überhaupt keine Normen hätten oder daß sie sich nicht an die "richtigen" Normen halten würden. Wir führen diesen Punkt im Folgenden aus.

Allgemein bekannt ist, daß die Konquistadoren des 15. Jahrhunderts in Amerika nicht Kunstwerke, sondern "Schätze" suchten, genauer gesagt Güter, die in Europa als Schätze gehandelt wurden: Gold, Silber usw. Und die Konquistadoren wurden bei ihrer Begegnung mit den Fremden damit konfrontiert, daß die Ureinwohner Amerikas andere Wertmaßstäbe hatten. Columbus stellt erstaunt fest: "Dabei kann man nicht sagen, daß sie ihre Habe so bereitwilligst verteilten, weil sie gering an Wert war; denn ob sie nun Goldstücke oder einen Krug Wasser anboten, stets war ihr Verhalten ein und dasselbe, und nichts ist leichter erkennbar, als wenn jemand von Herzen gerne etwas schenkt."³¹ Am Ende seiner ersten Reise

30 B. de Las Casas, *Historia de las Indias*. Edición de Agustín Carlo y estudio preliminar de Lewis Hanke, México D. F. 1951, 1. Bd., S. 44. Die Arbeit wurde zwischen 1527 und 1566 geschrieben, aber erst 1877 in Madrid gedruckt. (Vgl. L. Hanke, Bartolomé de Las Casas, *Historiador*, in: B. de Las Casas, *Historia de las Indias*, México, D. F., 1951, S. IX ff.)

31 Ch. Kolumbus, *Bordbuch*, 21. Dezember 1492, in: Ch. Kolumbus, *Das Bordbuch*, Frankfurt a. M. 1981, S. 180.

interpretiert Columbus das unerwartete Verhalten der Eingeborenen als unverständliche Freigebigkeit: "...so erweisen sie sich als so ehrliche und freigiebige Menschen, daß niemand es für möglich halten würde, der es nicht selbst erlebt hat."³²

Was Columbus und seine Zeitgenossen in Amerika an den Tauschakten befremdete, war die Bereitschaft zum ungleichen Tausch, gemessen an den Werten, die die Dinge in Europa hatten. Mangels besseren Wissens über die Fremden wurde das Geheimnis des ungleichen Tauschs aus der Natur der Einheimischen und psychologisierend, geradezu als Sucht, darzustellen versucht. In sein Bordbuch notierte Columbus: "Alles, was sie besitzen, geben sie freudig für jeden noch so törichten Gegenstand; sie tauschten sogar die Scherben unserer Schüsseln und gebrochenen Glastassen ein."³³

Columbus Mitteilung über die Tauschgeschäfte mit den Fremden enthält die Wertmaßstäbe der Tauschgeschäfte auf den Märkten Kastiliens, Portugals oder Italiens seiner Zeit. Über die Einheimischen im fernen Amerika aber sagt sie nur, daß diese andere Werte haben. Deswegen begreifen Menschen wie Columbus oder auch die Adressaten seiner schriftlichen Berichte in Europa nicht, daß Gold nicht "an sich", sondern nur im europäischen Tauschsystem wertvoller ist als Glas.

In dem Resümee seiner ersten Expedition, dem Brief an seinen Gönner Santangel, beschreibt Columbus seine Tauschgeschäfte mit folgenden Worten: "Was man auch von ihnen verlangt, nie werden sie es einem verweigern, sondern es einem herzlich gerne anbieten, wobei sie sich mit jeder noch so geringfügigen Gegengabe zufrieden geben. Ich untersagte es, daß man ihnen so wertloses Zeug wie Schüsselscherben, Glassplitter oder Bänderstreifen gebe, obzwar sie vom Wahn besessen waren, die kostbarsten Edelsteine der Welt erworben zu haben, sobald sie dieser

32 "Ein Brief des Christoph Kolumbus an Luis de Santàngel", in: Ch. Kolumbus, Das Bordbuch, Frankfurt a. M. 1981, S. 290. Der Brief wurde am 15. Februar 1493 geschrieben und ist ein Resümee der ersten Expedition. Santangel war Hofberichterstatter am Hof von Aragon. Nach einer anderen Version gehörte er zur königlichen Polizei, die die katholischen Könige gegründet hatten. Santangel war ein Förderer Columbus, der sich für ihn bei Königin Isabella eingesetzt hatte. Er hatte Columbus auch finanzielle Mittel für seine Expedition zur Verfügung gestellt. (Vgl. Oeuvres de Christophe Colomb, hrsg. von A. Cioranescu, Paris 1961, Fußnote zu: Lettre à Santangel, S.426 ff.)

33 Ch. Kolumbus, Bordbuch, 13. Oktober 1492, in: Ch. Kolumbus, Das Bordbuch, Frankfurt a. M. 1981, S. 51. Vgl. auch P. Martyr von Anghiera, Acht Dekaden über die Neue Welt, 1. Bd., Darmstadt 1972, S. 28.

Dinge habhaft wurden."³⁴ Den entstehenden falschen Eindruck zerstört Todorov mit der Bemerkung, daß in diesem Fall Columbus der Dummkopf gewesen sei: "Ein anderes Austauschsystem bedeutet für ihn, daß überhaupt kein System existiert, und daraus schließt er, die Indianer seien tierisch dumm."³⁵

Das Bild der "Unvernunft" beruht, wie Todorov formuliert hat, auf "der Verkennung der Indianer und der Weigerung, sie als Subjekt anzuerkennen, das dieselben Rechte hat wie man selbst und dennoch anders ist."³⁶ Dieses Bild hat zwei Facetten, je nachdem ob der Fremde bereit ist, die Rolle zu spielen, die ihm zugeschrieben wird oder nicht. Im ersten Fall werden die Fremden als einfältige Kinder, im zweiten als Nichtmenschen, den Tieren ähnliche, menschenfressende Wesen begriffen.³⁷

Wenn der Bewohner eines fernen, fremden Landes bereit ist, sein Gold widerstandslos abzugeben, oder wenn er - wie im Roman "Onkel Toms Hütte" - seine Stellung als Sklave freudig akzeptiert, wenn er den sogenannten "Verwirrungen und dem Aberglauben" seiner Religion abschwört und sich zur Religion seiner neuen Herren bekehren läßt, dann wird er freudig als "einfältiges Kind" betrachtet. Viele Missionare in Amerika glaubten, daß der Geist der Eingeborenen eine tabula rasa sei³⁸, wie Las Casas es ausgedrückt hat, auf der der "wahre" Glaube mühelos eingetragen werden könne. Dieser Vorstellung entsprach die Praxis der Missionierung, wobei der Diskurs durch Autorität ersetzt und mit Gewalt durchgesetzt wurde, was dann "erzieherisch" für die Eingeborenen genannt wurde.

34 Ch. Kolumbus, Brief an Luis de Santángel, in: Ch. Kolumbus, Das Bordbuch, Frankfurt a. M. 1981, S. 291.

35 T. Todorov, Die Eroberung Amerikas. Das Problem der anderen, Frankfurt a. M. 1985, S. 51.

36 T. Todorov, Die Eroberung Amerikas. Das Problem der anderen, Frankfurt a. M. 1985, S. 61.

37 Vgl. T. Todorov, Die Eroberung Amerikas. Das Problem der anderen, Frankfurt a. M., 1985, S. 23 ff.

38 B. de Las Casas, Apologética Historia Sumaria, Cuanto a las cualidades, disposición, descripción, cielo y suelo destas tierras, y condiciones naturales, policía, repúblicas, manera de vivir e costumbres de las gentes destas Indias Occidentales y Meridionales cuyo imperio soberano petenece a los Reyes de Castilla, Bd. 1, México, D. F. 1967, S. 262.

Wenn aber derselbe Mensch sich weigerte, sein Gold abzugeben, wenn er den Austausch "Religion gegen Gold", wie es Todorow nannte, ablehnte, wenn er sich der Sklaverei oder anderen Formen der Zwangsarbeit zu entziehen suchte oder sich gar mit Gewalt widersetzte, dann waren die Eroberer - und manchmal sind sie es heute noch - sofort bereit zur gewaltsamen Enteignung und zur Zerstörung auch des Anscheins eines freien Austauschs.

An dieser Stelle interessiert uns nicht, daß Columbus beispielsweise je nach Situation die Ureinwohner Amerikas als unschuldige, nette Kinder oder als blutrünstige, tierähnliche Wesen betrachtete. Uns interessiert vielmehr die Tatsache, daß auch die Mehrheit der Spanier, vor allem derjenigen die in den neuen Kolonien lebten, die Ureinwohner Amerikas entweder als "edler Indianer" oder als "schmutzige Hunde" beurteilten, wie L. Hanke feststellte³⁹, und beide Gruppen darin übereinstimmten, daß die Indios "unvernünftig" seien. Nur wenige Autoren, wie beispielsweise F. de Vitoria, machten in diesem Punkt eine Ausnahme. Er sagte: "In Wirklichkeit sind sie nicht unvernünftig, sondern, auf ihre Art, im Gebrauch der Vernunft. Dies ist offenkundig, denn sie haben eine bestimmte Ordnung in ihren Geschäften, da sie Städte haben, in denen Ordnung herrscht; man findet bei ihnen die Ehe, Magistraten, Eigentümer, Gesetze, Handwerker, Märkte - alles Dinge, die den Gebrauch der Vernunft erfordert. Sie haben eine Art von Religion. Sie irren nicht in Dingen, die für die übrigen Menschen evident sind, was ein Anzeichen für den Gebrauch der Vernunft ist."⁴⁰

Die bemerkenswerten Unterschiede der Einschätzungen stehen in einem klaren Zusammenhang mit den verschiedenartigen Interessen, die sich mit Amerika verbanden. Für die einen bedeutete die "Neue Welt" die Möglichkeit - oder zumindest die Hoffnung - zu Besitz und Ansehen zu kommen auf dem Weg des ungleichen Tauschs, mit List, durch Kriegsbeute, Raub oder brutale Ausbeutung. Zu dieser Interessengruppe gehörten die ersten Konquistadoren und ihre Nachkommen, Söldner, teilweise aber auch Mönche, Priester, Notare. Mit schonungsloser

39 L. Hanke, Bartolomé de Las Casas. An Interpretation of his Life and Writings, The Hague 1951, S. 11.

40 F. de Vitoria, Relecciones sobre los indios y el derecho de guerra, 3. Aufl., Madrid 1975, S. 50. Dt. Übersetzung zitiert nach A. Truyol Serra, Die Grundsätze des Staats- und Völkerrechts bei Francisco de Vitoria. Auswahl der Texte, Einführung und Anmerkungen. Zürich 1947, S. 56.

Offenheit entgegnete etwa F. Pizarro (1475-1541), der Eroberer des Inkareichs im heutigen Peru, einem Kritiker anlässlich seines brutalen Vorgehens gegen Einheimische: "Ich kam her, um den Indios ihr Gold abzunehmen."⁴¹ Unter diesen Voraussetzungen wurden die schlimmsten Greuelthaten verübt.

Wer sich mit den Verbrechen der Konquistadoren auseinandersetzt, gerät leicht in das Dilemma, vor das auch der Holocaust stellt. Begnügt man sich mit der Angabe statistischer Zahlen (neun Zehntel der Bevölkerung im Tal von Mexiko; die gesamte Bevölkerung der Antillen; sechs Millionen Juden), dann ist man nicht in der Lage, mit der Zahl eine Vorstellung zu verbinden: Die Zahl überfordert unsere Vorstellungskraft. Wenn wir die Verbrechen darstellen - durch Augenzeugenberichte oder Dokumente - dann könnten wir ungewollt vielleicht die Untaten wiederholen, die wir anprangern wollen. Wir könnten erneut die Würde der Opfer verletzen und das morbide Prickeln, das die Täter empfanden, vermitteln. Deswegen begnügen wir uns hier mit der Feststellung, daß viele Verbrechen allein auf die bewußte Zerstörung der Identität und der Selbstachtung der Opfer zielten.

Wir wissen heute nur noch von den Mißhandlungen, über die die Täter berichteten. Und diese gaben sich Mühe, ihre Taten in einem günstigen Licht erscheinen zu lassen. Das sah so aus, daß die Sklaverei und die gewaltsame Unterdrückung und die Grausamkeit gerechtfertigt wurden im Namen von Vernunft und Aufklärung. Uns interessierte, wie die Rechtfertigungen konstruiert wurden. Eine häufige Tatsachenfeststellung in den Berichten der Eroberer ist, daß nicht die Täter, sondern die Opfer als grausam, unmenschlich, tierhaft bezeichnet werden. Im Dunstkreis dieser Tatsachenannahme wurde die Vernichtung der Opfer als eine Art Selbstschutz der Täter oder religiös, als Vertilgung des Bösen durch die Täter, verbrämt. Tatsache ist, daß vor allem im Zusammenhang mit der Rechtfertigung der Sklaverei und der gewaltsamen, grausamen Unterdrückung der Einheimischen, die Nachrichten von der Menschenfresserei verbreitet wurden. Ganz nach dem Muster der eben genannten Argumentation definierte Tomas de Mercado um 1560 Schwarze und Indianer als Barbaren, weil "sie sich niemals von der

41 F. Pizarro, in: Archivo General de Simancas, Sección de estado, legajo 892, fol. 197 ff. Zit. nach L. Hanke, Bartolomé de Las Casas. An Interpretation of his Life and Writings, The Hague 1951, S. 8.

Vernunft leiten lassen, sondern nur von der Leidenschaft."⁴² Auch sein Zeitgenosse, Tomás Ortiz, ein Ordensmann, der später zum Bischof von Santa Marta in Kolumbien ernannt wurde, schloß sich dem Vorwurf der Unvernunft und des Tierischen der Fremden an. Im Namen des Dominikanerordens gab er vor dem Indienrat des spanischen Hofes die Stellungnahme ab: Die Indios "sind gewalttätig und verschlimmern dadurch noch die ihnen angeborenen Fehler... Bestrafungen nutzen bei ihnen nichts... Verräterisch, grausam und rachsüchtig, wie sie nun einmal sind, kennen sie keine Verzeihung. Als Gegner der Religion, als Faulenzer, Diebe, gemeine und verdorbene Menschen ohne Urteilskraft, beachten sie weder Verträge noch Gesetze... Ein je höheres Alter diese Menschen erreichen, desto böser werden sie. Wenn sie zehn oder zwölf Jahre alt sind, glaubt man noch, sie besäßen einige Höflichkeit und etwas Tugend, aber später entarten sie wahrhaft zu rohen Tieren. Ich kann versichern, daß Gott kein Volk je erschaffen hat, das mehr mit scheußlichen Lastern behaftet ist als dieses, ohne irgendeine Beigabe von Güte und Gesittung... Wir Dominikaner erklären, daß wir es in diesem Land nur mit Stämmen zu tun haben, die durch ihre schlechten Sitten und Gewohnheiten jeden abstoßen... Die Indianer sind dümmer als Esel und wollen sich in keiner Weise bessern."⁴³

Gegenüber den Daheimgebliebenen, und vor allem gegenüber den daheimgebliebenen Geldgebern und Auftraggebern wurde auf Seiten der Eroberer unmenschliche Behandlung der Indios auch mit der angeblich naturgegebenen, biologischen Überlegenheit der Spanier gerechtfertigt. Nicht erst die sogenannten Rassetheoretiker der neuesten Zeit, sondern bereits Gonzalo Fernández de Oviedo leitete im 16. Jahrhundert die "Faulheit und Lasterhaftigkeit", die er bei den Indios zu beobachten glaubte, aus der Größe und dem Umfang ihrer Schädel ab.⁴⁴ Auch J. Ginés de Sepúlveda leitet aus der "Natur" das Recht ab, die Indios zu versklaven: "An Klugheit und Scharfsinn, Tugendhaftigkeit und Menschlichkeit sind die Spanier diesen Barbaren so weitaus überlegen

42 T. de Mercado, *Suma de tratos y contratos*, Bd. 1, Hrsg. von N. Sanchez-Albornoz, Madrid 1977 (zuerst 1569), S. 232.

43 T. Ortiz, zit. nach: P. Martyr von Anghiera, *Acht Dekaden über die Neue Welt*, Bd. 2, Darmstadt 1973, S. 199 f. Vgl. auch Fußnote 72.

44 G. Fernández de Oviedo, *Historia General y Natural de las Indias*, Bd. 1, Madrid 1959, S. III. Fernández de Oviedo lebte Ende des 15./Anfang des 16. Jahrhunderts. Er war ein Reisebegleiter Columbus. Der erste Teil seiner "Historia general y Natural de las Indias" erschien 1535.

wie die Erwachsenen den Kindern und die Männer den Frauen; zwischen ihnen besteht ein ebenso großer Unterschied wie zwischen wilden, grausamen Menschen und solchen von großer Sanftmut, zwischen vollkommen maßlosen und solchen, die maßvoll und enthaltsam sind, und fast möchte ich sagen, wie zwischen Affen und Menschen."⁴⁵ John H. Elliott zitiert einen "Experten", dessen Urteil in einem offiziellen Bericht der Vertreter einer Bergwerksgesellschaft an Philipp III. 1600 erwähnt wurde: "Die Indianer sind die Sklaven der Spanier, ... gemäß der von Aristoteles in seiner Politeia vertretenen Doktrin, daß man die Menschen, die von anderen regiert und beherrscht werden müssen, als deren Sklaven bezeichnen kann ... Und aus diesem Grunde hat sie die Natur mit einem besonderen Körperbau ausgestattet, damit sie Kraft zum Dienen haben. Die Spanier hingegen sind zart gebaut und wurden klug und geschickt geschaffen, damit sie ein politisches und zivilisiertes Leben führen können."⁴⁶

Neben der Gruppe der Konquistadoren gab es andere Zugereiste, die ganz andere Interessen mit Amerika verbanden. Eine Praxis, die zur Vernichtung der Urbevölkerung führte, gefährdete die Ziele dieser Gruppe, für die die langfristige Nutzbarmachung der neuen Kolonien, die Entdeckung, Organisation und Ausbeutung des Goldes und des Silbers, der Transport der Edelmetalle, die Verwaltung der Regionen etc. genauso wie die Organisation der Missionierung vorrangige Ziele waren.⁴⁷ Die Angehörigen dieser Gruppe plädierten für eine moderne Form der Verwaltung in der Neuen Welt, wie sie bereits in Spanien bestand, und die als bürokratische Organisationsform⁴⁸ bezeichnet werden kann, innerhalb der die Indios, die als Arbeitskräfte oder für die christliche Missionierung benötigt wurden, geschützt werden konnten.

Die Auseinandersetzung zwischen beiden Positionen und Gruppen wurde oft in Form eines formalistischen Disputs über Rechtsfragen geführt: Welche politischen und ökonomischen Rechte durfte Spanien aus seiner

45 J. Ginés de Sepúlveda, *Demócrates Segundo o De las justas causas de la guerra contra los indios*, Madrid 1951, S. 33.

46 Zit. nach J. H. Elliott, *Die Neue in der Alten Welt*, Berlin 1992, S. 46 f.

47 Vgl. A. Moreno Toscano, *El Siglo de la conquista*, in: *Centro de Estudios Históricos, Historia general de México*, 3. Aufl., México, D. F. 1987.

48 Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Studienausgabe hrsg. v. J. Winckelmann, Erster Halbband, Tübingen 1956, Kap. 3.

Vorherrschaft ziehen? Sind Indios menschliche Wesen und welche Rechte haben sie? Unter welchen Umständen sollen sie für Spanier arbeiten?

Bereits 1532 hatte Francisco de Vitoria (1486?-1546), der wichtigste zeitgenössische spanische Philosoph der Scholastik, der heute noch als ein Klassiker des Internationalen Rechts gilt, in der öffentlich stark beachteten Vorlesung zum Thema "Kürzlich entdeckte Inder und das Recht der Spanier zum Krieg gegen die Barbaren" an der Universität Salamanca gesagt: "Weder die Sünde des Unglaubens, noch andere Todsünden hindern die Barbaren, öffentlich und privat, wirklich Besitzer zu sein; und daher dürfen die Christen ihre Habe und Grundstücke nicht in Besitz nehmen."⁴⁹ Diese Tatsache stand aber - nach Auffassung desselben Wissenschaftlers - nicht im Widerspruch dazu, daß "diese Barbaren, die sich nur wenig von den irrationalen Tieren unterscheiden, völlig unfähig sind, sich selbst zu regieren."⁵⁰ Vitoria betont, ohne sich dabei festzulegen, daß viele daraus schließen, "daß die spanischen Fürsten im eigensten Interessen der Barbaren deren Verwaltung übernehmen, für sie Präfekten und Statthalter in ihren Städten einsetzen und ihnen überdies neue Führer geben könnten, wenn es sich erweisen sollte, daß dies zu ihrem Vorteil wäre."⁵¹

Einen Höhepunkt in dieser Auseinandersetzung stellten die berühmten Streitgespräche von Valladolid in den Jahren 1550 und 1551 über das Thema dar, ob Indios eine Seele hätten, das heißt, ob auch Indios Menschen sind und als solche behandelt werden müssen. Der königliche Berater, Juan Ginés de Sepúlveda (1490-1573), berief sich gegenüber Bartolomé de Las Casas, Bischof von Chiapas/Mexiko (1474-1566) unter anderem auf Aristoteles, um seine Behauptung zu untermauern, daß "die Indianer von Natur aus zum Dienen geschaffen seien und sich nach Personen mit einer höheren Vernunft richten müßten, wie es die Spanier

49 F. de Vitoria, *Relecciones sobre los indios y el derecho de guerra*, 3. Aufl., Madrid 1975, S. 47. Dt. Übersetzung zitiert nach A. Truyol Serra, *Die Grundsätze des Staats- und Völkerrechts bei Francisco de Vitoria*. Auswahl der Texte. Einführung und Anmerkungen. Zürich 1947, S. 55.

50 F. de Vitoria, *Relecciones sobre los indios y el derecho de guerra*, 3. Aufl., Madrid 1975, S. 39.

51 F. de Vitoria, *Relecciones sobre los indios y el derecho de guerra*, 3. Aufl., Madrid 1975, S. 104. Dt. Übersetzung zitiert nach A. Truyol Serra, *Die Grundsätze des Staats- und Völkerrechts bei Francisco de Vitoria*. Auswahl der Texte, Einführung und Anmerkungen. Zürich 1947, S. 66.

nun einmal sind."⁵² Las Casas dagegen berief sich auf die christliche Lehre und darauf, "daß Gott diese einfachen Menschen geschaffen hat...Sie wären die gesegnetsten Menschen der Welt, wenn sie nur den wahren Gott anbeten würden."⁵³ Für Las Casas und viele andere waren Indios einfältige Kinder, die man bevormunden müsse. Zu erwähnen ist noch, daß einige wenige spanische Autoren, wie zum Beispiel der schon erwähnte F. de Vitoria, der Rechtsfähigkeit der Indio-Gemeinschaften wohlwollend gegenüber standen. Wenn die Ureinwohner Amerikas unvernünftig und dumm erschienen, so rührte dies, seiner Ansicht nach, "zum großen Teil von ihrer schlechten und barbarischen Erziehung her; dasselbe sehen wir bei vielen unserer Bauern, die sich von den Tieren nur wenig unterscheiden."⁵⁴

Für den endgültigen Ausgang des genannten Konflikts entscheidend war nicht die Überzeugungskraft der Argumente, sondern das amerikanische Silber. Der Silberstrom aus Amerika wurde für die spanische Krone immer wichtiger. Das Silber erlaubte nicht nur die Finanzierung der kostspieligen Kriege in Europa und den Unterhalt eines großen Hofes und eines umfangreichen Verwaltungsapparats, sondern es kam - zunächst - auch der Wirtschaft der Iberischen Halbinsel zugute.⁵⁵

Unter solchen Bedingungen ist es nicht erstaunlich, daß die Entscheidung zugunsten einer bürokratischen staatlichen Verwaltungsform fiel,⁵⁶ die

52 J. G. Sepúlveda, Controversia sobre los derechos del Rey de España relativos a la conquista de las Indias, en Valladolid, año 1550, por orden de su majestad, in: B. de Las Casas, Colección de las Obras, Bd. 1, Paris 1822, S. 418.

53 B. de Las Casas, Colección de tratados, Buenos Aires 1924, S. 7 f.

54 F. de Vitoria, Relecciones sobre los indios y el derecho de guerra, 3. Aufl., Madrid 1975, S. 51.

55 Vgl. I. Wallerstein, Das moderne Weltsystem: Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1986, S. 103 ff.

56 Die wesentlichen Merkmale der bürokratischen Organisationsform im Sinne ihres Effizienzvorsprungs gegenüber jeder anderen Form der Verwaltung sind nach Max Weber erfüllt bei Amtshierarchie und Regelgebundenheit des Verwaltungshandelns (deswegen die Fülle an Eingaben an und Anfragen bei den spanischen Königen, deswegen die Einrichtung eines Indienrates unterhalb der Ebene der Könige, deswegen Vizekönige, die in die "Neue Welt" als Repräsentanten der Könige geschickt wurden und deswegen die ganze komplizierte Hierarchie der kleineren Repräsentanten, die jede Handlung jedes anderen kontrollierten und gegenkontrollierten) sowie Rekrutierung der Beamten nach Fachqualifikation. Vgl. M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Studienausgabe hrsg. v. J. Winckelmann, Erster Halbband, Köln/Berlin 1956, Kap. 3.

freilich auch eine Schutzfunktion gegenüber den Indios hatte. In Amerika erwies sich die große formale Verwaltungsorganisation als effektiver als die feudale Herrschaftsform, an die sich die heterogene Gruppe der Eroberer aus Konquistadoren, Priestern, arbeitslosen Ex-Soldaten, zweitgeborenen Adligen, Abenteurern, Landlosen, ehemaligen und aktiven Mönchen, die in Amerika die Chance sahen, ihren halbfeudalen Verpflichtungen zu entkommen, zu halten nicht so ohne weiteres bereit war.⁵⁷ Als die Krone die "Neuen Gesetze" erließ, die die von den Konquistadoren eingeführten feudalen Abhängigkeitsformen (repartimientos, encomiendas, mitas) aufhoben, kam es fast zur Revolte in Mexiko,⁵⁸ einer ernsthaften Rebellion in Peru und starker Unruhe im ganzen Empire.⁵⁹

Auch wenn in dem erwähnten Streitgespräch diejenigen siegten, die für die Anerkennung der Indios als Menschen plädierten, so bedeutete dies keineswegs Gleichheit. Für Spanier jenseits und diesseits des Atlantiks war es selbstverständlich, daß Indios in der hierarchisch strukturierten Gesellschaft ganz unten lebten. In den amerikanischen Kolonien Spaniens wurde ein strenges - gesetzlich nicht legalisiertes, aber toleriertes - Kastensystem angewandt, das zu einem Teufelskreis der Vorurteile führte: Den Ureinwohnern Amerikas wurde der Vorwurf gemacht, sie würden sich weigern, "die Gesetze zu befolgen... und sich in das gesellschaftliche Leben einzuordnen",⁶⁰ wobei die kastilischen Gesetze als die Gesetze und das gesellschaftliche Leben in Kastilien als das gesellschaftliche Leben per se unterstellt wurden. Dadurch wurde der geringe gesellschaftliche Status der Indios faktisch festgeschrieben und dieser gesellschaftliche Status diente seinerseits als Beweis für die von Natur gegebenen Strukturen sozialer Ungleichheit. Indios wurden weiterhin für unvernünftige Wesen gehalten, die nicht vor den verbrecherischen Handlungen von Eroberern, sondern vor der

57 Vgl. M. A. Burkholder und D. S. Chandler, *De la impotencia a la autoridad. La Corona española y las Audiencias en América, 1687-1808*, México, D. F. 1984.

58 Vgl. E. Florescano, *La conquista, la encomienda y la desorganización de los sistema de trabajo indígena, 1521-1541*, in: E. Cárdenas (Hrsg.), *Historia económica de México*, México, D. F. 1989.

59 Vgl. L. Hankle, *Bartolomé de Las Casas*, Le Hague 1951, S.31 f.

60 B. de Las Casas, *Apologética Historia Sumaria. Cuanto a las cualidades, disposición, descripción, cielo y suelo destas tierras, y condiciones naturales, policías, repúblicas, manera de vivir e costumbres de las gentes destas Indias Occidentales y Meridionales cuyo imperio soberano petenece a los Reyes de Castilla*, Bd. 2, México, D. F. 1967, S. 641.

Unfähigkeit aller Indios, sich selbst zu verwalten, geschützt werden mußten.

Vorurteile benötigen keine rationale Begründung. Schon Las Casas schrieb, wenn denjenigen vorgeworfen werde, Barbaren zu sein, "die der Kunst des Schreibens nicht mächtig seien und fremde Sprachen sprächen", dann müßte wohl auch der Mehrheit der Europäer seiner Zeit vorgeworfen werden, Barbaren zu sein.⁶¹ Auch Alonso de Zorita bemerkte den Widerspruch, der darin lag, Indios barbarisch zu nennen, weil "derjenige, der mit ihnen handelt treibt, sie sehr leicht betrügen (kann)". "So gesehen", fährt Zorita fort, "könnten wir auch die Spanier Barbaren nennen, werden doch heutzutage selbst in den bestregierten Städten kleine Spielzeugschwerter und -pferde und Messingpfeile und kleine Schlangen aus Draht und Kastagnetten mit Glocken auf den Straßen feilgeboten ... Mögen also jene, die (die Indianer) Barbaren nennen, bedenken, daß sie mit dem gleichen Recht die Spanier und andere Völker, denen man große Fähigkeiten und Klugheit nachrühmt, 'Barbaren' nennen könnte."⁶²

Vorurteile werden nicht einmal in Frage gestellt, wenn die eigenen Erfahrungen ihnen widersprechen. Selbst die Zeugnisse hervorragender Architektur der Azteken, wie die weitläufigen Tempelanlagen mit Observatorien, Plätzen und Pyramiden, hat Sepúlveda als Beweis der Behauptung, daß auch die Ureinwohner Vernunft besäßen, verworfen und zwar mit dem biologisierenden Argument, auch Bienen und Spinnen verstünden Kunstwerke hervorzubringen, die kein Mensch nachahmen könnte.⁶³

Auch Widersprüche sind Vorurteilen meist nicht abträglich. Es ist nicht miteinander zu vereinbaren, Indios einerseits als gefährliche Wilde und andererseits als nützliche Arbeitstiere darzustellen. Columbus aber sieht darin kein Problem. Für ihn sind "Kannibalensklaven", wie er sie nennt, "zwar wilde Menschen, aber stattlich, wohlgestaltet und von hellem Ver-

61 B. de Las Casas, *Décadas del Nuevo Mundo*, Buenos Aires 1967, S. 637 ff., zit. nach J. H. Elliott, *Die Neue in der Alten Welt*, Berlin 1992, S. 51.

62 A. de Zorita, *Breve y sumaria relación de los Señores de la Nueva España*, London 1965, zit. nach J. H. Elliott, *Die Neue in der Alten Welt*, Berlin 1992, S. 48 f.

63 J. G. de Sepúlveda, *Demócrates Segundo o De las justas causas de la guerra contra los indios*, Madrid 1951, S. 36.

stande" und "hat man sie erst einmal jener Unmenschlichkeit entwöhnt, dann glauben wir, daß sie bessere Sklaven sein werden als alle anderen."⁶⁴

3 Die Idealisierung des Exotischen

Uns interessiert die Tatsache, daß auch Idealisierungen des Fremden und Exotischen problematisch sind, sogar wenn die Idealisierungen nur als Mittel gegen Vorurteile gegenüber Fremden gemeint sein sollten. Wir kennen diesen Tatbestand aus der Geschichte der Utopien und erläutern ihn in diesem Zusammenhang.

Zur Zeit der Eroberung Amerikas äußerten verschiedene Teile der europäischen Gesellschaften ihre Unzufriedenheit mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in ihren Ländern. Aspekte dieser Unzufriedenheit kamen in der Reformationsbewegung und in den Bauernkriegen zum Ausdruck. Wie Max Horkheimer in seiner Arbeit über die Anfänge der bürgerlichen Geschichtsphilosophie schreibt,⁶⁵ war ein anderer Ausdruck dieser Unzufriedenheit die Idealisierung von gesellschaftlichen Verhältnissen, die entweder in die Vergangenheit - ins Alte Testament (ins Paradies) oder in die griechisch-römische Klassik (nach Arcadien) - oder auf eine ferne Insel projiziert wurden. Nach Horkheimer sind die im sechzehnten Jahrhundert verfaßten Utopien⁶⁶ die Reaktion auf die Mißstände in Europa. Die Utopisten wagten nur verklausuliert - auf Grund der in den europäischen Ländern herrschenden Despotien - ihre Kritik an den Verhältnissen zu formulieren. "Die Utopisten sehen, wie in der sich entfaltenden Verkehrswirtschaft der Profit zur Triebkraft der Geschichte wird"⁶⁷ und sie reagierten auf die neuen Verhältnisse mit dem Ruf: das Eigentum ist schuld. Ihnen ging es nicht darum, die fremde Wirklichkeit zutreffend zu beschreiben, sondern

64 Vgl. Ch. Colomb, Memoire (für Antonio de Torres), 30. Januar 1494, in: Ch. Colomb, Oeuvres, hrsg. von A. Cioranescu, Paris 1961, S. 199.

65 Vgl. M. Horkheimer, Anfänge der bürgerlichen Geschichtsphilosophie, Stuttgart 1930, S. 78.

66 Vgl. Th. Morus, Utopia (zuerst 1516), Th. Campanella, Der Sonnenstaat (zuerst 1602) und F. Bacon, Neu-Atlantis (zuerst 1638). Alle drei Utopien in: K. J. Heinisch (Hrsg.), Der utopische Staat, Reinbek bei Hamburg 1960.

67 M. Horkheimer, Anfänge der bürgerlichen Geschichtsphilosophie, Stuttgart 1930, S. 78.

an erster Stelle um die Kritik dessen, was in Europa ist, und an zweiter Stelle um die Darstellung dessen, was sein soll.⁶⁸

Genau besehen drückten die frühen Utopisten nicht die Sehnsucht nach einer imaginären Vergangenheit oder Zukunft aus. Sie projizieren nur in eine unwirklich ferne, aber glückliche Gesellschaft⁶⁹ die Eigenschaften, die sie bei ihren europäischen Zeitgenossen vermissen und die sie für ein gesellschaftliches Zusammenleben als unentbehrlich empfinden. Ihre Nähe zur Aufklärung zeigt sich darin, daß sie glauben, daß durch Erziehung und Bildung die Eigenschaften erworben werden können wie Gerechtigkeitssinn, Solidarität, Vernunft. Obwohl erst die Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts "das Vertrauen in die Organisationsform der bürgerlichen Gesellschaft" ausspricht, die "auch die Garantie für irdisches Glück darstellt", nehmen die Utopien solche gesellschaftlichen Vorstellungen vorweg.⁷⁰

Uns interessieren die Bezüge auf die Eroberung Amerikas. Elliott schrieb in seiner Arbeit über die Neue Welt hierzu: "Jetzt konnte man sich Arkadien und Eden am anderen Ufer des Atlantiks denken."⁷¹ Nach dem auf Augenzeugenberichten beruhenden Werk von Peter Martyr von Anghiera,⁷² das im 16. Jahrhundert viele Auflagen in verschiedenen Sprachen erlebte, waren die Inselbewohner von Española⁷³ glücklich, denn sie kannten "weder Maße und Gewichte noch das verderbenbringende Gold"; "kurz sie leben in einem Goldenen Zeitalter, ohne Gesetze, ohne betrügerische Richter, ohne Bücher, zufrieden mit

68 Vgl. M. Horkheimer, Anfänge der bürgerlichen Geschichtsphilosophie, Stuttgart 1930, S. 86.

69 Auf einer Insel im Ozean oder im Innern Ceylons.

70 M. Horkheimer, Anfänge der bürgerlichen Geschichtsphilosophie, Stuttgart 1930, S. 77.

71 J. H. Elliott, Die Neue in der Alten Welt, Berlin 1992, S. 31 f.

72 P. Martyr Anglietta - latinisiert Petrus Martyr Anglerinus (1457-1526) - war offizieller Geschichtsschreiber der spanischen Krone. Als die katholischen Könige 1518 einen "Westindienrat" einsetzten, wurde er zu dessen Sekretär und Archivar und wenig später zum ordentlichen Mitglied der Behörde ernannt. Er verfaßte die erste zusammenhängende Beschreibung der Seefahrten über den Atlantik und der Entdeckung Amerikas. Martyr benannte den Kontinent "Die Neue Welt", wie auch der Titel seines Buches lautet: "De orbe novo", zuerst erschienen 1530. Weitere lateinische Ausgaben 1533 Basel, 1574 Köln, englische Übersetzung 1555 London, deutsche Übersetzung 1582 Basel. (Vgl. H. Klingelhöfer, Einleitung, in: P. Martyr von Anghiera, Acht Dekaden über die neue Welt, Darmstadt 1972, S. 1 ff.)

73 Bei der Insel Española handelt es sich um die heutige Insel Haï.

den Gaben der Natur und unbekümmert um die Zukunft."⁷⁴ Auch Kant stimmte in die Idealisierungen der "Wilden" mit ein: "Unter allen Wilden ist keine Völkerschaft, welche einen so erhabenen Gemütscharakter an sich zeigte, als die von Nordamerika. Sie haben ein starkes Gespür von Ehre, und, indem sie, um sie zu erjagen, wilde Abenteuer Hunderte von Meilen weit aufsuchen, so sind sie noch äußerst aufmerksam, den mindesten Abbruch derselben zu verhüten, wenn ihr eben so harter Feind, nachdem er sie ergriffen hat, durch grausame Qualen feige Seufzer von ihnen zu erzwingen sucht. Der kanadische Wilde ist übrigens wahrhaft und redlich. Die Freundschaft, die er errichtet, ist eben so abenteuerlich und enthusiastisch, als was jemals aus den ältesten und fabelhaften Zeiten davon gemeldet worden. Er ist äußerst stolz, empfindet den ganzen Wert der Freiheit und erduldet selbst in der Erziehung keine Begegnung, welche ihm eine niedrige Unterwerfung empfinden ließe."⁷⁵

Doch mit dieser Form der Auseinandersetzung mit der eigenen Gesellschaft verbaute man sich unversehens den Weg zum Verständnis der fremden Gesellschaften. Elliott kommentiert: "Amerika war nicht so, wie sie es sich vorstellten, und selbst die begeistertsten Anhänger des Humanismus mußten sehr bald einsehen, daß auch die Bewohner dieser idyllischen Welt lasterhaft und kriegslustig sein konnten und sich mitunter sogar gegenseitig auffraßen. Das war natürlich noch nicht unbedingt ein Grund, den Utopismus aufzugeben, denn wenn dieses Utopia jenseits des Atlantiks noch nicht existierte, so konnte man es immerhin dort errichten. Einen Augenblick lang hatte es den Anschein, als ließe sich der Traum der Mönche und der Humanisten in Vasco de Quirogas Dörfern von Santa Fé in Mexiko verwirklichen."⁷⁶ "Aber es war ein europäischer Traum, der wenig mit der amerikanischen Wirklichkeit zu tun hatte. Als diese Wirklichkeit in immer mehr Bereichen spürbar wurde, begann der Traum zu verblassen."⁷⁷

74 P. Martyr von Anghiera, Acht Dekaden über die Neue Welt, Bd. 1, Darmstadt 1972, S. 42. Nur etwas fehlt diesen Völkern, nach Martyr, um richtig glücklich zu sein: "Wollten sie sich nur zur wahren Religion bekehren!" (P. Martyr von Anghiera, Loc. cit.)

75 I. Kant, Beobachtungen über das Gefühl des Schönen und Erhabenen, in: I. Kant, Werke, hrsg. v. W. Weischedel, Bd. 1, Vorkritische Schriften bis 1768, Darmstadt 1960, S. 880 f.

76 Vgl. F. B. Warren, Vasco de Quiroga and his pueblo-hospitals of Santa Fe, Washington 1963.

77 J. H. Elliott, Die Neue in der Alten Welt, Berlin 1992, S. 33.

Der Versuch, die eigenen Interessen und Probleme auf Kosten der Fremden zu formulieren, hat sich auf die Neue Welt im Westen bezogen, oft aber auch auf den Orient. Der "ferne Westen" ist ein Gespinnst europäischer Phantasien, aber auch "der Orient", so wie er im europäischen Denken konstruiert wurde, ist ein Amalgam aus Urteilen und Vorurteilen. Er muß als "ideeller Gesamtentwurf aus den Laboren europäischer Wissenschaftler und Künstler, Politiker und Theologen gesehen werden, in dem sich eher europäisches Denken denn orientalische Realität zeigt."⁷⁸ Paul Valéry bringt diesen Gedanken zu seiner letzten Konsequenz. Er empfiehlt, auf Reisen in den Orient zu verzichten, wenn man über den Orient schreiben will, da die Wirklichkeit der Einbildungskraft schaden könnte.⁷⁹

Das Bild des "Neuen Kontinents" und seiner Bewohner in Europa ist widersprüchlich, auch das des "Orients": Während Charles de Montesquieu⁸⁰ Anfang des 18. Jahrhunderts die Sittsamkeit der orientalischen Frauen im Vergleich zur sexuellen Zügellosigkeit, die die Frauen aus Frankreich ("ein verpestetes Land, wo man weder Scham noch Tugend kennt") charakterisieren soll, lobte, sahen andere Schriftsteller und Künstler im Orient die erotische Freiheit verwirklicht, die sie in Europa vermißten, und die sie in unzähligen "Odalischen", Harems- und Badeszenen verewigt haben.

4 Die Überlieferung vergesellschafteter Bilder über Fremde

Im Europa des sechzehnten Jahrhunderts war, wie wir bereits gesehen haben, die Bereitschaft, die Bewohner der Westindischen Inseln als selbständige Menschen anzuerkennen, die über dieselben Rechte zu verfügen haben, wie man selbst, und die dennoch anders sind, sehr gering. Bis heute hat sich an dieser Einstellung gegenüber Menschen, die aus fremden Gesellschaften kommen, zu wenig verändert. Weiterhin werden Menschen aus der Dritten Welt oft als unmündige Kreaturen, als Objekte und nicht als Subjekte der Geschichte angesehen, mit Kindern, manchmal netten, manchmal wilden, gleichgestellt. Wie verbreitet die Vorstellung von der Unmündigkeit der Bewohner der Dritten Welt heute noch (oder

78 H. Budde und G. Sievernich, Europa und der Orient: 800-1900. Eine Annäherung, in: H. Budde und G. Sievernich (Hrsg.), Europa und der Orient, 800-1900, Berlin 1989, S. 15.

79 Vgl. P. Valéry, Orientem versus, in: P. Valéry, Oeuvres, Bd. 2, Paris 1960, S. 1041 ff.

80 Ch. de Montesquieu, Perserbriefe, Frankfurt a. M. 1988.

wieder?) in der Bundesrepublik ist, läßt sich aus den Ergebnissen einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach vom April 1993 erahnen. Nach diesen Umfragebefunden "ginge es, nach Ansicht der Mehrheit der Bundesbürger, heute den armen Ländern Afrikas besser, wenn sich die alten europäischen Kolonialmächte in diesem Jahrhundert nicht aus Afrika zurückgezogen hätten."⁸¹

Manche Vorurteile gegenüber Fremden, die heute zu finden sind, stimmen mit Formulierungen überein, die schon nach der sogenannten Eroberung Amerikas in schriftlicher Form auftauchten.

Weiterhin verbinden die einen mit Fremden Angst und Bedrohungsgefühle, andere suchen in der Fremde Befreiung von den Problemen, die sie allein nicht bewältigen können. Viele "Aussteiger" spüren in dem fernen Osten, der nur ein verzerrtes Bild der Realität Indiens, Nepals oder Tibets ist, dem Eden, dem Paradies auf Erde nach. Man könnte glauben, daß die Idealisierungen ungefährlich seien, weil die Betreffenden höchstens sich selbst zerstören können. Wenn diese Träume aber nicht nur zu Hause geträumt werden, wenn "die naturnahe Umwelt... zur malerischen Kulisse eines paradiesischen Müßigganges zu Lasten der Einheimischen (wird), in dem durchweg sehr salopp mit einheimischen Personen (i.e. Frauen) und Ressourcen umgegangen wird",⁸² dann wird der Eindruck der Harmlosigkeit zerstört.

Auch wenn wir alle Zweifel an der Kontinuität in den Vorurteilen gegenüber Fremden in Europa seit dem sechzehnten Jahrhundert ausgeräumt hätten, wäre es falsch, nicht zu erwähnen, welche Versuche gemacht worden sind, objektive, vorurteilslose Beschreibungen und Analysen fremder Völker und Länder zu erstellen. Die vielen Gebildeten bekannten Kenntnisse stammten vor allem aus Tagebüchern und Reiseberichten. Besonders im siebzehnten und im nachfolgenden Aufklärungsjahrhundert wuchs die wissenschaftliche Neugier in Europa als Hauptmotiv für die Expeditionen, so daß in den Reiseberichten die "exotische Fremdheit"

81 Diese Meinung vertreten, nach der Untersuchung des Allensbach-Institutes 49% der Bundesbürger; 13% vermuteten, diesen Ländern ginge es heute noch schlechter, wenn die alten europäischen Kolonialmächte sich nicht zurückgezogen hätten, und 18% sahen keine Unterschiede. Unentschlossen waren 20% der Befragten. (Zit. nach: Nordwest-Zeitung vom 28. April 1993.)

82 U. H. Laaser, "Schuld" und "Schulden", in: U. H. Laaser und E.-E. Wendt (Hrsg.), *Schuldenkrise und Armut in der Dritten Welt*, Hamburg 1988, S. 89 f.

zurücktrat⁸³ und immer mehr Kenntnisse über fremde Völker ableitbar wurden. Doch auch diese Berichte waren mit Vorurteilen gespickt, denn die Europäer, die sie geschrieben haben, waren zwar weit gereist und hatten andere Menschen beobachtet, konnten aber "die kulturellen Hintergründe vieler Verhaltensweisen nicht verstehen..., weil sie die Sprache der sogenannten 'wilden Völker' nicht kannten und auch nicht bereit waren, sie zu lernen."⁸⁴

Diese frühe Reiseliteratur des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts war sowohl an der "Herausbildung eines europabezogenen Geschichtsbildes"⁸⁵ beteiligt, als auch an der Vermittlung von Kenntnissen, die die überlieferten vergesellschafteten Bilder über Fremde in Frage stellten. Voltaire, beispielsweise, widersprach 1756 der Vorstellung, daß die Kultur ein europäisches Erbe sei, indem er betonte, daß in einer Zeit, in der die Europäer noch in der "Barbarei" lebten, in Indien, Mesopotamien, Nordafrika und China bereits Hochkulturen herrschten.⁸⁶ Die Vorstellung von der "natürlichen" Überlegenheit der "Weißen" gegenüber den "Farbigen" greift schon im achtzehnten Jahrhundert W. Robertson an, indem er auf die Bedeutung des afrikanischen Handels seit der frühesten Zeit hinweist.⁸⁷

Neben solche bemerkenswerten Beispielen muß man aber auch erwähnen, daß dieselben Autoren keineswegs frei von allen Vorurteilen waren. Derselbe Voltaire, der "die Wilden" in Amerika bewunderte, bezeichnete Menschen aus Afrika als "dumm und unfähig zur gesellschaftlichen Organisation", als "Instinkt und nicht Vernunft geleitet" und daher "nicht entwicklungsfähig".⁸⁸ Auch Kant hat sich - in seinen frühen Schriften -

83 H. Loth, Afrika - Ein Zentrum der alten Welt, Berlin 1990, S. 10.

84 K. Fall, Größe und Toleranz dürfen kein Widerspruch sein. Das Volk der Dichter und Denker und die Minderwertigkeit, in: Frankfurter Rundschau vom 20. Mai 1995.

85 Vgl. H. Loth, Afrika - Ein Zentrum der alten Welt, Berlin 1990, S. 14.

86 Vgl. F. M. Voltaire, Essai sur les moeurs et de l'esprit des nations, depuis Charlemagne jusqu'a nos jours, Bd. 1, Amsterdam 1764, S. 3 ff.

87 Vgl. W. Robertson, An Historical Disquisition concerning the Knowledge with the ancients had of India, and the progress of trade with that country, prior to the discovery of the passage to it by the cape of Good Hope; with an appendix, containing observations on the civil Policy, the Laws ... and religious institutions of Indians, 6. Aufl., London 1812 (zuerst 1791).

88 F. M. Voltaire, Essai sur les moeurs et de l'esprit des nations, depuis Charlemagne jusqu'à nos jours, Bd. 1, Amsterdam 1764, S. 418.

über fremde Völker ähnlich vorurteilsvoll geäußert:⁸⁹ "Die Negers von Afrika haben von der Natur kein Gefühl, welches über das Läppische stiege... Die unter ihnen weit ausgebreitete Religion der Fetische ist vielleicht eine Art von Götzendienst, welcher so tief ins Läppische sinkt, als es nur immer von der menschlichen Natur möglich zu sein scheint. Eine Vogelfeder, ein Kuhhorn, eine Muschel, oder jede andere gemeine Sache, so bald sie durch einige Worte eingeweiht worden, ist ein Gegenstand der Verehrung und der Anrufung in Eidschwüren. Die Schwarzen sind sehr eitel, aber auf Negerart, und so plauderhaft, daß sie mit Prügeln müssen auseinander gejagt werden."⁹⁰

Die Vorstellungen und Vorurteile, die seit dem sechzehnten Jahrhundert sich herausbildeten, wurden in Europa im 19. Jahrhundert mit der Entstehung kapitalistischer Industriegesellschaften eher noch verstärkt. In dieser Zeit setzt sich der Okzident, in der Sprache Max Webers, ökonomisch, militärisch und politisch durch auf Grund der sprunghaften Produktivitätsentwicklung. In der neuen Zeit verbesserten sich die Lebensbedingungen der meisten Europäer auf Grund von technischen und organisatorischen Fortschritten einerseits und aufgrund der Ausbeutung scheinbar unendlicher Naturressourcen in der ganzen Welt andererseits. Das "Gesetz" der abnehmenden Grenzerträge wurde durch den Taylorismus und das "Gesetz" der Massenproduktion ersetzt oder zumindest ergänzt. Die Befürchtungen und Ängste von Malthus oder Ricardo werden im 19. Jahrhundert in der anerkannten Nationalökonomie ersetzt durch den grenzlosen Optimismus von Say und seine Vorstellung eines krisenfreien Kapitalismus. Man kann davon ausgehen, daß die Verbesserung der materiellen Reproduktion in Europa und die imperialistische Expansion der europäischen Großmächte den schrankenlosen Fortschrittsoptimismus förderten, der nur von wenigen in Frage gestellt wurde.

Dieser Optimismus gründete sich auch auf den Glauben an die Überlegenheit einer europäischen Kultur und den sogenannten Wertekanon der abendländischen Welt. Fleiß, Sparsamkeit, Zweckrationalität, die nach Max Weber mit dem kapitalistischen

89 Vgl. A. Sutter, Kant und die 'Wilden'. Zum impliziten Rassismus in der Kantischen Geschichtsphilosophie, in: *prima philosophia*, Band 2/Heft 2 (1989), S. 241 ff.

90 I. Kant, Beobachtungen über das Gefühl des Schönen und Erhabenen, in: I. Kant, Werke, hrsg. v. W. Weischedel, Bd. 1, Vorkritische Schriften bis 1768, Darmstadt 1960, S. 880.

Wirtschaften entwickelten Normen, verkörperten die Haupttugenden wirtschaftlich erfolgreichen Handelns. Die Einbleuung dieser Tugenden wurde von den einflußreichen politischen Gruppen im Deutschen Reich der Jahrhundertwende als "zivilisatorische Aufgabe" angesehen: Die Kolonialisierung wurde als Befreiungsakt für Völker gepriesen, die angeblich "selbstsüchtigen Häuptlingen" und "Zauberpriestern" unterworfen waren.⁹¹

Beobachtbar sind Spuren dieses Bewußtseins sogar im politischen Alltag, wie exemplarisch an der öffentlichen Diskussion des Kolonialismus in Deutschland um die Jahrhundertwende zu zeigen ist. Die Befürworter einer aggressiven deutschen Kolonialpolitik waren sich darüber einig, daß in Afrika an erster Stelle wirtschaftliche Ziele verfolgt würden, nämlich Rohstoffe und Nahrungsmittel unter Kontrolle zu bringen und Märkte für die überschüssige Produktion zu erobern. Dr. Carl Peters,⁹² der Gründer der "Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft" im Jahre 1884, Mitglied im deutschen Reichskolonialamt sowie Reichskommissar im Kilimandscharogebiet, schrieb: Die "Zwecke (der Kolonialpolitik) sind in erster Linie wirtschaftlicher Natur, und in diesem Plan sollen die Eingeborenen vornehmlich das Arbeitsmaterial bilden. Daneben sollen sie zu Konsumenten für unsere europäischen Waren erzogen werden, um die Schutzgebiete handelspolitisch für uns wertvoller zu gestalten. Dieser wirtschaftliche Zweck fällt völlig zusammen mit den idealen Gesichtspunkten der Christianisierung und Zivilisierung einer niederen Rasse. Beide Absichten lassen sich sehr gut vereinigen; ja, sie arbeiten sich bei richtigem Verständnis gegenseitig in die Hände."⁹³

Ein Major der Kolonialtruppe, der sich auch als Berichterstatter für das "Berliner Tageblatt" in Ostafrika betätigte und der im damaligen Kongo große Besitzungen besaß, A. Boshart, konstatierte in den neunziger Jahren staatsmännisch, Deutschland habe Kolonien "lediglich zu dem Zwecke, um neue Absatzgebiete zu schaffen für unseren Handel und unsere Industrie, welche sich gelähmt fühlen in den engen Grenzen der

91 D. Westermann, in: Koloniale Rundschau, Jg. 1909, S. 2, zit. nach: P. Mandeng, Auswirkungen der deutschen Kolonialherrschaft in Kamerun, Hamburg 1973, S. 21.

92 Vgl. F. Giesebrecht (Hrsg.), Die Behandlung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien, Berlin 1898, S. 84.

93 C. Peters, Beitrag, in: F. Giesebrecht (Hrsg.), Die Behandlung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien, Berlin 1898, S. 88 f.

alten Welt."⁹⁴ Europa würde "strotzen(d) von Händen ohne Arbeit und der Überproduktion ohne Absatz".⁹⁵ Die Kolonien sollten zudem Rohstoff- und Nahrungsmittellieferungen sowie Anlagemöglichkeiten für das Kapital garantieren.

Innerhalb des deutschen Bürgertums und Adels war um die Jahrhundertwende die Meinung weit verbreitet, daß es "nur durch Erwerbung von Kolonien möglich (ist), zu wirtschaftlicher Selbständigkeit zu gelangen", und daß "der Trieb der Selbsterhaltung" zur Eroberung von Kolonien zwingt, wie es der Pastor Gustav Müller, einer der Herausgeber der Zeitschrift "Die Deutschen Kolonien", formulierte.⁹⁶ Sozialdarwinistischen Vorstellungen zufolge findet auch unter Gesellschaften eine "natürliche Auslese" statt, die nur die stärksten überstehen. Die Vorstellung vom Überleben der Stärkeren und die Identifikation mit ihnen diente als wissenschaftlich verbrämte Rechtfertigung und daher Legitimation einer imperialistischen Politik, von der allgemein bekannt war, daß sie eine Politik der Unterdrückung war. Die Popularität des Darwinismus in Deutschland um die Jahrhundertwende beruhte u.a. auch darauf, daß er einen Freibrief für ein gutes Gewissen gegenüber den Berichten aus den Kolonien gab. Die Evolutionslehre erlaubte sogar, "zu erklären, daß das Böse gut sei."⁹⁷

Ohne Vorbehalte redete Gustav Müller 1904 auch vom Charakter des Gottgewollten und der in der Natur liegenden Rechtmäßigkeit der Kolonialherrschaft: "Jedes Volk hat auf Erden eine von Gott dem Herrn ihm gestellte Kulturaufgabe zu erfüllen. Je mächtiger es ist, um so größer ist dieselbe... Eine Weltmacht, die auf sich selbst sich beschränkt mit ihrer Kulturaufgabe, muß absterben und ist dem Untergange geweiht... Es ist

94 A. Boshart, Beitrag, in: F. Giesebrecht (Hrsg.). Die Behandlung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien, Berlin 1898, S. 39 f. Afrikaner beurteilte er vorurteilsvoll, seinem Selbstverständnis nach aber differenziert: "Wie die verschiedenen Völkerstämme der weissen Hautfarbe bezüglich ihrer physischen und moralischen Eigenschaften nicht über einen Leisten geschlagen werden können, so ist das selbstverständlich auch bei der schwarzen Rasse der Fall. Drei Eigenschaften jedoch sind allen Negerstämmen ohne Ausnahme gemein: 'Kulturunfähigkeit, Grausamkeit und namenlose Faulheit.'" (A. Boshart, op. cit., S. 40).

95 A. Boshart, Beitrag, in: F. Giesebrecht (Hrsg.). Die Behandlung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien, Berlin 1898, S. 40.

96 G. Müller, Die grundsätzliche Stellung der Regierung und der Mission zur Eingeborenen-Politik, in: Die Deutschen Kolonien, Jg. 3 (1904), Nr. 7, S. 147.

97 R. E. D. Clark, Darwin und die Folgen, Wien/München 1954, S127.

der verborgene Trieb der Selbsterhaltung, der die Weltmächte zu Kolonialmächten macht, der auch das deutsche Reich noch in letzter Stunde in ihre Reihen hat eintreten lassen. Dies alles muß erinnernd festgestellt werden, um die gesamte Kolonialpolitik der Regierung charakterisieren zu können. Sie ist bestimmt durch das eigene Bedürfnis und den eigenen Vorteil. Sie ist und kann nicht anders sein als eigennützig... Es gibt für Völker einen berechtigten Eigennutz. Und es ist heilige Pflicht unserer Regierung, die durch Gottes wunderbares Walten unserm Vaterland geschenkte Weltmachtstellung zu festigen, zu mehren!"⁹⁸

Sehr viele Politiker der Zeit vertraten ohne Zögern die These von der natürlichen Überlegenheit der Kolonialherren gegenüber den Kolonisierten. Immerhin wurde in einer Reichstagsdebatte im Jahr 1908 gesagt: "Man muß berücksichtigen, daß der Eingeborene von Grund aus ein anderer Mensch ist wie wir, ein Mensch mit Sklaveninstinkten; kein Willensmensch, sondern ein Triebmensch, und danach muß auch die Behandlung dieses in der Tat an sich höchst wertvollen Aktivums unseres Schutzgebiets eingerichtet werden."⁹⁹ Der Redner fuhr fort: "Das wichtigste... ist, ...die Erziehung der Schwarzen zur Arbeit, ganz ohne Zwang wird das indes nicht gehen. Erst, wenn der Wilde begriffen hat, daß die Arbeit einen Segen in sich schließt, wird er, falls die Arbeit lohnbringend für ihn ist, auch das Arbeiten erlernen."¹⁰⁰

In derselben Richtung äußerte sich auch der in der Diplomatie und der Kolonialverwaltung erfahrene Erbprinz zu Hohenlohe Langenburg, der vor seinem nur ein Jahr zurückliegenden Einzug in den Reichstag noch Stellvertretender Leiter der Kolonialabteilung gewesen war: "Wozu sollen uns die Kolonien dienen? Einerseits sollen sie uns dazu verhelfen, die

98 G. Müller, Die grundsätzliche Stellung der Regierung und der Mission zur Eingeborenen-Politik, in: Die Deutschen Kolonien, Jg. 3 (1904), Nr. 7, S. 148.

99 Abgeordneter Werner, Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, XII. Legislaturperiode, I. Session, 125. Sitzung am 18.3.1908, S. 4087 (B). Ludwig Werner, geb. 1855, war Mitglied in der Deutschen Reform Partei, einer der beiden konservativen Parteien im Reichstag. Von Haus aus Redakteur, hatte Werner früher das "Antisemitische Volksblatt" herausgegeben. Er war Mitbegründer der Antisemitischen Partei in Hessen. Als sein Arbeitsgebiet betrachtete er Landwirtschaftsfragen. Bei den Wahlen am 25.1.1907 hatten die Konservativen Stimmengewinne verzeichnen können. Vgl. Kürschners Lexikon, Berlin 1907, S. 198.

100 Abgeordneter Werner, Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte XII. Legislaturperiode, I. Session, 125. Sitzung am 18.3.1908, S.4087 (C).

Rohprodukte zu beschaffen, deren wir bedürfen; andererseits sollen sie Absatzgebiete für unsere Produkte sein; endlich hoffen wir, allmählich dort wenigstens einen Teil von unseren Landsleuten sesshaft machen zu können, die sonst unserem Vaterlande verloren gehen, die mit Kapital und Arbeitskraft sonst in fremde Kolonien hinausziehen würden."¹⁰¹ Und er fuhr fort: "Eine lange Geschichte hat gezeigt, daß die schwarze Rasse - möge sie auch in vielen Beziehungen begabt sein - in ihrer Begabung und eigenen Entwicklungsfähigkeit weit hinter der weißen Rasse zurücksteht... Was aus dem Neger wird, wenn er sich selbst überlassen wird, dafür haben wir traurige Beispiele in den Negerrepubliken..., das sind Beispiele, die uns nicht große Hoffnungen machen können [sehr richtig! rechts], daß der Neger aus eigener Kraft zu höherer Kultur berufen ist. Er bedarf nach meiner Ansicht der Anleitung durch den Europäer."¹⁰² Der Abgeordnete schloß seine Rede mit dem Bekenntnis zur Notwendigkeit kolonialer Sozialstrukturen ab: "Meiner Ansicht nach gehört als Mittelglied zwischen die jetzige Entwicklung des Negers und die zukünftige der europäische Ansiedler und Pflanzler [sehr richtig! rechts]. Der Eingeborene muß an ihm ein Beispiel haben, wie der Boden rationell bearbeitet werden soll... Die Eingeborenen werden erst dann zu eigener Arbeit erzogen werden können, wenn sie auf den europäischen Kulturen arbeiten gelernt haben [Erneute Zustimmung rechts]."¹⁰³

-
- 101 Abgeordneter Erbprinz von Hohenlohe-Langenburg, Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, XII. Legislaturperiode, 1. Session, 126. Sitzung am 19.3.1908, S. 4116 (B).
- 102 Abgeordneter Erbprinz von Hohenlohe-Langenburg, Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, XII. Legislaturperiode, 1. Session, 126. Sitzung am 19.3.1908, S. 4116 (C). Ernst Erbprinz von Hohenlohe-Langenburg, geb. 1863, gehörte zu den 9 Fraktionslosen der 397 Reichstagsabgeordneten der XII. Legislaturperiode. Sein Sitzplatz war jedoch nicht am Rand oder auf den Hinterbänken, sondern zwischen zwei Abgeordneten der Konservativen und auch nicht im hinteren, sondern im vorderen Sitzungsblock. Seine Bedeutung für die Kolonialpolitik wird daran deutlich, daß er schon 1891/94 im Auswärtigen Amt beschäftigt war, daß er Sekretär der Botschaft in St. Petersburg und London gewesen war, daß er 1894/95 im Ministerium für Elsaß-Lothringen und 5 Jahre Regent von Sachsen Coburg war, und in den Jahren 1905/1906 als Stellvertretender Leiter der Kolonialabteilung fungierte, die zu diesem Zeitpunkt noch zum Auswärtigen Amt gehörte. Seit der Wahl von 1907, die große Stimmengewinne für die Rechten gebracht hatte, saß er im Reichstag. Vgl. Kürschners Lexikon, Berlin 1907.
- 103 Abgeordneter Erbprinz von Hohenlohe-Langenburg, Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, XII. Legislaturperiode, 1. Session, 126. Sitzung am 19.3.1908, S. 4116 (C).

In derselben Reichstagssitzung gab der Staatssekretär des Reichskolonialamtes, Dernburg, später noch die folgende Stellungnahme zum Problem des Arbeitskräftemangels in den deutschen Kolonien ab: "Von uns ist verlangt worden, ...daß man mit Anwendung von fiskalischem Zwang bzw. mit der Peitsche oder mit der Steuerschraube den Farmern und Pflanzern dort bis zu 36.000 Arbeiter garantiere... Ich bin der Ansicht, daß die Leute ihre Arbeiter haben müssen, daß es ferner wichtig ist, daß die Plantagen dort bestehen... Wozu kolonisieren wir? Wir kolonisieren erstens, um unseren Überschuß an Menschen gut und günstig und in enger Verbindung mit der Heimat unterzubringen, zweitens, um unserer Industrie ein Absatzgebiet und ein Rohstoffproduktionsgebiet zu erwerben. Zu diesen Zwecken kolonisieren wir."¹⁰⁴

Die Merkmale, die nach Max Weber den modernen Kapitalismus ausmachen: zweckrationales, erfolgsorientiertes Denken, Rationalisierung und die Mechanisierung des Lebens,¹⁰⁵ wurden als allgemein gültige Tugenden und als "zivilisatorische Aufgabe" angesehen. Irrelevant war - dieser Auffassung nach - der Wunsch oder das selbstdefinierte Bedürfnis der Betroffenen. In Shakespeares Drama "Sturm" bringt Prospero, der rechtmäßige Herzog von Mailand, diesen Gedanken in dem Gespräch mit dem Sklaven Caliban auf den Punkt: "Schnöder Sklav ... Ich erbarmte mich deiner, gab mir Müh zum Sprechen dich zu bringen, lehrte jede Stunde dir dies oder jenes. Da Du, Wilder, selbst nicht wußtest was Du wolltest, sondern nur höchst viehisch kollertest, versah ich Dich mit Worten, deine Meinung kund zu thun. Doch deiner niedern Art, obwohl du lernstest, hing etwas an, das edlere Naturen nicht um sich leiden konnte..."¹⁰⁶

Die zynisch als "pädagogische Aufgabe" deklarierte Methode der Unterdrückung konnte mit mehr oder minder brutalen, sogenannten Erziehungsmaßnahmen oder auch mit militärischen Maßnahmen erfüllt werden. Zutreffend analysiert hat diese Praxis J.- P. Sartre: "weil keiner seinesgleichen ausplündern, unterjochen oder töten kann, ohne ein

-
- 104 Dernburg, Staatssekretär des Reichskolonialamts, Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, XII. Legislaturperiode, 1. Session, 126. Sitzung am 19.3.1908, S. 4129 (A/B).
- 105 Vgl. M. Weber, Vorbemerkung zu den Gesammelten Aufsätzen zur Religionssoziologie, Bd. 1, 1.-8., photomechan. gedr. Aufl., Tübingen 1986, S. 1 ff.
- 106 Shakespeare, Der Sturm, Erster Aufzug, Zweite Szene, in: derselbe, Dramatische Werke, übersetzt v. A. W. v. Schlegel und L. Tieck, Bd. 4, Berlin 1854, S. 249.

Verbrechen zu begehen, erheben sie (die Kolonialherren) es zum Prinzip, daß der Kolonisierte kein Mensch ist."¹⁰⁷

Eine Tatsache ist, daß im Licht konkreter Einzelinteressen Ausbeutung und Unterdrückung durchaus als tolerierbar erscheinen können. U. H. Laaser berichtet beispielsweise über die Rolle, die Kolonial-Ethnologen und -Geographen spielten: "In Zusammenarbeit mit den führenden Faktoreien und Handelshäusern hatten sich seit 1840 die ethnologischen und geographischen Gesellschaften gebildet, die den Exkursionen einen akademischen Rahmen gaben und (gezielte)... Forschung betrieben. Die diese ausrüstenden Handelshäuser/Mäzene versprachen sich... nicht nur Aufschluß über die Schiffbarkeit von Gewässern oder Besiedlungseignung des Landes, sondern auch über die Arbeitswilligkeit/-eignung der einheimischen Bevölkerung."¹⁰⁸

Selbst Missionare, die ihrem Selbstverständnis nach in die Kolonien reisten, um den "armen Völkern" zu helfen, waren von der Vorstellung ihrer Überlegenheit tief beeinflusst. Der deutsche Arzt Friedrich Hey, der um die Jahrhundertwende in Kamerun tätig war, schrieb über "den Charakter des westafrikanischen Negers": "Sorglose Trägheit, rohe Sinnlichkeit, Eitelkeit, Prunkliebe, Leidenschaftlichkeit, Rücksichtslosigkeit, ja Grausamkeit; daneben auch Gutmütigkeit und tierische Anhänglichkeit und teilweise Unterwürfigkeit; Liebe zum Lärm, zur Musik - soweit sie diesen Namen verdient - und zum Spiel. Geistige Bedürfnisse hat der Neger nicht. Wissensdurst ist ihm fremd... Sorgen für die Zukunft kennt er nicht und hat er Gelegenheit, Geld zu verdienen...."

107 J.-P. Sartre, Vorwort zu: F. Fanon, *Les damnés de la terre*, dtshc. Übers., Frankfurt a. M. 1966, S. 13.

108 U. H. Laaser, "Schuld" und "Schulden", in: U. H. Laaser und E.-E. Wendt (Hrsg.), *Schuldenkrise und Armut in der Dritten Welt*, Hamburg 1988, S. 96. - "So formulierte beispielsweise der Organisator der großen ethnologischen 'Hamburger Südsee-Expedition' der Jahre 1908-1910 als wichtige Zielsetzung: 'Die praktischen Aufgaben der Expedition haben nicht nutzbare Mineralien, Tiere und Pflanzen zum Hauptgegenstande, sondern den Menschen selbst. Der Eingeborene ist in den Tropen der Arbeiter des Weißen und wird gegenüber dem importierten stets der billigere sein... Durch den Rückgang oder das Aussterben der unter ganz verschiedenen Bedingungen lebenden... Bevölkerung ist mittelbar der europäische Besitz gefährdet, und die Wissenschaft hat die Aufgabe, Wege zu suchen, um dieser Entwertung vorzubeugen... Die Lösung der Arbeiterfrage setzt die genauere Kenntnis der Bevölkerung voraus, welcher die Arbeiter entnommen werden sollen.'" U. H. Laaser, "Schuld" und "Schulden", in: U. H. Laaser und E.-E. Wendt (Hrsg.), *Schuldenkrise und Armut in der Dritten Welt*, Hamburg 1988, S. 96.

so weiß er es nicht zu verwerten und gibt es für unnütze, seiner kindlichen Phantasie entsprechende Dinge wieder aus. Wirklich zuverlässige Menschen, denen man ohne Aufsicht, in irgend einer Weise eine Art Vertrauensposten übertragen könnte, gibt es unter ihnen nicht. Die sittliche Kraft geht ihnen ab, so daß sie, selbst wenn sie wollten, - und der gute Wille ist manchmal zu finden - nicht könnten. Das Verantwortlichkeitsgefühl kann in ihnen, durch die infolge des wilden ungezügelter Lebens erzeugte Verhärtung und Verrohung des Gefühls nicht aufkommen... Das Gedächtnis ist im allgemeinen gut, die Beobachtungsgabe ebenfalls vorhanden und um die Rednergabe werden sie von vielen Europäern beneidet. Allerdings, sobald es sich darum handelt, mit Hilfe des Verstandes etwas zu erfassen, zu forschen, zu überlegen, dann stecken sie; die Logik wird ihrem Egoismus, ihrer Trägheit angepaßt."¹⁰⁹

Auch wenn die herrschende Meinung in einem Land und zu einem Zeitpunkt Vorurteile gegen Fremde, die der Kolonialherrschaft unterliegen, reproduziert, bedeutet das keineswegs, daß es an öffentlichen Gegeninformationen oder Kritik gefehlt hätte. Ein Beispiel ist die Umfrage unter führenden Politikern, Kolonialbeamten, Militärs, Missionaren, Professoren und sogenannten Forschungsreisenden, die 1898 unter dem Titel "Die Behandlung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien" von Giesebrecht veröffentlicht wurde, der den Kolonialismus allerdings durchaus nicht kritisieren wollte. Er schrieb im Vorwort: "Umso schmerzlicher müssen alle Deutschen, die es wirklich ernst meinen mit unserem Kolonisationswerke, von jenen Exzessen berührt worden sein, welche in unseren Kolonien leider mehrfach von Beamten und Kolonisten verübt worden sind."¹¹⁰ Die Zusammenfassung der Ergebnisse war 1895 schon in der "Neuen Deutschen Rundschau" erschienen unter dem Titel "Kolonialgreuel. Kulturhistorische Studie".¹¹¹ Auch im Reichstag wurden die Beschwerden über die brutalen Prügelstrafen und über Kolonialbeamte, Militärs und Richter in den Kolonien sowie die Versuche massiver Einschüchterung der Eingeborenen vorgetragen.

109 F. Hey, Die Eingeborenen in West-Afrika und unsere Stellung zu ihnen, in: Die Deutschen Kolonien, Jg. 6 (1907), Nr. 3, S. 48.

110 F. Giesebrecht (Hrsg.), Die Behandlung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien, Berlin 1898, S. 4.

111 F. Giesebrecht, Kolonialgreuel. Kulturhistorische Studie. Neue Deutsche Rundschau, II/1895.

"Nun wird behauptet - und das gibt der Polizeiinspektor Biernatzki zu -, daß mehrfach zweimal 25 Hiebe erkannt worden seien...Von Herrn von Brauchitsch wird bestritten, daß eine Peitsche aus Seekuhhaut in Anwendung komme. Das Tau gibt er zu. Das einfache Tau genügt aber nicht, es wird in warmen Kohlentee getaucht, und nachdem es mit Teer von allen Seiten bedeckt ist, wird es in den Sand getaucht, um auf diese Weise ein rauhes Äußeres zu bekommen, und nachdem diese so zubereitete Peitsche die nötige Härte bekommen hat, werden mit diesem Instrument, dessen Anwendung u.U. tödlich wirken kann, ohne Ansehen der Person Männer, Frauen, Kinder bis zu zweimal 25 Hiebe bestraft."¹¹² Die alle Bedenken außer Kraft setzenden Argumente gegen diese Kritik und für die Anwendung der Prügelstrafe in den sogenannten "Schutzgebieten" war stets, daß die Einheimischen in Namen des Fortschritts zu willigen Arbeitskräften gemacht werden müßten.

Das der kapitalistischen Produktionsweise adäquatere Mittel, durch Besteuerung die Einheimischen zur Lohnarbeit zu bewegen, das aus den Englischen Kolonien bekannt war, wurde zudem angewandt. In einer Reichstagssitzung im Jahre 1906 wird über die in Kamerun erhobene Kopfsteuer unter der einheimischen Bevölkerung berichtet, die für jedes über 16 Jahre alte Familienmitglied zu zahlen war, - nach Meinung der Sozialdemokraten eine "exorbitante Steuer".¹¹³ Bebel sagte in diesem Zusammenhang: "Es ist kaum zu verstehen, wie diese Familien imstande sein sollen, auch wenn sie zu öffentlichen Arbeiten und Leistungen gezwungen werden, diese Steuer zu entrichten."¹¹⁴ Unwidersprochen blieb jedoch, daß die Kopfsteuer primär nicht den Zweck hatte, die Staatseinnahmen zu vergrößern, sondern dazu diente, die einheimische Bevölkerung zur Lohnarbeit auf den Farmen der deutschen Siedler zu zwingen. Nicht der Tatbestand als solcher wurde als Mißstand beklagt, sondern, daß für Arbeiten im Straßenbau "keine Verpflegung und kein Lohn, aber Rum geliefert" wurde.¹¹⁵

112 A. Bebel, Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, XI. Legislaturperiode, II. Session, 71. Sitzung am 20. März 1906, S. 2170 (C).

113 A. Bebel, Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, XI. Legislaturperiode, II. Session, 71. Sitzung am 20. März 1906, S. 2169 (D).

114 A. Bebel, Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, XI. Legislaturperiode, II. Session, 71. Sitzung am 20. März 1906, S. 2169 (D).

115 A. Bebel, Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, XI. Legislaturperiode, II. Session, 71. Sitzung am 20. März 1906, S. 2171 (B).

Auch die frühen Reiseberichtersteller zeigten eine nur beschränkte Wahrnehmung, was sicherlich mit den Interessen und Aufgaben oft zusammenhängt, mit denen die Reiseberichtersteller in die fremden Länder fuhren. Daß Militärs, die als ihre Aufgabe sahen, die Einheimischen in Schach zu halten, ihre Machtposition aus der Dominanz der Waffen abzuleiten versuchten, erstaunt nicht, wenn man sich vor Augen führt, wie unkontrolliert Militärs mit Waffen in den Kolonien umgehen konnten. Aus den Reichstagsdebatten war in Deutschland der schnelle Gebrauch von Waffen und die Anwendung der Prügelstrafe in den Kolonien bekannt.

Hauptmann Morgan,¹¹⁶ der nach militärischen Expeditionen in die afrikanischen Kolonien in der Kolonialabteilung des auswärtigen Amtes arbeitete, berichtet über Afrikaner in ähnlichen Bildern und Begriffen, in denen vor ihm schon Columbus und seine Zeitgenossen über Indios berichtet hatten: er verglich sie mit unerzogenen Kindern oder wilden Tieren: "Der Neger ist ein vollkommen unerzogenes, mit allen Fehlern behaftetes Kind. Von diesem Standpunkte aus muß man bei seiner Beurteilung und seiner Behandlung ausgehen. Irgendwelche edlen Anlagen sind weder von der Natur ihm gegeben, noch durch die Erziehung in ihm entwickelt worden... Mitgefühl ist dem Neger total fremd..."¹¹⁷ "Er ist in der Wildnis, wie ein Tier, aufgewachsen; woher sollten ihm die Begriffe, die uns eine mehr als tausendjährige Kultur beigetracht hat, kommen?... Die Erziehung des Negers kostet Zeit und - Prügel. Er muß zunächst Furcht vor der Rute haben; dann fügt er sich willig."¹¹⁸ Diese Vorgehensweise hieß: "'Streng aber gerecht', so lautet die jetzige Devise für die jetzige Negerbehandlung."¹¹⁹

Vorurteile über ferne Fremde fanden in Europa und Amerika Verbreitung bis in die Abenteuerromane: von den Schundromanen bis zu Karl May und Ruyard Kipling, und bis zu Kinderliedern. In dem populären Lied von den "zehn kleinen Negerlein" wurde die Vorstellung, Schwarze seien

116 F. Giesebrecht (Hrsg.), Die Behandlung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien, Berlin 1898, S. 101.

117 K. Morgan, Bericht, in: F. Giesebrecht (Hrsg.), Die Behandlung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien, Berlin 1898, S. 102.

118 K. Morgan, Bericht, in: F. Giesebrecht (Hrsg.), Die Behandlung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien, Berlin 1898, S. 103.

119 K. Morgan, Bericht, in: F. Giesebrecht (Hrsg.), Die Behandlung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien, Berlin 1898, S. 105.

nicht in der Lage für sich selbst zu sorgen, ja noch nicht einmal in der Lage, ohne fremde Hilfe zu überleben, spielerisch wiederholt und eingeübt.

Auch die europäisch-amerikanische Unterhaltungsindustrie und ihre Vorgänger trugen dazu bei, die Vorurteile über Fremde zu verfestigen: In der Manege wiederholte Buffalo Bill tagtäglich seine "Heldentaten" im Kampf gegen die "blutrünstigen Rothäute". Afrikanische Familien wurden noch um die Jahrhundertwende zur Schau gestellt in den zoologischen Gärten deutscher Großstädte. Durch Städte und Dörfer tingelten Schausteller mit Buden, in denen "Exoten" bewundert werden durften. Hagenbeck, der Eigentümer einer der größten Zirkusunternehmen seiner Zeit, formulierte es so: "Von den Somalis bis zu den Hottentotten, von den Kalmücken bis zu den Australiern haben die Völkerschauen alles in sich aufgenommen, was sich nur aus seinen Stammessitzen herauslocken ließ."¹²⁰

Bei diesen Spektakeln ging es nicht darum, Exotisches zu zeigen, sondern darum, die Vorstellungen, die die meisten Zuschauer von Fremden hatten, zu bestätigen. Die "Wilden" sollten den für sie im europäisch-amerikanischen Weltbild reservierten Platz einnehmen. Deswegen wurden, wie im Fall des Sarrasani-Zirkus, die in Amerika angeworbenen Indianer, die dem Wunschbild nicht entsprachen, diesem Bild erst ähnlich gemacht: "Ehe man sie vorzeigen kann, müssen sie nicht nur anständige indianische Namen bekommen und mit Federschmuck und Lederkleidung ausgestattet werden. Sie können sich auch nicht wie Indianer benehmen und müssen das Leben im Zelt, den Gebrauch von Pfeil und Bogen, Kriegstänze oder das Verhalten am Marterpfahl erst einmal beigebracht bekommen."¹²¹ Die Schulung ging sogar noch weiter: Nicht nur in der Manege mußten die Indianer ihre Rollen spielen, sie mußten auch das Alltagsleben der Indianer mimen und in einem Zeltdorf leben, das besichtigt werden durfte. Erst so zugerichtet durften sie auftreten und wurden vom Publikum als authentisch akzeptiert.

Die moderne Unterhaltungsindustrie hat sich der Schablone des "Wilden", insbesondere des Indianers, bis heute gerne und oft bedient.

120 Hagenbeck, zit. nach: U. H. Laaser, "Schuld" und "Schulden", in: U. H. Laaser und E.-E. Wendt (Hrsg.), *Schuldenkrise und Armut in der Dritten Welt*, Hamburg 1988, S. 96 f.

121 W. D. Hund, *Der inszenierte Indianer. Auch eine Dialektik der Aufklärung*, in: *Zeitschrift marxistische Erneuerung*, Juni 1994, S. 80.

Exemplarisch dafür sind die sogenannten "Wildwest"-Filme aus Hollywood: In den meisten "Klassikern" à la John Wayne werden Indios als mordende, vergewaltigende, feuerlegende, zerstörende Gefahr für die "weißen Guten", die Vertreter der Kultur und der Zivilisation sowie der "natürlichen" (wenn auch nicht immer gesetzlichen) Ordnung dargestellt.

Die besondere Vorliebe der Unterhaltungsindustrie für Indianer hat Ursachen. Nach Meinung W. D. Hunds¹²² hängt dieses Faible damit zusammen, daß die Vorurteile über Indianer eine doppelte Funktion erfüllen: Sie verkörpern einerseits - wie bereits bei Kant - eine Freiheit, die sehr viele unter dem Zwang der Verhältnisse vermessen und mit der sie sich identifizieren wollen. Sie vermitteln aber auch die Vorstellung, daß Freiheit nicht zu Wohlstand führen muß: Indianer sind frei, Indianer werden von niemandem ausgebeutet, Indianer sind aber auch arm. Schon Adam Smith glaubte 1766 feststellen zu können, daß "ein gewöhnlicher Tagelöhner in Britannien eine luxuriösere Lebensweise (besitzt) als ein indianischer Häuptling ... In einem wilden Volk genießt jeder den gesamten Ertrag seiner eigenen Arbeit, doch seine Armut ist größer als irgendwo sonst."¹²³ Seine These der gesellschaftlichen Inszenierung der Rolle des Indianers faßt W. D. Hund in der Formulierung zusammen, "Freiheit unter dem Zwang der Herrschaft und Wohlstand unter dem Diktat der Ausbeutung bedürfen des Menetekels des Wilden, um den unteren Klassen verständlich werden zu können. Als Tröstung und Drohung in einem hält dessen Zerrbild ihnen vor Augen, was die Verweigerung der Zivilisation zur Folge hätte - Elend und Untergang."¹²⁴

122 Vgl. W. D. Hund, Der inszenierte Indianer. Auch eine Dialektik der Aufklärung, in: Zeitschrift marxistische Erneuerung, Juni 1994, S. 80 ff.

123 A. Smith, Lectures on Jurisprudence, hrsg. von R. I. Meek, D. D. Raphael, P. G. Stein, Oxford 1978 (zuerst 1766), S. 490.

124 W. D. Hund, Der inszenierte Indianer. Auch eine Dialektik der Aufklärung, in: Zeitschrift marxistische Erneuerung, Juni 1994, S. 84.

Lydia Potts

Weltmarkt für Arbeitskraft, Globalisierung und Tendenzen der Migrationspolitik

Migrationsbevölkerung weltweit

Mindestens 100 Millionen Menschen leben als MigrantInnen und Flüchtlinge in einem anderen als ihrem Herkunftsland (Sheller, 3; ohne Ex-UdSSR und Ex-Jugoslawien) Hinzu kommen die illegalen Migranten, deren Zahl sich noch sehr viel schlechter schätzen läßt, wobei aber vermutet wird, daß sie in den letzten Jahren auf spektakuläre Weise angewachsen ist: es dürfte sich um 30 Millionen Menschen handeln. Gemessen an der Weltbevölkerung sind diese Zahlen relativ gering : 2 %. Andererseits handelt es sich um eine Bevölkerungsgruppe, die etwa die Einwohnerzahl Deutschlands (77,8 Mio) und Frankreichs (55,9 Mio) zusammengenommen ausmacht. 67 Milliarden Dollar werden, so eine Schätzung, jährlich von MigrantInnen in die Herkunftsländer überwiesen. In der Welthandelsstatistik würden die Überweisungen damit auf Platz 2 liegen: nur der Handel mit Erdöl ist umfangreicher. Die Komplexität der globalen Migrationsprozesse wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, welche mittleren und größeren Wanderungsbewegungen zur derzeitigen Migrationsbevölkerung geführt haben: ein statistischer Überblick in einer neuen ILO-Publikation führt 98 Länder auf, von denen 24 sowohl Entsende- als auch Aufnahmeländer sind, 31 sind ausschließlich Entsendeländer, 43 ausschließlich Aufnahmeländer. Es gibt weltweit kaum einen größeren Staat, der nicht von Zu- und/oder Abwanderung betroffen ist.

Zur Komplexität der Migrationsprozesse tragen neben den geographischen Strukturen auch die verschiedenere Formen der Migration bei. Es gibt sicherlich die Fälle, in denen relativ eindeutig unterschieden werden kann, z.B. zwischen Kriegsflüchtling, ArbeitsmigrantIn, Illegale MigrantIn - aber es besteht zunehmend Einigkeit darin, daß sich viele Wanderungsprozesse eindeutigen

begrifflichen Zuordnungen entziehen. Grob geschätzt werden kann, daß die Mehrheit der Migrationsbevölkerung weltweit der Süd-Nord-Migration zuzuordnen ist, daß mehr als die Hälfte der ArbeitsmigrantInnen und ein sehr viel höherer Anteil der Flüchtlinge aus Asien, Afrika und Lateinamerika stammt. Die seit Ende der achtziger Jahre veränderte politische Struktur der Welt hat dazu geführt, daß die Bevölkerung des ehemaligen Ostblocks als neues Migrationspotential zur Verfügung steht: Ost-West-Migration als Alternative zur Süd-Nord-Migration.

Ein weiteres strukturelles Element der gegenwärtigen Migrationsprozesse ist die zunehmende Feminisierung der Migration, die dazu geführt hat, daß nicht nur der Anteil der Frauen an den Migrationsbewegungen häufig um etwa 50 % liegt, sondern auch daß sich frauenspezifische Migrationsprozesse herausgebildet haben: Dienstmädchen, Prostituierte, Heiratsmigrantinnen, Krankenschwestern - um einige Beispiele zu nennen. Sowohl die Struktur des Migrationsprozesses als auch die rechtliche und ökonomische Situation in den Aufnahmeländern führt i.d. Regel dazu, daß Migrantinnen in besonderer Weise diskriminiert werden - andererseits ist für Frauen die ökonomische und soziale Realität in den Herkunftsländern so, daß internationale Migration ihre Situation nicht nur zu verbessern verspricht, sondern es häufig auch tut.

Als die global wichtigsten und kontinuierlichen Zielgebiete von Arbeitsmigration lassen sich benennen: Westeuropa, USA, Kanada und Australien sowie die erdölexportierenden Länder des Nahen Ostens.

Weltwirtschaft und Bevölkerungsentwicklung

Die Zukunft der Migration, insbesondere der Arbeitsmigration, hängt eng mit der Wirtschaftsentwicklung zusammen. Eindeutig ist die Weltwirtschaft der neunziger Jahre von einer zunehmenden Integration der Märkte für Waren, Dienstleistungen und Kapital gekennzeichnet - ein Prozeß der wesentlich durch internationale Kooperationen, Vertragswerke und Institutionen gesteuert wird. Migration ist in diesen Strukturen allenfalls am Rande vorgesehen, sie wird durch noch immer weitgehend autonome Aktionen der Aufnahmeländer strukturiert. Ausreiserestriktionen gelten als problematisch, Einreiserestriktionen dagegen nicht. Zur Frage der künftigen Dominanz und Rivalität im Rahmen der "neuen Weltordnung" oder "im Reich des Chaos" gibt es inzwischen eine ganze Reihe von Szenarien, die ich jedoch nicht zum

Gegenstand der Diskussion hier machen möchte - vielmehr möchte ich einige der Tendenzen im Kontext von Weltwirtschaft und Weltbevölkerung benennen, die zwar nicht neu, aber weitgehend eindeutig erkennbar sind und für die Zukunft der Migration möglicherweise auch wichtiger.

Weltwirtschaft

Die globale Ökonomie stellt sich - in Abgrenzung von der auch weiterhin bestehenden "klassischen" internationalen Wirtschaft die sie voraussichtlich irgendwann ablösen wird - über die Globalisierung von Produktion und Kapital bzw. Finanzmärkten her. Globalisierung der Produktion basiert auf der Nutzung der territorialen Abgrenzungen der internationalen Ökonomie. Zum Zwecke der maximalen Reduzierung von Kosten, Steuern, Umweltauflagen, maximaler politischer Stabilität und maximaler Kontrolle der Arbeitskraft wird ein Staat gegen den anderen ausgespielt, Produktionsstandorte sind seit den siebziger Jahren in wachsendem Maße weltweit wählbar und austauschbar.

Die Globalisierung der Finanzmärkte stellt sich über die Weltstädte wie New York, London, Tokyo etc. her, in denen auch die wichtigsten Entscheidungen getroffen werden. Cox, auf den ich mich hier insgesamt beziehe, beschreibt in diesem Rahmen, daß es bisher noch keine explizite politische Struktur analog zur globalen Ökonomie gibt. Er weist ferner darauf hin, daß der Staat zum Transmissionsriemen zwischen globaler und nationaler Ökonomie werde und daß das auch zu Machtverschiebungen innerhalb des Staatsapparates führe.

Erkennbare Resultate der globalen Ökonomie sind bisher:

- wachsende globale Ungleichheit und Kapitalakkumulation in den reichsten Ländern, weiterhin ansteigende Verschuldung besonders der ärmsten Länder,
- die de-facto Abkoppelung Afrikas von der Weltwirtschaft,
- auch in den Metropolen Umverteilung von Arm zu Reich, bisher am deutlichsten sichtbar in den USA, aber auch in den Eu-Ländern, verbunden mit der Krise und dem teilweisen Abbau des Wohlfahrtsstaates sowie hoher Sockelarbeitslosigkeit.

Als komplementäre politische Gegenbewegung zur globalen Ökonomie läßt sich der zu beobachtende Aufstieg des Nationalismus begreifen.

Weltbevölkerung

Die Weltbevölkerung wird in den nächsten Jahrzehnten weiterhin wachsen: von 5,3 Mrd Menschen im Jahr 1990 auf 7,6 Mrd im Jahr 2015. Das heißt auch: lebten schon 1990 zwei Drittel der Menschen in der "Dritten Welt", werden es im Jahr 2015 drei Viertel sein. Nach Angaben der Weltbank von April 1994 haben derzeit bereits etwa 1,1 Mrd Menschen, etwa jede dritte Person in Asien, Afrika oder Lateinamerika, weniger als 1 Dollar pro Tag zur Verfügung.

Die genannte mittlere Prognose zur Weltbevölkerungsentwicklung bedeutet: zwischen dem Jahr 1990 und 2015 wachsen 900 Millionen zusätzliche Arbeitskräfte heran - das sind doppelt so viele wie derzeit in den Industrieländern tätig sind. Vor dem Hintergrund der skizzierten globalen Ökonomie und gescheiterter Entwicklungspolitik entsteht hier ein Arbeitskräftepotential, für das es - bis auf eine kleine Gruppe - in der kapitalistischen Ökonomie keine Verwendung gibt, weder im Herkunftsland noch in Form der Migration.

Die Bevölkerungsentwicklung in den Industrieländern stellt sich anders dar: lediglich unter der Annahme, daß die Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen steigt, wächst in Westeuropa das Arbeitskräftepotential um jährlich 0,25%. Ansonsten führt in praktisch allen hochindustrialisierten Staaten die Kombination aus niedrigen Geburtsraten und hoher Lebenserwartung zu einer alternden Bevölkerung, die quantitativ stagniert oder auch sinkt.

Im Rahmen eines kapitalistischen Arbeitsmarktes ist eine Wachstumsrate von 0,25% zu gering und bedarf der Aufstockung. Aber auch die Verschiebung der bisher üblichen Relation von Erwerbstätigen - nicht mehr Erwerbstätigen zugunsten ersterer läßt Zuwanderung opportun erscheinen, aus bevölkerungspolitischen Gründen sowie aufgrund steigender Nachfrage nach Dienstleistungen. Daß die Zuwanderung (junger) Erwachsener mittel- und langfristig die Altersstruktur nicht grundlegend verändert, spielt dabei allenfalls eine untergeordnete Rolle.

Für die Zeit von 1990 bis 2015 würde die arbeitsmarktpolitisch notwendige jährliche Steigerung des Arbeitskräftepotentials in Westeuropa um 1% auf eine Zuwanderung von ca. 12 Mio. Erwerbsspersonen hinauslaufen.

Das wäre eine recht umfangreiche Wanderungsbewegung, verglichen damit, daß Zuwanderung zwischen 1960 und 1989 für Westeuropa auf

"nur" 6,5 Mio. beziffert wird. Unterschiede zu dieser früheren Zuwanderung dürften auf mehreren weiteren Ebenen zu finden sein. Das produzierende Gewerbe bzw. die Industrie wird vermutlich nicht mehr der Hauptnachfrager dieser Arbeitskräfte sein, sondern spezifische Bereiche des Dienstleistungssektors, in denen die Tätigkeiten (Reinigung, Haushalt, Pflege, Unterhaltung), sich nicht mechanisieren lassen und traditionell vorwiegend von Frauen ausgeübt werden. Während in den sechziger und siebziger Jahren die Süd-Nord-Wanderung das Bild bestimmte, wird es künftig sehr viel wahrscheinlicher Ost-West-Migrationen geben, so daß MigrantInnen aus dem Süden nur dann eine Chance haben, wenn sie hochqualifiziert sind und/oder illegal migrieren.

Kurze Geschichte des Weltmarkts für Arbeitskraft

Die Situation, mit der sich insbesondere Süd-Nord-Migration in der Mitte der neunziger Jahre konfrontiert sehen, läßt sich sicherlich zutreffend mit der Aussage beschreiben, daß das Migrationspotential noch nie so groß wie jetzt war, und daß die Kräfte, die Migration ordnen, begrenzen oder kanalisieren, so stark wie noch nie zuvor sind. Dies ist nicht in erster Linie das kurzfristig erzielte Resultat der Globalisierung oder der 'Neuen Weltordnung', sondern vielmehr eine Struktur, die sich über mehrere Jahrhunderte hinweg entwickelt hat.

Die Entstehung des Weltmarkts für Arbeitskraft hängt eng mit dem europäischen Kolonialsystem zusammen. Diesen historischen Bogen möchte ich kurz spannen. Im letzten halben Jahrtausend hat es Europa kontinuierlich verstanden, große Migrationsbewegungen zu seinem Vorteil zu initiieren, zu steuern und zu nutzen. Diese Prozesse bilden eine der wesentlichen Grundlagen europäischer Entwicklung und Industrialisierung, kurz: unseres gegenwärtigen Reichtums. Das Jahr 1492 stellte für die Bewohnerinnen und Bewohner Amerikas und dann auch Afrikas, Asiens und Australiens eine Zeitenwende, den Beginn der Kolonisierung durch Europa und die Expansion Europas über die ganze Welt, dar. Für diese Expansion benötigte man in ungeheurem Ausmaß Arbeitskräfte.

Die Bewohnerinnen und Bewohner Amerikas waren die ersten Opfer. Zu Tode arbeiten war eines der Mittel, das wesentlich zum ersten großen Völkermord in der europäischen Kolonialgeschichte beitrug. Gemäß dem heutigen Stand der Forschung lebten um 1492 in Amerika zwischen 50

und 75 Mio. Menschen, die innerhalb von 150 Jahren zu 90 % ausgerottet wurden.

Dieser Völkermord führte dazu, daß in Amerika die Arbeitskräfte knapp wurden. Was folgte, war eine erzwungene transkontinentale Massenmigration riesigen Ausmaßes. Der transatlantische Sklavenhandel war das Mittel, mit dem über Jahrhunderte Afrika systematisch ausgeplündert wurde. Man kann über die Zahlen streiten: als Minimum gilt, daß 10 bis 20 Mio. versklavter afrikanischer Menschen in Amerika ankamen, Angaben von 30 bis 40 Mio. sind nicht unrealistisch. Die Gesamtzahl der Betroffenen ist mit 100 Mio. nicht übertrieben, da bei Sklavenjagden und den Transporten ungezählte Menschen umkamen. Der transatlantische Sklavenhandel funktionierte als Dreieckshandel zwischen den geografischen Polen Europa, Afrika und Amerika.

Im 19. Jahrhundert folgte diesem ersten riesigen transkontinentalen Arbeitskräftetransfer eine weiterer, ebenfalls durch Europa organisierter Transfer, der jetzt aber asiatische Arbeitskräfte zum Gegenstand hatte, und zwar aus China, Indien, Java und den Südseeinseln. Als 'Kulis' wurden sie in alle anderen Teile der Welt - mit Ausnahme von Europa - gebracht. Diese Menschen wurden teilweise wie die afrikanischen Sklaven durch direkte Gewalt oder auch durch ökonomischen Druck dazu veranlaßt, zu migrieren. Im Zusammenhang mit dem kolonisierten Indien ist gut dokumentiert, daß die Zahl derjenigen, die sich als Kulis anwerben ließen, im Rhythmus der Hungersnöte abnahm oder anstieg. Mit den Kuliwanderungen wurde im 19. Jahrhundert nach Amerika und Afrika nun auch Asien zum Reservoir billiger und mobiler Arbeitskraft für europäische Produktion in allen Teilen der Welt. Auch hier kann man dann darüber streiten, welchen Umfang diese Wanderungen gehabt haben. Als Minimum kann man annehmen, daß 12 Mio. Menschen betroffen waren, jedoch eine Gesamtzahl von 37 Mio. und noch weit darüberliegende Schätzungen sind nicht von der Hand zu weisen.

Als die Form, die dann die koloniale Phase des Weltmarkts für Arbeitskraft abschloß, die jedoch bis weit in das 20. Jahrhundert hinein von Bedeutung blieb, kann die am Ende des 19. Jahrhunderts beginnende und bis zum Ende der Kolonialzeit in den sechziger Jahren dieses Jahrhunderts andauernde interkoloniale Arbeitskräftewanderung in Afrika gelten. Sie bildet wohl das letzte System, in dem Europa unfreie Arbeit im großen Stil systematisch ausbeutet. Jede europäische Kolonie hatte Zwangsarbeitsregelungen für die kolonisierte afrikanische Bevölkerung.

Diese Zwangsarbeitsregelungen setzten häufig voraus, daß die zur Arbeit verpflichteten ihre Herkunfts- und Heimatregionen verließen und zu MigrantInnen wurden.

Die grobe Skizze der Entstehung des Weltmarkts für Arbeitskraft mag als Beleg dafür genügen, daß Europa mittels kolonialer Herrschaft und Gewalt in allen Teilen der Welt Mobilität und Migration erzwungen hat. Bis weit in das 20. Jahrhundert hinein stellt sich die 'koloniale Arbeiterfrage'. Dieser Begriff aus der einschlägigen deutschen Fachliteratur dient zur Bezeichnung dessen, daß es zu wenig Arbeitskräfte für die europäischen Unternehmungen gab und daß Menschen für Arbeit auf Farmen, in Bergwerken, Plantagen, Infrastrukturprojekten nur durch Zwang rekrutiert werden konnten; Kolonialverwaltungen suchten sogar nach Mitteln, die Geburtenrate zu steigern, um Arbeitskräfte zu bekommen.

Erst im späten 20. Jahrhundert tritt ein Wandel ein. Die ökonomischen und sozialen Strukturen sind nun so weit verändert und aufgelöst, daß es statt des Mangels einen Überschuß an Arbeitskräften gibt und das Verhältnis von Angebot und Nachfrage sich umkehrt. Also, wenn man so will, löst sich die koloniale Arbeiterfrage im Sinne der Kolonialmächte.

Eine Skizze der globalen Migrations- und Bevölkerungsbewegungen im 19. und im frühen 20. Jahrhundert wäre jedoch ohne Erwähnung eines weiteren Prozesses nicht vollständig. Auch er geht von Europa aus und läßt sich mit Presseüberschriften gut umreißen. Wir lesen häufig von Massensexodus, von Fluchtwellen, vom Millionenmarsch aus dem Elend, von Völkerwanderung in zweistelligen Millionenzahlen. Das sind Schlagworte, die allerdings den historischen Prozeß der Auswanderung aus Europa relativ präzise umreißen. Ein amerikanischer Autor faßt das so zusammen:

"Und dann kam die Sintflut. Zwischen 1820 und 1930 wanderten über 50 Millionen Europäer in europäische Überseegebiete aus. Das entspricht annähernd einem Fünftel der Gesamtbevölkerung Europas zu dieser Zeit."

Es handelt sich bei diesem Prozeß nicht zuletzt um einen gigantischen Export der durch Industrialisierung, ungleiche Entwicklung und Bevölkerungswachstum hervorgerufenen sozialen Frage in Europa. Noch einmal Cox:

"Europäische Auswanderer und ihre Nachkommen sind auf dieser Welt überall anzutreffen. Das bedarf einer Erklärung. Bei anderen ethnischen Gruppen sind die Siedlungsgebiete unmittelbar einsichtig. Die verschiedenen Völker Asiens leben bis auf relativ wenige Ausnahmen in Asien. Schwarzafrikaner gibt es auf drei Kontinenten, aber sie konzentrieren sich überwiegend in ihren angestammten, nämlich tropischen Breiten."

Er zählt noch weitere Gruppen auf und kommt zu dem Schluß:

"Europäer und Europäerinnen sind dagegen von ihrem Zipfel der alten Welt ausgeströmt und haben sich überall festgesetzt, so daß sie heute in ganzen Kontinenten die Bevölkerungsmehrheit bilden. Selbstverständlich in Nordamerika und Australien, aber auch in den gemäßigten Zonen Südamerikas sind heute drei Viertel aller Menschen europäischer Abstammung."

Mit anderen Worten: europäische Menschen haben außerhalb Europas große Teile der Welt für sich besetzt und reserviert, Nationalstaaten errichtet sowie Grenz- und Zuwanderungskontrollen erfunden.

In der Entwicklung Europas gab es das Ventil der Auswanderung. Zwangsarbeit, Sklavenhandel, Kuliwanderungen und interkoloniale Migrationen wurden in ihrem Nutzen für Europa durch die Auswanderung von EuropäerInnen nach Amerika, Afrika und Australien ergänzt. Diese "alte" Weltordnung steht auch im Zentrum der "neuen". Es geht in der Migrationspolitik wie auch in weiten Teilen der Migrationsforschung um die Aufrechterhaltung eines Status quo, der darin besteht, daß die Aufnahmeländer - neben Westeuropa vor allem die ehemaligen Siedlungskolonien, aus denen dann die 'klassischen' Einwanderungsländer USA, Kanada und Australien wurden - die Zuwanderung kontrollieren.

Allein in der ersten Hälfte des Jahre 1992 gab es etwa sechzig internationale Konferenzen und Symposien zum Thema Migration, die sich - aus der Perspektive der Aufnahmeländer - zumeist darum sorgten, wie mit prospektiver Zuwanderung umzugehen bzw. sie zu verhindern sei.

Trends und Tendenzen in der Migrationspolitik - 7 Thesen

1. Europa wird - ebenso wie alle anderen hochindustrialisierten Ökonomien in Nordamerika, Australien und Japan - in den nächsten Jahren

und Jahrzehnten aus arbeitsmarkt- und bevölkerungspolitischen Gründen auf Zuwanderung nicht verzichten. Um in der Festungs-Methapher zu bleiben: wie jede mittelalterliche Festung ist die kapitalistische Wirtschaft in ihrer Versorgung auf Zuflüsse von außen, d. h. auf Migration angewiesen.

2. Alles deutet darauf hin, daß Zusammensetzung, Umfang und zeitlicher Verlauf auch dieser Migrationsprozesse weitestgehend von den Aufnahmeländern gesteuert werden.
3. Das Ziel westeuropäischer Regierungen wird es sein, eher Ost-West als Süd-Nord-Migration zuzulassen. Dazu paßt die These: "Keine europäische Regierung hat es bisher gewagt, eine vollständig rassistische Politik zu vertreten; keine hat es aber auch gewagt gegen die Hauptpunkte des Rassismus entschieden anzugehen." (Parckh)
4. Die USA und Westeuropa, aber auch Japan und Australien werden Migration aus den angrenzenden Gebieten erlauben, wobei politisch-ökonomische Integrationsprozesse vorgeschaltet werden, die aus internationalen quasi interne Migrationsbewegungen machen werden. Die Zuwanderung der Aussiedler nach Deutschland ließe sich hier einordnen so wie die Ost-Erweiterungen der EU, die sehr viel wahrscheinlicher sind als künftige Erweiterungen nach Süden.
5. Diese Strategie hat Konsequenzen: Sie schließt einen großen Teil potentieller MigrantInnen von jeder Chance auf legale Immigration in ein hochindustrialisiertes Land aus, und zwar insbesondere die Bevölkerung Afrikas südlich der Sahara. Afrika wurde im Laufe der achtziger Jahre zum marginalisiertesten aller Kontinente: wirtschaftlich, militärisch, technologisch und auch bezüglich des Qualifikationsniveaus der Arbeitskraft. Das Resultat sind u.a. hohe Zahlen von Flüchtlingen aus ökonomischen, politischen oder ökologischen Gründen, die innerhalb des Kontinents zu überleben versuchen. Die Konsequenzen der neuen internationalen Arbeitsteilung sind für Afrika besonders krass. Einfluß auf diese Prozesse haben in erster Linie die Diktate der Weltbank und des IWF, allenfalls sekundär nationale Regierungen. Legale Migration nach Europa oder in andere Teile der Welt wird bestenfalls einer winzigen Gruppe hochqualifizierter Kräfte möglich sein. Ähnliches gilt für die Bevölkerung der islamischen Welt: Das Ende des Kalten Krieges machte es 'notwendig', den Kommunismus als Erzfeind zu ersetzen. Der islamische Fundamentalismus wird nun für mindestens so

gefährlich erachtet. Das bedeutet, daß eine Fortsetzung der Migrationsbewegungen, wie sie in den sechziger und siebziger Jahren aus der Türkei und Nordafrika nach Europa möglich waren (somit entstanden islamische Gemeinden) gewiß nicht stattfinden wird. Als Ausweg für potentielle MigrantInnen kommen die erdölexportierenden Länder des Nahen Ostens infrage.

6. Der integrierten Weltwirtschaft steht eine fragmentierte Weltgesellschaft gegenüber, wobei jedoch die hochindustrialisierten Staaten in zunehmendem Maße ihre Migrationspolitiken vereinheitlichen und abstimmen. Der globalen, selbstverständlichen Freizügigkeit für Kapital, Waren und Dienstleistungen entspricht in der kapitalistischen Ökonomie zwar eine mobile Arbeitskraft, der Migration werden aber enge Grenzen gesetzt. Migrationspolitiken orientieren sich ausschließlich an den Interessen der Aufnahmegesellschaft und selektieren nach "Rasse" / Ethnizität, Alter, Geschlecht und Qualifikationsniveau. Sie vertiefen damit die ökonomische Kluft und verstärken den Migrationsdruck.
7. Die derzeit praktizierte Migrationspolitik, die ausschließlich am Konzept des Nationalstaats orientiert ist und auf seinen Nutzen hin betrieben wird, ist letztlich blind für historische sowie für absehbare künftige Entwicklungen auf globaler Ebene. Es ist eine offene Frage, wie lange sie noch fortgesetzt werden kann. Auf mittlere oder lange Sicht ist solche Migrationspolitik m. E. weniger realistisch als die RealpolitikerInnen so utopisch scheinende Forderung nach offenen Grenzen. Auf Migrationsdruck müssen globale Antworten gefunden werden, zu denen u.a. die Anerkennung der Rechte von MigrantInnen gehört. Migrationsprozesse müssen humanisiert werden und an den Bedürfnissen der MigrantInnen wie der Herkunfts- und Aufnahmeländer orientiert sein.

Migration selbst ist nicht ein abzuschaffendes Übel, sondern letztlich eine Form von Austausch, Kommunikation und Kooperation unter vielen.

Bibliographie Schapour Ravasani

- Mehrere Artikel über politische Probleme Persiens in der Zeitung "Freiheitsfront", Teheran, 1950-1952
- Evolutionstheorien in den Naturwissenschaften, 1. Aufl., Teheran 1954 - 2. Aufl., Teheran 1956
- Was ist die Iranische National-Front?, Mainz 1962
- Der Moskauer Vertrag. In: Iran Azad 3 / März 1964
- Wer ist der Hauptfeind? In: Iran Azad 11 / November 1964
- Was tun? Ein Weg in die Zukunft. Frankfurt 1964
- Thesen über die friedliche Koexistenz USA-UdSSR, Berlin 1966
- Über den Imperialismus. In: Iran Azad 1 / Januar 1967
- Was ist die Klasse? Berlin 1967
- Übersetzung und Veröffentlichung der Botschaft Che Guevaras an die Völker der Welt, Berlin 1968
- Das persische Volk ehrt Dr. Mossadegh. In: Iran Azad 3 / März 1969
28. Mordad. In: Iran Azad 9 / September 1969
- Kurze Erläuterung der neuen persischen Geschichte, Berlin 1970
- Sowjetrepublik Gilan. Die sozialistische Bewegung im Iran vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1922, Berlin 1973
- The Basic Contradictions in Purposely Underdeveloped Countries. In: Intereconomics 10/1975
- Die Grundwidersprüche in den unterentwickelt gehaltenen Ländern. In: Probleme der Entwicklungspolitik und der Entwicklungsländer, Berlin 1976 (TUB-Dokumentation Aktuell 2)
- Industrialisierung im Iran. In: IAB 3/1978
- Zur demokratischen Volksbewegung im Iran. In: 3. Welt Magazin 5/1978
- Iran auf dem Weg zur Republik, Münster 1978
- Iran. Entwicklung der Gesellschaft, der Wirtschaft und des Staates, Stuttgart 1978

- Die abhängige Industrialisierung in den unterentwickelt gehaltenen Ländern am Beispiel Iran. In: Studien zu Imperialismus, Abhängigkeit, Befreiung, Heft 3/1978
- Die wirtschaftlichen Ursachen des Sturzes der Pahlawi-Dynastie. In: Tilgner, Ulrich (Hg.): Umbruch im Iran, Reinbek bei Hamburg 1979
- Eine verhinderte Revolution. In: 3. Welt Magazin 6 u.7/1979
- Die Pahlawi-Dynastie ist eine imperialistische Institution, Oldenburg 1979
- Was wirklich im Iran geschah, Oldenburg 1980
- Die wichtigsten Entwicklungslinien des kapitalistischen Imperialismus, Oldenburg, 1980
- Sind über Iran Vereinbarungen getroffen worden? In: Zeitschrift des VIA (Verband Iranischer Akademiker) 1/1982
- Über die unabhängige Linke im Iran, Oldenburg 1983
- Sammlung von 20 Artikeln. In: Iran Shahr (USA) 1981-83
- Mirza-Kutschek-Khan. Die Djangal-Bewegung und die erste Rätereublik im Iran, Teheran 1985 - 2. verb. Auflage, Teheran 1989
- Staat und Regierung im Iran, Teheran 1988
- Plünderung. Wie in der Dritten Welt geplündert wird, Teheran 1989
- Die Grosse Orientalische Gemeinschaft, Teheran 1990
- Theory of Two Worlds. Symbiosis between the eastern and western halves of imperialistic world, Teheran 1990
- Beginnt eine neue Ära der Weltgeschichte? Sammelband mit Beiträgen zur gleichnamigen Ringvorlesung im Sommersemester 1991 an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg (Herausgeber), Oldenburg 1991
- Die Einheit der ersten Welt und die Probleme der zweiten Welt. In: Djamehe Salem, (Mehr) 1370 (1991)
- Beginnt eine neue Ära der Weltgeschichte? Interview. In: Peyame Hadjer 10. Azar, 10. Dey, 10. Bahman, 10. Esfand 1370 (1991) und 20. Khordad 1371 (1992)
- Orient, unsere gemeinsame Heimat. Interview. In: Iran Farda, (Mehr/Aban) 1371 (1992)

- Die Große Orientalische Gemeinschaft. In: Konfrontation gegen nationalistische und Panbewegungen, Teheran 1371 (1992)
- Beginnt eine neue Ära der Weltgeschichte? Band II - Sammelband mit Beiträgen zur gleichnamigen Ringvorlesung im Wintersemester 1991/92 an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg (Herausgeber), Oldenburg 1993
- Befreiung oder "Entwicklung". In: Farhang Tossehe und Keyhan, (16. Tir) 1372 (1993)
- Befreiung ist unser Hauptproblem. Interview. In: Keyhan (9./10. Esfand) 1372 (1993)
- Über die verschiedenen Formen der ökonomischen Abhängigkeit. In: Iran Farda (Farwardin/Ordibehescht) 1373 (1994)
- Imperialismus und Produktionsweise. In: Farhang Tossehe, (Khordad/Tir) 1373 (1994)
- Über den Polizenterismus im kapitalistischen Imperialismus. In: Keyhan (25. Aban) 1373 (1994)
- Privatisierung ist die Forderung der Multis. In: Ettelaat Syasi WA Eghtesadi, Nr 89-90 (Bahman-Esfand) 1373 (1994)
- Der Weltmarkt für menschliches Leben. In: Keyhan, (23. Farwardin) 1373 (1994)
- Der Weltmarkt für menschliches Leben. In: Keyhan, (Essal) 1374 (1995) (Erweiterter Artikel)
- Tafta - Wirtschaftliche Integration zwischen USA und Europa. In: Ettelaat Syasi WA Eghtesadi, (Khordad/Tir) 1374 (1995)
- Über Menschenrecht und Demokratie in unterentwickelt gehaltenen Ländern. In: Sobh, (Schahriwar) 1374 (1995)
- Was bedeutet kulturelle Offensive? Die neue Methode des Imperialismus. Interview. In: Rasad, (3./15. Mehr) 1374 (1995)
- Die Wiederentdeckung unseres Selbst beweist unsere verwandtschaftliche Verbindung. Interview. In: Cilewa (Mehr/Aban) 1374 (1995)
- Politik und Gesellschaft in der heutigen Welt. Athenische und kapitalistische Demokratie. Interview. In: Hamschahri, (6.,8.,9.,10. Mehr) 1374 (1995)

- Das Vorhandensein vieler Pole und antagonistischer Widersprüche innerhalb des kapitalistischen Imperialismus ist ein Märchen. In: Ettelaat Syasi WA Eghtesadi, Nr. 91-92 (Farwardin/Ordibehescht 1373 (1995)
- Was ist die Klasse? In: Ettelaat Syasi WA Eghtesadi, Nr. 97-98 (Mehr/Aban) 1374 (1995)
- Für einen Erfolg in der Konfrontation mit den USA. Ist die Herstellung der Sozialgerechtigkeit Hauptbedingung? In: SOBH, (6. Tir) 1374 (1995)
- Staat und Regierung in unterentwickelten gehaltenen Ländern. Die Kompradorenklassen. In: Ettelaat Syasi WA Eghtesadi, Nr. 101-102 (Bahman/Esfand) 1374 (1996)

Summaries

Salim Ali

Assam-Tee und britischer Kolonialismus

Chinesischer Tee bildete seit Ende des 17. Jahrhunderts eine Handelsware in England, doch China besaß das Weltmonopol für Anbau, Herstellung und Export. Um diese Vorherrschaft zu brechen, begannen die Engländer, in ihren Kolonien Tee zu produzieren. Das an China angrenzende Assam wurde in ein Teeanbaugebiet verwandelt. Gewaltsame Enteignung der Ländereien und skrupellose Arbeiterimporte bildeten die Basis des bald größten Teeanbaugebietes der Welt. Die Bereicherung Englands durch diesen Teeanbau und die Folgen für die Menschen in Assam sind Schwerpunkte dieses Aufsatzes.

Sou-Ki Bae

Der Dong-Hag Bauernaufstand in den Jahren 1894-1895 in Korea

Der Dong-Hag-Bauernaufstand von 1894-1895 ist für die neuere Geschichte Koreas von besonderer Bedeutung. Es handelte sich um die erste revolutionäre Bewegung Koreas, die gleichzeitig gegen die herrschende Kompradorenschicht und die imperialistischen Mächte gerichtet war. Der Dong-Hag-Gründer entwickelte zudem eine neue Religion, die von der Gleichheit aller Menschen ausging und bewußt gegen den Konfuzianismus der Herrschenden und den Katholizismus der Kolonialmächte gerichtet war. Dong-Hag bedeutet die "Lehre des Ostens", die gegen die "Lehre des Westens" gestellt wurde. Trotz seiner blutigen Niederschlagung beeinflusste der Dong-Hag-Bauernaufstand während des gesamten nächsten Jahrhunderts die koreanischen Sozialbewegungen.

A. Khaliq Kaifi

Kasten- und Klassenstruktur Indiens

Im Gegensatz zum epochalen Aufstieg und Niedergang der Herrscherdynastien in der Welt weist die indische Geschichte seit undeklicher Zeit, bis in die Gegenwart hinein, eine kontinuierliche Dominanz der oberen Kaste auf, die ihren Anspruch auf Herrschaft sakral begründet und die Unterjochung der Volksmasse als deren prädestiniertes Schicksal gesellschaftlich sanktioniert. Das Auferstehen der Unterdrückten infolge moderner Technik und Medien und ihr Verlangen nach Gleichstellung führt zwangsläufig zur Verunsicherung der traditionellen Machthaber. In diesem Kontext ist beabsichtigt, auf die daraus resultierenden wirtschaftspolitischen Konflikte unterschiedlichster Art im heutigen Indien einzugehen.

Karam Khella

Das Europäische Orientbild - Zur Übertragung außereuropäischer Literatur ins Deutsche

Der Eurozentrismus - anfangs ein zu allgemeiner Begriff der Wissenschaftskritik - bezeichnet inzwischen ein präzises Arbeitsprogramm, das uns und Generationen nach uns sehr in Anspruch nehmen und intensiv beschäftigen wird.

Der Eurozentrismus hat alle Fachgebiete infiltriert und geprägt. Die Geschichtsschreibung ist eines seiner Opfer. Historische Akkulturation, Segregation und Segmentation sind einige Merkmale der Darstellung außereuropäischer Kulturen durch deutsche Autoren. Im augenblicklichen Stadium der programmatischen Kritik müssen die wichtigsten Methoden des europäischen Wissenschaftsbetriebs erschlossen und ermittelt werden, um das System fachlicher Manipulationen offenlegen zu können. Im Geschichtswerk und Schulbuch erscheint der Orient als Gegenentwurf zu Europa. Vorbehaltslos verwenden die Autoren Ausdrücke wie „Orientalische Despotie“ bis hin zu „Völker ohne Geschichte“, während auf der anderen Seite selbstverständlich von der „europäischen Zivilisation“ gesprochen wird. Schapour Ravasani hat viel korrigiert. Von ihm und seiner Schule erwarten wir weiterhin gelehrsame, erkenntnisreiche Beiträge.

Andreas Lembeck

Secondary Market und Debt Equity Swaps - Ein Ausweg aus der 'Schuldenkrise'?

Die Bankrotterklärungen zahlreicher Länder der sogenannten Dritten Welt seit 1982, auch als 'Schuldenkrise' bezeichnet, markierten den vorläufigen, allgemein beachteten Höhepunkt einer jahrelangen Entwicklung, die zu einer Überschuldung der 'Entwicklungsländer' führte und ihre Abhängigkeit gegenüber den Industrieländern weiter festigte. Wenig beachtet wird, daß die 'Schuldenkrise' in ihrer Anfangsphase vor allem eine existenzielle Bedrohung des internationalen Bankensystems war. Das Krisenmanagement des Systems reagierte darauf mit vermeintlich innovativen, tatsächlich aber bereits in der Kolonialzeit erprobten Instrumenten, wie dem Tausch von Entwicklungsländerschulden auf dem *secondary market* oder - im Rahmen der forcierten Privatisierung staatlicher Unternehmen in 'Entwicklungsländern' - mit der Umwandlung von Schulden in Beteiligungskapital (*debt equity swaps*). Während die Banken auf diese Weise ihre risikobehafteten Kredite minimieren, übernehmen international agierende Konzerne - die sogenannten *global players* - zu besonders günstigen Bedingungen vor allem die lukrativsten Unternehmen.

Susanne Lettow

Unter Ausschluß der Gesellschaft. Öffentlichkeit und Herrschaft bei Hannah Arendt

Hannah Arendts Begriff der Öffentlichkeit hat in den Debatten um die Zukunft von Demokratie nach 1989 zentrale Bedeutung gewonnen. Oft wird er als pluralistisch, antiessentialistisch, widerständig emphatisch gelobt. Feministinnen erscheint Arendts Politikauffassung als "vielversprechendes Modell".

Paradoxerweise orientiert sich Arendts Begriff des Politischen und des Öffentlichen an der patriarchalen Ordnung der antiken Polis, in der die über Frauen, Sklaven und Fremde herrschenden und somit von allen Arbeiten der Produktion und Reproduktion des Lebens "freien" Männer regieren. Aus diesem Modell schöpft Arendt ihre Kritik der modernen

"Massengesellschaft", in der die "mit den Lebensnotwendigkeiten verbundenen Tätigkeiten und Funktionen" die Öffentlichkeit bestimmen dürften und "politisches Handeln" verunmöglichten. Statt eine unkritische Aufnahme fordert Arendts Öffentlichkeitsbegriff eine Kritik seiner Herrschaftsförmigkeit heraus.

Yayla Mönch-Buçak

Die Rezeption des Kemalismus im Westen: ein Hindernis für den Dialog zwischen Okzident und Orient

Der Kemalismus ist seit mehr als 70 Jahren die offizielle Doktrin der Türkischen Republik. Die kemalistische Ideologie ist von Anbeginn an im Westen überaus positiv aufgenommen worden. Der Beitrag beschäftigt sich mit den zahlreichen Gründen für diese positive Rezeption; in diesen Ursachen spiegeln sich u.a. die Sehnsüchte und Ziele westeuropäischer Gesellschaften wider, aber auch die Funktionen, die die sogenannte moderne Türkei für den Westen bis heute hat. Seit dem II. Weltkrieg sind dies die Bollwerksfunktion gegen den Kommunismus und gegen den sog. Fundamentalismus. Immer wieder wird von Westen als Alternative und Gegenposition auf den kemalistischen Laizismus verwiesen. Die positive Rezeption des Kemalismus erweist sich daher heute als ein entscheidendes Hemmnis zum notwendigen Dialog zwischen Okzident und Orient. Der Kemalismus tabuisiert darüberhinaus den Westen wie die Türkei. Beide Seiten leben sozusagen in einer ideologischen Scheinwelt. Weder die Türkei noch der Westen können von daher die orientalische Kultur und die orientalischen Werte und Realitäten zum gleichberechtigten Ausgangspunkt eines Dialogs machen. Es heißt daher, vom Kemalismus Abschied zu nehmen.

Carles Ossorio-Capella und Gisela Hänel-Ossorio

Ideologie und Weltmarkt

Seit der Ausweitung des Weltmarktes nach der sogenannten Entdeckung Amerikas wurden gesellschaftliche Vorstellungen von fremden Gesellschaften oder falsche Bewußtseinsinhalte oder Ideologien entwickelt, und mit Nachdruck in Europa verbreitet. Eine Analyse der Vorurteile gegen

Fremde sowie der Idealisierung des Exotischen erfolgt an der europäischen Rezeption der Eroberung Amerikas im 15. bis 16. Jahrhundert. Unter anderem am Beispiel der in Deutschland um die Jahrhundertwende im Reichstag und in der Presse geführten Diskussion über die Behandlung der Schwarzen in den Kolonien läßt sich aufzeigen, wie vergesellschaftete Bilder über Fremde überliefert werden.

Lydia Potts

Weltmarkt für Arbeitskraft, Globalisierung und Tendenzen der Migrationspolitik

Analyse und Bewertung gegenwärtiger und künftiger Migrationspolitik erfordert es, sowohl die historische Entwicklung des Weltmarkts für Arbeitskraft als auch die fortschreitende Globalisierung der Ökonomie zu berücksichtigen. Aus dieser Perspektive zeigt sich die Blindheit einer ausschließlich an den nationalstaatlichen Interessen der Aufnahmeländer orientierten Migrationspolitik, wie sie u.a. in Europa praktiziert wird.

Michael Rost

Die europäischen Juden und das Zeitalter der Kreuzzüge

Die Kreuzzüge kennzeichnen eine Phase der Geschichte, die für die europäische Entwicklung außerordentliche Bedeutung gewann. Unmittelbar verbunden mit dem Vordringen seiner Ritterheere in den Vorderen Orient war der wirtschaftliche Aufschwung des christlichen Europa. Auf ihrem Weg nach Osten richteten die Kreuzfahrer zahlreiche Massaker an jüdischen Gemeinden in Frankreich, den Rheinlanden, im Donaugebiet und in Böhmen an. Ihr brutales Vorgehen markierte einen Bruch in der Geschichte der europäischen Juden, die unter zunehmendem Druck der Christen aus wichtigen wirtschaftlichen Bereichen verdrängt und in ihrer rechtlichen und sozialen Stellung weitgehend beschnitten wurden. Anhand dieser Entwicklung lassen sich die strukturellen Auswirkungen der Kreuzzüge innerhalb Mitteleuropas exemplarisch nachvollziehen.

Michael Steinert

Priester, Kaufleute und Ritterheere: Eroberungen und Neugründungen von Städten an der Ostsee zur Zeit der Ostexpansion (1157-1286)

Lübeck, Wisby, Riga, Dorpat und Reval sind die Keimzellen der späteren Städtehansa Nordwesteuropas. Hier schaffen sich die Kaufleute aus den größeren Nordwestdeutschen Städten wie: Dortmund, Köln, Soest, Hamburg und Bremen ein planmäßiges Handelsnetz bis nach Nowgorod im Osten. Über die Ströme Dnjepr und Wolga ist Nowgorod mit dem Schwarzen Meer und damit mit den Handelsströmen des Orients (Byzanz) und der italienischen Handelsstädte, verbunden. Der Reichtum Osteuropas an Menschen (als Arbeitskraft in der Landwirtschaft oder als Sklaven) und Rohstoffen (Waldprodukte wie: Teere, Öle, Peche, Wachs und Pelze. Nahrungsmittel: Getreide, Honig etc. sowie Erze: Kupfer, Eisen, Silber, Blei und Gold) war die Grundlage für die Entstehung des Hansekaufmanns. Durch die neuen Waren des Osten entstehen neue Handelsverbindungen, neue Städte, neue Produktionsmethoden und neue Abhängigkeiten. Das 13. Jahrhundert ist die Zeit der Einbeziehung des bisher verhältnismäßig autonomen Ostseeraums in die gesamteuropäische Ökonomie und Kultur.

Klaus Thörner

Deutscher Kaukasusimperialismus

Seit 1850 versuchte der deutsche Imperialismus in das Gebiet des Kaukasus vorzudringen. Die Region war für die deutsche Wirtschaft wegen ihres Reichtums an strategisch wichtigen Rohstoffen und als Verkehrsweg nach Persien, Afghanistan und Indien interessant. Bis zum Ersten Weltkrieg gelang es Siemens ein Monopol auf das kaukasische Kupfer zu erlangen, während die deutschen Stahlkonzerne das georgische Manganerz für sich beanspruchten und deutsche Banken Anteile an der Ausbeutung des Erdöls bei Baku hielten. Im Verlauf des Ersten Weltkrieges versuchte der deutsche Imperialismus mit allen militärischen und geheimdienstlichen Mitteln das Kaukasusgebiet von Rußland abzuspalten, um dort halbkoloniale Vasallenstaaten zu schaffen. Knüpft er heute, nach der Auflösung der UdSSR, an diese Politik an?

جوامع اروپای غربی در رابطه با ترکیه منعکس می‌شود، این وظیفه‌ای است که ترکیه به اصطلاح مدرن در قبال غرب تا به امروز بعهده گرفته است. از جنگ جهانی دوم تا به امروز ترکیه نقش دژی مستحکم بر علیه کمونیسم و به اصطلاح بنیادگرائی ایفا میکند. در این رابطه لائیسیم کمالیستی همواره از طرف غرب به عنوان جان‌نشین و قطب مخالف مطرح می‌شود. بدین جهت پذیرش مثبت کمالیسم امروزه مانعی جدی بر سر راه گفتگوی ضروری میان غرب و شرق است. گذشته از این کمالیسم موضوعی با هاله‌ از تقدس برای غرب و ترکیه شده است. هر دو طرف در یک جهان ایدئولوژیکی ساختگی بسر می‌برند.

از این رو نه ترکیه و نه غرب، می‌توانند از فرهنگ مشرق زمین ارزشها و واقعیت‌های شرق به عنوان نقطه‌ای برابر، برای یک گفتگو بهره‌مند شوند. این به معنی وداع با کمالیسم خواهد بود.

حاکمیت آن می پردازد.

آندریاس لیمبک

بازار ثانوی و سرمایه مشارکتی - راه خروج از «بحران بدهی»؟

اعلان ورشکستگی بسیاری از کشورهای «جهان سوم» از سال ۱۹۸۲، تاکنون که از آن بعنوان «بحران بدهی» یاد می شود، نقطه اوج موقت و بطور عام پذیرفته شده تکاملی چند ساله را نشان می دهد که این روند منجر به افزایش بدهیهای کشورهای در حال توسعه شده و وابستگی آنها را به کشورهای صنعتی بیش از پیش استحکام بخشیده است. نکته ای که کمتر بدان توجه می شود، بحران بدهی در مرحله اولیه اش قبل از هر چیز یک تهدید اساسی برای سیستم بانکی بین المللی بود. مدیریت اضطراری سیستم بانکی برای این بحران، با وسایلی محتمل و بدیع به مقابله این بحران شناخت. وسایلی که پیش از این در دوره استعمار نیز بکار گرفته شده بودند از آن جمله اند: مبادله بدهیهای کشورهای در حال توسعه در بازارهای ثانوی یا در چهارچوب خصوصی کردن اجباری شرکت های دولتی در کشورهای در حال توسعه با تبدیل بدهیها به سرمایه مشارکتی. در حالیکه از این طریق اعتبارات به خطر افتاده شان را تقلیل می دهند، کنسرنهایی که در سطح بین المللی فعال اند بازیگران به اصطلاح جهانی (global Player) را با شرایطی فوق العاده مناسب و قبل از هر چیز با بیشترین منفعت بکار می گیرند.

یا یلامونش - بوچاک

جمع بندی

کمالیسم بیش از هفتاد سال است که بعنوان نظریه رسمی جمهوری ترکیه مطرح میشود. ایدئولوژی کمالیسم از آغاز در غرب فوق العاده مثبت پذیرفته شده است. این نوشتار دلایل متعدد این پذیرش مثبت را مورد بررسی قرار میدهد. در انگیزه یابی این پدیده از جمله اشتیاق و هدفهای

دکتر اخلیق کایفی

ساخت کاستی و طبقاتی هند

برخلاف شکوفایی دوره‌ای و زوال حاکمیت‌های استبدادی در جهان، تاریخ هند از زمانهای بسیار دور تا به امروز تسلط مستمر کاست فوقانی را نشان داده که حاکمیت خود را مقدس جلوه میدهد و تسلط بر توده مردم را به مثابه سرنوشتی از پیش تعیین شده اجتماعی می‌نگرد. رستاخیز ستمدیدگان بواسطه تکنیک و وسایل ارتباط جمعی مدرن و خواست آنها برای دستیابی به برابری، اجباراً به تزلزل زمامداران سنتی منجر میشود. در این زمینه کوشش میشود که به انواع کشمکشهای مختلف اقتصادی سیاسی حاصله در هند امروز پرداخته شود.

سوزانه لیتوف

تحت محرومیت جامعه. افکار عمومی و حاکمیت از دیدگاه هانا آرننت

در بحثهای راجع به آینده دموکراسی بعد از ۱۹۸۹ میلادی تعریف هانا آرننت از افکار عمومی اهمیتی اساسی پیدا کرده است. این تعریف غالباً به عنوان کثرت‌گرا، غیرذاتی، مقاوم و مؤکد (قطعی) تحسین شده است. فمنیستها عقیده سیاسی هانا آرننت را به عنوان مدلی با وجهه فراوان می‌نگرند. شگرف اینکه تعریف هانا آرننت از مقوله سیاسی و همگانی (عمومی) ریشه در نظم پدرسالارانه شهر یونان باستان (پولیس) دارد. نظمی که در آن سیطره حاکمیت «آزاد» مردان فراتر از زنان، بردگان و بیگانگان و در نتیجه همه کارهای تولید و باز تولید حیات جاری است. آرننت از این مدل نقد «قابطه ملت» مدرن را خلق می‌کند. جامعه‌ای که در آن فعالیتها و وظایف، مرتبط با ضروریات زندگی قادرند افکار عمومی را تعیین کنند و «عمل سیاسی» را غیر ممکن سازند. مفهوم «افکار عمومی» نزد آرننت به جای پذیرش بدون قید و شرط این مقوله به نقد شکل

میلادی).

لوبک، ویسی، ریگا، دوربات و روال نطفه‌های تشکیل دهنده شهرهای بندری آزاد بعدی در شمال غربی اروپا هستند. دورتموند، کلن، زوست، هامبورگ و برمن یک شبکه تجاری منظم ایجاد کردند که تا نووگروود در شرق امتداد می‌یافت. نووگروود از طریق رودهای دنیپر و ولگا با دریای سیاه و با مراکز تجاری مشرق زمین (بیزانس) و شهرهای بازرگانی ایتالیایی ارتباط داشت. تمول اروپای شرقی در رابطه با نیروی انسانی (بعنوان نیروی کار کشاورزی یا برده‌ها) و مواد خام (محصولات جنگلی مانند: قیر، مواد روغنی، صمغ، موم و خز. مواد غذایی: غلات، عسل و غیره، همچنین سنگهای معدنی: مس، آهن، نقره، سرب و طلا) اساس پیدایش سوداگر شهر بندری آزاد شد.

بواسطه ورود کالاهاى جدید شرق، روابط بازرگانی جدید، شهرهای جدید، شیوه‌های تولیدی جدید پدید می‌آیند. قرن سیزدهم میلادی زمان پیوستن منطقه‌ها تا آن زمان نسبتاً مستقل دریای بالتیک به مجموعه اقتصاد و فرهنگ اروپایی است.

سلیم علی

چای آسام و استعمار بریتانیا

با اینکه چای چینی از اواخر قرن هفدهم میلادی یک کالای تجارتنی در انگلستان به شمار می‌رفت، اما انحصار جهانی کاشت، تولید و صدور چای در اختیار چین بود. انگلیسی‌ها برای از بین بردن این انحصار شروع به تولید چای در مستعمراتشان کردند. منطقه آسام در همجواری چین تبدیل به منطقه کاشت چای شد. مصادره خشونت آمیز مزارع و وارد کردن بی‌رحمانه نیروی کار، سنگ بنای ایجاد بزرگترین منطقه کشت چای جهان شدند. استفاده نامشروع انگلستان از کشت چای و پیامدهای آن برای مردم آسام محورهای بحث این نوشته هستند.

در مرحله فعلی نقد برنامه ریزی شده می‌بایست مهمترین روشهای فعالیت‌های علمی اروپایی را بکار بست و تحقیق کرد تا بتوان سیستم دستبردهای علمی را افشا نمود.

در آثار تاریخی و کتابهای درسی، مشرق زمین به مثابه طرحی در مقابل اروپا مطرح میشود. در آثار نویسندگان اروپایی اصطلاحاتی مانند «استبداد شرقی» و «خلقه‌های بدون تاریخ» بدون هیچ محدودیتی مطرح میشوند، در حالیکه آنها همزمان از «تمدن اروپایی» دم میزنند.

شاپور رواسانی تصحیح‌کننده بسیاری از آرای از این دست بوده است. ما از او و مکتبش انتظار مداوم تولید عالمانه فکری داریم.

میشائیل - رُست

یهودیان اروپایی و دوران جنگهای صلیبی

جنگهای صلیبی دورانی از تاریخ را مشخص می‌کنند که برای تکامل اروپایی اهلیتی خارق‌العاده بدست آورد. جهش اقتصادی اروپای مسیحی مستقیماً با یورش لشکرهای شوالیه‌های اروپایی به شرق نزدیک ارتباط پیدا کرد. سوارکاران صلیبی در سر راه خود به سمت مشرق به قتل عامهای بیشمار جامعه یهودیان در فرانسه، راین‌لند، منطقه دانوب و بوهم دست زدند. تعرض وحشیانه آنان به عنوان شکافی در تاریخ یهودیان اروپایی ثبت شد. یهودیان اروپایی زیر فشار روزافزون مسیحیان از زمینه‌های مهم اقتصادی کنار زده شدند و وضعیت حقوقی و اجتماعی شان محدود شد. برای نمونه به کمک این سیر تکاملی می‌توان تأثیرات ساختاری جنگهای صلیبی در اروپای مرکزی را درک کرد.

م. شتاينرت

کشیش‌ها، بازرگانان و لشکرهای شوالیه‌ها: کشور گشاییها و تأسیس شهرها در جوار دریای بالتیک در عصر توسعه طلبی شرق (۱۱۵۷ - ۱۲۸۶)

بازار جهانی برای نیروی کار و هم جهانی شدن روزافزون اقتصاد مورد توجه قرار گیرد. از این دیدگاه ناپینایی یک سیاست مهاجرت جلوه گر می شود که منحصر آدر وابستگی به منافع ملی-دولتی در کشورهای مهاجرپذیر عمل می کند، این سیاست از جمله در اروپا اعمال می شود.

کلاوس تورنر

توسعه طلبی امپریالیسم آلمان در منطقه قفقاز از ۱۸۵۰-۱۹۱۸ میلادی

امپریالیسم آلمان از سال ۱۸۵۰ در صدد نفوذ به منطقه قفقاز بود. این منطقه برای اقتصاد آلمان به سبب غنای مواد خام استراتژیک مهم اش و نیز به عنوان راه عبور به ایران، افغانستان و هندوستان جلب نظر میکرد. تا زمان جنگ جهانی اول زمینس موفق شد انحصار مس قفقاز را بدست آورد، در حالیکه انحصارات فولاد آلمان داعیه تسلط بر معادن منگنز گرجستان را داشته و بانکهای آلمانی سهام استخراج نفت با کورا در اختیار خود گرفته بودند.

در طول جنگ جهانی اول امپریالیسم آلمان سعی می کرد با استفاده از همه وسایل نظامی و اطلاعاتی مخفی منطقه قفقاز را از روسیه جدا کند تا بتواند در آنجا دولت‌های وابسته نیمه مستعمره‌ای بوجود آورد. آیا آلمان امروزه بعد از انحلال اتحاد جماهیر شوروی همین سیاست را دنبال می کند؟

کرم خِلا

تصویر اروپائی مشرق زمین و روآسانی مُصحح

خود مرکز بینی اروپایی که در آغاز یک مفهوم بیش از حد عمومی در زمینه نقد علمی به شمار میرفت، در این میان به یک برنامه عمل دقیق تبدیل شده است که ما و نسل‌های بعدی از آن استفاده فراوان خواهند برد و عمیقاً ما را بخود مشغول خواهد کرد. خود مرکز بینی اروپایی بهمه رشته‌های تخصصی نفوذ کرده و بر آنها نقش خود را زده است. تاریخ‌نگاری یکی از قربانیان اوست. فرهنگ‌پذیری تاریخی، مُثله کردن، تجزیه و جدا کردن نمونه‌هایی از شیوه برخورد نویسندگان آلمانی به فرهنگ‌های غیر اروپایی هستند.

کارلس اوسوریو - کابلا و گیزلا هینل - اوسوریو ایدئولوژی و بازار جهانی

از زمان گسترش بازار جهانی بعد از به اصطلاح کشف آمریکا تصورات اجتماعی از جوامع بیگانه یا آگاهیهای نادرست یا ایدئولوژیهای پدیدار شدند، و با تأکید در اروپا گسترش یافتند. یک تحلیل پیشداوریها بر علیه بیگانه‌ها و همچنین خیالپردازی درباره خارجی نتیجه پذیرش اروپایی تسخیر آمریکا، در قرن ۱۵ تا ۱۶ میلادی می‌باشد. به عنوان مثال بحث رایج در رایش تاگ و مطبوعات آلمان در آستانه تغییر قرن در ارتباط با رفتار با سیاهان در مستعمرات نشان می‌دهد، چگونه تصاویر جامعه‌پذیر شده درباره بیگانه رایج می‌شوند.

سو - کی ب

قیام دهقانی دُنْگ - هاگ در کره ۱۸۹۴ - ۱۸۹۵ میلادی

قیام دهقانی دُنْگ - هاگ در سالهای ۱۸۹۴ - ۱۸۹۵ در تاریخ نوین کره از اهمیت بسزایی برخوردار است. این قیام اولین جنبش انقلابی کره بود که همزمان حرکتی بر علیه طبقه وابسته حاکم و قدرتهای امپریالیستی به شمار می‌رفت. بنیانگذار دُنْگ - هاگ مذهبی را پایه گذاشت که به برابری همه انسانها معتقد بود و آگاهانه بر علیه مذهب کنفوسیوسی طبقه حاکمه و مذهب کاتولیکی قدرتهای استعماری موضع می‌گرفت. دُنْگ - هاگ به معنی «مذهب شرق» و نقطه مقابل «مذهب غرب» می‌باشد. قیام دهقانی دُنْگ - هاگ علیرغم سرکوبی خونین اش تمامی جنبش‌های اجتماعی کره در طول قرن بعدی رانحت تأثیر قرار داد.

لیدیا پوتس

بازار جهانی برای نیروی کار، جهانی شدن و گرایشهای سیاست مهاجرت تحلیل و ارزیابی سیاست فعلی و آتی مهاجرت نیاز به این دارد که هم سیر تکامل تاریخی

Über die Autorinnen und Autoren

Salim Ali, Dr. rer. pol., geb. 1954 in Indien, Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Oldenburg, Promotion in Sozial- und Wirtschaftswissenschaft (1994). Lehrbeauftragter an den Universitäten Oldenburg und Bremen.

Sou-Ki Bae, Dr. rer. pol., geb. 1956 in Eui-Song (Südkorea); Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Oldenburg; Promotion in Sozialwissenschaften (1993) zum Thema: "Der Dong-Hag-Bauernaufstand in den Jahren 1894-1895 in Korea". Lehrbeauftragter an den Universitäten Oldenburg, Seoul, u.a.

Gisela Hänel-Ossorio, Diplom-Soziologin, geb. 1936; Soziologiestudium in Frankfurt am Main. Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Technischen Hochschule Darmstadt. Arbeitsschwerpunkte: Theorien sozialer Ungleichheit, Entwicklungsländerforschung, Stadtsoziologie, Sozialplanung.

A. Khaliq Kaifi, Dr. rer. pol, geboren in Indien; Studium in Bombay (B.A.) und Köln (Wirtschaftswissenschaften, Dipl.Kfm.); dort Bibliothekarsausbildung; Promotion in Oldenburg. Oberbibliotheksrat an der UB Bremen und Lehrbeauftragter an der Universität Oldenburg.

Karam Khella, Dr. phil., geb. 1934 in Asjut (Ägypten); Historiker, Politikwissenschaftler und Linguist. Lehrtätigkeit an den Universitäten Bremen, Hamburg, Stuttgart, Marburg u.a.; zahlreiche Veröffentlichungen, u.a. zur Geschichte der arabischen Völker, Begründer der universalistischen Geschichtstheorie.

Andreas Lembeck, M.A., geb. 1963; zunächst Ausbildung und Berufstätigkeit als Bankkaufmann, dann Studium der Politologie und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Osnabrück und Oldenburg. Wissenschaftlicher Mitarbeiter (befr.) am Institut für Politikwissenschaft II der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Susanne Lettow, geb. 1965; Studium der Philosophie, Politologie und Soziologie an der FU Berlin. Zur Zeit Arbeit an einer Dissertation zum Thema "Geschlechterverhältnisse in Heideggers »Sein und Zeit«".

Yayla Mönch-Buçak, geb. 1942 in Kurdistan; Studium der Romanistik und Kurdologie in Grenoble und Paris sowie von Deutsch als Fremdsprache an der Universität Bremen. Bis 1978 Tätigkeit im Bremer

Schuldienst. Organisation und wissenschaftliche Betreuung der Ausstellung "Alltagskultur der Kurden". Seit 1981 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Literatur- und Sprachwissenschaften der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Carles Ossorio-Capella, Dr. phil, geb. 1932; Professor für "Politische Wirtschaftslehre" an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Jurastudium und Juristisches Staatsexamen (licenciatura) 1954 in Barcelona; 1956 Flucht aus Spanien. Studium der Volkswirtschaftslehre in Frankfurt am Main; 1972 Promotion in Gesellschaftswissenschaften an der Universität Marburg. Arbeitsschwerpunkte: Wirtschaftstheorie, Theorie der Entwicklungsländer, Probleme der Urbanisierung in der Dritten Welt, Stadtteilbewegungen in Mexiko-Stadt.

Lydia Potts, Dr. rer. pol., geb. 1957, lehrt an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg 'Theorie und Praxis der Arbeitsmigration'; zahlreiche Publikationen zur Migrations- und interkulturellen Frauenforschung.

Michael Rost, Diplom-Sozialwissenschaftler, geb. 1958; nach verschiedenen Tätigkeiten, u.a. als Erzieher, Vermessungshelfer und Gußputzer, 1983 Z-Prüfung und Studium der Sozialwissenschaften in Oldenburg. Anschließend wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg; Konzeption und Gestaltung einer Ausstellung zum Thema "500 Jahre deutscher Kolonialismus"; Ausbildung zum Buchhändler. Zur Zeit Doktorand im Fachbereich Sozialwissenschaften der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Michael Steinert, Diplom-Sozialwissenschaftler, geb. 1957; Ausbildung zum Betriebsschlosser und mehrjährige Tätigkeit im Stahlwerk der Salzgitter AG; nach Besuch des Braunschweig-Kollegs 1986 Studium der Sozialwissenschaften in Oldenburg. Zur Zeit Doktorand im Fachbereich Sozialwissenschaften der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und freier Mitarbeiter des Museums für Naturkunde und Vorgeschichte in Oldenburg.

Klaus Thörner, Diplom-Sozialwissenschaftler, Diplom-Pädagoge, geb. 1964; Studium der Pädagogik und der Sozialwissenschaften an der Universität Oldenburg. Zur Zeit Promotion zum Thema "Kontinuitäten und Diskontinuitäten deutscher Südosteuropapolitik von 1840 bis zur Gegenwart"; Lehrbeauftragter an der Universität Oldenburg.